

217/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 9. Oktober 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 26. Sitzung vom 2. Mai 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

26. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 2. Mai 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

10.05 Uhr – 19.52 Uhr

Wien, 2012 05 02

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

26. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 2. Mai 2012

Gesamtdauer der 26. Sitzung
10.05 Uhr – 19.52 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(26. Sitzung; Mittwoch, 2. Mai 2012)

Kommerzialrat Ernst Karl PLECH	3
o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan BOGNER	71
Dr. Georg STARZER	93
Dr. Martin SIMHANDL	124

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beginnen um 10.05 Uhr und finden bis 10.08 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt. – **Sitzungsunterbrechung** von 10.09 Uhr bis 12.04 Uhr. – Wiederaufnahme der nichtöffentlichen Sitzung um 12.04 Uhr. – 12.04 Uhr bis 12.06 Uhr **nichtöffentlich**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil**.

12.07

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet um 12.07 Uhr über zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.08

Auskunftsperson Kommerzialrat Ernst Karl Plech

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ernst Karl Plech** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Kommerzialrat Plech, danke für Ihr Erscheinen!

Ich darf Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung ist auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Ernst Karl Plech. Die weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Sie waren während des Untersuchungszeitraums in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen.

Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden. Sie müssen immer genau begründen, wenn Sie sich der Aussage enthalten wollen.

Ich weise auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um die Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet **Mag. Dr. Andreas Nödl**. Die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion vor und sind auch mir bekannt.

Ich frage nun die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Nödl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich darf auch Sie, Herr Dr. Nödl, über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter in Kenntnis setzen. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen kann zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Kommerzialrat Plech, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnteiligen Erzählung darzulegen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Kommerzialrat Plech das Wort.*)

Auskunftsperson Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, von dieser Möglichkeit möchte ich Gebrauch machen, ich bin aber leider nicht in der Lage, das alles innerhalb von 24 Stunden auswendig zu lernen, denn die Ladung ist, wie gesagt, am Montag zugegangen. Ich hatte ursprünglich einen **anderen** Ladungstermin; um auch das klarzustellen.

Klarstellen möchte ich auch, dass ich seit Wochen zu einer strafrechtlichen Einvernahme bei der Finanz geladen war – und nicht zu einer „Großbetriebsprüfung“, wie das die Medien heute schreiben – und dass ich mich drücken wollte. Ich wollte und bin natürlich immer bereit, diesem Ruf zu folgen, und habe das auch gemacht. Das ist dann intern geregelt worden, sodass ich meinen nächsten Termin erst am 7. Mai dort habe – und ich bin froh, dass ich heute die Gelegenheit habe, einmal etwas über meinen Standpunkt zu sagen.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie wissen, bin ich seit Jahrzehnten in der **Immobilienbranche** tätig. Ich habe in meinem Berufsleben beachtliche Erfolge erzielt und habe mir – darauf lege ich Wert – nichts vorzuwerfen. Ich bin als Experte in Immobilienangelegenheiten gebeten worden, mit meinem **Fachwissen** an der **BUWOG-Privatisierung** mitzuwirken. Das war für mich eine sehr große Ehre, zumal ich von Anfang an **unentgeltlich** tätig war. Ich habe sämtliche meiner Aufsichtsrats-Tantiemen und Sitzungsgelder vom ersten Tag an lückenlos einer **sozialen Vereinigung** zur Verfügung gestellt.

Wegen meiner langjährigen Erfahrung in meinem Beruf wurde ich im Jahr **2000** zum **Aufsichtsratsvorsitzenden** der **BUWOG** bestellt – und war das bis 2004, als dann verkauft wurde. Anschließend war ich **bis 2009 einfaches Mitglied**, weil mich der neue Eigentümer gebeten hat, aufgrund meiner internen Kenntnisse der BUWOG diese Position beizubehalten.

Ich möchte vor allem in diesem Zusammenhang mit einer Mär aufräumen: Ich war **nicht** Mitglied derjenigen Vergabekommission, die darüber entschied, an **wen** die Anteile an der BUWOG verkauft werden. Ich war vielmehr Mitglied jener Vergabekommission, die lediglich die Aufgabe hatte, ein **Investmenthaus** für die technische Abwicklung – ist gleich Ausschreibung – des Verkaufs der Bundeswohnbaugesellschaften, darunter auch der BUWOG, zu **suchen**.

Ich befinde mich im Übrigen in guter Gesellschaft, wenn ich diese Tatsache weitergebe, immerhin ist sie vom Oberlandesgericht Wien genauso rechtskräftig entschieden worden. Ich darf Ihnen aus dem Urteil kurz zitieren:

Ernst Karl Plech war auch nicht Mitglied derjenigen Vergabekommission, die darüber entschied, an wen die Anteile an der BUWOG zu verkaufen waren. Er war vielmehr Mitglied einer anderen Vergabekommission, nämlich derjenigen, die lediglich die Aufgabe hatte, ein Investmenthaus für die technische Abwicklung – Ausschreibung et cetera – des Verkaufs der Bundeswohnbaugesellschaften, darunter auch der BUWOG, zu suchen. – Das erste Zitat.

Das zweite Zitat:

Diese Behauptung –

nämlich dass ich Mitglied der zweiten Kommission war –

ist insofern unrichtig als ... Ernst Karl Plech hat erst nach der offiziellen Eröffnung dieser Angebote von deren Inhalt erfahren. – Zitat aus dem oberlandesgerichtlichen Entscheid.

Wie Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, bekannt ist, wird gegen meine Person seit Jahren strafrechtlich ermittelt. Das ist, wenn man sich nichts vorzuwerfen hat, wirklich unangenehm, insbesondere auch deshalb, weil daneben finanzstrafrechtliche Verfahren gegen mich geführt werden und ich insgesamt aufgrund der teils immer wieder nicht der Wahrheit entsprechenden Medienberichterstattung gezwungen bin und war, auch an dieser Front Prozesse zu führen. Es sind insgesamt 19 Prozesse – von denen wir bis jetzt 18 gewonnen haben; ich sage das nur der Ordnung halber dazu.

Ich will nicht abschweifen, möchte aber ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass ich in Fragen, deren Beantwortung für mich die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung nach sich ziehen würde, die Aussage verweigern werde. Meine Berater haben mich darüber aufgeklärt, dass ich eine solche Entschlagung nicht generell vornehmen darf – auch Sie, Herr Verfahrensanwalt, haben mir das gerade noch einmal gesagt –, sondern punktuell bei jeder Fragestellung.

Da diese Thematik hier im Ausschuss immer wieder besprochen wurde, wie ich den veröffentlichten Protokollen entnehme, möchte ich noch sagen und allen in Erinnerung rufen, dass die gesamten Vorgänge mindestens zehn Jahre und länger zurückliegen – denn der Beginn des Vergabeprozesses hat ja bereits Mitte 2000 mit der Idee dafür begonnen. Ich bitte um Verständnis, dass man nach zehn Jahren Dinge durchaus nicht mehr präsent hat. Ich bin fast sicher, dass Sie alle vor ähnlichen Problemen stünden.

Ich habe in den diversen Verfahren – teils als Beschuldigter, teils als Zeuge und teils als Kläger – Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen gemacht, nach meiner Erinnerung und der Wahrheit gemacht. Ich werde, wenn es zu Fragestellungen kommt, die meine Aussagen in der Gesamtheit der Verfahren betreffen, auf diese verweisen – auch das zur Klarstellung –, und ich bitte um Verständnis, dass ich hier vor dem Untersuchungsausschuss nicht alles noch einmal erzählen werde. Sie haben meines Wissens ohnehin die Akten, vor allem meine Befragungen, mittlerweile neun Befragungen – das ist sicher bei Ihnen –, neun Beschuldigtenvernehmungen, die letzte davon war am 15.2.2012. Ich möchte verhindern, dass ich ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Kommerzialrat, diese Fakten sind uns alle bekannt. Sie können darauf hinweisen, dass Sie sich, entsprechend auch der Belehrung durch den Verfahrensanwalt, an die Geschäftsordnung halten und von Ihren Rechten Gebrauch machen werden.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, das sage ich damit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, nur um Zeit zu sparen – Sie haben vielleicht noch andere Dinge dem Ausschuss mitzuteilen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Trotzdem, ein Gedanke noch einmal in diesem Zusammenhang: Ich habe mir, wie gesagt, nichts vorzuwerfen, und ich habe in all diesen Verfahren immer die Wahrheit gesagt. Ich werde mich hier nicht entschlagen, weil ich im Strafverfahren ungestraft hätte lügen dürfen und hier die Wahrheit sagen muss. Ich will einfach jede Gefahr für mich eliminieren und rechtlich Zulässiges dazu in Anspruch nehmen.

Ich möchte Sie generell in weiterer Hinsicht um Verständnis bitten: Wie Sie wissen, darf ich die Aussage verweigern zu Fragen, welche ich nicht beantworten könnte, ohne ein – nennen wir es – Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zu verletzen. Mir liegt diesbezüglich keine Entbindung seitens der fünf Wohnbaugesellschaften vor, wohl aber eine Entbindung des Finanzministeriums.

Dazu kommt noch etwas: Ich werde mich auch nicht der Gefahr aussetzen, dass ich Fragen beantworte, die für mich einen unmittelbaren vermögensrechtlichen Nachteil nach sich ziehen könnten – Hinweis auf die zahlreichen Presseverfahren. Nach all dem, was mir in den letzten Jahren widerfahren ist, habe ich wirklich kein Interesse daran, sozusagen weitere Schäden einzufahren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte den Ausschuss noch von der Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen in Kenntnis setzen, dass Sie als seinerzeitiges Mitglied der Bewertungskommission zwecks Ablegung einer Aussage, unter anderem vorgesehen für 2. und 22. Mai 2012, in der diesbezüglichen Angelegenheit von der am 12. März 2002 vereinbarten Pflicht zur Verschwiegenheit bis zu einem Widerruf entbunden sind – vonseiten des Finanzressorts, wie Sie selbst bemerkt haben.

Vor Eingang in die Befragung möchte ich noch daran erinnern, dass wir eine Vereinbarung getroffen haben.

Nummer eins: Es gibt zwei Fragerunden mit 7 Minuten und eine Fragerunde mit 5 Minuten.

Die zweite Vereinbarung betrifft dann die Fokussierung: zuerst **Lehman** und dann **Provisionen**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Sie kennen Ihre Rechte sehr genau, das haben wir jetzt gehört, und das ist auch ganz korrekt so. Nur in einem Punkt ersuche ich wirklich, aufzupassen: Wir sind hier nicht Teil des gerichtlichen Strafverfahrens. Wenn wir Fragen an Sie haben, sind wir mit Sicherheit nicht damit zufrieden, dass Sie auf irgendwelche Beschuldigteneinvernahmen verweisen, sondern dann haben Sie zumindest die Verpflichtung, im Rahmen dessen, was Sie beim BAK oder beim Staatsanwalt ausgesagt haben, auch in diesem Untersuchungsausschuss auszusagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende, weil Sie gesagt haben, es gibt eine Vereinbarung im Hinblick auf die Fragestellungen: Meine Kollegin Tamandl hat uns in der Vorbesprechung mitgeteilt,

dass eine solche Vereinbarung **nicht** existiert; das war ein Vorschlag. Das wollte ich der Ordnung halber sagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, es war der Vorschlag und dem wurde **nicht** widersprochen, und es würde sich auch im Sinne der Übersichtlichkeit empfehlen.

Erster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Petzner. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Grüß Gott Herr Plech! Ich werde versuchen, mich an diesen Vorschlag zu halten, damit wir da ein bisschen Struktur hineinbringen, und erkläre eingangs: Es ist richtig, Sie sind in jener Vergabekommission gesessen, die im Jahr 2002 die begleitende Investmentbank entschieden hat, nicht in jener Kommission, die im Jahr 2004 das Bieterverfahren begleitet hat. Was es aber sehr wohl gibt, ist ein Konto in Liechtenstein namens „**Karin**“, das Ihnen auch wirtschaftlich zuzuordnen ist und wo sich dann die Frage stellt, welche Zusammenhänge es da zu möglichen Provisionszahlungen gibt.

Das ist ungefähr der Themenkomplex, um den es heute gehen wird. Das heißt, wir beginnen in der ersten Fragerunde im Jahr 2002, konkret 5. September, 6. September. Sie waren Mitglied der Kommission über die Lehman-Vergabe und waren auch in der Sitzung vom 5. September anwesend; in der Sitzung vom 6. September haben Sie sich vertreten lassen.

Herr Ramprecht hat hier auch schon unter Wahrheitspflicht über Ihre Rolle dort ausgesagt; dazu kommen wir später.

Beginnen wir im Jahr 2000, Herr Plech, ganz am Anfang, denn wie wir das bisher analysiert haben, ist das von langer Hand geplant gewesen und ganz, ganz geschickt aufgezogen worden. Daher möchte ich auch im Jahr 2000 beginnen. Sie sind im Jahr **2000** von Finanzminister Grasser als **Aufsichtsratsvorsitzender** der **BUWOG** eingesetzt worden.

Können Sie uns die Hintergründe schildern: Warum wurden gerade Sie bestellt? Halten Sie es nicht für unvereinbar, dass ein Immobilienmakler zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der BUWOG ist, die privatisiert werden sollte?

Da gibt es den Regierungsbeschluss im Jahr 2000. Ich halte das für unvereinbar. Daher frage ich Sie auch über die Hintergründe zu Ihrer Bestellung in diese Funktion.

Hat das möglicherweise damit zu tun, dass Sie bekanntermaßen auch eine gewisse Nähe und auch direkte Verbindungen – Stichwort Meischberger – zur Freiheitlichen Partei Österreichs hatten oder haben?

Ernst Karl Plech: Ich habe zu diesem Thema mehrmals laut Protokollen ausgesagt. Ich kann nur sagen: Lesen Sie bitte das durch, ich habe dem nichts hinzuzufügen! Ich entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das geht meiner Meinung nach nicht, Herr Plech. Herr Kollege Pilz hat Sie schon darauf hingewiesen.

Erstens: Die Protokolle kann ich selber lesen, ich bin des Lesens mächtig, und ich habe sie auch gelesen. Ich ersuche Sie trotzdem, dazu Stellung zu nehmen; der alleinige Verweis auf die Protokolle reicht nicht.

Zweiter Punkt: Sie müssen Ihre Entschlagung **begründen**. Meiner Meinung nach setzen Sie sich mit der Antwort auf die einfachen Frage, warum Sie im Jahr 2000 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der BUWOG bestellt worden sind, überhaupt nicht der

Gefahr aus, sich irgendwie strafrechtlich zu belasten. Das ist eine ganz einfache Frage! Diese Ihre Entschlagung ist für mich absolut nicht zulässig, ist inakzeptabel, und ich nehme sie sicher nicht zur Kenntnis. Ganz eine einfache, simple Frage war das, das hat gar nichts mit Ihrem Strafverfahren zu tun.

Also, warum sind Sie im Jahr 2000 von Grasser zum Aufsichtsratsvorsitzenden der BUWOG bestellt worden? – Eine einfache Frage.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Darf ich vielleicht kurz etwas anregen: Bevor wir da jetzt gleich mit einer Riesenkonfrontation beginnen, die nicht unbedingt notwendig ist, sollten wir vielleicht den Herrn Verfahrensanwalt ersuchen, das zu klären. Es dürfte hier offensichtlich ein Missverständnis vorliegen über die Rolle und was man hier machen darf, kann und muss. Vielleicht kann der Herr Verfahrensanwalt jetzt noch einmal sagen – wir haben das ja schon x-mal durchgespielt –, was die Rechte sind, wo man sich entschlagen kann, wie man sich entschlagen kann und wie man nun tatsächlich hier in diesem Ausschuss vorzugehen hat.

Das wäre meine Empfehlung, bevor wir gleich zu Beginn massiv zusammenkrachen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, Herr Verfahrensanwalt, bringen Sie uns das noch einmal zu Gehör.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die Frau Vorsitzende hat es schon gesagt, dass hier einzelne Fragen gestellt werden, und dass einzelne Fragen zu beantworten sind. Wenn Sie bei einer solchen Frage der Auffassung sind, dass Ihnen ein Entschlagungsrecht zukommt, dann haben Sie darauf hinzuweisen, es wird beurteilt, aber Sie müssen das auch **begründen**. Wenn das dann begründet wird, kann der Ausschuss **entscheiden**, ob Sie dennoch aussagen müssen oder nicht. Das liegt dann nicht bei Ihnen und auch nicht bei mir.

Die Frage von Herrn Abgeordnetem Petzner, warum Sie seinerzeit zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt wurden, ist meines Erachtens durchaus eine Frage, die Sie beantworten können – es sei denn, Sie können es begründen, dass das einen strafrechtlichen Hintergrund haben kann; dann müssen Sie das aber begründen. Aber wenn das nicht so ist – und das nehme ich eher an –, dann können Sie meines Erachtens das in Ruhe vortragen, dass Sie gefragt wurden und das Mandat angenommen haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: So ist es. Ich bin als Spezialist dort hinein gerufen worden, und aufgrund meiner langjährigen Erfahrung auf diesem Sektor bin ich in dieses Gremium berufen worden. – Das ist alles, was dazu zu sagen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie können da irgendwelche politischen Hintergründe oder andere Gründe ausschließen, die zu Ihrer Bestellung im Jahre 2000 geführt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Für mich waren nie politische Gründe ausschlaggebend, sondern ich bin dort als Experte gesessen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich halte Ihnen vor: Da gibt es den ehemaligen Kabinettschef des Herrn Ex-Ministers Schmid, den Herrn **Berner**. Der hat eine Skizze nachgezeichnet von einem Treffen, das stattgefunden hat mit mehreren

Personen, wo es darum gegangen ist, dass Hohegger und andere Personen schon im Zuge der Regierungsbildung besprochen haben, wie man im Zuge möglicher Privatisierungen, die anstehen, profitieren und Geld absaugen kann.

Da sind mehrere Kästchen aufgezeichnet. Und da gibt es zwei Kästchen, in einem Kästchen steht der Name Grasser drinnen und darunter Hohegger, Plech, Meischberger. Und dann gibt es ein zweites Kästchen, da steht dann Haider, und unter Haider steht Hofmann, Berner, Mikscha und Petritz – alles bekannte Personen!

Jetzt frage ich Sie zu dieser Skizze, ich kann sie Ihnen auch gerne vorlegen.

Ernst Karl Plech: Ich bitte darum.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Berner sagt: Da hat ein Treffen stattgefunden, da wurde besprochen, wer wie über Grasser von den Privatisierungen profitieren kann; Hohegger sagte, den Haider haben wir dazu nehmen müssen, weil der Grasser politisch eventuell zu wenig Gewicht hat –

Haider war ja damals, 2000, mit der FPÖ bei 27 Prozent –;

und dort hat man genau ausgemacht, wie man von den Privatisierungen profitieren kann über Provisionen, die via Hohegger verrechnet werden.

Dann ist ja das Spannende, dass genau diese **Berner-Skizze**, die namentlich angeführten Personen, das, was er dort von diesem Treffen berichtet hat, dass das dann genau stattgefunden hat: bei der BUWOG, bei vielen anderen Dingen, die auch Gegenstand dieses Ausschusses sind.

Immer kommen diese Personen vor, und immer kommen auch **Sie** vor. Zeitgleich zu diesem zeitlich eingeordneten Treffen, bei dem diese Kasterl gezeichnet wurden, wurden Sie zum Aufsichtsratsvorsitzenden der BUWOG bestellt.

Daher frage ich Sie jetzt – das eine die Kästchen, das andere Ihre Bestellung – : Gibt es da einen Zusammenhang? Was sagen Sie zu diesen Berner-Aussagen? Gab es so ein Treffen, wo Sie auch mit Namen vorkommen, wo man vor oder zu Beginn der Regierungstätigkeit schon besprochen hat, wie verschiedene Personen von möglichen Privatisierungen auf illegale Wege durch Provisionen im Zuge der Verkäufe profitieren können?

Was sagen Sie zu diesen Aussagen von Herrn Berner??

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann zu diesen Berner-Aussagen ... – Vor allem diese Skizze, die Sie mir da eben vorgelegt haben, ist mir unbekannt. Ich habe keine Ahnung, wann das entstanden ist, wurde aber auch da schon vernommen – bei der Polizei – und entschlage mich daher der Aussage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihr Name ist auf dieser Skizze oben, oder?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Der Name ist oben. Ich habe da nicht ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie kommt Herr Berner drauf, da den Namen **Plech** draufzuschreiben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich entschlage mich der Aussage, denn das bin ich bei der Polizei mehrmals gefragt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, machen wir einmal einen Sprung, vielleicht tun Sie sich da leichter.

Am 5. September findet diese Sitzung statt: Vergabekommission, Entscheidung Lehman Brothers oder CA IB. Sie waren in dieser Sitzung der Vergabekommission

physisch und hoffentlich auch psychisch anwesend. Ist das korrekt? (**Ernst Karl Plech**: Das ist korrekt!) – Und in der Sitzung vom 6. September waren Sie nicht anwesend und haben sich vertreten lassen. – Ist das auch korrekt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist auch korrekt, weil ich bei einer anderen Sitzung von 9 bis 18 Uhr gesessen bin – was nachgewiesen ist, ist ebenfalls ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das ist korrekt.

Jetzt kommen wir zu der Sitzung am 5. September: Der Aufsichtsratsvorsitzende der BUWOG, der Immobilienexperte Plech meldet sich auch – Aktenvermerk, da haben wir diese Sitzung –, und der Herr Plech, auf den alle vertrauen und der Experte ist, sagt in dieser Sitzung am 5. September, wo eine Art Meinungsumfrage stattgefunden hat – Zitat Zeugenaussage –,

er hält die CA IB für eine gute Option, insbesondere bei Hinzunahme von ausländischen Partnern.

Das heißt, Plech spricht sich in dieser Sitzung am 5. September, in dieser Meinungsumfrage – Zitat aus einer Zeugenaussage – für die CA IB aus; noch einmal Zitat:

eine gute Option.

Dann kommt über Nacht dieser Schwenk – und am 6. September ist es plötzlich Lehman.

Jetzt erklären Sie mir, Herr Plech, warum Sie am 5. September in dieser Meinungsumfrage als Immobilienexperte – wo Sie auch geschildert haben, Sie kennen sich da aus; das glaube ich Ihnen auch – sagen, CA IB ist eigentlich eine gute Option, passt. Es gibt an diesem 5. September auch eine eindeutige Meinungsbildung. Sie waren ja nicht alleine. Alle Kommissionsmitglieder waren Ihrer Meinung, alle haben sich für die CA IB ausgesprochen, 9 : 0.

Am 6. September kommt plötzlich der Schwenk: 6 : 3 für Lehman. Und da sagt Herr Ramprecht in seiner Aussage hier unter Wahrheitspflicht – Zitat –:

„Der Herr Plech war total kurz angebunden und hat mir nur ganz explizit gesagt, er hat es ja am Vortag angekündigt: Der Minister will entscheiden. Und der Herr Plech hat zu mir gesagt, der Minister will Lehman, ohne irgendein Argument. Punkt.“ – Zitat Ramprecht, Zeugenaussage hier unter Wahrheitspflicht.

Herr Plech, was sagen Sie zu diesem Schwenk? Sie waren selber am 5. September für die CA IB. Am 6. September steht es plötzlich 6 : 3 für **Lehman**. Und diese Ramprecht-Aussage – Plech kommt zu mir, vor der Sitzung, und sagt, der Minister will Lehman –, was sagen Sie dazu?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kann ich mir bitte das Protokoll anschauen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir bringen Ihnen diese Seite hinaus. Das war die Vernehmung von Ramprecht am 17. April 2012.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

17 ist übrigens meine Glückszahl, also passen Sie auf! (Zwischenruf des Abg. Dr. **Rosenkranz**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: In der Lesepause darf ich nur darauf hinweisen, dass die Zahl 7 auch bei den Fragezeiten eine Rolle spielt, und Sie haben bereits Ihre Glückszahl erreicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das war jetzt sehr charmant, Frau Vorsitzende. Also Herr Plech, schließen wir das jetzt ab! Helfen Sie uns, sagen Sie ein bisschen etwas, dann sind wir schneller!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch darüber habe ich bereits zwei Mal ausgesagt bei der Behörde, und daher entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann frage ich nach: Haben Sie sich am 5. September – wie es im Protokoll dieser Sitzung drinnen ist – für die CA IB ausgesprochen und gesagt, das ist eine **gute Option**: ja oder nein?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sie zitieren das völlig falsch, ich habe ... – Das ist nicht das Protokoll. Das ist eine Aussage aus dem Korruptionsausschuss – und nicht das Protokoll.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann bringe ich Ihnen das Protokoll hinaus.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich bitte, bringen Sie das Protokoll, damit man sieht, was ich gesagt habe, damit ich Ihnen das sagen kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ich bringe es Ihnen gleich.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na ja, darum habe ich ja gebeten.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kann man das vielleicht bei der zweiten Fragerunde abziehen, denn wenn ich da jetzt aufhören muss, kann ich wieder von vorne anfangen?

Sie haben jetzt zwei Dokumente. *(Ernst Karl Plech: Ich habe nicht zwei, ich habe ...!)* Sie haben dieses Schriftstück zur Sitzung am 5. September – schauen Sie sich das genau an! –, und da steht:

Plech sagt, die CA IB ist eine gute Option.

Und dann haben Sie zum Zweiten aus dem offiziellen Stenographischen Protokoll dieses Untersuchungsausschusses die Aussage von Ramprecht vom 17. April 2012 – hier unter Wahrheitspflicht im Ausschuss – vorliegen, dass Sie gesagt haben, der Minister will Lehman, und er das dann durchgezogen hat und Sie das nicht begründet haben.

Da könnte man noch weitergehen zu den Tennisspielen, die Sie mit Ramprecht in dieser Sache gehabt haben, zu einem Aktenvermerk, den Sie angefertigt haben; aber dazu kommen wir vielleicht später.

Bleiben wir jetzt einmal bei diesem Punkt: Haben Sie sich am 5. September 2002 – wie es aus diesem Schriftstück hervorgeht – für die CA IB ausgesprochen wie alle anderen Kommissionsmitglieder auch bei dieser Meinungsumfrage?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Diese Interpretation ist prinzipiell falsch, Was ich damit gemeint habe – und das habe ich auch dort gesagt –, ist, dass es für mich eine sehr gute Option ist, wenn eine österreichische Bank dabei ist, und zwar deswegen, weil die Gewichtung für ausländische Mitbieter im Ministerium in einem anderen Licht gesehen wurde, als ich sie gesehen habe, denn mit Kenntnis des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes für Ausländer – da war ich ständig der Meinung – haben wir zwar mehr Interessenten, aber keine Käufer.

Deswegen habe ich in der damaligen erklärenden Sitzung – das war nichts anderes als eine Sitzung, wo die Wissenschaftler und Herr Dr. Schramm erklärt haben, da hat es

ein kompliziertes Punktesystem gegeben, dass es gut wäre, wenn die CA IB irgendwie dabei sein könnte. Die Entscheidung fiel dort **nicht** für CA IB, sondern ganz eindeutig für Lehman Brothers.

Alles weitere: Ich enthalte mich der Aussage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlusssatz: Ich führe dazu aus, dass mehrere Zeugen hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt haben – auch gegenüber der Staatsanwaltschaft –, nämlich Schuster, Trabold, Ramprecht –, dass sehr wohl am 5. in einer Art Meinungsumfrage die Stimmung ausgelotet wurde und sich alle inklusive Plech – ich habe das vorgelesen – für **CA IB** ausgesprochen haben. Das halte ich Ihrer Aussage nur entgegen.

Schlussfrage für die erste Runde zum zweiten Protokoll: Es gibt dann die Sitzungsunterbrechung, diesen Schwenk von 9 : 0 für die CA IB am 5. September auf 6 : 3 für Lehman am 6. September.

Dazwischen liegt diese Aussage – und ich habe Ihnen das Protokoll vorgelegt – von Ramprecht hier unter Wahrheitspflicht, warum das so passiert ist.

Dieser Herr sitzt heute vor mir, nämlich Herr Plech, denn Herr Plech hat Herrn Ramprecht gesagt, der Minister will Lehman, worauf Ramprecht die Sitzung umgedreht und gesagt hat: Wir wollen Lehman.

Was sagen Sie zu diesen Aussagen Ramprechts hier unter Wahrheitspflicht, Herr Plech, dass Sie ihm diesen Satz gesagt haben? Warum wollte der **Minister** Lehman? Wann hat Ihnen das der Minister gesagt? Hat dieses Gespräch mit Ramprecht in dieser Form stattgefunden, wo Sie gesagt haben, der Minister will Lehman?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich möchte mich hier keiner strafgerichtlichen Verfolgung aussetzen. Daher entschlage mich der Aussage. (*Abg. Petzner: Gut, ich ...!*)

Nur eines am Rande: Ich habe so etwas **nie** gesagt! Nicht zu Ramprecht!

Und wenn Sie drei, vier Leute aus dieser Kommission zitieren, die da zugestimmt haben: Wo sind die restlichen fünf? Wo sind die Wissenschaftler? Wo ist ein Kletecka, ein Bogner? – Sie zitieren immer bewusst Leute, die eben in diese Richtung gehen, die Sie gerne hätten. So war es aber nicht!

Im Übrigen entschlage ich mich aus dieser Überlegung der weiteren Aussage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich noch einmal ersuchen, dass Sie Ihre Entschlagung inhaltlich begründen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Fragezeit ist grandios überschritten!

Nächster Fragesteller: Herr Abgeordneter Krainer. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sagen also, dass das Zitat aus dem offiziellen Sitzungsprotokoll vom 5. September 2002:

Kommerzialrat Plech: Er sieht in der CA IB eine gute Option, insbesondere bei Hinzunahme von ausländischen Partnern

falsch ist, weil Sie es genau umgekehrt gemeint hätten.

Ich darf Ihnen von derselben Sitzung die handschriftlichen Aufzeichnungen des Dr. Traumüller vorhalten.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Auf der Kopie sehen Sie jetzt Ihren Namen nicht. Das ist dieser schwarze Fleck, dort wurde mit Leuchtstift markiert. Wo dieser schwarze Fleck ist, steht Ihr Name, er ist nur mit Leuchtstift markiert, und auf der Kopie ist das jetzt grau. Da steht:

Plech: CA IB plus ausländische Partner.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch hier sage ich: Ich kenne dieses Protokoll nicht, sehe es jetzt das erste Mal.

Was ich gemeint habe, habe ich vorhin bereits erwähnt: Ich wollte, dass ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie halten Ihre Aussage noch immer aufrecht, dass **zwei** voneinander unabhängige Personen Sie falsch verstanden haben? (*Ernst Karl Plech: Nein, das war ...!*) Sie halten es nicht für denkbar, dass Sie das gesagt haben, was zwei Personen mitgeschrieben haben, was Sie gesagt haben? Das halten Sie nicht für denkbar, dass Sie es einfach anders gesagt haben, als Sie sich jetzt erinnern?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie können sich nur der Aussage entschlagen, wenn Sie sich mit Ihrer Aussage selber belasten würden.

Es geht darum: Wir haben hier zwei Mitschriften, die beide sagen, Sie haben A gesagt. – Und Sie sagen: Nein, Sie haben B gesagt.

Beim Großteil sagen Sie, Sie erinnern sich nicht mehr genau. Nur **da** erinnern Sie sich?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe nicht gesagt, dass ich mich nicht erinnere.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die Vertrauensperson, Kollege Nödl, sagt mir, dass diese Aussageentschlagung im Wesentlichen darauf zurückgeht, dass Herr Plech vermeiden will, dass er hier unter Wahrheitspflicht eine in der Sache abweichende Erklärung abgibt zu einer Erklärung, die er bereits einmal abgegeben hat: bei einer Einvernahme als Beschuldigter oder auch als Zeuge vor der Behörde, etwa vor der Staatsanwaltschaft.

Es geht also darum, dass man vermeiden will, dass man durch Gegenüberstellen von Protokollen den Nachweis führen könnte, dass entweder das eine oder das andere nicht der Wahrheit entsprochen hat; und es könnte hier eine wahrheitsgemäße Aussage, die sich unterscheidet von einer Aussage, die vor einer Strafbehörde abgegeben wurde, seine Verteidigungslinie anders darstellen. Aus diesen Gründen ... (*Abg. Krainer: Da gilt bei jeder Beschuldigtenaussage ...!*) Das ist die allgemeine Erklärung, Herr Abgeordneter. Ich komme zu dem anderen auch noch. (*Abg. Krainer: Das ist ja Sinn und Zweck der Sache!*)

Zu der Frage, die jetzt gestellt wurde: Herr Plech und Herr Kollege, da ist es nur darum gegangen, herauszufinden, ob das, was hier in dem Protokoll steht, tatsächlich so stattgefunden hat. Ich sehe **nicht**, wo man sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde, wenn man sagt: Ja, ich habe damals die Meinung vertreten, CA IB mit ausländischer Beteiligung. – Dahin geht die Frage.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es wird das jetzt noch bilateral geklärt. Meines Erachtens besteht durchaus die Möglichkeit, vor dem Ausschuss die damalige Zeugenaussage zu wiederholen. Das wird jetzt auch kommuniziert.

(*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann spricht mit der Vertrauensperson Dr. Nödl.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Mir wurde jetzt wieder vermittelt, dass man hier das Entschlagungsrecht in Anspruch nehmen will. Insbesondere auch deshalb –

ist mir wieder erklärt worden –, weil die Möglichkeit besteht, dass man sich durch eine in einer Nuance, im Wortlaut hier möglicherweise andere Aussage als bei der Behörde davor einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde wegen einer falschen Beweisaussage, abgegeben hier vor dem Ausschuss. (*Abg. Krainer: Entschuldigung, Frau Vorsitzende ...!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind jetzt sozusagen genau in der Durchschreitung der einzelnen Stufen, wenn es darum geht, hier eine Entschlagung glaubhaft zu machen. (*Abg. Krainer: Ich möchte ein Argument bringen!*) Die Gründe für die Glaubhaftmachung müssen uns jetzt noch glaubhaft gemacht werden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da habe ich gleich ein Argument. Die Auskunftsperson hat selber gesagt, sie sieht **zum ersten Mal** dieses Protokoll, also diese Mitschrift von Traumüller. Das heißt, sie wurde zur Mitschrift von Traumüller noch nie befragt!

Insofern kann seine Aussage hier nicht abweichen von einer vorhergehenden Aussage, weil er noch nie zu diesem handschriftlichen Protokoll befragt wurde. Insofern **kann** es keine Abweichung geben, auch nicht in Nuancen, denn er wurde das noch nie gefragt. Auf eine Frage, die man noch nie gestellt bekommen hat, kann man keine andere Antwort geben als eine noch nicht gegebene.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, oder keine. – Bitte, vielleicht können Sie also doch eine Antwort finden.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Zum Inhalt: Ich habe das tatsächlich das erste Mal gesehen, aber **inhaltlich** bin ich zu diesem Thema natürlich schon befragt worden und habe auch schon darüber ausgesagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schauen Sie, die Sache ist folgende. Bisher gab es **ein** Protokoll, und Sie haben bisher gesagt: Sie haben etwas anderes gesagt, es wurde falsch protokolliert.

Jetzt haben wir seit ein paar Tagen ein **zweites**, handschriftliches Protokoll dieser Sitzung. Das legen wir Ihnen vor, und was wir sagen – ich meine, das ist ja immerhin schon fast zehn Jahre her –, ist: Vielleicht erinnern Sie sich einfach nicht mehr richtig an das, was Sie gesagt haben. Jetzt liegen Ihnen zwei voneinander unabhängige Protokolle vor, die **beide** aussagen: Sie haben am 5. September gesagt, CA IB ist eine gute Option, insbesondere bei Hinzunahme von ausländischen Partnern – so das eine.

Und das andere besagt, dass Sie gesagt haben: CA IB plus ausländischen Partner.

Es sagen also beide etwas anderes aus, als **Sie** sagen!

Ich frage Sie: Halten Sie es noch immer aufrecht? Oder halten Sie es für **denkbar**, dass Sie eben doch das gesagt haben, was alle anderen mitgeschrieben haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich bleibe bei der Tatsache, wie ich sie vorher schon gesagt habe: Ich entschlage mich der Aussage, weil ich zu diesem Thema **mehrmals** befragt wurde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind noch nie zu handschriftlichen Aufzeichnungen von Herrn Traumüller befragt worden. Noch nie!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Zum **Inhalt** bin ich befragt worden! Das habe ich noch nie gesehen, aber zum Inhalt, wie gesagt ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, auch zum Inhalt seiner Mitschrift sind Sie noch nie befragt worden. (*Ernst Karl Plech: Aber natürlich!*) – Dann wäre sie Ihnen ja vorgelegt worden. (*Ernst Karl Plech: Also, noch einmal ...!*) Ich habe alle

Vernehmungsprotokolle gelesen. Sie sind noch nie mit den handschriftlichen Aufzeichnungen von Dr. Traumüller konfrontiert worden.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Inhaltlich weiß ich, wusste ich darüber Bescheid; gesehen habe ich das zum ersten Mal. Und ich bleibe dabei: Ich entschlage mich der Aussage. (*Abg. Dr. Jarolim: Frau Vorsitzende!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, wir machen es jetzt so: Sie können noch einmal die **Gründe**, warum Sie sich entschlagen, geltend machen. Wir werden dann unterbrechen, eine Beratung über die Beurteilung Ihrer Gründe abhalten – und Sie dann von dem Ergebnis in Kenntnis setzen.

Können Sie noch einmal deutlich die **Gründe** nennen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Gründe sind die, dass hier offensichtlich entweder ... – Es ist gar nicht protokolliert worden, das war ja eine private **Mitschrift** des Herrn Traumüller.

Es gibt ein Protokoll, an das erinnere ich mich. Wobei ich sagen muss, dass ich meine gesamten Unterlagen bereits im Jahre 2009 an die Finanz zurückstellen musste, samt allen Aktenvermerken, samt allem, was es gegeben hat. Ich kann mich noch erinnern, ich habe ein Faksimile gefunden, wo ich ganz deutlich sage:

Ich fände es ideal, wenn die CA IB dazukommt, weil ich den österreichischen Sektor abgedeckt haben will. Oder ich fände es gut, wenn der österreichische Sektor mit abgedeckt ist.

Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sagen also, Sie bleiben dabei. Und Sie behaupten, dass Sie selber eine **eigene** Mitschrift hätten? Wo das richtig gestanden wäre, nur haben Sie diese irgendjemandem abgeben müssen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es gibt über alle diese Sitzungen – oder die meisten dieser Sitzungen – Protokolle. Diese Protokolle sind im Besitz des Finanzministeriums. Ich habe auch eine Bestätigung für die Übergabe.

Ich habe damals den Fehler gemacht, nicht alles zu kopieren. Wenn ich das alles kopiert hätte, wäre heute vieles leichter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das eine ist das offizielle Sitzungsprotokoll des Finanzministeriums. Da steht drin: Plech: Er sieht in der CA IB eine gute Option, insbesondere bei Hinzunahme von ausländischen Partnern. – Zitatende.

Das ist das einzige offizielle Protokoll, das es im Finanzministerium gibt. Das werden Sie ja nicht meinen. Was meinen Sie mit einem Faksimile, in dem das Gegenteil steht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich meine dieses Protokoll – oder ein anderes. Wie gesagt, das ist zwölf oder elf Jahre her.

Tatsache ist – und ich kann das nur noch einmal sagen –: Lehman war bei dieser Erklärungssitzung am 5. 9. so was von abgehoben, über allem als Bestbieter darüber, das ist gar nicht mehr diskutiert worden.

Aber natürlich diskutiert man über den Zweiten! Noch dazu aus dem Grund, den ich vorhin schon genannt haben: Es hat dort Interessen gegeben. Alles schon ausgesagt, ich sage das jetzt noch einmal: Schuster, Schön, die seit Jahrzehnten mit der Bank Austria zusammengearbeitet hatten, haben natürlich ein Interesse daran gehabt, dass die zum Zug kommen.

Das ist eigentlich alles.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, meine Frage war etwas ganz anderes. Meine Frage war: Sie hätten ein Protokoll gesehen, wo Ihre Aussage richtig protokolliert wäre?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das jetzt nicht verstanden; noch einmal.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war etwas anderes. Meine Frage war: Sie hätten ein Protokoll gesehen, wo Ihre Aussage richtig protokolliert worden wäre?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann nicht sagen, ob sie *richtig* protokolliert wäre. Es ist aber in meiner Erinnerung, dass ich diesen Punkt immer so verstanden wissen wollte und das auch gegenüber den Kommissionsmitgliedern gesagt habe. Es hat *keine* Diskussion über den Bestbieter gegeben, es hat sehr wohl ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, Sie brauchen nicht zu wiederholen, was Sie schon gesagt haben. Vorhin haben Sie gesagt: Sie haben ein Faksimile vor Augen, wo Ihre Aussage richtig interpretiert/protokolliert worden wäre.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich sage jetzt noch einmal – und das das letzte Mal –, ich entschlage mich in dieser Angelegenheit meiner Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, aber ich habe eine Frage zu Ihrer Aussage *hier* gestellt. Da können Sie sich nicht entschlagen. Sie haben hier gesagt: Sie haben ein Faksimile vor Augen, wo Ihre Aussage richtig protokolliert worden wäre.

Da ist meine Frage gewesen: Ist das Ihre persönliche Mitschrift gewesen? Oder was war das? – Und Sie haben gesagt: Das wäre die *offizielle* gewesen.

Dann habe ich Ihnen noch einmal aus der offiziellen zitiert, wo etwas anderes steht, als Sie jetzt behaupten.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Möglicherweise hat es mehrere Mitschriften gegeben. Ich kann das heute nicht sagen, es ist zwölf Jahre her. Ich habe in Erinnerung, dass es so etwas gegeben hat. Ich habe keine Unterlagen mehr und kann daher nicht weiter dazu Stellung nehmen. Ich habe das *mehrmals* bei der Polizei ausgesagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, dann lassen wir das mit dem Faksimile und dem „Vor Augen haben“ weg.

Was wir haben, ist das offizielle Protokoll; das ist Ihnen vom Kollegen Petzner vorgelegt worden.

Das Zweite, was wir haben, ist eine handschriftliche Mitschrift von Herrn Traumüller; die liegt Ihnen vor. Diese Seite liegt Ihnen vor, und da sind Sie ebenfalls zitiert mit der Aussage – ich wiederhole das noch einmal –:

CA IB plus ausländischen Partner.

Glauben Sie – das ist eine Ja/Nein-Frage, da kann man auch nicht in Nuancen abweichen; bei Ja/Nein-Fragen gibt es keine Nuancen –, glauben Sie also, dass diese zwei, unabhängig voneinander, Sie einfach falsch verstanden haben?

Oder halten Sie es für denkbar – zweite Frage –, dass Sie das einfach so gesagt haben, wie es beide unabhängig voneinander mitgeschrieben haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wissen Sie, ich will da jetzt wirklich nicht spekulieren. Tatsache ist das, was ich jetzt schon mehrmals gesagt habe: *Lehman* war so was von *klar vorne*, dass es kein Thema mehr war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das hat nichts mit meiner Frage zu tun. Meine Frage war sehr präzise und klar, die kann man mit einem Ja oder Nein beantworten. Dann gibt es auch keine Nuancen, und dann kann man sich auch nicht irgendwie anders ausdrücken, als man das bereits getan hat.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eine Mitschrift des Herrn Traumüller kannte ich nicht – nur inhaltlich, wie ich das schon vorhin gesagt habe. Das sehe ich jetzt das erste Mal.

Wie kann ich beeinflussen, was der mitschreibt? – Das ist ja undenkbar!

Und damit möchte ich bitte zu dieser Frage keine Antwort mehr geben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube schon, dass man beeinflussen kann, was jemand anderer mitschreibt. Ich meine: Indem man A oder B sagt – dann wird er wohl A oder B aufschreiben!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist reine Spekulation von *Ihnen!*

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na ja, wenn ich zwei Mitschriften von einer Sitzung habe, die unabhängig voneinander erstellt worden sind, und diese **decken sich** in einigen Punkten, dann sagt der gesunde Menschenverstand: Na, dann wird es schon so gewesen sein, wie zwei unabhängig voneinander etwas mitgeschrieben haben!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Der „gesunde Menschenverstand“, über den Sie jetzt reden, sind Aussagen von **zwei** Personen. Dort waren **neun** Leute anwesend. Ich weiß nicht, wer sonst noch etwas mitgeschrieben hat; ich habe keine Ahnung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na, wir haben zwei! (*Abg. Dr. Jarolim: Aber es gibt ein offizielles Protokoll! – Ernst Karl Plech: Schreien Sie nicht herum! – Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung! Herr Plech, damit wir Ihnen ...! – Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir gehen der Reihe nach vor. – Abgeordneter Krainer hat gefragt; Herr Kommerzialrat Plech hat teilweise geantwortet.

Zur Geschäftsordnung haben sich zuerst Abgeordneter Petzner und dann Abgeordneter Jarolim zu Wort gemeldet. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich wollte nur zur Befragung des Kollegen Krainer Folgendes ergänzen, weil er die Unterlage jetzt nicht mehr gehabt hat: Wir haben Ihnen das offizielle Protokoll jetzt noch einmal vorgelegt, damit Sie sich vielleicht leichter tun. Es war unser Mitarbeiter, der es herausgebracht hat – dass das geklärt ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ja, dem kann man sich anschließen.

Ich habe bis jetzt nicht verstanden, was dieser **Entschlagungsgrund** eigentlich sein soll, und ich würde den Herrn Verfahrensanwalt ersuchen, das auch entsprechend zu qualifizieren. Wenn ich das richtig verstanden habe, besteht der Entschlagungsgrund darin, dass Herr Kommerzialrat Plech heute keine Aussage tätigt, weil er in Kenntnis der Wahrheit, die er sagen müsste, weiß, dass er damit eine falsche Zeugenaussage in der Vergangenheit begangen hat.

Ist das richtig? – So habe ich es verstanden. Wenn das stimmt, dann wäre es ein Entschlagungsgrund. Wenn das nicht stimmt, dann ist es **kein** Entschlagungsgrund.

Ich ersuche darum, dass wir jetzt präzise mit diesem Werkzeug des Entschlagungsgrundes umgehen, weil wir sonst nicht weiterkommen. Es kann sein, dass Herr Kommerzialrat Plech sagt – emotional aus seiner Sicht vielleicht verständlich – und dass jeder dritte Satz „Ich entschlage mich“ ist, aber es ist absolut **nicht begründet**. Wir sind ja nicht dazu da, dass wir hier irgendwelche Emotionalitäten aufarbeiten, sondern eigentlich dazu, dass wir nach dem Wortlaut des Gesetzes und der Geschäftsordnung vorgehen. Das tun wir jetzt überhaupt nicht, und ich glaube nicht, dass wir ein derartiges Herumgestocher noch lange akzeptieren können.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich lasse hier noch einmal eine Beratung zwischen Vertrauensperson und Verfahrensanwalt durchführen und gebe noch einmal die Möglichkeit zu einer Begründung, warum **nicht** geantwortet wird. Dann sehe ich keine andere Möglichkeit mehr, als dass wir unterbrechen und entsprechend begutachten und beraten, inwieweit die Begründung zutreffend ist oder nicht.

(Verfahrensanwalt Dr. **Hoffmann** spricht neuerlich mit der Vertrauensperson Dr. **Nödl**.)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Gut, wir sind an sich einer Meinung über die diesbezügliche gesetzliche Bestimmung, was die Entschlagungsmöglichkeit betrifft.

Grundtenor ist, dass ein Beschuldigter im Strafverfahren nicht gehalten ist, wahrheitsgemäß auszusagen, dass aber derselbe Beschuldigte hier als Auskunftsperson sehr wohl gehalten ist, wahrheitsgemäß auszusagen. Die Sorge, die mir jetzt wieder mitgeteilt wurde, ist folgende: Wenn ich jetzt abweichend aussage, passieren zwei Dinge. Entweder belaste ich mich hier zusätzlich im Strafverfahren, oder es ergibt sich durch eine andere Aussage im Strafverfahren, dass ich hier, weil ich abweiche, die Unwahrheit gesagt haben kann. – Das ist also der Hintergrund.

Aber ich habe mir auch Gedanken gemacht im Zusammenhang mit der Frage, die jetzt ansteht. Ich verstehe eigentlich nicht, Herr Kollege, wirklich nicht die Debatte, denn wenn ich Herrn Plech richtig verstanden habe, sagt er selbst, dass er die Meinung vertreten hat: CA IB mit ausländischer Beteiligung wäre **gut** in dieser ersten Fragerunde. – Genau das steht in dem Protokoll! Darum verstehe ich eigentlich nicht, dass Sie sagen: Dazu will ich die Antwort „Ja, das habe ich damals so gesagt“ nicht geben.

Da müssen Sie gar nicht den Wortlaut entsprechend wiedergeben, sondern: „Inhaltlich stimmt das mit meiner Meinung überein“, dann ist die Frage beantwortet, und wir haben es erledigt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Aber das habe ich ja vorhin bei der Befragung durch Herrn Petzner schon gesagt!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ja, dann war aber der semantische Streit jetzt völlig ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ach so, dann bitte ich um Entschuldigung! Aber dann ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ist das verstanden, was ich meine?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, es ist allen klar – außer dem Herrn Kommerzialrat und außer der Vertrauensperson.

Nun gibt es noch einmal die Möglichkeit, dass Sie eine Antwort geben – das ist der Fall A – oder dass Sie sich entschlagen; dann müssen Sie im Fall B das auch begründen. Anschließend werden wir darüber beraten, ob Ihre Begründung

ausreichend ist oder nicht. (*Vertrauensperson Dr. Nödl: ... gesagt! – Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Sinngemäß ja, aber das ist nicht rübergekommen! Er soll es jetzt wiederholen – und die Sache hat sich!*)

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also bitte, dann wiederhole ich das noch einmal – ich habe das bereits bei der Befragung durch den Herrn Petzner gesagt –:

Ich war damals der Meinung, dass ein, ... – Ich habe das so gesagt, wie es ist, es ist nur offensichtlich verkehrt protokolliert worden. Denn ich habe *immer* den Standpunkt vertreten, dass die CA IB dazugehört. Lehman war der eindeutige Sieger, und aus den Gründen, die ich Ihnen schon gesagt habe, weil der österreichische Markt besser abgedeckt werden kann, habe ich das auch gesagt in dieser Auseinandersetzung.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Ja, es ist ein gewisser Unterschied, ob die CA IB die Ausschreibung gewinnt und einen ausländischen Partner – KPMG war da im Gespräch – nimmt oder ob Lehman gewinnt und die CA IB als Subunternehmen genommen oder eingebunden werden soll. Das sind schon zwei Paar Schuhe.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich konnte ja nicht wissen, wen Lehman als Partner nimmt. Woher sollte ich wissen, wen Lehman als Partner nimmt? Es waren bei allen Firmen, die sich beworben haben, die diversesten Anwaltskanzleien, die diversesten Steuerberatungskanzleien tätig. Was weiß ich, wer da ausgesucht wird?

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Interessant ist, Sie behaupten, Sie hätten das schon am 5. gesagt, obwohl zwei unabhängig voneinander das umgekehrt protokolliert haben. Spannend ist ja nur, dass genau das dann auch passiert ist, und dass bereits *zwei Tage vorher* der Ihnen bekannte Herr Muhr mit der CA IB gesprochen hat, ob die nicht *Sub* werden wollen von *Lehman* – und Lehman am nächsten Tag in der Früh das sogar schriftlich dem Kabinett bestätigt hat.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Davon höre ich jetzt das erste Mal. Ich war in diese Dingen nicht involviert. Ich habe den Herrn Muhr – auch das habe ich mehrmals ausgesagt – in meinem Leben *zweimal* gesehen, anlässlich eines Cocktails, und ich habe nie ein Gespräch geführt mit ihm.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Bei Ihrer achten Beschuldigteneinvernahme haben Sie gesagt, Sie haben Herrn Muhr *fünfmal* getroffen, aber das ist jetzt auch nicht so entscheidend, ob Sie ihn zweimal oder fünfmal getroffen haben, und meistens bei Veranstaltungen von *Grasser*, haben Sie ausgesagt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sehen Sie, Herr Abgeordneter, das ist die Nuance ...

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, und ich sage ja, das ist nicht das Problem. Ich drehe Ihnen ja keinen Strick daraus, sondern ich mache Sie nur darauf aufmerksam, dass es da Unterschiede gibt.

Seit wann kennen Sie den Herrn Meischberger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das weiß ich nicht so genau, aber zirka 23, 25 Jahre.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, seit 1990, oder?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Rechnen Sie es sich aus, wenn Sie wollen. Ich sage Ihnen, zwischen 20 und 25. Ich weiß es nicht mehr genau.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie noch, wann und wo Sie Herrn Meischberger kennen gelernt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das weiß ich leider nicht mehr, sicher auf einer Parteiveranstaltung. (*Abg. Krainer: Von welcher Partei?*) – Von der Freiheitlichen Partei.

Wenn ich mich jetzt erinnere, war das irgendeine Veranstaltung in Velden, wo er sozusagen als neuer Mann in der FPÖ gefeiert und gefördert wurde, und da habe ich Meischberger kennen gelernt.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Sie haben ja dann eine Freundschaft zu ihm irgendwann gehabt und gepflegt? (*Ernst Karl Plech: Ja, natürlich habe ich eine Freundschaft zu ihm gepflegt, ja!*) – Seit wann haben Sie eine freundschaftliche Beziehung zu Herrn Meischberger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich nicht sagen, aber seit mindestens 15, 17 Jahren. Ich kann exakt nicht sagen, wann diese Freundschaft begonnen hat.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Sie haben auch eine geschäftliche Partnerschaft mit Meischberger und schon seit Längerem geschäftlich mit ihm zu tun?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich hatte geschäftlich mit ihm zu tun.

Aber noch einmal: All diese Dinge sind in allen Protokollen drinnen. Das Thema „Meischberger“ wurde von mir in neun Vernehmungen immer wieder am Rande gestreift, und wenn Sie die durchlesen, da ist **alles** drinnen, was jemals mit dem Meischberger war.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, das ist schon klar, aber diese Akten sind **geheim**, und wir hier als Parlament sind eine sogenannte Transparenzmaschine. Links von Ihnen sehen Sie die Medienöffentlichkeit, und eine der Aufgaben des Parlaments ist es, hier Sachen transparent und öffentlich zu machen. Deswegen stellen wir Fragen, auch wenn wir mitunter schon in diversen Protokollen gelesen haben, was Sie dazu sagen. Das ist Ihnen ja vielleicht schon aufgefallen, aber es ist trotzdem Ihre Aufgabe, das hier zu sagen. – Also das einfach allgemein.

Seit wann hatten Sie mit Meischberger geschäftlich zu tun, also eine Geschäftspartnerschaft?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das mehrmals gegenüber der Polizei ausgesagt und habe dem nichts hinzuzufügen.

Ich weiß es nicht, ich habe das nicht präsent, das genaue Datum, und im Übrigen habe ich es ausgesagt. Sie finden das in den Protokollen.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Ich weiß, dass ich es in den Protokollen finde. Ich frage Sie aber trotzdem, und ich frage Sie nicht nach einem Datum, sondern seit wann Sie zirka mit ihm geschäftliche Beziehungen haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Erstens einmal muss man sagen: gehabt haben.

Zweitens: Wissen Sie, das mit der Transparenz verstehe ich sehr gut, aber nicht auf meinem Rücken.

Ich habe **mehrmals** darüber ausgesagt, und damit ist das Thema für mich **erledigt**. Und ich werde zu diesem Thema **nicht** mehr Stellung nehmen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das obliegt nicht Ihrer Entscheidung, sondern **das ist** Fragerecht des Abgeordneten, und Sie haben hier als Auskunftsperson zu **antworten**.

Der Herr Verfahrensanwalt kann Sie noch einmal informieren.

(*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann spricht mit der Auskunftsperson und deren Vertrauensperson.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Vielleicht wirklich vom Grundsatz noch einmal: Hier ist ein Untersuchungsausschuss tätig, der **selbständig** Fragen stellt, und diese Fragen, die hier gestellt werden, haben Sie zu beantworten. Das ist das Problem für Sie.

Wir wissen, dass Sie noch andere Aussagen gemacht haben, aber soweit Sie sich jetzt erinnern. Und die Frage des Abgeordneten war: Seit wann etwa hatten Sie geschäftliche Beziehungen mit Herrn Meischberger?

Das ist sicher nicht etwas, das zu einer strafrechtlichen Verfolgung führen könnte. Da können Sie sich nicht entschlagen, sondern sagen: Ich habe gehabt – oder ich habe nicht gehabt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die geschäftlichen Beziehungen haben sich entwickelt aus der Freundschaft. **Jetzt** zu sagen, in welchem Jahr ich begonnen habe oder seit wann, wie die Frage des Abgeordneten war, bin ich nicht in der Lage. Ich kann das nicht sagen. Ich weiß nicht, wann das begonnen hat.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Welcher Art waren diese geschäftlichen Beziehungen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das waren hauptsächlich Maklergeschäfte von Liegenschaften in Tirol.

Meischberger hat ja eine Zeit lang bei mir gearbeitet; auch das ist aktenkundig.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Wann hat Meischberger in etwa bei Ihnen gearbeitet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das kann ich zeitlich nicht eingrenzen.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Ich habe gefragt: Wann hat er **in etwa** bei Ihnen gearbeitet? Vielleicht könnten wir einmal beginnen, dass wir das dem richtigen Jahrtausend zuordnen, zum Beispiel?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, also wenn Sie das so meinen, in beiden Jahrtausenden, natürlich.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Gut, also das heißt, in beiden Jahrtausenden hat er bei Ihnen gearbeitet? (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Können wir uns ein bisschen **bemühen**, das ein bisschen einzugrenzen, so **in etwa**?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe, glaube ich, schon zum dritten Mal gesagt, ich **kann** es nicht eingrenzen, weil ich, noch einmal, eine ...

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Das ist schon ein bisschen absurd. Sie erklären mir, vor zehn Jahren war eine Sitzung. Es gibt zwei Mitschriften, und Sie wissen **ganz genau**, dass beide falsch mitgeschrieben haben, und Sie können nicht einmal eingrenzen auf **fünf** Jahre genau, wann Sie mit ihm geschäftliche Beziehungen hatten? – Das ist absurd, das glaubt Ihnen niemand!

Bei manchen Sachen erinnern Sie sich bis ins **Detail**, da kann man Ihnen Mitschriften vorlegen noch und nöcher, die das Gegenteil sagen von dem, was Sie behaupten, die haben **alle** unrecht – aber dann, bei ganz einfachen Fragen: Erinnere ich mich nicht, kann ich nicht mehr genau sagen! – Das ist doch absurd!

Ich meine, Sie müssen sich hier schon irgendein Bild geben, das in irgendeiner Art und Weise, sage ich einmal, annehmbar ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Danke für die Belehrung. Ich habe aber trotzdem nichts mehr dazu zu sagen. Ich habe das mehrmals bereits ausgesagt:

Ich kann mich an zeitliche Abläufe nicht mehr erinnern. Ich weiß, ich kenne Meischberger seit 20, 30 Jahren. Ich weiß es wirklich nicht mehr, wie lange ...

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Vorher haben Sie gesagt, Sie haben ihn kennen gelernt in Velden bei einer Parteiveranstaltung. Da hätten Sie mir fast schon den Tag dazu gesagt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich ja schon gesagt.

Abgeordneter Kai-Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, dann hat Meischberger bei *Ihnen* gearbeitet, in einer Ihrer Firmen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich glaube, das war 1998 oder 1999. (*Abg. Krainer: Ja, so zirka, das passt ja schon!*) – Noch einmal: Ich kann die exakte Angabe nicht machen, weil ich es nicht mehr auswendig weiß. Das ist doch logisch, das ist 14 Jahre her.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind ja befragt worden, und ich möchte damit beginnen: zur Lehman-Entscheidung.

Aus den Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen, aus den Akten, aus den handschriftlichen Unterlagen scheint mir das Ganze ziemlich klar. Am 5. hat es ein eindeutiges Votum für CA IB gegeben, und das ist am 6. geändert worden.

Das möchte ich gar nicht mehr mit Ihnen durchgehen. Das scheint mir alles klar und im Wesentlichen bis auf Ihre andere Sicht der Dinge ziemlich außer Streit.

Haben Sie in dieser Zeit den Finanzminister getroffen, also rund um die Entscheidung für Lehman?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe den Finanzminister rund um die Entscheidung um Lehman vielleicht einmal privat getroffen. Ich habe sogar versucht, ihm einmal einen Bericht zu geben. Aber er hat sich völlig desinteressiert gezeigt und gesagt: Da habe ich eine Kommission, die soll das entscheiden; rede mich nicht an darauf!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, das gesamte Verhalten des Finanzministers, speziell dann später bei der Vergabe, deutet ja auf ein eindeutiges und großes, gut begründetes, „Desinteresse“ hin. Deswegen manipuliert er ja dann einen Schritt nach dem anderen. Aber auf das kommen wir ja dann später zurück.

Sagen Sie, haben Sie sich kurz vor dieser Lehman-Entscheidung mit dem Finanzminister getroffen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Entscheidung, also die Sitzungen waren am 5. und am 6. September 2002. In Ihrem Kalender steht am Dienstag, dem 3. September: 12.30 Uhr bis 14 Uhr, HBMF – Klammer – (Fabios).

Was könnten Sie meinen mit HBMF?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da habe ich sicher den Finanzminister gemeint. Aber Sie sehen, das ist *Jahre* her. Es war möglicherweise ein Mittagstermin, denn „Fabios“ ist bekanntermaßen ein Restaurant.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum haben Sie dann gesagt: mit Sicherheit nicht getroffen? – Sie haben ihn da zu Mittag, zwei Tage vorher, getroffen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal, sehen Sie, deswegen möchte ich auch zu dieser Sache nichts mehr sagen, weil ich mich **nicht erinnern** kann. Ich kann mich nicht erinnern, wann ich ihn getroffen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, das macht einen großen Unterschied. Es gibt nämlich eine Vernehmung, wo Sie erstaunlicherweise von den Beamten nicht darauf aufmerksam gemacht worden sind, auf diesen Ihren Tagebucheintrag.

Und Sie haben jetzt mit derselben Sicherheit gesagt: nicht getroffen. Mit derselben Sicherheit, mit der Sie gesagt haben: hat nie beeinflusst, wollte nie was wissen, wir haben nicht darüber geredet, und so weiter.

Deswegen erlaube ich mir Folgendes, nämlich Ihnen einmal festzuhalten:

In diesem Punkt haben Sie – aber ich gebe Ihnen ja die Möglichkeit, das zu korrigieren –, eindeutig **die Unwahrheit** gesagt.

Die Wahrheit ist vielmehr, zwei Tage vor der entscheidenden Kommissionssitzung haben Sie sich zu Mittag mit dem Finanzminister im „Fabios“ getroffen.

Was haben Sie denn dort besprochen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Aber ich habe den Minister **sicher nicht** allein getroffen; da waren sicher andere Leute dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da stehen aber keine anderen Leute.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das muss ich ja in meinem Terminkalender nicht aufschreiben. Das Wichtigste ist ... (*Abg. Dr. Pilz: Nein, das müssen Sie überhaupt nicht!*) – Kann ich mir das anschauen? Kann ich mir den Terminkalender einmal anschauen? (*Abg. Dr. Pilz: Bitte!*)

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zwei Tage vor dieser wichtigen Vergabe. Da geht es ja um fünf Wohnbaugesellschaften, wo dann später die Bieter, denen das Ganze zugeschoben wird, einen Schnitt von mindestens einer Milliarde zu viel machen werden. Aber das ist bereits eine spätere Etappe, auf das kommen wir dann noch. Es ist eine Vorbereitungshandlung.

Jetzt sind wir bei dieser Vorbereitungshandlung. Sie sagen, Sie haben den Minister nicht getroffen. Ich weise Ihnen nach, Sie haben ihn getroffen.

Sagen Sie: Hat der Finanzminister zwei Tage vor dieser entscheidenden Kommissionssitzung so viel Zeit gehabt, dass er gesagt hat: Ich habe keine Ahnung was ich tun soll, jetzt setze ich mich mit dem Plech zusammen und wir plaudern irgendwas Privates? Oder ist es um irgendwas Dienstliches gegangen?

Worum ist es gegangen bei diesem Gespräch?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mit welcher Begründung? – Ich nehme an – aber bitte, das zu beantworten –, weil Sie sich nicht selbst belasten wollen. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Gefahr der strafgerichtlichen Verfolgung führe ich ins Treffen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das sehe ich auch so. Ich sehe auch hier die Gefahr, dass Sie sich selbst und möglicherweise auch den Herrn Mag. Grasser belasten würden, wenn Sie diese Frage beantworten würden.

Und deswegen stehen Ihnen genau diese Entschlagsrechte zu. Sie haben vollkommen Recht. – Okay, dann haben wir einmal diesen Punkt.

Sie wollen uns nicht sagen, warum Sie sich zwei Tage vor dieser entscheidenden Sitzung, wo Sie eine Schlüsselrolle gespielt haben, mit dem Finanzminister zum Mittagessen getroffen haben. Eine dritte Person findet sich nicht im Kalender. Mir ist aufgefallen, dass Sie Ihren Kalender sehr sauber führen und immer die Leute reinschreiben. Da steht aber keine dritte Person.

Ich sage Ihnen, was ich für möglich halte: Dass Sie als eine der Steuerpersonen für den Herrn Mag. Grasser und für das Konsortium, das später siegreich aus dem Ganzen hervorgeht und wo dann Schmiergelder über Zypern verschoben werden und möglicherweise zum Teil bei Ihnen über viele Umwege gelandet sind.

Ich sage immer: **möglicherweise**. Möglicherweise also, da der Verdacht ja nicht aus dem Untersuchungsausschuss stammt, sondern aus den strafgerichtlichen Untersuchungen, dass wir es da mit einer der wichtigsten Vorbereitungshandlungen zu tun haben.

Ich sage also: Ich halte es für möglich, der Immobilienspezialist Plech trifft sich mit dem Finanzminister zwei Tage vor dieser entscheidenden Sitzung, und die reden miteinander: Na, wie machen wir es?

Wir sehen ja dann zwei Tage später, wie es gemacht wird. (*Die Auskunftsperson lacht.*) – Na schön, dass Sie das mit dieser großen Fröhlichkeit zur Kenntnis nehmen.

So, was passiert dann zwei Tage später? – Ich möchte das nicht alles wiederholen. Wir haben die Akten, wir haben die handschriftlichen Notizen, wir haben das Protokoll, wir haben alles.

Am ersten Tag sagen alle: CA IB mit gewissen Zusätzen. – Dann wird unterbrochen, um den Minister zu informieren. Wir wissen inzwischen, Dr. Traumüller hat diese Information durchgeführt und offensichtlich nicht Sie.

Und am nächsten Tag wird alles auf den Kopf gestellt. Es gibt Schreiduelle und Mag. Ramprecht behauptet, Sie hätten nicht nur ihm die Stimme übertragen, sondern ihm auch **anbefohlen**, für Lehman Brothers zu stimmen.

Das ist jetzt die einzige Frage, die ich noch in diesem Zusammenhang habe:

Ist es richtig, dass Sie Ihr Stimmrecht am 6. September an den Herrn Mag. Ramprecht abgegeben haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist richtig. Im Übrigen, wie schon zu Ihrem Kollegen gesagt, nehme ich zu Spekulationen, die Sie anstellen, keine Stellung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, das sind schon längst keine Spekulationen mehr. Wir bewegen uns da auf sehr sicherem Grund. – Aber egal.

Haben Sie Herrn Mag. Ramprecht im Zusammenhang mit Ihrer stimmrechtlichen Vertretung irgendeinen Auftrag gegeben? Haben Sie ihm gesagt, wofür er stimmen soll?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das habe ich bei der Polizei mehrmals ausgesagt. Das sehen Sie in den Unterlagen, die Sie sicher haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin jetzt nicht der Plech-Unterlagen-Seher, sondern ich stelle **Fragen** und ersuche Sie, diese zu **beantworten!**

Nachdem Sie das bei der Polizei, wie Sie richtig sagen, getan haben, ersuche ich Sie, diese Antwort hier zu wiederholen.

Haben Sie dem Herrn Mag. Ramprecht den Auftrag gegeben, für Lehman zu stimmen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich **niemals** gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, was haben Sie ihm dann ...?

Haben Sie einfach gesagt: Stimme für irgendwen, ich habe jetzt leider keine Zeit!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. Das wurde jetzt falsch formuliert.

Ich habe Herrn Mag. Ramprecht die Weisung gegeben, meine Stimme mit der **Mehrheit** – mir war das alles recht. Lehman war eindeutiger Führer. CA ist diskutiert worden, danach, weil sie nur Zweite waren. Ich habe gesagt, er soll mit der **Mehrheit** mitstimmen. Da müsste es eigentlich im Akt einen schriftlichen Auftrag geben. Da müssen Sie nur schauen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, das ist ein bisserl seltsam. Lassen wir jetzt die Geschichte weg, weil Ihre Darstellung da gegen alle anderen Darstellungen steht mit: Wer hat die Mehrheit am 5. gehabt? Das möchte ich mit Ihnen gar nicht mehr wiederholen, denn ich glaube nicht, dass das, was Sie hier behaupten, mit den **Tatsachen** übereinstimmt.

Mir geht es um etwas anderes. Was ist denn das für ein Kommissionsmitglied, das sich der Finanzminister aufgrund seiner hohen fachlichen Kompetenz ausgesucht hat, das sagt: Geh, stimme mit der Mehrheit!

Hatten Sie nicht die Aufgabe, aufgrund Ihrer fachlichen Überzeugung eine Stimme abzugeben? (*Ernst Karl Plech: Natürlich hatte ich ...*) – Was war Ihre fachliche Überzeugung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Meine fachliche Überzeugung war, dass Lehman der Sieger war, und damit war für mich die Sache erledigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was haben Sie dann Herrn Mag. Ramprecht für einen Auftrag gegeben: für **Lehman** zu stimmen oder mit der **Mehrheit** zu stimmen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Mit der **Mehrheit** zu stimmen, weil **Lehman** damals ganz klar vorne gelegen ist.

Noch einmal: Sie zitieren, Herr Pilz, ständig drei Mitglieder dieser Kommission. Was sagen die restlichen? Was sagt Dr. Schramm? Was sagt Zechner? Was sagen diese Leute? Kletecka, Bogner, die ganzen Kommissionsmitglieder? Mantler? – All diese Leute, die in der Kommission gesessen sind. Die können doch nicht sagen, es war CA, wenn es **eindeutig** Lehman Brothers war? Wo sind die? – Sie zitieren immer drei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, Sie haben zu Recht eines von mir verlangt, nämlich zu lesen. Ich habe das Protokoll vom 5. gelesen, ich habe die handschriftlichen Notizen von Traumüller gelesen. Wir sind das alles mit Traumüller durchgegangen. Traumüller war so freundlich und hat sogar die Hälfte dieser Personen persönlich zur Verlesung gebracht. Es ist alles klar.

Ich will das auch nicht mehr mit Ihnen diskutieren. Für mich sind die Fakten völlig eindeutig, und es ist das, was Sie hier behaupten, durch **kein einziges** Faktum gestützt.

Ich glaube nicht, dass das, was Sie hier aussagen, stimmt – aus welchem Grund auch immer. Ich unterstelle Ihnen jetzt gar keinen Vorsatz; ist auch wurscht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das sind wiederum Spekulationen, Herr Pilz. Sie können hier nicht Stellung nehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich lasse mir vom Immobilienspekulanten gerne etwas über Spekulationen sagen.

(Die Auskunftsperson spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Mit Recht wird gesagt, man sollte die Auskunftsperson nicht als **Spekulant in Immobilien** bezeichnen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eine Frechheit ist das!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigen Sie, Herr Verfahrensanwalt. Es ist mir unterstellt worden, ich würde spekulieren, und ich habe nur die Frage gestellt: Wer hat in den letzten Jahren spekuliert? Da liegt das Spekulationsschwergewicht doch ein bisschen woanders! Aber das ist auch nicht Gegenstand der Befragung und insofern unerheblich.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nur gibt es einen erheblichen Unterschied zwischen „Spekulant“ und „spekulieren“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das diskutiere ich jetzt mit Ihnen nicht einmal.

Es erhebt Herr Dipl.-Ing. Ramprecht den Vorwurf, Sie hätten ihm am Tennisplatz Schmiergeld angeboten; und seltsamerweise nennt er zu einer Zeit, als längst der Euro eingeführt war, eine Summe von **10 Millionen Schilling**.

Sie kennen ja diese Aussage des Herr Dipl.-Ing. Ramprecht. – Können Sie dazu Stellung nehmen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch dazu habe ich bereits öfter Stellung genommen und entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, weil Sie sich nicht selbst belasten wollen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Damals hat es allerdings bereits den Euro gegeben und nicht den Schilling. Da liegt ein kleiner Fehler.

Aber noch einmal: X-mal ausgesagt, lesen Sie bitte die Protokolle!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch in zwei weiteren Punkten – und das macht das Ganze von Ramprecht für mich deutlich glaubwürdiger –: Im Zusammenhang mit BIG gibt es eine Anzeige, wo dem Rechtsanwalt, ohne größere Umschweife bedeutet wurde – ich zitiere:

(...) wurde dem Rechtsanwalt ohne größere Umschweife bedeutet, ...

– ein Gespräch zwischen Rechtsanwalt Hochhalter und Karl Plech in dessen Büro in Wien 1 am Graben –

... dass die Immobilie gegen Zahlung von zirka 3,7 Millionen € – Zitatende.

Es wurde ihm damals noch ein Schilling-Betrag genannt, obwohl nach Euro-Einführung, 50 Millionen Schilling. Beim Telefonüberwachungs-Protokoll vom 11. März 2010 finden wir in Bezug auf Lansky wiederum Ihre Angewohnheit, zum

Zeitpunkt, als längst der Euro eingeführt war, in **Schillingen** zu rechnen und zu argumentieren – egal, ob es Schmiergelder, Provisionen oder sonst etwas ist.

Ich wollte das nur deshalb im Protokoll haben, weil dadurch die Aussage des Herrn Dipl.-Ing. Ramprecht, der mit Ihnen sonst offensichtlich nicht über Geld geredet hat, mit der Nennung eines Schilling-Betrages durchaus eine gewisse Glaubwürdigkeit hat und das ganz und gar nicht wie ein Fehler aussieht.

Auf eine ganze Reihe anderer Telefonüberwachungsprotokolle möchte ich dann in der zweiten Runde zurückkommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Kommerzialrat Plech! Sie haben selbst ausgesagt, dass Sie Vorsitzender des Aufsichtsrats der BUWOG waren, nämlich von 2000 bis 2004, und dann weiter bis 2009 einfaches Aufsichtsratsmitglied. (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Das Ganze war, jedenfalls in der Zeit von 2000 bis 2004, auf Wunsch des damaligen Finanzministers (*Ernst Karl Plech: Ja!*), und, wie Sie gesagt haben, aufgrund Ihrer beruflichen Qualifikation und Erfahrung.

Darf ich Sie fragen: Waren Sie auf Wunsch des Finanzministers auch in anderen Gesellschaften, an denen die Republik Anteile hielt, Mitglied des Aufsichtsrates?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, das war ich. Ich war in der WAG in der Linzer Gesellschaft, und ich war darüber hinaus in der BIG, mit ihren Tochtergesellschaften. Die hat drei oder vier Tochtergesellschaften gehabt, wo ich auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender war ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist Ihnen erinnerlich, von wann bis wann Sie das waren? War das dieselbe Zeitspanne?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Müsste man im Firmenbuch nachschauen, das heißt, ich kann, wenn ich eine Unterlage zu Hilfe nehmen kann ... (*Abg. Amon: Bitte!*)

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Ich muss das noch ergänzen. Ich war im Jahr 2007 noch Aufsichtsrat in der **SIVBEG**. Das ist eine Firma, die gegründet wurde, um Militärimmobilien zu verkaufen. Da war die BIG Mehrheitseigentümer, das Bundesheer hat seine Anteile dort eingebracht und die haben dann begonnen, Militärliegenschaften zu verkaufen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich noch einmal fragen: Von wann bis wann waren Sie in der BIG insgesamt im Aufsichtsrat? Wenn Sie mir das sagen ...

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.) – Oder nachher, muss nicht jetzt sein. BIG, WAG, SIVBEG?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich bin mir nicht ganz sicher.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich wäre dankbar, wenn wir darüber eine genaue Übersicht haben könnten.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich zusammenstellen und Ihnen liefern. Ich glaube, ich bin Anfang 2002 in die BIG eingezogen und im Jahre 2007 ausgezogen. Aber das kann ich noch nachbringen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und bei der WAG?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Mandate BUWOG und WAG waren alle gleichzeitig.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und bei der SIVBEG?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war etwas später. Das war im Jahre 2005, schätze ich. (*Abg. Amon: Ab 2005?*) – Ja, ab 2005.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und bis? (*Ernst Karl Plech: 2006!*) – Bekleiden Sie noch irgendwelche Aufsichtsrats-Funktionen an Gesellschaften, an denen die Republik beteiligt ist? (*Ernst Karl Plech: Nein!*) – Darf ich Sie fragen: Entspricht es der Tatsache, dass Sie Herrn Dr. Haider vor Jahren einmal ein Penthouse überlassen haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das entspricht der Tatsache, aber ich habe es ihm nicht „überlassen“, sondern **vermietet**.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das wäre die nächste Frage gewesen. Stimmt es, dass Sie das gleiche Penthouse auch Herrn Mag. Grasser vermietet haben? (*Ernst Karl Plech: Das stimmt!*) – Haben Sie anderen Funktionsträgern der Republik oder einer Partei Wohnungen vermietet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe einigen Mitgliedern der Partei Wohnungen vermittelt, vor allem Abgeordneten, die aus den Bundesländern gekommen sind, und zwar meistens Mietwohnungen. Ich habe auch Herrn Dipl.-Ing. Ramprecht eine Wohnung verkauft, in der Hietzinger Hauptstraße.

Ich weiß jetzt wirklich nicht, wie viele Wohnungen ich da vermittelt habe; aber ich war damals schon irgendwie der Hauptansprechpartner, wenn jemand ein Problem mit Wohnungen gehabt hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Waren es eher zehn oder eher fünf Personen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich jetzt wirklich nicht sagen, aber es waren eher mehr als zehn.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich darf Ihnen vorhalten und auch vorlegen Ihre, glaube ich, erste Beschuldigteneinvernahme beim BKA, vom 10. Februar 2010, die Frage 8. Darin wird Folgendes gesagt:

Im Rahmen der Hausdurchsuchung in Ihrem Büro wurde ein Sparbuch und Schriftstücke vorgefunden, in denen es um eine Vereinbarung zwischen Walter Meischberger, Gilbert Trattner, Dr. Jörg Haider und Ihnen geht.

Können Sie den Hintergrund dieser Vereinbarung darstellen?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da geht es um ein Sparbuch, das man in Ihrem Safe gefunden hat, mit einem Guthaben von 2,5 Millionen Schilling. Dem liegt eben eine Vereinbarung, wie hier Ihnen vorgehalten, zugrunde. Da heißt es, es gehe darin um eine Art Abfertigung, um eine Art Pensionsabfindung für Walter Meischberger.

Können Sie uns dazu eine Information geben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann Ihnen dazu keine Information geben, weil das nicht Untersuchungsgegenstand des heutigen Ausschusses ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie eine Idee über die Herkunft des Geldes?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das Ganze ist ebenfalls ein Strafverfahren gegen Meischberger und mich, weil Meischberger damals angeblich in Konkurs war. Da geht es um Konkursverschleppung, ganz komplizierte Dinge.

Daher: Ich habe dazu schon ausgesagt und kann dem nichts mehr hinzufügen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben schon ausgesagt, dass Sie zu Meischberger eine freundschaftliche Beziehung hatten. (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Und

Sie hatten – das ist jetzt meine Interpretation – auch eine komplexe geschäftliche Beziehung mit Meischberger. – Kann man das so sagen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: „Komplex“ ist ein bisschen übertrieben. Wir haben gemeinsam Geschäfte gemacht, meistens Maklergeschäfte, insbesondere dann, wenn es sich um Liegenschaften gehandelt hat, die in Tirol waren. Meischberger ist ja Tiroler, ist sehr oft dort gewesen und hat dort eben die Besichtigungen gemacht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben für Meischberger Treuhandkonten eröffnet, auf denen Millionen aus dem BUWOG-Deal gelandet sind?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dazu habe ich ausgesagt; da kann ich nichts mehr dazu sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, Sie bestätigen hier vor dem Ausschuss das, was Sie bei Behörden ausgesagt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe diese Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht und habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, Sie bestätigen diese Aussagen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal: Ich habe das ausgesagt, und ich bestätige Ihnen, wenn Sie das wollen, dass ich dem nichts mehr hinzuzufügen habe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): In dieser Geschäftsbeziehung ging es, vor allem auf der Seite Meischbergers, auffallend oft auf und ab. Auf der einen Seite gibt es Zeiten, wo es – ich sage das sehr salopp – Geld wie Heu gab, wo man nicht wusste, wie man das investiert, etwa in große Boote; ein anderes Mal haben Sie Meischberger wieder Geld geborgt.

Können Sie das näher beschreiben? Oder würden Sie das als ganz normale Geschäftsbeziehung bezeichnen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war eine freundschaftliche Geschäftsbeziehung. Ich habe Meischberger immer dann ausgeholfen, wenn er zu wenig Geld gehabt hat. In „Geld geschwommen“ – das halte ich für übertrieben. Es hat eine gewisse Konstanz beim Geld gegeben, als er den Herrn Hohegger kennengelernt hat, weil die irgendwelche Geschäfte gemeinsam gemacht haben; und ab diesem Zeitpunkt war ich nicht unbedingt immer seine „Bank“.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Würden Sie sagen, dass es eine normale Geschäftsbeziehung ist, wenn man einen steuerlich nicht absetzbaren Verlust einer stillen Beteiligung am „Seitenblicke“-Magazin mit dem Kauf eines Bootes gegenrechnet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch da muss ich mich entschlagen, denn auch da gibt es Erhebungen und Einvernahmen. Auch zu diesem Thema habe ich schon mehrmals ausgesagt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jetzt muss ich noch einmal fragen: Ist es richtig, dass Sie ein Treuhandkonto eröffnet haben, auf dem Gelder aus dem BUWOG-Deal gelandet sind?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe auch zu diesem Thema bereits ausgesagt und entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich muss Sie trotzdem fragen. Ist es richtig, dass Sie das Treuhandkonto eröffnet haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich verweigere die Aussage dazu. (*Abg. Amon: Sie verweigern das?*) – Ich entschlage mich der Aussage. Man muss aufpassen; lauter Juristen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Zur Treuhanderschaft: Wenn man in einer Treuhanderschaft ein Konto eröffnet, dann kann es durchaus sein – Sie haben das zwar bisher nicht behauptet, es wird nicht wirklich begründet, aber dann kann es durchaus sein –, dass man in einer Treuhandvereinbarung, und das ist gewöhnlich der Fall, **nicht offenlegt**, für wen, sondern dass die Offenlegung nur der Finanz gegenüber vereinbart wird, und auch nicht. Aber das ist der häufigste Fall, das wird nur bestätigt werden.

Das können jetzt nur Sie entscheiden. Sie könnten meines Erachtens, wenn Sie wegen der Treuhanderschaft gebunden wären, sagen, ich habe ein Konto eröffnet. Aber Sie können nicht sagen, für wen, wenn Sie eine Treuhandverpflichtung diesbezüglich haben. Da haben Sie das Recht, zu sagen: Das lege ich nicht offen!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann vor allem deswegen nicht dazu Stellung nehmen, weil meine heutige Vernehmung bei der Finanz genau dies zum Thema hat und ich weder vorgreifen kann ... – Es wurde schon mehrmals diskutiert. Heute hätte dieser Termin stattfinden sollen. Aus diesem Grund werde ich mich der Aussage entschlagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Verzeihung, in Ihren Aussagen führen Sie aus, dass Sie gleichsam einen Auftrag hatten, mit diesen Geldern ein Immobilien-Investment vorzunehmen.

Können Sie diese Aussage bestätigen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal: Aufgrund der steuerlichen und strafrechtlichen Situation, in der ich mich befinde, verweigere ich zu dieser Angelegenheit die Aussage – nicht verweigere ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gehen Sie davon aus, dass Sie sich durch diese Aussage **belasten** würden, wenn Sie bestätigen, dass Sie im Auftrag Meischbergers Immobilien-Investments getätigt haben, und zwar mit Geldern, die aus der Provision im Zusammenhang mit dem BUWOG-Deal stammen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich gehe nicht davon aus, dass ich mich da selbst beschuldige, aber ich möchte, wie schon eingangs und mehrmals gesagt, selbst Nuancen zu diesem Thema vermeiden.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich darf vielleicht Folgendes erwähnen: Mir ist jetzt ein Protokoll vorgelegt worden, nämlich über die Beschuldigtenvernehmung am 27. März 2012. Da wird dem Beschuldigten der gegen ihn bestehende Tatverdacht mitgeteilt. Die Behörde schreibt – ich zitiere –:

(...) unmittelbare Täterschaft sowie Mittäterschaft dem Delikt der Abgabenhinterziehung gemäß § 33 Finanzstrafgesetz bei Ing. Walter Meischberger und Dr. Peter Hochegger (...). – Zitatende.

Die Auskunftsperson ist also als Beschuldigter dort geladen, wird als Beschuldigter vernommen, als Beschuldigter geführt zu diesem Thema. Die Herren Meischberger und Hohegger sind verdächtig, Abgaben hinterzogen zu haben, und Herr Plech ist entweder Mittäter oder Beitragstäter. So verstehe ich das als Jurist.

Ich bin sicher, dass er da das Recht hat, zu sagen, ich verweigere die Aussage, wegen dieser strafrechtlichen Verfolgung, weil das eben genau das Delikt ist, das ihm vorgeworfen wird.

Herr Abgeordneter Amon, ich bitte, das zu respektieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Plech! Ich bleibe bei der Vergabe an Lehman. Sie haben eingangs gesagt, am selben Tag hat von 9 Uhr bis 18 Uhr eine Sitzung stattgefunden, an der Sie teilgenommen haben – und nicht an der konkreten Vergabebesitzung.

Herr Dipl.-Ing. Ramprecht hat gesagt, Sie wären vor der Vergabebesitzung, die laut Protokoll um 12 Uhr begonnen hat, bei ihm gewesen, oder hätten sich mit ihm getroffen und hätten ihm damals gesagt, dass Sie die Stimme an ihn **übertragen**. Diese Übertragung findet sich auch im Protokoll vom 6. September. Darin steht – ich zitiere –:

Für Kommerzialrat Plech übt Ramprecht die Stimme aus – Zitatende.

Wie, wann und wo erfolgte aus Ihrer Sicht diese Stimmrechtsübertragung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Übertragung ist bereits einen Tag vorher, nämlich am 5. September, erfolgt, weil meine Berufung in diese Personalbestellung bei der Firma Neumann um 9 Uhr Früh begonnen hat.

Ich darf dazu ausführen: Es hat für die Stelle des BIG-Geschäftsführers 14 Bewerber gegeben. Jeder dieser 14 Bewerber hatte 45 Minuten Zeit, sich selbst zu präsentieren ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das verstehe ich schon, dass Sie ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich komme schon auf den Punkt. Ich habe mich keine Minute davon entfernt, vor allem, weil der Vorsitzende der BIG, Herr Kamp, erst um 11 Uhr konnte. Wir haben durchgetagt bis 19 Uhr. Auch darüber gibt es ein Protokoll und ein Ergebnisprotokoll.

Ich habe da zwar 16.15 Uhr eingetragen, aber es hat bis **19 Uhr** gedauert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es kommt heraus, Sie haben schriftlich beim Vorsitz der Vergabekommission für die Investmentbank bekanntgegeben: Ich bin nicht da und übertrage meine Stimme!

Haben Sie das dort schriftlich deponiert und wurde das so zu Protokoll gegeben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: War das schriftlich? Ich weiß es nicht mehr genau.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, jedenfalls ist es zu Protokoll gegeben worden.

Meine Frage ist: Haben Sie vor dieser Sitzung Herrn Dipl.-Ing. Ramprecht getroffen? (*Ernst Karl Plech: Nein, habe ich nicht!*) – Herr Dipl.-Ing. Ramprecht schildert es nämlich so, dass Sie ihn in der Früh getroffen und ihm dezidiert gesagt haben, der **Minister will Lehman**. – Stimmt das?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das stimmt *nicht*, denn erstens: Wozu soll ich zu ihm sagen, der Minister will, es soll Lehman *werden*, wenn es Lehman *ist*. Und zum Zweiten hat Herr Ramprecht seine Aussage, wenn Sie die Protokolle verfolgen, x-mal geändert. Zuerst war es an einem Samstag in der Früh, dann war es überhaupt ein anderer Tag.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist durchaus richtig. Auf diese Unstimmigkeiten hat auch schon der Herr Altminister Grasser hingewiesen; dass in diesen Aussagen etwas anderes drinnen ist, haben wir schon gehört. Damit ist der Komplex Lehman Brothers für mich eigentlich beendet. Da werden wir kaum etwas Wesentliches oder Neues herausbekommen.

Es geht mir aber auch um diese Konten. Es gibt drei Konten, die Herrn Meischberger bei der Hypo Investmentbank in Liechtenstein zugeordnet werden, nämlich mit den Bezeichnungen „*Karin*“, „*Natalie*“ und „*400815*“.

Kennen Sie jemanden, der am 15. August 1940 Geburtstag hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich will auch dazu keine weitere Äußerung machen oder entschlage mich der Aussage, weil das Gegenstand zweier Verfahren ist, nämlich eines strafrechtlichen und eines finanzstrafrechtlichen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da es darum geht, was der Herr Verfahrensanwalt vorhin gesagt hat. – Ich glaube nicht, dass es besonders erhellend sein wird, nur weiß ich jetzt nicht, ob es von strafrechtlicher oder finanzstrafrechtlicher Relevanz sein könnte, wenn ich Sie frage, ob Sie jemanden mit diesem Geburtsdatum kennen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich jetzt nicht verstanden. Welches Geburtsdatum?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist so, diese Konten lauten auf: „*Karin*“; da wird ein Konnex damit gezogen, dass Ihre Ehefrau Karin heißt.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das ist falsch, meine Ehefrau heißt *Karina* – und den Rest habe ich bereits ausgesagt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gibt noch ein Konto „*Natalie*“ und ein Konto „*400815*“. Die Zahlen kann man deuten, wie man möchte; ich bin ja kein Kabbalist. Das Einzige, das mir auffallen würde, ist, dass es sich um ein Geburtsdatum in der angloamerikanischen Schreibweise handeln könnte. Das würde dann 15. August 1940 bedeuten. Es könnte auch ein Hochzeitstag sein oder was auch immer, aber: Kennen Sie jemanden mit einem Geburtstag am 15. August 1940?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Eigentlich niemanden, nein. Ich bin selbst 1944 geboren. Das käme dem nahe, aber ich kenne niemanden, der 1940 geboren ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt wird darin geschildert, dass auf einem dieser drei Konten Sie, dann anschließend Ihre Frau und dann später sogar noch Ihr Sohn zeichnungsberechtigt waren. – Stimmt das?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das habe ich bereits mehrmals ausgesagt, insgesamt vier Mal ausgesagt. Wenn Sie die Protokolle gelesen haben ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ich habe sie auch gelesen!*) – Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben also nichts hinzuzufügen. Um das geht es nicht!

Aber es kann durchaus auch sein, dass so wie bei Herrn Traumüller sogar die Polizei auch irgendetwas falsch niederschreibt und vor der Unterschrift überlesen wurde oder sonst etwas.

Daher meine Frage: Waren auf einem dieser Konten, nämlich auf dem Konto „**Karin**“, Ihre Frau, Ihr Sohn und auch Sie zeichnungs-berechtigt? Wenn Sie wissen, um welches Konto es geht, sonst kann ich es noch detaillierter anführen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal: Auch das habe ich bereits ausgesagt und ich habe ... (*Zwischenruf des Abg. Krainer.*) – Wieso reden Sie immer drein? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim mit der Bemerkung „außer Protokoll.“*) – Entschuldigen Sie, darf ich das fertigreden? (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Krainer.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es bleibt uns nichts anderes übrig, als noch einmal darauf hinzuweisen, Herr Kommerzialrat Plech, Sie müssen **begründen**, warum Sie sich einer Aussage entschlagen. Und wenn Sie dann den Grund dargelegt haben, dann befinden wir, ob er stichhaltig ist oder nicht.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Darf ich etwas dazu sagen. Der Herr Abgeordnete fragt erstens, ob Sie diese Geburtsdaten kennen, und zum Zweiten, ob die Herrschaften zeichnungs-berechtigt waren, die er genannt hat. – Sie sagen, dazu habe ich schon ausgesagt.

Wir haben das einmal schon so gespielt, dass man sagt, das war die Aussage, wörtlich, dann können Sie es lesen und dann können Sie sagen, ja, das stimmt, das halte ich hier aufrecht – oder Sie sagen, ich will nichts dazu sagen. Dann ist der Schluss naheliegend, dass Sie dort nicht die Wahrheit gesagt haben; darauf möchte ich Sie aufmerksam machen.

Ich meine, um jetzt weiterzukommen, kann man der Auskunftsperson das vorlegen, und dann wird er sagen, ja, das habe ich gesagt, das stimmt. Die Sorge ist ja in diesem Fall immer, dass er semantisch etwas anderes sagt, und dadurch könnte er sich belasten. Ich glaube ja gar nicht ganz daran, weil die Semantik wird nicht ausreichen für eine Verurteilung wegen einer falschen Zeugenaussage, sondern da lässt sich streiten, das gebe ich gerne zu, Kollege, und Sie wollen auch nicht streiten, verstehe ich auch.

Aber wenn man das vorlegt, dann ist es vielleicht ganz schnell erledigt, Herr Abgeordneter Rosenkranz. Dann wird die Auskunftsperson sagen: Ja, das habe ich gesagt, das ist richtig.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Und wenn das Protokoll von mir unterschrieben ist.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ja, es kann falsch protokolliert sein. Sie müssen es sich in Ruhe anschauen und dann sagen Sie es.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es jetzt die Möglichkeit des Vorhalts, Herr Kollege?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf jetzt nur einmal vorhalten, und zwar lese ich vor aus dem Anlassbericht, Ordnungsnummer 1278 zur Zahl 12 St 8/11x vom 31.8.2011 auf der Seite 8 unten, und ich zitiere jetzt: „Befragt zu einer ...“ – Und zwar es wird hier in diesem Anlassbericht ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Entschuldigen Sie: Die wie viele Beschuldigtenbefragung ist das?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, nein, das ist der Anlassbericht. Ein Anlassbericht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Vielleicht kann ich mir das anschauen. (*Die Vertrauensperson gestikuliert.*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Herr Kollege Nödl ist so aufgebracht, er weiß, was ein Anlassbericht ist. Ja, gut.

Dann darf ich jetzt kurz meine Befragung unterbrechen. Ich werde das kopieren, und es dürfen andere Kollegen weitermachen. Ich würde die Nervosität nicht verstehen, auch nicht die der Auskunftsperson, aber ich gebe zu bedenken, dass man für seinen Klienten alles tut.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe ergänzend zu Ihrer Frage noch eine Frage an den Herrn Kommerzialrat Plech. Aus den unterschiedlichen Akten geht ja hervor, dass diese Lehman-Kommission häufig auch in Ihren Amtsräumlichkeiten, in Ihrem Büro tagte. Wieso eigentlich? Das ist ja eine Kommission, die im Sinne der **Republik** Entscheidungen trifft. Wieso trifft sich die da faktisch privat in Ihrem Büro?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die „Lehman-Kommission“, wenn man das jetzt so nennt (*Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich sage es nur der Einfachheit halber!*) – Sie meinen damit die nominierten Mitglieder aus den Ministerien und so weiter –, haben sich deswegen bei mir getroffen, weil wir Sitzungen bis 3, 4 Uhr in der Früh gehabt haben und ich ein entsprechendes Lokal hatte, wo man das alles zur Verfügung hat. Man hat also Diktiergeräte. Das war der Grund. Es hat keinen anderen Grund gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Plech, versuchen wir es noch einmal gemeinsam. Sie haben Ihr Verhältnis zum Herrn Meischberger als **Freundschaft** bezeichnet.

Kann es sein, dass diese Freundschaft eine gewisse Rolle gespielt hat im Zusammenhang mit Meischbergers Rolle im BUWOG-Verkauf?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Bitte, wenn ich seit 25 Jahren mit ihm befreundet bin, dann hat es wohl mit dem BUWOG-Verkauf nichts zu tun, der 2004 stattgefunden hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann mache ich Ihnen folgenden Vorhalt und sage Ihnen, das hat sehr wohl etwas mit dem BUWOG-Verkauf zu tun. Ausgemacht zwischen Hohegger und Meischberger war: 80 Prozent für Meischberger, 20 Prozent für Hohegger. So, der Hohegger hat aber 25 Prozent verrechnet. Daraufhin kommt es zum Streit, das geht aus den Protokollen hervor, dass dann ein Termin stattgefunden hat mit Meischberger und Hohegger über die Provisionsaufteilung. Dieser Termin hat im InterContinental stattgefunden, und der Herr Meischberger hat völlig überraschend **Sie** zu diesem Treffen mitgenommen.

Warum hat Sie denn der Herr Meischberger da mitgenommen, um mit Hohegger auszustreiten, wieviel Provision wer bekommt, wenn Sie da überhaupt keine Rolle spielen? Warum hat Herr Meischberger **Sie** zu diesem Treffen mitgenommen? Wie kommen Sie zu diesem Treffen, und was hat bei diesem Treffen stattgefunden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Hohegger hat zu dieser Zeit im Hotel InterContinental gewohnt, im Dachgeschoß. (*Abg. Petzner: Das weiß ich schon!*) Wir haben uns öfters getroffen, weil wir gemeinsam das „Seitenblicke“-Magazin herausgegeben haben. Ich habe aber über eine Provision mit ihm – das müsste man einmal feststellen, wann das überhaupt war – **nicht** gesprochen. Aber eines kann ich Ihnen sagen, natürlich hätte ich, wenn es zu so einem Gespräch gekommen wäre, Meischberger geholfen, das ist doch ganz logisch, das ist mein Freund.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie an diesem Treffen teilgenommen: ja oder nein?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Meiner Erinnerung nach nicht. – Ich habe das bereits bei der Polizei ausgesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, da gibt es dann sogar Protokolle über den Inhalt dieser Besprechung, und Herr Hohegger sagt da aus, dass Sie sich sehr für den Herrn Meischberger ins Zeug gelegt hätten und dass er sehr überrascht war, dass Sie mitkommen, und dass Sie argumentiert haben, der Herr Meischberger hat da so viel Arbeit gehabt mit dieser Geschichte und das war immer sein Projekt, und sich eben im Zuge dieses Treffens für Meischberger eingesetzt haben.

Was sagen Sie dazu, dass Sie sagen, Sie waren bei diesem Treffen nicht dabei und sogar der Inhalt des Treffens aus den Akten hervorgeht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sie sehen, Herr Abgeordneter, Sie haben das eh schon alles herausgekriegt. Das habe ich alles ausgesagt – und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sind diese Angaben des Herrn Hohegger richtig, dass Sie bei diesem Treffen Partei für Meischberger ergriffen und gesagt haben, das ist sein Projekt, er hat so viel geleistet, es stehen ihm daher auch die restlichen 5 Prozent zu, die im Streit gestanden sind? Wurde das so besprochen dort oder nicht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann mich an so etwas nicht erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt – wieder die Freundschaft zu Meischberger –, es gibt einen Vertrag zwischen Meischberger und Hohegger, da tauchen auf einmal schon wieder Sie auf, dass Sie dazu den Anwalt Dr. Platzer vermittelt haben und Sie mit dabei waren bei einem Termin in der Kanzlei des Anwalts Platzer, den Sie empfohlen haben, wo Meischberger und Hohegger ihren Vertrag in Sachen BUWOG-Betreuung abgeschlossen haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also zunächst darf ich berichtigen, der Anwalt heißt **Dr. Patzak** – und nicht Dr. Platzer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da haben Sie recht: ja, **Patzak**. Aber in den Akten steht immer „Platzer“, aber **Patzak** ist korrekt. Das haben Sie jetzt richtiggestellt und damit auch die Akten richtiggestellt, und jetzt erzählen Sie uns weiter etwas zu diesem ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dann gehe ich davon aus, dass Sie die Aussage des Dr. Patzak zu diesem Thema präsent haben, und dann brauche ich wohl nichts mehr zu erklären. Auch dort habe ich meine Aussage gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, jetzt sitzen aber **Sie** da und nicht der Herr Patzak. Daher frage ich Sie – gehen wir es chronologisch durch –: Haben Sie Anwalt Patzak vermittelt und Meischberger empfohlen, dass das ein guter Anwalt wäre, um mit Hohegger diese schriftliche Vereinbarung zu schließen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Herr Meischberger hat Herrn Dr. Patzak auf meine Vermittlung bereits Jahre vorher als Anwalt genommen.

Ich habe eine derartige Vereinbarung nicht verlangt und auch keine in Auftrag gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie haben da nie eine Empfehlung ausgesprochen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Empfohlen habe ich ihn Jahre vorher, weil er wirklich ein erstklassiger Anwalt ist, aber das Thema ist ja von Dr. Patzak in seiner Zeugenaussage ganz klar abgearbeitet worden. Vielleicht kann man die zitieren, dann hätte man sich die Frage vielleicht ersparen können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja, gut. Gehen wir zu einem anderen Komplex, da tauchen wieder Sie auf. Die Frage ist – damit sind wir jetzt beim zweiten Thema, den **Provisionen** –, warum Sie auf dem Konto wirtschaftlich Bevollmächtigter waren und was es damit auf sich hat.

An das Treffen mit Meischberger/Hohegger können Sie sich nicht erinnern.

Daran muss man sich erinnern, Herr Plech! An einen Kuraufenthalt in Tirol würde ich mich mein ganzes Leben lang erinnern. Also es gibt einen Kuraufenthalt in Tirol. Ist das korrekt, dass Sie einmal im Lanserhof, wo auch immer der ist, in Tirol ist er auf alle Fälle, auf Kur waren und dass da Herr Hohegger und Herr Meischberger mit dabei waren?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da sieht man, dass Sie als Kärntner ganz offensichtlich die Tiroler Spezialitäten nicht kennen. Der Lanserhof, ja, das ist richtig, ich war dort, und es war auch Herr Hohegger dort und viele andere, also ein Kreis von Freunden. (*Abg. Petzner: Auch Meischberger?*) – Auch Meischberger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, man war gemeinsam auf Kur in Tirol. Auf Kur von was auch immer, warum auch immer, man war dort auf Kur. Das haben Sie jetzt bestätigt.

Dazu gibt es die Protokolle, wonach Sie dann Herrn Hohegger gefragt haben, ob diese Verrechnung, die ja über Scheinrechnungen erfolgt ist, über Hoheggers Firma in Zypern, **Astropolis**, und das hat sich über mehrere Jahre erstreckt, abgeschlossen ist und ob da alles passt. Sie haben Hohegger nach diesen Scheinrechnungen gefragt. – Ist das korrekt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist **nicht** korrekt. Ich habe Herrn Hohegger nie gefragt, und die Annahme in so einer Kur – ist ein bisschen unappetitlich, es ist eine Mayr-Kur –, da hat man andere Themen, als über solche Dinge zu reden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals bei dieser Mayr-Kur, die gibt es in Kärnten übrigens auch gibt ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weiß, in Maria Wörth.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und auch in Oberkärnten, da gehen wir dann schon Richtung Scheuch hinauf, aber das ist ein anderes Thema – er schlägt die Hände über dem Kopf zusammen beim Namen **Scheuch**; das gefällt mir.

Jedenfalls: Ist bei diesem Kuraufenthalt jemals über die BUWOG, die Beratung von Hohegger und Meischberger bei der BUWOG gesprochen worden? War das dort irgendwann Thema?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also nach meiner Erinnerung nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum fahren Sie auf Kur gemeinsam mit Meischberger und Hohegger? Was ist denn da der Hintergrund dieses Kuraufenthaltes gewesen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Der Hintergrund war, dass der Herr Meischberger diese Klinik oder – wie sagt man da dazu? – dieses Heim „entdeckt“ und alle seine Freunde und Bekannte davon überzeugt hat, dass wir, wenn wir dort hingehen, alle um zehn Jahre jünger zurückkommen. Das war der Hintergrund.

Es sind außer den genannten Personen noch einige Schweizer Freunde von uns dort gewesen, jede Menge Schweizer Freunde. Es ist dort das Abnehmen schön, es gibt den Sport, den man betreibt, aber wir haben uns garantiert nicht über die ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann fragen wir grundsätzlich. War Ihnen bekannt, dass die Verrechnung so erfolgt, dass über eine Tochter der Constantia Privatbank via Scheinrechnungen Provisionen an Hoheggers Firma **Astropolis** in Zypern verrechnet werden, dort dann die Gelder, die Meischberger zustehen, diese 80 Prozent weitergeschickt werden nach **Delaware** in den USA zu einer Gesellschaft **Omega** und von dieser Gesellschaft Omega des Walter Meischberger auf mehrere Konten in Liechtenstein? War Ihnen das zum damaligen Zeitpunkt bekannt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Seit wann ist es Ihnen bekannt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Seit es in den Medien gestanden ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben von einer Firma **Astropolis** nie etwas gehört?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. – Ja, aus den Medien.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich wollte noch einmal zurückkommen auf das Konto bei der Hypo Liechtenstein, das Sie im Oktober 2005 eröffnet haben. – Wieso haben Sie das eröffnet?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es gibt ein bestehendes Strafverfahren. Ich entschlage mich daher der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist jetzt sehr allgemein. Können Sie das konkretisieren?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich brauche nichts zu konkretisieren. Das ist ein laufendes Strafverfahren, in dem ich noch nicht zu Ende vernommen wurde und daher Beschuldigter bin, und daher entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Antwort darauf, dass Sie das eröffnet haben, könnte negative strafrechtliche Konsequenzen für Sie haben – und deswegen entschlagen Sie sich der Aussage, um diesen zu entgehen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Genau, nachdem man das nicht weiß, entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nächste Frage, jetzt nicht zur Eröffnung dieses Kontos, sondern darüber hinaus: Stimmt es, dass Ihre Frau auch zeichnungsberechtigt war auf diesem Konto?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das haben Sie wahrscheinlich den Protokollen entnommen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, dann muss man das zitieren: Sie haben in der vierten Beschuldigteneinvernahme am 1. September 2010 Folgendes gesagt – ich zitiere Seite 19 –:

„Befragt zu einer von MEISCHBERGER behaupteten Zeichnungsberechtigung meiner Gattin KARIN und meines Sohnes MARKUS auf dem Konto ‚Karin‘ gebe ich an, dass ich zum Zeitpunkt der Kontoeröffnung Probleme ... hatte, da MEISCHBERGER im Frühjahr 2006 aber Geld erwartet hat, wollte ich, dass, wenn mir etwas passiert, wenigstens meine Frau auf gegenständlichem Konto abheben kann.“

Bestätigen Sie diese Aussage und bleiben Sie bei dieser Aussage?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wenn die Aussage dem Protokoll entspricht, bleibe ich dabei, wenn ich sie unterschrieben habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann sie Ihnen auch gerne vorlegen. Es ist Ihre Unterschrift auf der Seite.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dann bleibe ich dabei.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gemeint, dass Ihre Frau *nicht* Karin heißt. – Hier unterschreiben Sie, dass Ihre Frau Karin ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Mir ist sie seit 33 Jahren als *Karina* bekannt; so lässt sie sich auch ansprechen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das fällt Ihnen gar nicht auf, wenn da ein falscher Name Ihrer Frau steht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was soll mir da auffallen? Ich habe mit dem Konto nichts zu tun gehabt. Ich weiß im Nachhinein, wie das entstanden ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht hier um ein Protokoll, das Sie unterzeichnet haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kann ich mir das einmal anschauen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja gerne, ich lasse Ihnen das gleich vorlegen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe mir das jetzt durchgelesen, das ist ganz offensichtlich ein *Schreibfehler* des das Protokoll Führenden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aha, er schreibt nämlich permanent *Karin*. Es fällt Ihnen halt nie auf. Es ist aber egal, darum geht es ja nicht.

Es geht nur darum, ob es stimmt, dass Ihre Frau da *zeichnungsberechtigt* war.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, es geht darum, dass meine Frau *Karina* heißt und da offensichtlich irrtümlich die ganze Zeit *Karin* verwendet wird.

Im Übrigen habe ich sonst dem nichts beizufügen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie bestätigen die Aussage und bleiben bei dieser Aussage? (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Stimmt es, dass Ihr *Sohn* auch zeichnungsberechtigt war auf diesem Konto?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nachdem das im Protokoll drinnen steht, stimmt es.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In welchem Protokoll steht das drinnen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sie haben es mir gerade gezeigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber das steht auf der nächsten Seite, das können Sie jetzt gar nicht gelesen haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kenne meine Protokolle sehr gut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie sie eh alle gut kennen, dann brauche ich sie nicht immer vorzulegen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Oja, doch! (*Abg. Krainer: Bitte?*) Ich bitte, sie trotzdem vorzulegen, denn die haben alle x Seiten und ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Stimmt es, dass am 10. April 2007 Ihr **Sohn** ebenfalls die Zeichnungsberechtigung auf dem Konto „**Karin**“ erhalten hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na wissen Sie, dann zeigen Sie es mir bitte! (*Abg. Krainer: Gerne!*)

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich zitiere:

„Mein Sohn hat die Zeichnungsberechtigung für das Konto „Karin“ am 10.04.2007 erhalten. Ich hatte nämlich zu diesem Zeitpunkt wieder Herzprobleme. Mein Sohn deshalb auch zusätzlich, weil ich mit meiner Gattin gemeinsam ziemlich viel unterwegs bin, auch im Flugzeug, und der Sohn als weiterer Zeichnungsberechtigter eine weitere Absicherung für mich war. Ich nehme an, dass wieder Hr. LUDESCHER die Abwicklung durchgeführt hat und dies wieder bei mir im Büro.“

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, ich bleibe bei dem. (*Abg. Krainer: Sie bleiben dabei?*) – Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was können Sie ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir müssen dann einmal aus Rücksicht auf die Auskunftsperson eine kurze Pause einlegen. – Oder wollen Sie **nach** der Befragung durch den Herrn Kollegen Krainer eine Pause machen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Machen wir eine Pause!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf aus Rücksicht auf die gesundheitlichen Erfordernisse die Befragung jetzt kurz **unterbrechen**.

(*Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14.02 Uhr **unterbrochen** und um 14.17 Uhr als solche wieder **aufgenommen**.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung wieder **auf**.

Ich darf Sie, Herr Kommerzialrat Plech, noch einmal darauf hinweisen, dass Sie antworten **müssen**, solange Sie sich nicht selber zusätzlich belasten. Sie können durchaus Ihre Beschuldigteneinvernahmen noch einmal wiederholen. Sie wissen ja, wir sind nicht das Gericht, wir haben nicht die Erkundungs- und Recherche-Unterlagen des Gerichtes im vollen Umfang, nur größere Teile, und es ist ein anderer Vorgang hier als vor Gericht, als vor der Staatsanwaltschaft.

Hier soll die **politische Verantwortung** dingfest gemacht werden, Transparenz walten, und deswegen ist es notwendig, dass Sie hier auch Dinge wiederholen, die Sie bereits vor dem Staatsanwalt geäußert haben.

Das nur zur Erleichterung der zweiten Hälfte der zweiten Runde.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Darf ich darauf eine Antwort geben? (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*)

Das Problem liegt darin, dass ich, wie schon der Herr Verfahrensanwalt gesagt hat, Protokolle habe, die vom 10.2.2010 stammen und ich mich natürlich nicht an den Wortinhalt erinnern kann. Wirklich nicht! Wenn ich das vor mir liegen habe, dann kann ich sagen: Ja, das habe ich gesagt, das habe ich unterschrieben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Daher werden wir auch verstärkt zu dem Mittel greifen, dass wir Ihnen Vorhalte machen (*Ernst Karl Plech: Ja, bitte!*), wo Sie dann bestätigen können oder widerrufen können. (*Ernst Karl Plech: Gut!*)

Bitte, Herr Abgeordneter Krainer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich lege Ihnen jetzt Ihre erste Beschuldigteneinvernahme vor und ersuche Sie, diese ab der ersten Frage vorzulesen.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Es sind nur 20 Seiten, das ist kein Problem. (*Abg. Dr. Pilz: Nicht so lange! Das geht nicht! – Die Auskunftsperson blättert in den ihr vorgelegten Schriftstücken.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Es ist durchaus zulässig, einzelne entscheidende Passagen bei Befragungen vorlesen zu lassen, aber wir haben uns grundsätzlich darauf verständigt, dass wir insgesamt keine Vorlesungen wie an der Uni veranstalten, bei denen die Auskunftsperson seitenweise Einvernahmen vorlesen soll.

Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, dass Herr Plech jetzt seine gesamte erste Beschuldigtenvernehmung vorliest, wenn das das Ziel dieser Frage war. Wir haben uns eigentlich darauf verständigt, dass wir das **nicht** machen, zumal wir ja alle des Lesens mächtig sind.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich meine, man muss schon anmerken, wenn man als Fragesteller Vorhalte macht, dann kann man in seine Frage Teile des Vorhalts einbauen – das ist aber Fragezeit; ein leidiges Problem.

Wenn die Auskunftsperson nicht besonders auskunftswillig ist, vergeht die ganze Fragezeit durch das Vorlesen von Vorhalten. Auf der anderen Seite kann man natürlich entscheidende Passagen auch die Auskunftsperson vorlesen lassen. Und jetzt sind wir leider in solch einer Situation, wo wir das splitten müssen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich verstehe das schon, aber nur, dass das nicht ausartet. Dass man teilweise vorlesen lässt, ist in dieser Ausnahmesituation okay, aber keine kompletten Beschuldigtenvernehmungen; das wäre zu viel des Guten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, nein, sicher nicht.

(*Obfrau Dr. Moser spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.*)

Der Herr Verfahrensanwalt hat jetzt noch einmal darauf hingewiesen, dass bei den Vernehmungen ja zuerst die Frage ist und dann die Antwort, und da könnten wir als

Fragesteller immer darauf sozusagen replizieren und sagen: Es ist die Frage so und so gestellt, ist Ihre Antwort auf diese Frage nach wie vor in derselben Form aufrecht?

Aber das impliziert ja wieder, dass alle hier Anwesenden wissen, was die Antwort darauf war, und das ist ja das große Problem der Kommunikation und auch für das Protokoll dieses Untersuchungsausschusses.

Herr Plech, Ihre Antwort wäre bitte möglich, nachdem Sie ja jetzt die Unterlagen vor sich liegen haben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das jetzt nicht verstanden, worauf soll ich antworten?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir können das auch auf dem normalen Weg machen.

Sie haben eine Investmentvereinbarung abgeschlossen mit Herrn Meischberger mit, glaube ich, drei Zusätzen. – Ist das richtig? Immobilieninvestmentvereinbarung. (*Ernst Karl Plech: Ja!*) – Die Vereinbarung selbst ist datiert, die haben Sie selbst vorgelegt, mit 12. März 2006.

Dann gibt es die Nachträge mit 15. Mai 2007, 23. Feber 2009.

Wann sind diese Verträge abgeschlossen worden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich heute aus meiner Erinnerung nicht sagen.

Ich darf nur zu dem ersten Einvernahmeprotokoll sagen: Dieses Einvernahmeprotokoll ist nach einem 30-stündigen Flug zustande gekommen, wo man mich aus dem Flugzeug geholt, mich der Flucht oder der Fluchtabsicht beschuldigt hat, mich in der Folge neun Stunden einvernommen hat.

Ich habe in den folgenden Einvernahmen einige Dinge relativiert. Daher kann ich zu diesem Thema nicht Stellung nehmen, ohne dass ich die ergänzenden Fragen aus den ergänzenden Protokollen vorliegen habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war: Immobilieninvestmentvereinbarung. Ich habe Ihnen drei Daten genannt, ich kann sie Ihnen noch einmal nennen: die Vereinbarung selbst 12. März 2006, der Nachtrag war vom 15. Mai 2007 und der weitere Nachtrag vom 23. Feber 2009.

Meine Frage war: Wann sind diese drei Verträge, also die Vereinbarung plus die zwei Nachträge schriftlich erstellt worden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Darüber habe ich ausführlich bereits der Polizei Auskunft gegeben. Das geht alles aus den Protokollen hervor.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Verfahrensanwalt hat schon gesagt, Sie sollen hier aus Ihrer Erinnerung zitieren.

(*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann spricht mit der Auskunftsperson.*)

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Diese Vereinbarungen sind bereits lange vorher **mündlich** abgeschlossen gewesen. Aber auch das habe ich, wie gesagt, bereits ausführlich beantwortet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also die waren zunächst nur mündlich und wurden dann verschriftlicht.

Wann wurden die verschriftlicht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch da ist das Strafverfahren in vollem Gange. Ich bin zu diesen Fragen noch nicht erschöpfend vernommen, es gibt darüber hinaus auch finanzstrafrechtlich noch einige Themen, und daher entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann machen wir das anders. Ich darf Ihnen wieder vorlegen: die vierte Beschuldigteneinvernahme, Seite 16.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da finden Sie in der Mitte einen Absatz, der von Ihnen korrigiert wurde, könnten Sie uns das vorlesen? (*Ernst Karl Plech: Welcher ist das?*) – Dort, wo die handschriftliche Korrektur war, Seite 16 von 21.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: „Schriftlich wurde das Vertragswerk im Jahr 2009 errichtet. Dies haben wir deshalb schriftlich errichtet, weil zu diesem Zeitpunkt schon der mediale Wirbel losgegangen ist. An den genauen Zeitpunkt kann ich mich nicht erinnern, es war entweder im September oder Oktober 2009 oder Anfang 2010. Wenn ich gefragt werde, ob es sich dabei um eine Immobilieninvestmentvereinbarung (IIV) handelt, so gebe ich an, dass dies richtig ist.“

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Das heißt, diese schriftlichen Vereinbarungen wurden erst im Oktober 2009 oder danach überhaupt fertig gestellt.

In Ihrer Beschuldigteneinvernahme im nächsten Absatz steht drin, dass Sie in die Kanzlei gekommen sind und bereits Entwürfe dort lagen, in der Kanzlei von Professor Dr. Toifl.

Sie haben das in der fünften Beschuldigteneinvernahme dann korrigiert, dass Sie selbst einen Entwurf geschrieben haben und per E-Mail an die Kanzlei geschickt haben. – Stimmt das?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kann ich im Moment nicht sagen. Tatsache ist, dass auch da ein eigenes Strafverfahren anhängig ist, man verdächtigt uns da der Urkundenfälschung, und ich mich daher der Aussage entschlage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich halte fest, dass die Kontobewegungen, die es beim Konto „Karin“ gab, nämlich Abhebungen und Überweisungen über mehrere hunderttausend Euro in mehreren Tranchen, insgesamt ein siebenstelliger Euro-Betrag, dass Sie, als es aufgefliegen ist, wenn ich Sie zitieren darf, oder als der mediale Wirbel losgegangen ist im September 2009, dann im Oktober 2009 diese schriftlichen Verträge aufgesetzt haben, um diese einzelnen Abhebungen, diese einzelnen Investitionen in Immobilienprojekte nicht als Ihre darzustellen, sondern als die von Herrn Meischberger.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sie fragen, glaube ich, das zweite Mal das Gleiche. Ich gebe dazu keinerlei Auskunft mehr. Noch einmal: Es schwebt ein Strafverfahren über uns. Die Protokollinhalte sind Ihnen bekannt, und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war ja auch keine Frage, die ich gestellt habe, sondern das war ja nur eine Feststellung. (*Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich beantworte Ihre Frage nicht!*) – Es war ja auch keine Frage, das war nur für das Protokoll eine Feststellung von meiner Seite.

Ich wollte nur feststellen, dass es da, als der Wirbel losgegangen ist, das Konto „Karin“ gab, wo Sie, Ihre Frau und Ihr Sohn zeichnungsrechtlich waren, dass es, nachdem das Geld von der „Omega“ da eingegangen ist, eine Reihe von Abhebungen gab – teilweise in bar, teilweise Überweisungen auf Ihre Konten –, dass Sie diese

Bewegungen erklärt haben mit diesen Immobilieninvestmentvereinbarungen mit Meischberger, dass diese Investitionen **nicht für Sie** waren, sondern nur treuhändisch für Herrn Meischberger. Diese Verträge wurden allerdings erst verschriftlicht im Oktober 2009 – da gab es mehrere Sitzungen, wie Sie selbst sagen, in der Kanzlei Dr. Toifl.

Eines hätte mich interessiert, wieso Herr Grasser da dabei war. – Das ist jetzt eine konkrete Frage.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist eine Feststellung Ihrerseits. Diese Feststellung kann ich nicht bestätigen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, die Frage war, wieso Herr **Grasser** bei Besprechungen in der Kanzlei Toifl dabei war, wo es unter anderem auch um diese Immobilieninvestmentvereinbarungen gegangen ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dazu habe ich auch bereits mehrfach ausgesagt. Die Protokolle liegen Ihnen vor.

Das, was Sie hier feststellen – noch einmal! –, unterschreibe ich **nicht**.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte noch einmal auf den Gegenstand der Untersuchung verweisen: Verkaufsverfahren BUWOG und Einbeziehung von externen Beratern und Vermittlern und Klärung der politischen Verantwortlichkeit.

Es ist immer schwierig, die ganze Frage der Provisionen mit dem ganzen Finanznetzwerk als Gegenstand der Untersuchung jetzt wirklich dingfest zu machen.

Ich wurde vom Verfahrensanwalt extra darauf hingewiesen.

Ich bitte, diesen Gegenstand der Untersuchung des Untersuchungsausschusses sehr präzise vor Augen zu haben, politische Verantwortung und Verkaufsverfahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deswegen möchte ich jetzt auch zu den **Provisionen** fragen, weil es da um die Klärung der Frage geht: Ist ein Finanzminister der Republik Österreich bestochen worden, hat er Schmiergelder bekommen über Herrn Hohegger, und sind diese Schmiergelder gemeinsam von Herrn Meischberger und Herrn Plech weiter verteilt worden? – Deswegen gehe ich da mit dem Vorsitz völlig konform: Das ist die Frage, die uns bewegt.

Da gibt es den Vertrag Hohegger/Petrikovics: 1 Prozent der Kaufsumme. Von 960 Millionen sind das **9,6 Millionen**. Und dann passiert etwas Seltsames: Es werden **9,9 Millionen** ausbezahlt.

Sie haben telefoniert mit Herrn Meischberger am 21. Jänner 2010 und haben sich mit Herrn Meischberger über genau diese Zahlungsflüsse unterhalten – und da gibt es ein Telefonüberwachungsprotokoll.

Plech: „und die dreihundert vom Hohegger hast eh ah net vergessen, gel“.

Meischberger: „es san nit dreihundert“ –

da wird immer das Tirolerische schriftlich wiedergegeben –

„aber de zwahundert irgendwas de“.

Plech: „so um de zwahundertvierzig“.

Meischberger: „da muss i jetzt amol a Rechnung schreiben, es ist nur die Frage, wie wir des wieder machen, gscheit, von wo und wie und de wird er wahrscheinlich nie zahlen, verstehst, und wo klagen wir sie dann ein“. – Zitatende.

Herr Meischberger hat also offensichtlich mit Ihnen besprochen, wie man diese 300 000 Überzahlung, die nach Zypern gegangen sind, von „ihm“ einklagen könnte.

Können Sie sich daran erinnern?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann mich an diese Sache natürlich erinnern. Dass wir überhaupt darüber geredet haben, hat seinen Ursprung darin, dass offensichtlich Herr Meischberger die Selbstanzeige des Hohegger bekannt war, wo sich dieser Betrag ergeben hat, den er einfach zu viel kassiert hat. Und nachdem ich wusste, dass er materielle Probleme infolge seiner Steuerverpflichtungen kriegt, habe ich ihn daran erinnert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber das sind ja Petrikovics-Gelder, die über Scheinrechnungen verdeckt auf Konten der **Astropolis** in Zypern überwiesen worden sind, 9,9 Millionen €.

Warum hatten Sie ein Recht gemeinsam mit Meischberger, warum haben Sie geglaubt, Sie haben ein Recht, davon 300 000 € zurückzufordern, Sie beide gemeinsam?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe weder gesagt, dass das gemeinsam zurückzufordern ist – Sie haben es gerade selbst vorgelesen. Ich habe Herrn Meischberger daran erinnert, nicht im Interesse meiner persönlichen Bereicherung oder so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, das ist nachweislich falsch!

Ich lese weiter aus diesem Telefonat vor:

Noch einmal: Meischberger sagt: „da muss i jetzt amol a Rechnung schreiben, es ist nur die Frage, wie wir des wieder machen“ –

„**wir**“! –,

„gscheit, von wo und wie und de wird er wahrscheinlich nie zahlen, verstehst, und wo klagen wir sie dann ein“.

Darauf Plech: „na bei ihm, weil er se ja auch kassiert hat“.

Meischberger: „wird nicht so einfach sein“.

Plech: „bitte“.

Meischberger: „des wird nicht so einfach sein, weil wir keinen Vertrag mit eam habm, er wird sich da mal auf einen langen Rechtsstreit ausselassen, wobei des wieder Geld kostet und, wast eh, des ist ja in Zypern, haha, da müssen wir schon schauen, wie wir des gscheit machen“ –

„**wir**“! –,

„aber stellen wir eam auf jeden Fall amol die Rechnung“. – Zitatende.

„Wir“ – Plech und Meischberger.

Warum wollten **Sie** gemeinsam eine Rechnung stellen? Für welche Leistung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das interpretieren **Sie** hinein. Das Wort „wir“ impliziert nichts anderes, als dass ich ihn bei einer eventuellen Klagsführung unterstützen würde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus dem Telefonat geht etwas völlig anderes hervor, nämlich gemeinsam dieses Geld verrechnen zu wollen, einklagen zu wollen. Ich zitiere weiter:

Plech: „Tatsache ist, dass er es kassiert hat, net, das ist ja nicht von der Hand zu weisen“.

Meischberger: „ja ja“.

Plech: „das ist ja beweisbar“.

Meischberger: „ja, ja“.

Plech: „er hats kassiert“.

Meischberger: „ja er hat mit mir eine Vereinbarung, das ich achtzig prozent krieg“.

Plech: „das hat er selber auch gesagt, also zwanzig prozent gehören ihm und so weiter, also da werden wir uns einmal in Ruhe schau“.

Meischberger: „ja es wird net so einfach sein, die Rechnung stellen ist einfach, aber dann, wenn er net zahlt, was tust dann, ja“.

Plech: „ja klagen, mit bomben und granaten, die Vereinbarung war ja mit ihm, aber das brauchen wir ja jetzt net besprechen, reden wir dann, wenn ich wieder in Wien bin“.

Meischberger: „wast eh, da ist ja wieder dieser zypriotische Trust inzwischen, weil dem werden wir das ja auch wieder müssen verrechnen, wahrscheinlich, oder“.

Plech: „ja wenn er der Vertragspartner war“.

Meischberger: „na ja, wir haben ja keinen Vertrag“.

Plech: „er hat mit der Immofinanz einen Vertrag, net“.

Meischberger: „na, na, der Vertrag, den er mit der Immofinanz hat, der ist nie zur Geltung gekommen, der ist nie in Kraft getreten“.

Plech: „warum“.

Meischberger: „weil den die Valora AG gehabt hat mit irgendeiner anderen Immofinanz Firma, das ist eh klar, dass wissen wir eh, dass der Vertrag ist nie zum Tragen gekommen, die Abrechnung erfolgte zwischen dem Peter Hohegger persönlich und einer Constantia Bank Firma, von der die Rechnung, wo das Geld geflossen ist“.

Und dann geht es weiter, und Sie sagen wieder: „also ich bin jetzt ein bisschen verunsichert, weil also ich hab gestern den Rat gekriegt, ich soll dem Koller“ –

darf ich Sie da fragen: Wer ist der „Koller“, ist das Ihr Steuerberater?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wenn er sich mit „h“ schreibt, Kohler, dann ist das der Steuerberater.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Es geht nachher aus dem hervor, dass das Ihr Steuerberater ist.

Also: „ich soll dem Koller nichts erzählen von der ganzen Gschicht und des macht mi etwas unrund, weil das jetzt natürlich ein bisschen ein Vertrauensproblem ist, net, der wird sagen, was, sie haben da und ich weiß nichts davon, ich bin ja ihr Steuerberater usw. und ich hab versucht, ihn vor dem Feiertag zu erreichen, hab ihn nicht erreicht, und wollt eigentlich mit ihm reden, und sagen da gibts was und da kommt was, weil de sitzen jetzt seit Montag dort, ah seit Mittwoch drüben, checken alles, reißen die Karin auf, reißen alles auf, alles, und das ist nicht ungefährlich, net,“. – Zitatende.

Was war „nicht ungefährlich“? Was war für Sie „nicht ungefährlich“?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich gebe auch darauf keine Antwort. Das sind wieder Spekulationen. Fragen Sie das am besten Herrn Meischberger und Herrn Hohegger, die ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das war ein wörtliches Zitat von Ihnen!

Also „reißen die Karin auf, reißen alles auf, alles, und das ist nicht ungefährlich, net,“ – das ist ein Plech-Zitat aus der Telefonüberwachung.

Was war für Sie „nicht ungefährlich“?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das geht in den strafrechtlichen Bereich, weswegen ich eine Aussage dazu verweigere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Verstehe ich Sie richtig, Sie wollen sich mit einer Aussage nicht selbst belasten. – Ist das richtig?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was Sie verstehen, Herr Abgeordneter, ist Ihre Angelegenheit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, da geht es schlicht und einfach um die Verfahrensregeln und nicht um meine Angelegenheit.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal: Ich möchte mich hier nicht belasten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und das nehme ich auch zur Kenntnis. Das ist Ihr gutes Recht.

Meischberger: ja, war eh klar, dass sie das machen, und dass sie da weitergehen und sie da die Spuren suchen, nachdem sie bei mir eh net weiterkommen,

Plech: daher gehört jetzt dann, als nächster Schritt, ein totales Briefing von mir, und das werd ich nicht mehr alleine machen, weil da seh ich mich nicht heraus, da muss ich irgendwen, den Koller beiziehen oder den Pestzei oder irgendjemanden, weil das ist a – und dann wird das unterbrochen.

„Pestzei“ nicht Petzner. Petzner kommt beim Beweisthema Inserate; das ist eine völlig andere Geschichte. – Zitatende.

Wer ist daher – rein phonetisch gesehen – der Herr Pestzei oder so ähnlich, mit dem Sie sich da beraten wollten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kenne keinen Herrn Pezzey. Das war einmal, glaube ich, ein Tiroler Fußballspieler.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der wird Sie kaum beraten haben. – Wissen Sie, das Problem ist immer, die Beamten, die die Telefonüberwachung machen, übertragen das natürlich phonetisch, und da kommt es oft zu einer unrichtigen Schreibweise. – Gut.

Dann telefonieren Sie am 19. September 2010 mit „Heinz“ von „Wein & Co“. Da steht von den Beamten eingefügt ein Fragezeichen: „Kammerer?“. Können Sie sich an ein Telefonat mit Heinz Kammerer über die ganze Immofinanz-Geschichte und BUWOG-Geschichte erinnern?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Heinz Kammerer ist ein Freund von mir, und ich habe sehr oft mit ihm über diese Sache gesprochen, weil er sehr neugierig war und mit mir mitgelitten hat, was da medial passiert ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, den Eindruck habe ich auch. – Ich zitiere wieder.

Kammerer: Eines muss man sagen, wenn der Grasser was gemacht hätte, als Minister und was verraten hätte, dann wäre das ein Tatbestand, aber wenn, der Pretikovics irgendwem a Provision dafür zahlt, dass er ihm was weiß ich was berätet. Weiß eigentlich nicht wirklich wer, was der Herr Meischberger da beraten hat, aber sagen wir einmal.

Plech: Aber das hat er ja mit dem Hohegger gemacht.

Kammerer: Ja aber der Meischberger hat das ganze Geld dann bekommen.

Plech: Nein, das Ganze nicht, einen Teil, aber das ist auch wurscht. – Zitatende.

Wer hat den anderen Teil bekommen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das kann ich Ihnen nicht sagen, wer den anderen Teil bekommen hat. Das ist die Meinung eines Freundes.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das ist Ihre Aussage.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, das ist ein Freund, der mit mir über das diskutiert. Die Fragestellung, die er in diesem Protokoll ausführt, ist nichts anderes als eine persönliche Befragung von mir – und aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Plech, das ist ein Irrtum! – Ich lese es Ihnen noch einmal in aller Ruhe vor, damit das klarer ist.

Kammerer sagt: Ja aber der Meischberger hat das ganze Geld dann bekommen.

Und darauf sagen Sie, Ernst Plech: Nein, das Ganze nicht, einen Teil, aber das ist auch wurscht. – Zitatende.

Woher wissen Sie, dass Meischberger nur **einen Teil** bekommen hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Weil der Herr Hohegger den anderen Teil bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nicht nur der Herr Hohegger – wir kommen dann noch auf diese ganzen Aufteilungsverhältnisse zurück. Da geht es nicht um Hohegger, der ist mit 20 Prozent abgespeist worden. Das haben Sie sehr wohl gewusst, wie wir aus der ersten Telefonüberwachung wissen.

Ich frage Sie jetzt etwas anderes. – Telefonüberwachungsprotokoll vom 5. August 2010 zwischen Plech und Karl-Heinz Grasser.

Karl-Heinz Grasser: Wollte ich dich fragen, ob du von der Raiffeisen jemals was zurück bekommen hast?

Sie wissen ja, der Streit zwischen Raiffeisen und Immofinanz: Wer zahlt die Provisionen?

Karl-Heinz Grasser: Wollte ich dich fragen, ob du von der Raiffeisen jemals was zurück bekommen hast?

Plech: Kein Wort. Beides geschickt an beide, also STARZER... und LUIGI...

Grasser: Und keine Rechnung

Plech: Keine Antwort und und usw., gut, ist ja erst 2 Tage her, werden wir sehen, vielleicht kommt nächste Woche irgend etwas.

Grasser: Ja, ja. – Und so weiter, Zitatende.

Luigi: Wer ist „Luigi?“ (**Ernst Karl Plech: Herr Scharinger!**) – Und was wollte Grasser beziehungsweise was wollten Sie an Geld zurück?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da müssen Sie am besten ihn fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber **Sie** wollten es ja auch zurück.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Keine Ahnung, um welchen Geschäftsfall ... Es hat mehrere Geschäftsfälle mit der Raiffeisen gegeben. Man müsste zunächst einmal feststellen, welchen Zeitraum das betrifft. Es hat nämlich danach eine Verkaufsaktion gegeben, und in dieser Verkaufsaktion eines Wiener Unternehmens sind Forderungen in Aussicht gestellt worden. Sie müssen das ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, das ist die letzte Frage in dieser Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die letzte Frage lautet einfach: Schauen Sie, normalerweise, wenn man nichts zu verbergen hat, telefoniert man mit **einem** Handy – das betrifft nicht Sie – und nicht mit **sieben** und mit Wertkarten-Handys und so weiter.

Ich lese Ihnen Folgendes vor – das ist die letzte Frage in dieser Runde –, nämlich das Telefonüberwachungsprotokoll vom 8. Februar 2010 zwischen Meischberger und Ernst Plech.

Meischberger: Im speziellen Bereich, weißt eh, was Abhörung und so weiter betrifft. Da müssen wir extrem vorsichtig sein. Überhaupt mit dem Kontakt, da müssen wir uns was einfallen lassen, weil erstens will ich nicht darauf verzichten, zweitens brauchen wir ihn, aber, aber, wir müssen uns jetzt da sehr genaue Dinge überlegen, damit wir uns da nicht gegenseitig in Gefahr versetzen. Und da werd ich dir dann einiges erzählen, wenn du da bist, was ich da so gehört habe, und wie ich glaube wie das ist. Jedenfalls dein Handy, dein iPhone, beinhaltet auch Ortungsdienste und GPS und Bluetooth.

Plech: Habe ich eh ausgeschaltet.

Meischberger: Das kannst du nicht ausschalten. Die senden dauernd... ah, das ist eben nicht ganz klar. Ausschalten kannst die Dinge nur, indem du den Akku rausnimmst. Und Akku rausnehmen kannst ja nicht beim I Phone. Das heißt, die wissen auch, wenn wir sagen, wir treffen uns nicht und wir haben beide die Handys eingesteckt. Dann könnten sie sehen, dass wir am selben Punkt sitzen. Weißt, nur dass du an solche Dinge jetzt denkst. Ich muss es mir noch genauer ansehen und genauer überlegen und da müssen wir irgendwas finden.

Das ist, was ich jetzt neu habe. – Zitatende.

Das heißt, der Herr Meischberger erklärt Ihnen: Da besteht **Gefahr**. – Ich werde Sie nach dieser Gefahr dann noch fragen. Sie versuchen, sich zu schützen vor Handy-Überwachung und wissen beide nicht, dass genau dieses Telefonat auch überwacht und aufgezeichnet wird. – Das ist eine kleine Ironie der Strafverfolgung, dafür können Sie wirklich nichts.

Aber warum haben Sie mit dem Herrn Meischberger so detailliert eine gemeinsame Gefahr besprochen, die Ihnen von einer möglichen Überwachung durch die Strafverfolgungsbehörden droht? Diese Befürchtungen hat man normalerweise nur, wenn man von der Strafverfolgung etwas zu befürchten hat.

Was war der Grund für diese Maßnahmen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Der Grund ist mir eigentlich nicht erklärbar. – Aber Sie verwechseln eines: Das erzählt ja er mir und nicht ich ihm.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Fragezeit ist aufgebraucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, ich frage dann in der nächsten Runde weiter.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Anschließend an das könnte man natürlich die Frage stellen, warum Sie kein einziges Mal zum Herrn Meischberger sagen: Warum erzählst du mir das eigentlich? – Ganz uninteressiert waren Sie offenbar nicht an diesen Informationen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich war dem Grunde nach uninteressiert. Nur soweit es *ihn* betroffen hat und in meiner Eigenschaft als Freund hat mich das natürlich interessiert. Ich habe ja seit 2005 darüber gewusst, was da passiert ist.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Ich hätte Sie noch ganz gerne ein bisschen befragt zum Verhältnis, das Sie zu Herrn Meischberger und zu Karl-Heinz Grasser hatten. Es gab ja dann auch eine Reihe von Verträgen zwischen Ihnen und dem Herrn Meischberger im Hinblick auf Immobilien-Investments, die zwar später, aber das ist ja in Ordnung, abgeschlossen worden sind.

Was ich nicht gesehen habe in den Unterlagen ist, dass Sie ... – Man würde wohl meinen, dass Meischberger zwar als Freund aber doch irgendwie als Privatperson zu Ihnen kommt und sagt, ich habe hier ein gewisses Kapital, kannst du ein Immobiliengeschäft für mich, ein Investment tätigen?

Haben Sie eigentlich dem Herrn Meischberger irgendwelche Management-Fees dafür verrechnet? Haben Sie ihm irgendein Honorar verrechnet für diese Investment-Aufgabe, die Sie in seinem Namen getätigt haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ein Honorar habe ich nicht verrechnet.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Also es war ein Freundschaftsdienst, kann man das so sagen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ein Freundschaftsdienst höchstens insofern, als ich sicher war, dass er dann das Geld nicht so schnell hinaushaut.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Dann darf ich Sie noch ein wenig zum Verhältnis zu Karl-Heinz Grasser befragen: Haben Sie ihn auch bei einer Parteiveranstaltung kennengelernt oder anders?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Den Herrn Grasser habe ich kennengelernt anlässlich eines Fernseh-Briefings mit Jutta Wocheßländer, da war er, glaube ich, 22 Jahre alt und gerade Landeshauptmann-Stellvertreter – einer der jüngsten, glaube ich. Und da haben wir gemeinsamen einen Termin gehabt zur Einschulung und zur Vorbereitung, die, glaube ich, Dr. Haider veranlasst hat.

Dort habe ich ihn kennengelernt und dann eben immer wieder bei Parteiveranstaltungen getroffen und eben bei verschiedensten Gelegenheiten getroffen.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Sie haben mit ihm auch wirtschaftliche Beziehungen gehabt. Sie haben gemeinsam eine Immobilienfirma betrieben.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Erheblich *nachher*: Die gemeinschaftliche Immobilienfirma wurde 2010 gegründet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und wie lange? – Weil Sie haben ja dann, glaube ich, seine Anteile übernommen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe – bitte es jetzt nicht auf den Monat zu nehmen –, glaube ich, im November oder Oktober 2011 seine Anteile übernommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also das heißt, Sie hatten knapp ein Jahr mit ihm gemeinsam eine Unternehmung.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, wir hatten gemeinsam auf ein Jahr eine Maklerei.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War die nicht so erfolgreich? Weil Sie nach einem Jahr ...?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, die war nicht sehr erfolgreich, weil damals ja bereits die Medien mit Volldampf **gegen** uns gefahren sind. Wir haben ein oder zwei Geschäfte gemacht, und ein drittes ist dann eben nicht zustande gekommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie zu anderen Familienmitgliedern der Familie Grasser geschäftliche Beziehungen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich hatte, und das ist mindestens, ich würde einmal sagen, zehn Jahre her – bei der Zeit bitte ich wirklich um Nachsicht, daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern –, mit dem Vater von Karl-Heinz Grasser eine gemeinsame Firma, die sich um eine Radiolizenz beworben hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich Sie noch betreffend eine Reihe anderer Personen fragen (*Ernst Karl Plech: Ja!*), ob Sie sie kennen beziehungsweise ob Sie mit ihnen geschäftliche Beziehungen hatten.

Rudolf Fischer, ehemaliger Vorstand der Telekom Austria?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Rudolf Fischer habe ich durch Herrn Meischberger kennengelernt. Wir waren gelegentlich einmal Abendessen, aber eigentlich sehr selten. Also wenn ich den zehnmal in meinem Leben gesehen habe, ist das viel.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Geschäftliche Beziehung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Geschäftliche Beziehung keine, sondern da war immer so ein Turnier – so ein Golfturnier – von der Telekom, und dazu hat er mich eingeladen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gernot Schieszler, ebenfalls Telekom?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, den kenne ich überhaupt nicht. – Ja, jetzt, aus der Presse.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Horst Pöchhacker?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Horst Pöchhacker kenne ich seit Jahren. Ich habe auch einige Geschäfte, Vermittlungsgeschäfte mit der Porr gemacht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Martin Huber?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich im Zusammenhang mit den Vermittlungsgeschäften der Porr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dieter Böhmdorfer?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich eigentlich seit Jahrzehnten. Das ist ein Freund von mir.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Geschäftliche Beziehungen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Geschäftliche Beziehung zu ihm direkt nicht. Ich habe nur – ich glaube, im Jahr 2002 – an das Justizministerium den sogenannten Justiz-Tower vermietet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Detlev Neudeck?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich aus der Partei und als Kollegen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Keine geschäftlichen Beziehungen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da bin ich mir jetzt bei Neudeck nicht sicher. Ich glaube, ich habe von ihm einmal ein Haus verkauft, vor sieben, acht Jahren.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): René Oberleitner?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich aus den Kommissionen und Ausschüssen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wilfried Trabold?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich ebenfalls aus den Kommissionen und Ausschüssen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Klaus Requat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Kenne ich, weil er einige Male bei mir vor... – Aus zwei Gründen: zunächst hat er für seinen damaligen Chef irgendetwas gebraucht von der BIG – da habe ich ihm geholfen, dass er dort einen Gesprächspartner kriegt –, und dann kenne ich ihn, weil er einige Male bei mir war und Informationen wollte über diese Ausschreibung Lehman. – Aber das habe ich schon zu Protokoll gegeben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, darum frage ich Sie. – Das heißt, im Zuge des Vergabeverfahrens hat er Sie kontaktiert und wollte Informationen von Ihnen? Welche Informationen konnten Sie ihm geben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Gar keine, weil ich mit den Details ja nicht befasst war.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie ihm das auch so gesagt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich ihm auch gesagt, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie ihn weitervermittelt an jemanden, der ihm vielleicht Informationen geben könnte? (*Ernst Karl Plech: Nein!*) – Und Karlheinz Muhr?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wie gesagt, den habe ich ungefähr drei bis viermal bei gesellschaftlichen Anlässen gesehen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber keine geschäftlichen Bezüge?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jürgen Krieger?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Meiner Erinnerung nach war Jürgen Krieger, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, einer der Mitarbeiter von Lehman, glaube ich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie im Zuge der medialen Diskussion rund um den Verkaufsprozess und den Medienprozess rund um Ramprecht und Grasser, oder gar in Vorbereitung auf diese Befragung hier im Ausschuss, mit einer dieser Personen Kontakt gehabt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Sie meinen jüngst? (*Abg. Amon: Ja!*) – Vielleicht wiederholen Sie noch einmal die Frage.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ob Sie mit einer der Personen rund um den Ausschuss, die mediale Berichterstattung, ob Sie in letzter Zeit mit einer der genannten Personen Kontakt hatten? (*Ernst Karl Plech: Nein!*)

Dr. Traumüller sagt aus, dass Plech ihn angerufen hatte und nach Infos gefragt hat. Haben Sie mit Dr. Traumüller Kontakt gehabt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich hatte mit ihm vor ungefähr eineinhalb Jahren Kontakt, weil ich damals auf der Suche war für die Unterlagen, also für die Aktennotizen und Protokolle aus dieser Sache, aus der Sache Lehman, weil meine waren ja beschlagnahmt. – Ergänzend: Er hatte keine mehr; er hatte keine Unterlagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich Sie, Herr Kommerzialrat, fragen, wann Sie eigentlich das erste Mal von den Überlegungen betreffend den Verkauf der BUWOG-Wohnungen erfahren haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe das erste Mal davon erfahren Anfang 2000, und zwar war das eine Initiative des Ministers zusammen mit dem damaligen Sektionschef – ich weiß nicht, ob er das heute noch ist – Steger oder Stöger oder wie der geheißen hat. Ich glaube, das war der Bilanz-, der Budgetsektionschef.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie haben Sie das erfahren? Bei einem ...?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na, Grasser ist an mich herangetreten und hat gesagt: Du, wir haben da 66 000 Wohnungen im sozusagen gemeinnützigen Bereich. Ich bin der Meinung, dass es keine Kernaufgabe des Bundes sein kann, Wohnungen zu besitzen – mit allen Schwierigkeiten und allen Komplikationen –, und wir denken daran, das zu verkaufen.

Dazu ist zu sagen, dass ja gemeinnützige Genossenschaften unter ganz bestimmten Bedingungen verkauft werden können, nämlich zum Nominale – was dieser Ertragsmaximierung natürlich komplett entgegengesprochen hätte. Und meine Aufgabe war daher zunächst, erstens einmal mit Steger ein Gespräch zu führen, der zu meiner Verblüffung bei diesem gemeinsamen Abendessen eigentlich das gleiche Konzept hervorgezogen hat, das ich mir gemacht habe, und, ja ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie? Im Grundsatz oder wirklich das gleiche?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Annähernd; na, eigentlich fast das gleiche – fast das gleiche. Es hat die Probleme mit den Einweisungsrechten gegeben, die er genau gekannt hat. Er hat natürlich auch zur Budgetsanierung beitragen wollen, wobei zum damaligen Zeitpunkt nicht klar war, ist das, ein derartiger Verkauf, Maastricht-gerecht, ja oder nein? Was wird mit den 66 000 Mietern, die ja drinnen sind? – Also es war eigentlich im Konzept grundlegend das Gleiche.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich Sie noch fragen, seit wann Sie Kenntnis davon haben, dass das Konsortium rund um die Immofinanz – nennen wir es einmal so – sich eines Informationsmanagements, bestehend aus den Lobbyisten Meischberger und Hochegger, bedient hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich eigentlich im Jahre 2005 erfahren, also lange nach dem Verkauf selbst.

Ich muss noch ganz kurz etwas zum ersten Punkt erwähnen, den Sie gefragt haben: Wir haben uns dann über einen Innsbrucker Universitätsprofessor ein Gutachten machen lassen, dass lediglich jene dem Bund gehörenden fünf Gesellschaften den Verkauf – und zwar nicht zum Nominale, sondern zu einem Marktwert – gestattet. Das muss ich noch dazusagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich Sie zu den beiden Herren Meischberger und Hochegger noch etwas fragen, und zwar: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen darüber, ob die beiden Herren Kontakte zur CA Immo unterhalten haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Darüber habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie es ausschließen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Na, ausschließen kann ich es nicht, aber ich habe, wie gesagt, keine Wahrnehmung dazu. Also, was heißt Kontakte? Kontakte, natürlich! Wenn ich jetzt rede, wenn ich jetzt nachdenke: Der Meischberger hat ja damals – das war zwar nicht die CA Immo, das war die Bank Austria oder damals die „Z“ – ein Darlehen dort gehabt. Aber das war Jahre vorher, ich glaube das war 1997, 1998.

Und Hohegger weiß ich nicht, was der für ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich kann das eingrenzen auf den Zeitrahmen rund um das Vergabeverfahren, ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, also da hat er sicher nichts mehr gehabt bei der...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): ..., weil es geht ja dann doch um die sehr knappe Differenz in der Bietung, die letztlich zum Zuschlag geführt hat.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Gut, darüber weiß ich überhaupt nichts. Ich weiß nur, dass der Meischberger nach diesem Vorfall, als er ein Riesendarlehen gehabt hat bei der Bank Austria, Persona non grata war, daher kann ich ausschließen, dass er dort irgendein Konto gehabt hat oder Ähnliches.

Und bei Hohegger habe ich überhaupt keine Ahnung, was seine Bankverbindung war.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hat Meischberger Sie im Zuge dieses Verfahrens zu irgendeinem Zeitpunkt einmal über seine Aktivitäten informiert?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein, hat er nicht, erst 2005.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Auch nicht um Rat gebeten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nein. Auch nicht um Rat gebeten.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Ich hätte eine Zusatzfrage: Herr Plech, Sie haben gesagt, seit 2005 haben Sie gewusst – ich zitiere wörtlich –, was passiert ist.

Was war das denn eigentlich: was passiert ist?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe auch dazu bereits erschöpfend vor der Staatsanwaltschaft Auskunft gegeben. Unter „passiert“ verstehe ich, dass diese ganze Sache sozusagen aufgefliegen ist, und mir Meischberger dann gesagt hat, mir gestanden hat, mehr oder weniger, Stück um Stück, das und das ist passiert.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Öffentlich aufgefliegen ist es 2009, nicht 2005.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da habe ich mich versprochen. Ich habe die Information erst 2005 bekommen.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Die letzte Zusatzfrage zu dem angesprochenen Bereich: Sie haben ja als Experte gegolten, und gelten als Experte, und haben betont, dass Lehman deshalb gewählt wurde, weil große internationale Erfahrungen dahinter standen.

Andererseits haben Sie als Experte darauf hingewiesen, dass das österreichische Wohnrecht – Gemeinnützigkeit, die zusätzlichen Schwierigkeiten mit den Einweisungsrechten – eigentlich nur Interessenten am österreichischen Markt bewältigen konnten, sprich, sich nur österreichische Bieterkonsortien in der Lage sahen, aufgrund dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen die

Wohnungsgesellschaften auch sinnvoll zu bewirtschaften beziehungsweise vorher zu erwerben.

Wie erklären Sie sich, dass ich einen international versierten Auslober brauche, damit ich österreichische Interessenten finde, weil es ja nur österreichische Interessenten gibt, die sich mit den gesetzlichen Gepflogenheiten auskennen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das erkläre ich dadurch, dass sich die internationalen Gruppen ständig heimischer Juristen, heimischer Wirtschaftstreuhänder bedienen und man natürlich im Zuge der damals in dieser Zeit üblichen Verkäufe in Deutschland, Italien und Griechenland und so weiter gewusst hat, dass diese Ausländer bereit sind, mehr zu zahlen. Das war von mir ein persönlicher Eindruck, den ich gehabt habe, weil einmal jemand von der „**Nomura**“ bei mir war – das ist eine japanische Investitionsfirma –, und ich dem im Beisein seines Anwaltes erläutert habe, was das WGG tatsächlich bedeutet, nämlich, dass eine Wertsteigerung in der Zukunft politisch so gut wie ausgeschlossen war, weil ja diese Wohnungen nach dem **Kostendeckungsprinzip** vermietet werden und die scheidenden Mieter, sei es durch Tod oder durch Auszug, die neuen Mieter wieder nur jenen Mietzins bezahlen, der damals aufgrund der Kostenentwicklung zu zahlen war.

Ich bin aber überzeugt davon, dass, wenn ein ausländischer Interessent die richtigen Leute, die richtigen Fachleute genommen hätte – aber ich habe darauf keinen Einfluss gehabt –, dass man natürlich auch als Ausländer einen Gewinn hätte machen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf jetzt etwas vorlegen, und zwar ein Protokoll über die Dienstbesprechung vom 11.1.2011 aus dem Bereich der Justiz. Da geht es um mehrere Dinge, auch um jene, die nicht verfahrensgegenständlich sind, also Dorotheum, Porr und ähnliche Provisionszahlungen. Ich möchte mit meiner Lesung auf der Seite 19 unten schließen und immer zwischendurch, absatzweise, entsprechende Fragen dazu stellen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Das ist ein Dokument bei uns aus dem Akt, und es geht los auf der Seite 19. Rechts unten findet sich die Seitenbezifferung, damit die nicht mit der Journalisierung aus dem Staatsanwaltschaftsakt verwechselt wird. Rechts unten in Druckschrift, Seite 19:

„Provisionsflüsse: Zu den Konten ‚Karin, Natalie und 15444‘.“

Haben Sie diese Passage, Seite 19, unten?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Was ist die Frage dazu?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie diese Passage gefunden?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Die Textstelle habe ich gefunden. Ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn man da jetzt auf Seite 20 geht, im dritten Absatz beginnt es:

„Folgende Punkte sprechen dafür, dass das Konto „Karin“ wirtschaftlich Ernst Plech zuzuordnen ist:

Das Nummernkonto „Karin“ wurde – entgegen den Behauptungen des Ing. MEISCHBERGER – von Ernst PLECH am 27.10.2005 eröffnet. Ernst PLECH war demnach Kontoinhaber und auch der alleinige wirtschaftliche Verfügungs- und Zeichnungsberechtigte. Am 13.12.2005 wurde dessen Ehefrau, Karina PLECH, und am 10.4.2007 auch noch dessen Sohn, Markus PLECH, als Zeichnungsberechtigte eingetragen.“

Stimmt dieser Sachverhalt so?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das sind Spekulationen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Spekulationen der Staatsanwaltschaft?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Spekulationen der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): „Zuvor hatte Ernst PLECH bereits ein Konto bei der HIB,“ –

also bei dieser gegenständlichen Bank in Liechtenstein –

„lautend auf den Namen ‚ROCA‘. Der Realisatserlös von diesem Konto wurde auf das Konto ‚Karin‘ übertragen.“

Stimmt das?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Noch einmal die Frage, bitte!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende, dieses Nachfragen, ich kann jetzt meine 7 Minuten Fragezeit auch erschöpfen, indem ich immer ein und denselben Absatz vorlese.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist keine Absicht von mir, sondern ich habe Sie wirklich nicht verstanden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bitte, ich lese noch einmal vor. Ich habe kein Problem mit Ihnen, sondern mit meinem Zeitkontingent. Ich verstehe das, wenn man mit der Vertrauensperson spricht.

„Zuvor hatte Ernst PLECH bereits ein Konto bei der HIB, lautend auf den Namen ‚ROCA‘. Der Realisatserlös von diesem Konto wurde auf das Konto ‚Karin‘ übertragen.“

Ist das so?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch da läuft das Strafverfahren. Es betrifft dieses Strafverfahren auch diese Frage, und daher entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ein Konto, das Sie früher hatten, das Realisat auf ein Konto, das – nach der Darstellung von Ihnen bei der Staatsanwaltschaft – eigentlich dem Herrn Meischberger gehört hat, das würde bereits ein Problem darstellen? Gut, das nehme ich so zur Kenntnis.

Im letzten Absatz:

„In der E-Mail-Nachricht vom 7.10.2009 wandte sich Univ.Prof. Dr. Gerald TOIFL in seiner Funktion als Verteidiger von Ing. MEISCHBERGER an Mitarbeiter der HIB. Dabei bezog sich Univ.Prof. Dr. TOIFL zunächst auf die in der Anlage zu besagter E-Mail-Nachricht übermittelten Dokumente, welche die wirtschaftliche Verfügungsberechtigung des Ing. MEISCHBERGER auf dem Konto ‚Karin‘ dartun sollten. So wurden zum Nummernkonto ‚Karin‘ eine Unterschriftenkarte und Vollmacht vom 06.10.2009, jeweils augenscheinlich unterfertigt von Ing. MEISCHBERGER an die HIB übermittelt. Zusätzlich übermittelte Dr. TOIFL auch ein augenscheinlich von Ernst PLECH verfasstes und unterfertigtes handschriftliches Schreiben, datiert mit 06.10.2009 mit dem Inhalt: ‚Ich bestätige dass ich niemals bei obigem Kto (Anm.: gemeint ist das Konto ‚Karin‘) niemals wirtschaftlich Berechtigter, sondern nur Zeichnungsberechtigter war‘, an die Mitarbeiter der HIB.“

Haben Sie tatsächlich so eine handschriftliche Erklärung abgegeben und diese dann Dr. Toifl zur Verfügung gestellt, um sie an die HIB zu übermitteln?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das ist Gegenstand des Strafverfahrens, daher entschlage ich mich. Ich darf Ihnen aber sagen, wenn ich mich entschlage, dann

sollten Sie daraus keine Schlüsse ziehen, so wie Sie das gerade vorher gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich enthalte mich jeden Kommentares und fahre fort:

„Unter Bezugnahme auf die genannten Dokumente ersuchte Dr. TOIFL die Mitarbeiter der HIB um Ausstellung einer Bestätigung darüber, dass ‚auf den Konten (a) Walter MEISCHBERGER, (b) Natalie, (c) Nati und (d) Karin gegenüber der Hypo nur mein Mandant (Anm. gemeint ist Ing. MEISCHBERGER) als wirtschaftlich Verfügungsberechtigter ausgewiesen ist‘. Erläuternd führte Univ.Prof. Dr. TOIFL in der E-Mail an, dass damit ‚der Fehler aus der Vergangenheit (Ernst PLECH wurde als wirtschaftlich Verfügungsberechtigter anstelle als Zeichnungsberechtigter geführt)‘ berichtigt werden solle.“

War es als Berichtigung von dieser ursprünglichen Kontoeröffnung gedacht?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wieder: Strafverfahren. Ich entschlage mich der Aussage.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Im letzten Absatz beginnt es dann so:

„In dem bei Ing. MEISCHBERGER sichergestellten Tagebuch hielt dieser unter anderem folgende Eintragungen fest: ‚11.10.2009: ... Am Abend gibt es dann in der Kanzlei LeitnerLeitner ein Treffen in ‚großer Runde‘. Um 23.30 Uhr waren die Analysen gemacht und die Linie gelegt ... Insbesondere die Darstellung von Konten und Vermögen bedürfen unserer ganzen Aufmerksamkeit ...“

Jetzt geht es von diesem Zitat dann weiter, ohne Zitat, sondern als Feststellung seitens der Justizbehörden:

„Mag. Grasser gestand zu, zumindest bei einer dieser Sitzungen anwesend gewesen zu sein.“

Das heißt, es wird festgestellt, Mag. Grasser war bei einer Anwaltssitzung in großer Runde in einer Anwaltskanzlei, wo eine Verteidigungsstrategie hinsichtlich der Konten – dieser liechtensteinischen Konten – gemacht wurde.

Meine Frage an Sie: Waren Sie bei einer solchen Besprechung in großer Runde ebenfalls anwesend?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Zu dem nehme ich ebenfalls nicht Stellung, weil auch darüber bereits eine Aussage gemacht wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Am 19.10.2009, ebenfalls aus dem Tagebuch, im nächsten Absatz:

„Am Abend dann wieder lange, große Sitzung bei Geri TOIFL. Es wird dabei klar, dass die Sache noch lange nicht ‚gegessen‘ sein wird ... Ein Schriftsatz mit noch nachzuliefernden Erklärungen ist abzugeben, auf den der StA noch wartet. In diesem Schriftsatz ist wohl der Sukkus der wirklichen Gefahren zu behandeln. Die Mandarin-Überweisung ebenso wie der Immobilienfonds. Der Name eines Züricher Treuhänders interessiert ihn ganz besonders. Die Verträge sind zu ‚finden‘ und abzustimmen, etc. Plätze an denen solche Verträge liegen, Zahlen abzuklären ...“

Haben Sie darüber irgendeine Wahrnehmung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich nehme zu einer Tagebucheintragung des Herrn Meischberger überhaupt keine Stellung, weil erstens bin ich da schon einvernommen worden und zweitens, was der schreibt, was soll ich da dazu sagen? Ich kann gar nichts dazu sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage wäre gewesen, ob Sie am 19.10.2009 bei einer großen Sitzung in der Kanzlei Dr. Toifl anwesend waren, mit einem Inhalt, wie diesem Tagebuch zu entnehmen ist.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Möglicherweise. Kann mich aber nicht erinnern im Moment.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Waren Sie möglicherweise jemals in einer Konferenz bei Dr. Toifl?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Habe ich auch schon ausgesagt, ich war bei einer Konferenz bei Herrn Dr. Toifl. Ebenfalls im Protokoll nachzulesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist halt das Problem, das wir hier im Ausschuss haben, dass wir noch kein Leseverein sind, sondern unsere Fragen auch nur anhand des Gelesenen an die Auskunftspersonen stellen können, um auch unter Umständen die entsprechenden Tatsachen darüber zu bekommen. Das ist halt unser Problem. Sonst könnte sich jeder Mandatar des Ausschusses die Akten mit nach Hause nehmen, durchlesen und sagen: Ja, das war es! – Das ist es halt leider nicht!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Nur mein Problem ist, dass ich ein Strafverfahren am Hals habe. Das ist der kleine Unterschied.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist das Problem, wie Sie auch eingangs sagten: Gerade als Unschuldiger fühlt man sich besonders bedrängt durch ein Strafverfahren. – Ich kann Sie beruhigen, aus meiner beruflichen Praxis, auch tatsächliche Straftäter haben ein Problem mit ihren Strafverfahren, das haben wirklich nahezu alle.

Ich darf jetzt etwas vorlegen, und zwar ein E-Mail von einem Mag. Daniel Riedl an die Frau Postl.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt).

Frau Postl war bei der Immofinanz zuständig für die Abwicklung des BUWOG-Kaufes. Sie ist auch bereits bei uns einmal einvernommen worden, schon in der letzten Sitzung. Und der Inhalt dieses E-Mails lautet – es ist datiert vom 10.11.2004, 16.06 Uhr –, da schreibt eben der Sprecher der Geschäftsführung BUWOG, Mag. Daniel Riedl, an Frau Postl:

„Zur Info: Plech hat sich bei einem Telefonat ausdrücklich angeboten, bei Problemen mit den Einweisungsrechten im BMF einzuwirken – falls es zu wenig Flexibilität bei Dr. Mantler gibt.“

Meine erste Frage: Hat es so ein Telefonat zwischen Ihnen und dem Herrn Mag. Riedl gegeben, das diesen Inhalt ungefähr widerspiegelt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich gehe davon aus, dass es dieses Gespräch gegeben hat. Das war in meiner Zeit als Aufsichtsrat nach dem Verkauf. Und das Thema Einweisungsrechte, das ja immer wieder gebracht wird, schlägt ja in den Bilanzen der BUWOG – wenn man das jetzt einmal nachschaut und überprüft – negativ zu Buche. – Warum?

Die Ressorts haben Einweisungsrechte gehabt, und in diesen Einweisungsrechten war die Verpflichtung des gemeinnützigen Wohnbauträgers, diese Wohnungen für ein bestimmtes Ressort zu reservieren und auf sechs Monate freizuhalten. Wir haben im Jahr bis zu 200 000 € Betriebskosten und Mietzinsentfall gehabt, weil einfach niemand gekommen ist. Und über dieses Thema wollte ich mit Mantler und mit den anderen Leuten reden, die das gewusst haben. Die sind zum Teil in diesen Aufsichtsräten

gesessen und haben gewusst, wir haben ein Problem damit, dass wir diese Wohnungen loskriegten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das an sich in der seinerzeitigen Vereinbarung über den gesamten BUWOG-Anteilsverkauf beziehungsweise der anderen Genossenschaften, aber speziell bei der BUWOG – und da waren ja Sie der Aufsichtsrat –, war das ein Problem, das man nicht bei der generellen Vertragskonstruktion, nämlich der Übergabe der Anteile ohnehin berücksichtigt hat?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich war in dem Bereich der Abwicklung der Transaktion nicht verwickelt. Ich kenne es nur aus der Sicht des Aufsichtsrates oder beziehungsweise des Aufsichtsratsvorsitzenden. Wir haben diese Probleme, die ich gerade gesagt habe, in allen Gesellschaften gehabt. Wir haben in der Steiermark eine Gesellschaft gehabt, die einen Leerstand von 30 Prozent hat, mit dicken Einweisungsrechten aus dem Land Steiermark.

Ich muss nur erklären, der Vorgang war der: Die einzelnen Ressorts haben zur Sicherung von Wohnungen oder von Mietrechten für ihre Mitarbeiter, die aus der Provinz kommen, Baukostenbeiträge an die gemeinnützigen Bauunternehmer gezahlt, um dann dieses Einweisungsrecht zu haben. Das hat seine Berechtigung gehabt sicher bis in die Jahre 70, 72, 73. Ab dann hat es einen Überschuss an Wohnungen gegeben, und das Problem der Übernahme der Kosten lag dann bei den gemeinnützigen Bauträgern. Und die Prüfungsgemeinschaft für die gemeinnützigen Bauträger – die es ja gibt, die werden ja nicht nur steuerlich geprüft, sondern da gibt es noch einen Bauträgerprüfverein – hat ergeben, dass wir hier Aktivitäten setzen sollen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt noch eine weitere Frage betreffend die Konten. Es ist schon dieser Motorbootankauf angesprochen worden, wo von den Kontoflüssen her festgestellt wurde, dass dieses Motorboot von zwei Konten bezahlt wurde, nämlich eines, das von der Staatsanwaltschaft Meischberger zugeordnet wird – mag sein Spekulation – und eines vom Konto „Karin“, das Ihnen zugeordnet wird – mag auch sein Spekulation. Jedenfalls wurde dieses Motorboot aus diesen beiden Konten zur Hälfte bezahlt. Allerdings treten Sie als Miteigentümer dieses Motorbootes auf. – Logisch gedacht, wenn beide Konten Walter Meischberger gehören würden und zugerechnet werden, würde er das Motorboot insgesamt bezahlen, aber nicht zur Gänze Alleineigentümer sein, sondern Sie als Hälfte Miteigentümer dabei sein.

Ist das so richtig, dass Sie Miteigentümer wurden, ohne konkret aus dieser Finanzierung – vielleicht als Freundschaftsdienst oder was auch immer, dass Sie Miteigentümer geworden sind, ein Geschenk, was auch immer ... – Wie verhält es sich da? Der Zahlungsfluss ist jedenfalls der nachgewiesene: ein Konto Meischberger, ein Konto „Karin“. Man schafft es an, und Miteigentümer werden Meischberger und Sie.

Wie war der Vorgang bei diesem Kauf? – Nur zur Begründung, ob das mit BUWOG oder sonst etwas zu tun haben sollte. Der Verdacht ist eben da, dass dieses Geld aus der BUWOG-Provision her stammen soll.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich entschlage mich auch hier der Aussage, weil das im Strafverfahren gerade diskutiert und getoppt wird jetzt eigentlich auch durch das Finanzstrafverfahren. Ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind eigentlich am Ende der geplanten Fragezeit. Allerdings haben wir noch die dritte Fragerunde offen. Die Fragezeit ist aufgrund der nötigen Vorhalte jetzt etwas exzessive ausgefallen. Das ist in der Natur der Sache, wenn sich eine Auskunftsperson ständig entschlägt.

Ist es im Sinne der Fraktionsobmänner, dass wir jetzt die Fünf-Minuten-Fragerunde noch zusätzlich durchführen? – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können sich an nichts erinnern, auch bei den Telefonaten nicht. Daher lese ich Ihnen etwas vor. Wir kommen zurück zum Kuraufenthalt, Hohegger, 3.11.2009. Ich lese Ihnen vor:

Hohegger: Plech hat einmal nachgefragt, ob das Projekt schon endabgerechnet wurde. Das war bei einem gemeinsamen Kuraufenthalt am Lanserhof in Tirol. Das war eine Runde von Leuten, unter denen auch Plech und Meischberger waren. Das war circa im November 2007. Ich verneinte. Mit Endabrechnung war die Differenz zu der ersten und vierten Rechnung gemeint, sowie die Kosten, jene 300 000 €, mit denen sie mit dem Meischi auch am Telefon geredet haben. Plech wusste –

Plech wusste, sagt Hohegger –,

dass es einen Differenzbetrag gibt und erkundigte sich, ob das ausgeglichen ist. Ich antwortete, dass ich noch nicht dazugekommen bin. Damit war er zufrieden. Ich habe ihm aber auch signalisiert, dass ich mit ihm darüber nicht reden will. Ich war eher kurz angebunden. Meischberger hat davor oder danach ebenfalls danach gefragt. Ich habe Plech nicht gefragt, was ihn das überhaupt angeht, weil ich das Gefühl hatte – und jetzt kommt es! –, dass er ein wirtschaftliches Interesse daran hatte. Befragt, welche Leistung Plech erbracht haben könnte, sagt Hohegger, diese Spekulation will ich gar nicht anstellen. – Zitatende. Können Sie sich an dieses Gespräch im Lanserhof erinnern?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Daran kann ich mich nicht erinnern. Das ist eine jener Behauptungen des Herrn Hohegger, die uns in den letzten Monaten sehr gut unter Druck gebracht haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, da gibt es ein Treffen, an das Sie sich nicht erinnern wollen, bei dem Sie sich für Herrn Meischberger ins Zeug hauen. Dann gibt es dieses Telefonprotokoll vom Kollegen Pilz, wo Sie genau darüber reden: Wie verrechnen wir das jetzt?, da wollen Sie auch nichts dazu sagen. Dann gibt es diesen Kuraufenthalt im Lanserhof, da sagen Sie auch: Das ist alles ein Blödsinn. – Das ist schon irgendwie sehr, sehr auffällig!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also wir haben den Kuraufenthalt nicht dazu verwendet, über irgendwelche Provisionsabrechnungen zu reden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann mache ich Ihnen noch einen anderen Vorhalt, wieder aus Hohegger-Aussagen, über dieses Gespräch mit Meischberger, bei dem Sie dabei waren, bei diesem Treffen im InterContinental – Zitat Hohegger über dieses Treffen –:

Er kam mit Plech, und die beiden haben argumentiert, dass Walter sich schon jahrelang mit dem Projekt –

gemeint ist die BUWOG –

beschäftigt und viel Zeit investiert habe und dass eigentlich 25 Prozent für mich zu viel seien. Wir haben uns dann auf 20 Prozent geeinigt.

Ich habe mich leicht verschaukelt gefühlt. – Sagt Hohegger.

Plech sagte, dass Walter viele Gespräche geführt habe und Recherchen gemacht habe.

Ich weiß nicht, warum er Plech mitgenommen hat. Das Gespräch dauerte vielleicht 30 bis 45 Minuten.

Plech hat Meischberger geholfen, seine Interessen zu vertreten. – Sagt Hohegger.

Ich hatte das Gefühl, dass mich Plech für blöd verkauft und habe mir meinen Teil gedacht. –

Und jetzt kommt's –:

Ich dachte mir, dass er wahrscheinlich seine eigenen Interessen vertritt und wahrscheinlich auch dabei ist. – Zitatende.

Was könnte Herr Hohegger da meinen? Das ist dieses Treffen im Interconti, an das Sie sich auch nicht erinnern wollen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Also ich muss noch einmal sagen: Herr Hohegger hat zu diesem Zeitpunkt dort gewohnt, und wir haben uns immer dort zu den Dienstbesprechungen für das „Seitenblicke“-Magazin getroffen.

Ich habe eine derartige Äußerung ihm gegenüber **nicht** gemacht, aber ich sage es noch einmal – Sie haben mich das gerade vor einer Stunde gefragt –: Wenn ich das gefragt worden wäre, also wenn sich das tatsächlich so abgespielt hätte, hätte ich natürlich zu Herrn Meischberger gehalten, aber es hat sich nicht so abgespielt. Das ist eine Behauptung des Herrn Hohegger!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was kann Herr Hohegger damit meinen, dass er den Verdacht hatte, dass Sie auch – Zitat –: mit dabei sind und Ihre – Zitat –: wirtschaftlichen Interessen verfolgen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das müssen Sie Herrn Hohegger fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, ich frage **Sie: Wo** waren Sie mit dabei?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann das nicht beantworten, weil ich nicht weiß, was Herr Hohegger ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo waren Sie mit dabei? Waren Sie irgendwo mit dabei: ja oder nein?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das habe ich bereits vor einer Stunde beantwortet. Ich kann mich an diese Äußerung nicht erinnern, das habe ich Ihnen schon vor einer Stunde beantwortet!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Hohegger sagt: Ich hatte das Gefühl, Plech ist auch mit dabei.

Und ich frage Sie: Was kann Herr Hohegger damit gemeint haben?

Es geht um die BUWOG, und Herr Hohegger sagt: Ich habe mir gedacht, der Plech kommt deswegen mit zum Treffen mit dem Meischberger, ich habe mir gedacht, der Plech ist auch mit dabei, vertritt seine wirtschaftlichen Interessen. – Wie kommt denn Herr Hohegger zu diesem Verdacht, zu dieser Meinung, dass er davon ausgeht? Wie kommt er dazu?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dazu müssten Sie die Psyche des Herrn Hohegger studieren; ich habe das nie gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich erklären, dass Herr Hohegger ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich kann mir da gar nichts erklären! Ich habe das schon mehrmals gesagt. Ich kann mir da gar nichts erklären. Wir hatten öfter Treffen dort. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir eines dieser Treffen dazu benützt haben, über diese Sache zu reden, aber noch einmal: Wenn darüber geredet worden wäre, hätte ich natürlich zu Herrn Meischberger geholfen, es **ist aber nicht** darüber geredet worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kommen wir zu einer anderen Person, die hier relevant ist. – Kennen Sie einen Senator **Kallinger**?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ja, kenne ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie diesen im Zuge des BUWOG-Verfahrens irgendwann einmal getroffen oder Gespräche mit ihm geführt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ist mir nicht rememberlich. Ich kenne Herrn Senator Kallinger aus der Zeit, als er in Konkurs gegangen ist. Damals haben wir einige Häuser von ihm aus der Konkursmasse gekauft.

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben ihn im Zuge des BUWOG-Verfahrens getroffen – das geht aus Ihrem Kalender hervor –, nämlich im Jahr 2002, als es um den Zuschlag zur Investmentbank gegangen ist, konkret am Montag, den 2. September, am Vormittag. *(Abg. Dr. Jarolim – zur Vertrauensperson –: Herr Kollege, das gibt es ja nicht! Es ist immer dasselbe!)* Was haben Sie denn da mit Herrn Senator Kallinger besprochen?

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Die Vertrauensperson ist dazu da, damit sich Herr Plech allenfalls an sie wendet. – Wir haben aber eine permanente **Soufflierung!** Das führt sogar dazu, dass oft nicht gehört wird, was gefragt wird. Ich bin wirklich sehr tolerant, aber das geht ununterbrochen, und ich würde wirklich ersuchen, dass man damit aufhört!

Ich nehme an, Herr Plech weiß, was er zu sagen hat. Wenn er es nicht weiß, dann kann er immer noch fragen, aber dass da so permanent zugeflüstert wird, das stört den ganzen Verlauf erheblich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe bei meinen Belehrungen eingangs darauf hingewiesen. Wenn es wieder vorkommt, dann müssen wir Sie notfalls als Vertrauensperson entlassen. *(Abg. Dr. Jarolim: Es hat ja niemand etwas dagegen, wenn Sie ihm Zettel schreiben und zuschieben, aber dauernd flüstern, das geht nicht!)*

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also was haben Sie mit Herrn Kallinger an jenem 2. September besprochen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Wie Sie in dieser Kalendereintragung sehen, war das ein Treffen mit Senator Kallinger und Frau Mag. Steinacker. Ich gehe davon aus,

dass es um Dinge der BIG gegangen ist, da Frau Mag. Steinacker BIG-Geschäftsführerin war, weiß aber den Inhalt natürlich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Informationen, dass Herr Kallinger jemals in dieses BUWOG-Thema involviert war? (*Ernst Karl Plech: Habe ich nicht!*) – Ich halte Ihnen aus der neunten Beschuldigtenvernehmung des Herrn Hohegger aus dem Jahr 2011, wo es wieder um Herrn Berner geht, vor, was Herr Hohegger sagt:

Bei der BUWOG hat mich Walter Meischberger nur deswegen angesprochen, weil

- a) ein anderer Partner abgesprungen oder in Ungnade gefallen ist und
- b) er wusste, dass ich gute Kontakte zur Immofinanz hatte. Dieser Partner, den ich nicht kennengelernt habe, in dieser Sache, war Senator Kallinger. – Zitatende.

Das heißt, da wird darüber geredet, dass Herr Kallinger in Ungnade gefallen ist, und in weiterer Folge geht dann hervor, dass dies deswegen geschah, weil Herr Kallinger zu viel wollte für seine Tätigkeiten, und daher hat Herr Meischberger dann erst Herrn Hohegger engagiert. – Ist das richtig?

Da Sie auch Herrn Kallinger scheinbar immer wieder treffen – wie eben an jenem 2. September 2002 –: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen über die Rolle des Herrn Kallinger? War er jemals zu Beginn als Mann gedacht, der eigentlich die Hohegger-Rolle hätte einnehmen sollen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das war er nicht. Er hat – wie gesagt – mit Frau Mag. Steinacker zusammen Projekte mit mir besprochen. Ich weiß jetzt nicht mehr, worum es da gegangen ist, aber das hat sicher einen Grund gehabt, weil Frau Mag. Steinacker zu dem Zeitpunkt schon Geschäftsführerin der BIG war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dazu halte ich Ihnen entgegen: Aus den Akten geht hervor, dass Herr Kallinger sehr wohl zuerst die Rolle Hoheggers einnehmen wollte, er hat da aber nicht mitgemacht und auch zu viel Kohle dafür verlangt. Daher hat dann Herr Meischberger Herrn Kallinger fallen gelassen – in Ungnade gefallen, steht in den Akten – und ist dann auf Hohegger gekommen.

Schlussfrage: Sie sagen immer, es war alles okay bei der Lehman-Vergabe, bei der Sie in der Kommission gesessen sind. Ich lege Ihnen dazu ein E-Mail vor, das Ihnen geschickt wurde.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt).

Vielleicht können Sie uns den Text – das sind nur ein paar Zeilen – vorlesen. Da schreibt Herr Ramprecht am Mittwoch, dem 17. Jänner 2001, um 7.14 Uhr an ekplech@plech.at, also an Sie. Sie können vielleicht anfangen bei: Hallo Ernst!, und dann das vorlesen, was er da geschrieben hat. – Bitte!

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Dieses E-Mail ist mir unbekannt, ich kann mich nicht erinnern, das gelesen zu haben. Ich weiß auch nicht, wen er meint mit „drei Aufsichtsratsmitgliedern“. (*Abg. Petzner: Können Sie uns den Text vorlesen, bitte!*) – Das können Sie auch, Sie lesen besser. (*Abg. Petzner: Nein, dann geht es wieder auf meine Zeit! Sie haben alle Zeit dieser Welt, ich nicht, daher darf ich Sie bitten, dass Sie das vorlesen!*)

Hallo Ernst! Wir werden alle drei Aufsichtsratsmitglieder herauseliminieren. Die Geschichte kennst du ja. Trabold macht den Vorsitzenden. Wir brauchen noch einen Vertrauensmann. Bitte überlege dir rasch einen. – Zitatende.

Ich kann nur annehmen, dass es sich zu diesem Zeitpunkt – am 17. Jänner 2001 – darum gehandelt hat, dass wir sämtliche Aufsichtsräte der Bundesgesellschaften stark

reduziert haben. Es waren in der BUWOG – nehmen Sie das jetzt nicht genau – entweder 24 oder 26 Aufsichtsratsmitglieder, in der WAG 19 Aufsichtsratsmitglieder, die teilweise aus den Bundesländern angereist sind. Ich kann mir nur vorstellen, dass das in diese Richtung geht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir das Mail Stück für Stück durch, nur ganz kurz, damit wir dieses Thema abschließen:

Das ist jene Kommission, in der Sie Mitglied waren, die die Lehman-Vergabe gemacht hat, wozu Sie sagen, es ist eh alles wunderbar.

Da schreibt Ihnen eben Herr Ramprecht: Wir werden alle drei Aufsichtsratsmitglieder hinauseliminieren. Die Geschichte kennst du ja. – Zitatende.

Erste Frage: Was meint Herr Ramprecht, wenn er Ihnen schreibt: Die Geschichte kennst du ja!?

Dann geht es weiter: Trabold macht den Vorsitzenden. – Zitatende.

Ist dann auch so passiert, Trabold war Vorsitzender dieser Kommission.

Dann schreibt Ramprecht weiter: Wir brauchen noch einen Vertrauensmann. – Zitatende.

Warum braucht eine unabhängige Kommission und warum braucht der unabhängige Aufsichtsratsvorsitzende der BUWOG, Plech, gemeinsam mit Ramprecht einen Vertrauensmann für diese Kommission?

Bitte überlege dir rasch einen! – appelliert Ramprecht an Sie. – Alle Liebes, Michael. – Zitatende.

Welche drei Aufsichtsratsmitglieder wurden „hinauseliminiert“? Warum?

Was meint Ramprecht damit, wenn er schreibt: Die Geschichte kennst du ja!?

Warum brauchen Sie gemeinsam mit Ramprecht – Zitat – einen Vertrauensmann in einer unabhängigen Kommission, die für den Minister entscheiden beziehungsweise empfehlen soll?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Lieber Herr Abgeordneter, da haben Sie ein bisschen einen Fehler gemacht. Hätten Sie das genau durchgelesen, das geht nämlich genau in diese Richtung, die ich vorhin gesagt habe. Unter „Betreff“ steht ein kleiner Satz. Da steht: Aufsichtsrat (Abg. **Petzner:** *Geh bitte, das haben wir geprüft!*) Wohnbaugesellschaften. (Abg. **Petzner:** *Und das ist BUWOG, genau! Das gehört aber zur BUWOG!*) – WBG, Wohnbau... (Abg. **Petzner:** *Das haben wir geprüft, und damit ist die BUWOG gemeint!*)

Herr Petzner, „Aufsichtsrat Wohnbaugesellschaften“ hat **nichts** mit der Vergabekommission zu tun. Das sieht doch wohl ein Blinder, wenn man sich das anschaut. Es geht genau in diese Richtung, wie ich Ihnen gesagt habe: dass man damals versucht hat, die Aufsichtsräte schlanker zu machen, damit man zu besseren Entscheidungsfähigkeiten kommt.

Ergänzend darf ich nur sagen, dass Herr Dr. Trabold ja auch in Villach Aufsichtsratsvorsitzender war. Also das waren verschiedene Leute, die da tätig waren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Gesellschaft gehört zur BUWOG – das ist der entscheidende Punkt. (**Ernst Karl Plech:** *Da steht nicht BUWOG, da steht Wohnbaugesellschaften!*) – Das geht auch aus den Unterlagen hervor, dass sich dieses Mail auf die **BUWOG** bezieht.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es geht nicht um die Kommission, wollte ich damit nur festgelegt haben. Es geht aus dem Betreff klar hervor, es geht um die Bundeswohnbaugesellschaften. (Abg. **Petzner:** Die zur BUWOG ressortiert!) Die BUWOG ist eine der fünf Gesellschaften. (Abg. **Petzner:** Damit gehört sie zur BUWOG dazu, ja!)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Plech, es gab mehrere Besprechungen in der Kanzlei Toifl. – Erinnern Sie sich daran, wie viele das waren im Oktober 2009?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Daran erinnere ich mich nicht, aber: Das ist Thema der strafrechtlichen Verfolgung meiner Person, und daher entschlage ich mich der Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Uns liegt so ein Leistungsverzeichnis von der Rechtsanwaltskanzlei Toifl vor, aus dem hervorgeht, dass am 5. Oktober 2009 für vier Stunden, am 12. Oktober 2009 für vier Stunden, am 18. Oktober 2009 für fünf Stunden und am 19. Oktober 2009 ebenfalls für fünf Stunden Termine, Besprechungstermine, jeweils mit WM – vermutlich Meischberger –, EP – vermutlich Sie – und KHG stattgefunden haben.

Können Sie das bestätigen? (**Ernst Karl Plech:** Darf ich die Unterlage einmal sehen?) – Ja, gerne. Die von mir zitierten Daten sind jeweils mit Sternderl für Sie hervorgehoben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das ist an sich ein Rechnungsformular oder eine Zeitzusammenstellung. Wer das gemacht und bezahlt hat, ist mir unbekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht ja hervor, eben aus dem ganzen Akt – wenn Sie ihn jetzt lesen wollen, kann ich Ihnen sagen, was das ist; es ist ein Leistungsverzeichnis der Rechtsanwaltskanzlei Toifl –: Termin WM, EP, KHG und dann jeweils die Daten 5. Oktober vier Stunden, 12. Oktober vier Stunden, 18. Oktober fünf Stunden, 19. Oktober fünf Stunden. Das heißt, dass anscheinend vier oder fünf Stunden lange Sitzungen mit diesem Personenkreis stattgefunden haben.

Ich wollte wissen, ob Sie das bestätigen können oder ob Sie das dementieren wollen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Leistungsverzeichnisse eines Anwaltes sind mir fremd. Ich weiß nicht, was er dazugeschrieben oder nicht dazugeschrieben hat.

Ich habe es bereits vorhin gesagt: Nehmen Sie bitte meine Verweigerung der Aussage zur Kenntnis! Ich sehe diese Unterlage das erste Mal und weiß das nicht mehr. Das war 2009.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber ich meine, wenn Sie vier Termine innerhalb von zwei Wochen haben, die jeweils vier, fünf Stunden dauern ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Vielleicht waren wir das überhaupt nicht. Ich habe selbst einen Terminkalender. Wenn in dem Terminkalender, den Sie von der Polizei ja haben, das drinsteht, dann kann das sein. Aber das, was Sie vorlegen, ist eine Rechnung, die ein Anwalt seinem Klienten stellt. (Abg. **Krainer:** Das ist keine Rechnung, das ist ein Leistungsverzeichnis!) – Oder ein Leistungsverzeichnis, gut.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein Leistungsverzeichnis, aus dem hervorgeht, dass am 5. Oktober, 12. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober jeweils diese Termine stattgefunden haben. Das deckt sich spannenderweise auch mit dem Tagebuch, das Sie nicht kommentieren wollen, von Herrn Meischberger.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aus Ihrer Erinnerung – es muss ja jetzt nicht einem einzelnen Tag zugeordnet werden –: Worum ist es bei diesen Besprechungen gegangen, außer die Immobilieninvestmentvereinbarung?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ich weise noch einmal auf meinen ersten Satz im Zuge Ihrer Befragung hin: Das ist Gegenstand einer strafgerichtlichen Untersuchung, ich verweigere die Aussage dazu beziehungsweise ich entschlage mich der Aussage. Und wenn Sie es noch fünfmal probieren – ich werde immer wieder das Gleiche sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das ist ja okay. Wenn Sie sagen, Sie würden sich belasten und wollen sich nicht belasten, dann ist das okay. Das ist Ihr gutes Recht. Das sieht die Verfahrensordnung auch genau so vor.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur ganz kurz, nur zur Vermeidung von Missverständnissen: Kann Ihre Aussage bedeuten – so hätte ich sie nämlich verstanden –, dass Sie meinen, das, was Herr Dr. Toifl dort hineinschreibt an Leistungen, wurde gar nicht erbracht, und Sie wären dort gar nicht gewesen? Dann würden wir natürlich Herrn Toifl einladen und ihn fragen, ob das stimmt und wie das ausgeht, damit wir jetzt von Ihnen nicht irgendetwas falsch auffassen.

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das will ich überhaupt nicht sagen, nur entzieht es sich meiner Kenntnis, was und wann sich wirklich zu welcher Zeit abgespielt hat. Ich gehe davon aus, dass der ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber dass Sie dort waren und dass Herr Toifl Leistungen erbracht hat (*Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Davon gehe ich aus!*), das würden Sie schon zugestehen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Natürlich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich befrage Sie zu weiteren Telefonüberwachungen. Nur kurz zur letzten:

Die sitzen seit Montag dort –

also offensichtlich die Ermittlungsbeamten –,

seit Mittwoch drüben, checken alles, reißen die Karin auf, reißen alles auf, und das ist nicht ungefährlich. – Zitatende.

Das haben Sie gesagt in diesem Gespräch mit Meischberger.

Sie haben, und das ist wichtig, vorher schon einen wichtigen, einen klaren Unterschied zwischen „Karin“ und „Karina“ gemacht. Da haben Sie vollkommen recht, es geht offensichtlich nicht um Ihre Frau, sondern um dieses Konto. Und Sie stellen selbst fest: dass dieses Konto geöffnet wird, ist für Sie nicht ungefährlich.

Weiters: Telefonüberwachungsprotokoll 2. Februar 2010, Gespräch Meischberger/Plech; Meischberger beginnt:

Du, ah, in deinem Safe liegen die ganzen Unterlagen vom Haider-Sparbuch.

Plech: Von wos?

Meischberger: Jo du waßt schon, vom Böhmendorfer/Haider-Sparbuch, alle Briefe, die Kopie vom Sparbuch, alles drinnen. Jetzt weiß ich, warum ich morgen zur Kriminalpolizei muss.

Plech: In meinem Safe? Welchem Safe?

Meischberger: Ja nach der Hausdurchsuchung, bei der Hausdurchsuchung haben sie das mitgenommen.

Plech: Wo?

Meischberger: Des woäß i net, wo. Hast du das nicht gesehen?

Plech: Na, des hob i jo durchsucht, des hob i ma ang'schaut.

Meischberger: Alles komplett. Sachverhaltsdarstellung an den Haider, der Brief vom Böhmndorfer, was halt alles ein Wahnsinn is. Böhmndorfer a no drinnen, der danach – ? – Justizminister war. 2,5 Millionen in Kopie vom Sparbuch.

Plech: 200 Millionen?

Meischberger: 2,5 Millionen. Du woäßt jo eh, ... an ... damals: I bin fertig!

Plech: Muass i des übersehen haben. I hob den ja komplett ausg'rammt, den Safe. Versteh i net. – Soweit das Protokoll.

Können Sie sich daran erinnern, dass Sie mit Meischberger besprochen haben, wie Sie vor der Hausdurchsuchung den Safe komplett ausgeräumt haben und möglicherweise etwas übersehen haben?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch das ist Ziel strafrechtlicher Ermittlungen, und ich werde mich dazu nicht äußern.

Nur so viel: Im Safe, im Datensafe bei mir im Büro wurden tatsächlich diese Vereinbarungen samt der damaligen Rücktrittserklärung des Herrn Meischberger gefunden. Ich hatte noch eine andere Treuhandvereinbarung drinnen, die ich irrtümlich herausgenommen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das geht es um etwas anderes. Da geht es um zweieinhalb Millionen auf einem Sparbuch, für das – und das geht aus anderen Telefonüberwachungsprotokollen hervor – dann eine Geschichte zur Rechtfertigung konstruiert wird, mit angeblichen Ansprüchen von Meischberger gegen die FPÖ und so weiter. Das lässt sich relativ gut aus den Telefonüberwachungen nachvollziehen.

Aber ich gehe einmal in dieser ersten Überwachung ein bisschen weiter. – Also: Der Safe ist komplett ausgeräumt.

Sie sagen: Muss ich das übersehen haben, ich hab' ihn ja komplett ausg'rammt, den Safe.

Und dann sagt Meischberger: Die Ramprecht-Geschichte is' a drinnen, dieser Ramprecht mit dem neuen Besitzer. Aber hast du das nicht ang'schaut? Hast du das nicht 'kriegt, diese Unterlagen, wo doch bei der Hausdurchsuchung a alles aussag'nommen worden ist?

Plech: Ja, das hab' ich g'sehen. Ja, das habe ich g'sehen.

Meischberger: Ah, do ist jetz' alles dabei. I klick des durch einen Zufall jetzt an mit dem Zeitungsartikel dazu – da gibt es offensichtlich schon einen Zeitungsbericht.

Da gibt es dann eine längere Pause und dann:

Ah!

Plech murmelt vor sich hin: Den hob i selber untersucht, Walter.

Meischberger: Na gut; brauch i net lang nachdenken. I woäß net, wos i tua. Woäß i net, woäß i wirkli nimma.

Und dann Plech, wieder unverständlich: Vom Böhmndorfer, da hat es ja gar ka Bestätigung geb'n oder was?– Ende Telefonprotokoll. Und das geht dann so weiter.

Und dann passt dazu das Telefonüberwachungsprotokoll vom 2. Februar 2010, also am selben Tag. Das erste Telefonat zwischen Meischberger und Ihnen zu dieser Hausdurchsuchung hat um 9.11 Uhr stattgefunden und das zweite um 23.29 Uhr, das heißt, um halb zwölf in der Nacht. Da haben Sie offensichtlich beide die Möglichkeit gehabt, wieder nachzudenken.

Meischberger sagt zu Ihnen:

Ah ja, das ist ja jetzt wurscht, wie das passiert ist, das weiß ich eh. Du hast es nicht absichtlich gemacht.

Plech: Das weiß ich eh. Was ist herausgekommen gestern – 'tschuldige: heute – bei dir?

Meischberger: Heute bei was herausgekommen?

Plech: Du wollest nach dem Toifl mich anrufen. Du hast gesagt, du rufst unter Umständen an.

Meischberger: Wenn ich dich brauch', sonst will ich dich nicht belästigen. Du, die Sache ist natürlich steuerlich heikel, grundsätzlich, aber verjährt. Das ist das Beruhigende. Politisch superheikel, aber das wissen wir nicht, wie sie mit dem umgehen. Logisch, ich spiele das dann auf die steuerliche Ebene hinüber, bin da ganz gelassen, und dann werden wir den Böhmdorfer warnen.

Plech: Das müssen wir unbedingt machen!

Meischberger: Weil da seine Frau drinnen ist. Da lasse ich den Geri einfach anrufen. Na, soll der Geri anrufen. – Zitatende.

Können Sie sagen, wer der „Geri“ ist, Herr Plech?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Keine Ahnung, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie nicht, wer der „Geri“ ist?

Meischberger: Dann soll der Geri anrufen. Du kannst ihn ja auch anrufen, du kannst ihn ja einfach kontaktiert haben als Anwalt in deiner Sache.

„Als Anwalt“ – offensichtlich ein Rechtsanwalt.

Plech: Ich habe mir das so vorgestellt, dass ich sage, ich habe eigentlich den Termin mit dem Haider gehabt, und plötzlich kam die Böhmdorfer, die von nichts eine Ahnung hatte und mir das nur übergeben hat. Schöne Grüße! – Ende Telefonprotokoll.

Was übergeben? Ist Ihnen da Geld übergeben worden von der Frau Böhmdorfer?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Auch hier wissen Sie aus den Protokollen, dass ein Sparbuch übergeben wurde. Das Ganze war Grundlage einer Vereinbarung, die den Rücktritt des Meischberger als Nationalratsabgeordneter zum Grunde hatte. Das ist mit Herrn Dr. Haider beziehungsweise mit Gilbert Trattner damals so abgesprochen worden und ist in meinem Tresor gelegen – und ist einfach gefunden worden. Und ich habe hier nichts anderes gehabt als die Funktion, den Meischberger gegenüber der Partei zu vertreten, und der Trattner ... – Das kennen Sie alles aus den Protokollen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus den Telefonüberwachungen geht etwas anderes hervor – ich überspringe jetzt einiges:

Meischberger: Nachher lassen wir es lieber so. Tun wir weiter. Die Nati hat ihr Passwort und ist schon schlafen gegangen. Tun wir lieber so weiter. Nur ganz kurz zusammengefasst: Die Papiere, die da drinnen sind, sind alle nicht unterschrieben. Der Vertrag von mir, der Brief von mir an den Jörg, der ist da, den hat der Böhmdorfer

beantwortet und hat ihn sozusagen als null und nichtig erklärt. Und das Ganze war alles kein Problem, wenn nicht dieses Sparbuch, eine Kopie vom Sparbuch drinnen wäre, und diese Kopie vom Sparbuch, da könnten sie über das Lösungswort aussafinden, dass das zusammenpasst mit dem Brief. Drum kann ich es nicht abstreiten. Jetzt werde ich das sagen ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Frage bitte und den Zusammenhang mit BUWOG!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche Rolle hat der Herr Dr. Böhmendorfer in diesem Zusammenhang gespielt?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Darf ich fragen, was das mit der Causa BUWOG zu tun hat?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das versuche ich ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Das steht heute nicht auf der Tagesordnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollen Sie es nicht beantworten?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist auch vorüber.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann frage ich Sie etwas Allerletztes: Die Frau Postl, die wir im Zusammenhang mit der Immofinanz befragt haben, sagt in ihrer Befragung vom 15.10.2009:

„Es ist aber richtig, dass mich Plech öfters angesprochen hat, dass er im Ministerium zugunsten der Immofinanz intervenieren könne. Er hat nicht konkret gesagt, dass er bei dem und dem intervenieren werde, er hat aber auf seine guten Kontakte ins Finanzministerium hingewiesen und unterstrichen, dass er behilflich sein könne. Ob er die Leistungen nur entgeltlich erbracht hätte, weiß ich nicht. Wenn, dann hätte er das sicher nur mit Petrikovics ausgemacht.“

Sie sind ja vorher im Zusammenhang mit einer Notiz beziehungsweise einem Email, das es da gibt, bereits dazu gefragt worden, und die Frau Postl bestätigt das, dass Sie ihr mehrere Male erklärt haben, dass Sie für die Immofinanz intervenieren können.

Zwei Fragen dazu: Erstens: Warum waren Sie sich so sicher, dass Sie im Ministerium für die Immofinanz intervenieren könnten? Und zweitens: bei wem?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Da ging es um Sachen oder um Gegebenheiten, die alle nach dem Kauf waren, in meiner Eigenschaft als Aufsichtsrat dort. Es hat dort unter anderem den Fall einer Veruntreuung gegeben, wo man versucht hat, die Sache zu lösen. Ich bin nicht, wie Sie vielleicht glauben, durch die Gegend gerannt und habe gesagt: Kommt alle zu mir, ich kann alles beim Finanzminister regeln! – Das hätten Sie gerne, aber ich habe meine Tätigkeit immer im Rahmen dessen gesehen und gemacht, was damals erlaubt war. Und wenn ich in einem Unternehmen drinnen sitze als dessen Aufsichtsrat, dann werde ich mich natürlich bemühen, Themen wie zum Beispiel das Einweisungsrecht und das Thema Versicherungen logischerweise bei den zuständigen Stellen zu besprechen und zumindest einzuleiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe in der Runde leider keine Zeit mehr, aber ich gehe davon aus – und da gibt es wieder andere Unterlagen und andere Aktenstücke –, dass das sehr wohl mit den Einweisungsrechten zu tun hatte und dass Sie Frau Postl klarmachen wollten, dass Sie da bei der Frage der Einweisungsrechte, wo es ja dann zu einem sehr großen Schaden in der Höhe von 200 Millionen für die Republik Österreich gekommen ist, im Finanzministerium intervenieren können.

Ich habe Sie vorher aber etwas gefragt, und das haben Sie noch nicht beantwortet: Bei wem, haben Sie der Frau Postl gesagt, bei wem konnten Sie so gut intervenieren für die Immofinanz? Wer waren die Personen?

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Es hat überhaupt keine einzelne Vereinbarung über irgendeinen bestimmten Bereich gegeben. Frau Postl übertreibt da ein wenig. Ich habe nur ein einziges Mal gesagt – und das haben alle Leute dort gewusst –, dass, wenn es auf der unteren Ebene irgendein Problem gibt, ich ihr gern behilflich bin, nicht zuletzt aus der Kenntnis der speziellen Umstände der Gemeinnützigen, die die Frau Postl ja nicht hatte und der neue Eigentümer auch nicht hatte.

Das war gemeint mit dem Einsatz beim Finanzministerium. Das ist vielleicht allgemein gehalten, aber es hat dort den Mantler gegeben, es hat Leute gegeben, erstklassige Fachleute, die sich da ausgekannt haben, und logischerweise, wenn man sechs, sieben Jahre mit denen in einem Gremium sitzt, hat man es leichter, Dinge zu machen. Nur: Sie vergessen, was ich eingangs gesagt habe. Die 200 Millionen Schaden, die haben Sie sich ausgerechnet. In Wirklichkeit haben wir jährlich Schäden gehabt, weil die Einweisungen nicht mehr stattgefunden haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das habe nicht ich ausgerechnet, das hat der Rechnungshof ausgerechnet. Und das ist auch hier referiert worden. Das ist überhaupt nicht falsch, es ist wahrscheinlich zu niedrig gegriffen, weil – und das wissen Sie genau – hier eine Manipulation stattgefunden hat. Im ursprünglichen Vertrag heißt es, auf die Einweisungsrechte wird verzichtet beim Verkauf an die Mieter, und dann wurde eine Zusatzvereinbarung geschlossen, offensichtlich mit Druck auf den Herrn Dr. Mantler und wahrscheinlich auch ... (*Ernst Karl Plech: Herr Pilz!*) – Lassen Sie mich ausreden! (*Ernst Karl Plech: Ist Ihre Redezeit nicht schon aus?*) – Das geht Sie ...

Kommerzialrat Ernst Karl Plech: Ist gesagt worden von der Vorsitzenden!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind der Einzige, den das **überhaupt nichts** angeht!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Sind wir am Ende?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit bin ich auch am Ende, dass wir noch klären müssen, ob Sie bei dieser über die Einweisungsrechte vollzogenen Schädigung der Republik Österreich eine wesentliche Rolle gespielt haben. Und das haben wir noch nicht geklärt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen – der Auskunftsperson **Ernst Karl Plech**, verabschiedet – diese und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

15.50

15.51

Auskunftsperson Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Bogner

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Univ.-Prof. Dr. Stefan Bogner** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Prof. Bogner, ich danke für Ihr Erscheinen und für Ihr geduldiges Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Stefan Bogner**. Ihre Daten, Herr Prof. Bogner, haben Sie der Parlamentsdirektion und mir zur Kenntnis gebracht.

Sie waren öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das BMF, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt, und Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Wir haben auch ein Schreiben des Finanzministeriums vorliegen, dass Sie von dieser Verschwiegenheitspflicht entbunden werden, als Sie in der Bewertungskommission tätig gewesen sind. Außerdem wird der Herr Verfahrensanwalt noch eine weitere Information geben, was die Verschwiegenheitspflicht anlangt.

Vorher muss ich noch korrigieren, dass die Amtsverschwiegenheit vom Vorgesetzten, dem **Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung**, praktisch nicht mehr gefordert ist, dass Sie also von dieser Verschwiegenheit entbunden worden sind. – Das ist leider im Croquis falsch vermerkt.

Nun die Belehrung des Herrn Verfahrensanwaltes, was weitere Dienstverschwiegenheiten oder Amtsgeschäfte oder vertrauliche Daten im Zuge von Unternehmen anlangt.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Zunächst ist zu sagen, dass der Herr Professor vom Bundesministerium für Finanzen beauftragt wurde – Auftraggeber: die Republik Österreich, daher wohl auch in diesem Sinn Auftraggeber dieser Ausschuss hier, weil Sie repräsentieren ja auch als Ausschuss hier die Republik Österreich –, dass hier eine Entbindung erfolgt ist, allerdings in Bezug auf die in der Bestellungsvereinbarung vereinbarte Verschwiegenheit. Von der ist er entbunden worden.

Der Herr Professor hat sich dann in einer Diskussion, in einem E-Mail-Verkehr weiter beim Bundesministerium für Finanzen erkundigt, wie denn das sei mit sonstigen Verschwiegenheitsverpflichtungen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit.

Dazu ist zu sagen, dass das Bundesvergabegesetz 2002, das am 1. September 2002, also knapp vor diesen beiden Tagen im September, in Kraft getreten ist, nicht eine

Vertraulichkeitsbestimmung enthält, die etwa der Rechtsanwalt Prof. Schramm für sich in Anspruch nimmt in der Korrespondenz. Eine solche gibt es erst im Bundesvergabegesetz 2006, und zwar im § 23. Darauf hat der Herr Prof. Schramm hingewiesen. Dieses Gesetz war noch nicht in Kraft zu der Zeit, die wir zu beurteilen haben.

In dem alten Gesetz, das ich mir gestern noch in aller Eile herausgesucht habe, also aus 2002, gibt es nur eine Bestimmung, soweit ich es herausfinden konnte, § 65, wo es heißt:

„Soweit Schutzrechte oder Geheimhaltungsinteressen verletzt würden, dürfen sowohl der Auftraggeber als auch die Bewerber oder Bieter Ausarbeitungen des anderen sowie von ihm zur Verfügung gestellte Pläne, Zeichnungen, Entwürfe, Modelle, Proben, Muster, Computerprogramme und dergleichen nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung für sich verwenden oder an Dritte weitergeben.“

Das bindet sowohl letztlich die Republik Österreich als auch den Herrn Professor, der ja im Auftrag der Republik Österreich tätig war. Es wird also so sein, dass wir bei Beantwortung von Fragen, die sich auf das Angebot selbst beziehen – das ist ja ein ganz eingeschränkter Bereich, die Fragen werden ja ganz andere Bereiche im Wesentlichen betreffen –, zu überprüfen haben werden, ob es ein schutzwürdiges Interesse eines Bieters oder Bewerbers geben kann. Das sind bestimmte patentrechtliche Kenntnisse oder sonstige Geschäftsgeheimnisse, die mit Inhalt der Bewerbung geworden sind.

Wenn also derjenige, der sich bewirbt, zum Beispiel sagt, dass er besondere Kenntnisse aus der und der Expertise hat und das wäre vertraulich, dann dürfte das in einer öffentlichen Sitzung hier nicht debattiert werden. Ich glaube nicht, dass wir überhaupt in diese Situation kommen werden, da die Themen – soweit ich es mir vorstellen kann, aus den bisherigen Befragungen – wohl andere sein werden als der unmittelbare Inhalt einer Bewerbung eines Bieters. Soweit meine diesbezüglichen Äußerungen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann setze ich noch bei den Aussageverweigerungsgründen fort: Diese gibt es nach § 7 der Verfahrensordnung. Sie sind auch auf schriftlichem Weg, bei der Ladung bereits, darauf hingewiesen worden. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils **nicht** verweigern dürfen.

Nun können wir mit der Befragung beginnen, außer Sie wollen in einer 10-minütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge darlegen. Ich habe aus den Fraktionen auch erfahren, dass vereinbart worden ist, nur eine Fragerunde plus Nachfrage bei dieser Auskunftsperson anzusetzen, da ja der Fragebereich ein sehr fokussierter und eingeschränkter ist.

Wollen Sie kurz Ihre Sicht der Dinge darlegen – oder sollen wir gleich mit der Befragung beginnen? *(Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Matznetter das Wort.)*

Auskunftsperson o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Bogner: Ich möchte meine Sicht der Dinge nicht darlegen, möchte nur noch einmal betonen, dass ich hier sozusagen als Privatperson hier stehe. Ich habe also einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Finanzministerium abgeschlossen, das ist sozusagen in einer Nebentätigkeit zu meinem Hauptberuf als Professor an der Wirtschaftsuniversität ausgeübt habe. Das heißt ich vertrete hier nicht die Wirtschaftsuniversität, sondern einzig und allein mich persönlich. Selbstverständlich war das eine meldepflichtige Nebentätigkeit, die ich gemeldet habe¹.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Herr Prof. Bogner, können Sie uns einmal kurz erklären, wie sehr Sie in die Vergabe, nämlich die Entscheidung, welche Investmentbank im Bereich der BUWOG-Privatisierung tätig wird, involviert waren?

Auskunftsperson o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Bogner: Ich wurde vom Finanzministerium beauftragt, als **Berater der Vergabekommission** tätig zu werden. Ich habe das Vergabeverfahren fast von Anfang an begleitet, bis zur endgültigen Bestbieterbestimmung. Das hat also begonnen mit dem Shortlisting der Bieter – das heißt die erste Vergaberunde. Darin war ich einer der beiden Gutachter über die Qualität der Bieter in der ersten Runde.

Wir hatten 19 Bieter und haben diese 19 Bieter bewertet und die fünf besten in die zweite Runde eingeladen. In der zweiten Runde war ich dann ebenfalls damit betraut, erstens einmal die Bewerbungsunterlagen, sprich Ausschreibungsunterlagen, unterstützend auszuarbeiten – bei speziellen Themenstellungen wurde ich immer wieder zu Rate gezogen – und schließlich und endlich bei den Präsentationen der fünf eingeladenen Bieter anwesend zu sein und ein Gutachten im Sinne der Ausschreibungsunterlagen über die Qualität der fünf Bieter zu erstellen.

Dieses Gutachten über die Qualität der fünf eingeladenen Bieter der zweiten Runde habe ich mit zwei anderen Kollegen erstellt. Das heißt, in der ersten Runde waren wir zu zweit, in der zweiten Runde waren wir zu dritt.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Sagen Sie uns kurz, wer die anderen waren – erste Runde und zweite Runde?

Dr. Stefan Bogner: Erste Runde war Prof. Kletecka, Zivilrechtler, insbesondere im Bereich des Immobilienrechts ausgewiesen, und in der zweiten Runde war ebenfalls Prof. Kletecka tätig und zusätzlich Prof. Zechner, ein weiterer Experte im Bereich der Banken und Finanzen.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Sie haben vor dem Bundeskriminalamt eine Aussage getätigt, das war am 31. August 2010. Da ging es vor allem um die Fragestellungen, wie weit Ihnen erinnerlich ist, nach welchen Kriterien das erfolgt ist. Vielleicht schildern Sie uns ganz kurz – können sich noch erinnern –, was die entscheidenden Kriterien für die Beratung der Vergabekommission, Ihre Beratung waren? Welche Kriterien wurden Ihren Gutachten zugrunde gelegt?

Dr. Stefan Bogner: Ich kann mich nicht im Einzelnen erinnern, welche Kriterien da ausschlaggebend waren. Ich kann nur in meinen Bewertungsgutachten nachschauen, welche Kriterien wir angewendet oder untersucht haben. Und diese Kriterien haben wir ja, da war ich ja unterstützend und auch beratend tätig, für die Vorbereitung der zweiten Runde gemeinsam entwickelt. Ich müsste jetzt einfach auf meine damaligen Gutachten zurückgreifen, also auf unsere damaligen Gutachten zurückgreifen, und dann kann ich die einzelnen Kriterien vorlesen.

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Vielleicht helfen Sie uns, es ist für uns ein bisschen banaler hier, als Volksvertreter. Was die Entscheidung und Beratung in einem so komplizierten Fall wie der Veräußerung gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften betrifft, wo wir eben vorher gerade von der Auskunftsperson Plech erfahren haben, dass keine Ahnung außerhalb der Grenze darüber besteht, wie so etwas abläuft, wenn da eine Entscheidung fällt zugunsten einer amerikanischen Investmentbank, dann interessiert uns sehr, was es an Kriterien gibt, dass so etwas herauskommen kann, bei so einem Gutachten oder einer Beratung, wie Sie es gemacht haben.

Also ganz einfach: Was sind das für Kriterien, wo herauskommt, dass für die Veräußerung von 66 000 Wohnungen gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften – mit Landesrecht, das hineinspielt, mit Mietrecht, das hineinspielt – eine Firma am Ende als Beratungsempfehlung herauskommt, die so weit weg wie nur möglich davon ist?

Dr. Stefan Bogner: Das sehe ich vielleicht naturgemäß ein bisschen anders. Wir waren beauftragt, eine Investmentbank zu suchen, und wir haben natürlich nicht nur eine Investmentbank gesucht. Es war ein Bieterkonsortium zu bilden, das die Experten, sowohl im Investmentbanking, im juristischen Sinn und im Immobilienbereich, abzudecken hatte. Und unser Team hat entsprechend diesen Vorgaben die einzelnen Bieter begutachtet und bewertet. Was ich hier erwähnen darf, war, dass dieses Bieterkonsortium Lehman, durchaus aus meiner persönlichen Sicht eine sehr gute Anwaltskanzlei – Wiener, also natürlich eine internationale Anwaltskanzlei, aber mit einem sehr, sehr starken Büro in Wien –, im Konsortium integriert war. Da schien mir das Problem des speziellen Wohnrechts in Österreich abgedeckt.

Zudem muss ich hier jetzt auch festhalten, dass natürlich der Teil, was sozusagen das Immobilienrecht in Österreich betrifft, damals nicht meine Expertise war und heute auch noch nicht meine Expertise ist. Das heißt, meine Aufgabe bestand insbesondere darin, eben den wesentlichen Teil einer Investmentbank zu beurteilen, sprich ist diese Investmentbank geeignet, potentielle Bieter in der richtigen, geeigneten Form anzusprechen und damit eine Erlösmaximierung zu gewährleisten.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Kann eine Rolle gespielt haben bei dieser Bewertung, dass die *internationale Komponente* eine besondere Bedeutung bekommen hat? Dass man gesagt hat, diese Investmentbank ist breit international tätig und daher mehr Punkte vergeben hat für dieses Kriterium?

Dr. Stefan Bogner: Ich habe meine Gutachten nachgelesen. In den Kriterien ist die Internationalität nicht explizit genannt. Wir haben aber in ausgewählten Kriterien beziehungsweise Subkriterien, nach denen wir die Bieter beurteilt haben, schon herausgestrichen, dass die Erfahrung eines Bieters, den wir angeschaut haben, im internationalen Bereich einseitig oder nicht sehr breit gestreut war.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Können Sie sich vielleicht erinnern, hat die Lehman Brothers, die ja die Empfehlung war für den Zuschlag, jemals vorher den Verkauf einer Wohnbaugesellschaft in Österreich begleitet?

Dr. Stefan Bogner: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): War das nicht das erste Mindestkriterium, wenn ich eine Investmentbank suche, um eine Wohnbaugesellschaft zu veräußern, ob die wenigstens ein einziges Mal bisher vorher einen solchen oder ähnlichen Vorgang begleitet haben als Investmentbank?

Dr. Stefan Bogner: Dieser Punkt war ein wesentlicher Bestandteil in der ersten Runde. In der ersten Runde wurde insbesondere ausgewählt nach den Erfahrungen im Investmentbanking-Bereich, und da waren sehr wohl natürlich allgemeine

Investmentbanking-Erfahrungen als auch natürlich Investmentbanking-Erfahrungen im Verkauf von Immobiliengesellschaften beziehungsweise auch von Portfolios mit sehr vielen Wohnungen gefordert. Wie stark die Regionalität da eine Rolle gespielt hat, da kann ich jetzt in Bezug auf die Frage, war Österreich entscheidend oder nur Europa oder nahes Europa, nur sagen, das war nicht das Thema. Wir haben uns aber explizit auch die Frage angeschaut, sind die Konsortien glaubhaft in der Lage, mit dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz umzugehen oder nicht.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Gleich dazu die nächste Frage: Wer hat die Ziele der Beratung festgesetzt, quasi die Vorgabe, was gibt es in der Auswertung besonders zu berücksichtigen, wie wurden die denn vorgegeben?

Dr. Stefan Bogner: Wir waren im Vorfeld, im Rahmen der Sitzungen dieser Vergabekommission, als Berater beigezogen, und wir haben gemeinsam einen Katalog an Kriterien erstellt. Die Bewertung der Zielerreichung in den einzelnen Kriterien, das oblag bei der Erstellung dieser Gutachten allein uns, also den drei Gutachtern.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Gehe ich richtig in der Annahme, dass bei der Punkteverteilung für die Bewertung des Angebotes 40 Punkte, also von 100, der Preis des Angebotes war, 40 Punkte die Qualität des Angebotes war und dann noch einzelne für Risikomanagement und andere Teile vergeben wurden?

Dr. Stefan Bogner: Ja, 40 ist Preis und 60 der Rest, und Teile von diesen 60 waren für Risikomanagement, ich muss jetzt nachschauen, zehn ..

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Qualität des Projektteams?

Dr. Stefan Bogner: Zehn Punkte war die Qualität des Projektmanagements, fünf war Zusammensetzung/Qualifikation des eingesetzten Projektteams, und noch einmal fünf für die Beratungsqualität des Projektteams.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Aber 40 Punkte waren der Preis?

Dr. Stefan Bogner: 40 Punkte waren der Preis.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Verraten Sie uns, wie hoch der Unterschied zwischen CA IB und Lehman im *Preis* war?

Dr. Stefan Bogner: Ich glaube, mich erinnern zu können, dass das 3 Millionen gewesen sind.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Also was wären die beiden Preise gewesen? CA IB 6 ...

Dr. Stefan Bogner: 6 und 9, zirka, also ich kann mich an diese Zahlen nicht erinnern. Das war nicht Bestandteil unseres Gutachtens, weil für die Bestbieterformel musste man dann nur in eine Formel einsetzen, und das haben wir nicht getan.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Herr Professor, ich verspreche Ihnen eine wunderbare Zukunft. Wir kämpfen immer mit dem Problem bei diesem Vergaberecht, dass wir gerne hätten, dass die österreichischen Firmen, wenn sie irgendwo 9 Millionen anbieten und der ausländische Anbieter 6 Millionen, dass wir die Chance hätten als öffentlicher Auftraggeber, jemanden zu finden, der uns mit den Punkten so jongliert, dass wir diesen Auftrag vergeben. Es war nur da umgekehrt, wie dieser verteilt ist.

Können Sie uns irgendwie erklären, wie es möglich ist, wenn 40 Prozent der Preis ist, bei diesem enormen Preisunterschied der da vorliegt, dass dennoch die Gesamtpunktezahl zugunsten einer amerikanischen Investmentbank in der Beratung

gefallen ist, die notabene noch dazu keinerlei Erfahrung für diesen Segmentbereich in Österreich hatte?

Dr. Stefan Bogner: Also ich kann Ihnen sagen, bei den Kostenpunkten hat die CA IB 39,17 Punkte bekommen, nach meinen Aufzeichnungen. Lehman hat mit dem Hauptangebot 31,46 Punkte bekommen. Das heißt, sie hat rund ein Viertel weniger, und bei der Qualität hat Lehman beim Hauptangebot aber zwölf Punkte mehr bekommen, das heißt diese zwölf Punkte mehr bei der Qualität haben die acht Punkte weniger beim Preis kompensiert.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Das heißt, wenn nur das bessere Projektteam dagewesen wäre mit der „hübscheren Nase“, wäre das schon ausreichend gewesen bei dem Preisunterschied, um Punkte auszugleichen? Sehe ich das richtig so?

(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)

Dr. Stefan Bogner: Es wurde nicht das Aussehen bewertet, dass Sie jetzt ...

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Zehn Punkte für die Qualität des Projektteams ist genauso viel gewesen wie der Preisunterschied von 3 Millionen. Das war meine Frage. – Ist das so?

Dr. Stefan Bogner: Nein. Der Unterschied von zwölf Punkten in der Qualität, das ergab sich natürlich nicht nur aus der Zusammensetzung des Projektteams. Wenn Sie es genau wissen wollen, kann ich gerne nachschauen, was der Unterschied im Projektteam war, aber der wesentliche Unterschied lag in dem Hauptkriterium Ausmaß der Zielerreichung, was die Erlösmaximierung betroffen hat.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Aber ich kann Ihnen sagen, das Hauptangebot von Lehman hat bei Zusammensetzung/Qualifikation des eingesetzten Projektteams neun von zehn Punkten erhalten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim. – Abg. Dr. Matznetter: ... Qualität, und dann haben wir noch Projektteam und Projektmanagement!)* Beim Projektteam hat die CA IB 6,67 Punkte von zehn. Also die CA IB war um Zwei-ein-Drittel-Punkte schlechter. Gut. – Beim Projektmanagement – soll ich da weitertun? *(Abg. Dr. Matznetter: Ja, bitte!)* – hat CA IB zehn von zehn und Lehman ebenfalls zehn von zehn. Also da war kein Unterschied.

Ein großer Unterschied war, damit gehe ich sozusagen zu dem Beginn des Gutachtens: Ausmaß der Zielerreichung. Die einzelnen Ziele wurden in Subkriterien unterteilt, wie Erlösmaximierung, Einhaltung des Zeitrahmens, Schuldenwirkung, Vollständigkeit der Verwertung. – Das wäre einmal das Ausmaß der Zielerreichung.

Diese vier Subkriterien wurden dann noch in eine Planungsphase und eine Umsetzungsphase unterteilt. Und da haben wir folgende Unterscheidung: Bei der Erlösmaximierung schien uns Lehman um einiges besser zu sein. Wir haben für die Planungsphase 4,17 Punkte vergeben von maximal 7,5. CA IB hat hier nur 2,83 von 7,5 Punkten erhalten. Für die Umsetzungsphase haben wir 6,67 Punkte für Lehman und 3,33 für die CA IB.

Und das geht jetzt in dem Bereich sozusagen so weiter: Einhaltung des Zeitrahmens, Schuldenwirkung, Vollständigkeit der Verwertung. Da haben beide Bieterkonsortien jeweils das Maximum bekommen. Da gab es keinen Unterschied.

Dann kam es sozusagen zur Prozessstrukturierung und Zielerreichungsmethodik. Hier wiederum: Planungsphase, Umsetzungsphase, Verwertungsmethode und Käuferansprache. Ein Subkriterium: Equity-Story – das heißt sozusagen: Wie

schmücke ich die Braut?, also: Wie mache ich Gesellschaften für die Investoren schmackhaft? Dann das dritte Subkriterium: Berücksichtigung MRG, WEG, WGG und sonstige rechtliche Rahmenbedingungen.

Wenn ich das jetzt gegenüberstelle: Bei der Verwertungsmethode und Käuferansprache waren zweimal zwei Punkte zu erreichen, also Planungs- und Umsetzungsphase. Lehman hat hier jeweils einen Punkt erhalten und die CA IB jeweils 0,5 Punkte. Also in Summe Lehman zwei, die CA IB einen.

Bei der Equity-Story hat CA IB das Maximum von jeweils einem Punkt für Planungs- und Umsetzungsphase bekommen und Lehman nur 0,67. Und im Bereich der Berücksichtigung MRG, WEG, WGG waren beide Bieterkonsortien – ich betone das jetzt bewusst – gleichwertig.

Und dann haben wir noch drei weitere Kriterien beziehungsweise Subkriterien – denn das ist sozusagen ein Punkt, der mir noch sehr erinnerlich war –: Plausibilität und Schlüssigkeit und Überzeugungskraft der Darstellung. Da waren jeweils zwei Punkte, wobei eben Lehman beide Male das Maximum bekommen hat und CA IB nur 1,33, also zwei Drittel des Maximums.

Und dann war das Risikomanagement. Und zwar: Identifikation der Risiken und Entwicklung von Gegenstrategien unter Berücksichtigung der Kosten, das Risikomanagement. Da hat es in Summe vier Punkte gegeben, wieder sowohl für die Planungs- als auch für die Umsetzungsphase. Und in Summe hat Lehman zweimal 3,67 Punkte bekommen und CA IB nur zweimal zwei Punkte.

Daran kann ich mich gut erinnern, weil sozusagen die Darstellung der Risiken, die Identifikation der Risiken einfach beispielhaft war. Das heißt, das sind die Dinge, die ich in meinen darauffolgenden Vorlesungen immer gerne erwähne.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Sie haben jetzt die Konsortien betont. Ist es richtig, dass die CA IB eigentlich gemeinsam mit der weltgrößten Immobilienmaklergesellschaft CB Richard Ellis (*Dr. Bogner: Ja!*) und zusammen mit der KPMG angeboten hat? (*Dr. Bogner: Ja!*) Verraten Sie uns noch, wer die Konsortialpartner bei Lehman waren?

Dr. Stefan Bogner: Bei den Anwälten war es Freshfields; bei den Immobilien weiß ich es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Auch nicht eine Kanzlei, wo ich gerade hingehen würde, wenn ich ein Problem mit einer Sozialwohnung nach dem WGG hätte, aber gut. (*Dr. Bogner: Ich weiß es nicht mehr.*)

Ich habe noch eine weitere Frage: Die Menschen, die Prognosen abgeben, haben immer das Problem, dass sie die Zukunft betreffen. Ökonomen und Meteorologen werden bei uns hier hart angefasst, gerade auf dieser Bank, und müssen sich oft rechtfertigen, wenn sie danebenliegen.

Wenn Sie, Herr Professor, es jetzt rückwirkend betrachten würden und im Nachhinein erkennen würden, dass Lehman nicht alleine ausführen konnte, sich der CA IB bedienen musste, um überhaupt den Auftrag auszuführen, dass ein Kaufpreis herauskam, bei dem am Ende zwei Bieter waren, die gerade einmal unter einem Promille auseinanderlagen, der Käufer selber das dann als Gottesgeschenk aufgefasst hat, kurze Zeit nach der Übernahme Aufwertungen von – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – über einer halben Milliarde Euro durchführen konnte, würden Sie, rückwirkend betrachtet, meinen, dass bei der Auswahl der begleitenden Investmentbank diese Art der Prognostik nach dem Punktesystem eine glückliche war?

Dr. Stefan Bogner: Ob sie eine „glückliche“ war, weiß ich nicht. Aber es war die beste, die wir geben konnten.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Gab es keine Indizien dafür, dass der Preis, den Lehman hier verrechnet, einfach überhöht ist? Ich meine, wir wissen heute, dass 437 000 € jenes Preises von 9 Millionen zur Verfügung standen, um die Tipp Provision für einen Österreicher zu geben – weil wir noch nicht erheben konnten, welche Leistungen der Herr Karlheinz Muhr in diesem Zusammenhang für Lehman erbracht hat. Gab es bei so einer Situation, nota bene wo die CA IB mit diesen Partnern im Konsortium nur 6 Millionen geboten hat, keine Indizien dafür, dass der Preis überhöht ist?

Wäre es nicht Ihre Aufgabe gewesen, wenn bezüglich des Preises ein überhöhtes Angebot vorliegt, im Rahmen der Beratung die Vergabekommission darauf hinzuweisen?

Dr. Stefan Bogner: Uns erschien der Preis nicht überhöht zu sein. Wir haben – und das jetzt auch in einer Ex-post-Betrachtung – ein Beraterhonorar, das im 1 Prozent-Bereich ist, das aber jetzt sowohl eine Investmentbankberatung, eine rechtliche Beratung als auch noch eine Immobilienberatung beinhaltet. Und: Zur heutigen Zeit sind Beratungsprovisionen im Investmentbanking-Bereich, die im Bereich des einen Prozents sind, nicht als überhöht zu werten.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Das ist ja ein anderes Thema. Da beschäftigt sich das Gericht mit manchen meiner Steuerberater-Kollegen in Kärnten, ob ein Prozent gerechtfertigt ist oder nicht, oder nur ein halbes. Darauf will ich nicht eingehen.

Aber der Unterschied bei den Punkten, die Sie vorgelesen haben, die so nahe beieinander liegen: So ein hoher Preisunterschied?! – Wenn ich das vergleiche mit anderen Bereichen, wo ich zwei Anbieter habe, die sehr nahe in der Qualität dessen sind, was sie vorgelegt haben und machen wollen, und der Unterschied dann ist, dass der eine 50 Prozent teurer ist als der andere, wäre das nicht ein Anlass gewesen, die Vergabekommission, die durch Sie beraten wird, zumindest auf den außergewöhnlichen Umstand hinzuweisen?

Dr. Stefan Bogner: Aus unserer Sicht war die Qualität der Angebote sehr unterschiedlich. Wir haben einen Unterschied von zwölf Punkten gehabt. Und aus der Bieterformel haben sich die Preispunkte eben nur mit acht Punkten widerspiegelt. Und das mag jetzt natürlich vielleicht ... – Ich will das nicht werten, aber uns schien sozusagen das zusätzliche Investment von 3 Millionen ein sinnvolles Investment zu sein, wenn wir eine der bedeutendsten Investmentbanken für eine Privatisierung oder einen Verkauf nach Österreich bekommen.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Ich meine, ich habe vorher zwei Fragen auf einmal gestellt und es Ihnen nicht leicht gemacht. Rückwirkend betrachtet ist das ja keine Schande. Aber: Wenn man dann sagt, es ist nicht einmal eine Milliarde geworden, und am ersten Stichtag buchen die Käufer in Ihren eigenen Bilanzen nach **fair value** die BUWOG schon einmal um eine halbe Milliarde höher ein, würden Sie das dann rückwirkend genauso als hochqualitative Leistung dieser Investmentbank sehen? – Die können nicht einmal mehr geklagt werden, die gibt es nicht mehr, die sind in Konkurs gegangen in der Zwischenzeit.

Dr. Stefan Bogner: Also das kann und will ich nicht beurteilen, weil ich indirekt als Gerichtssachverständiger auch sozusagen in Immofinanz-Dingen tätig oder bestellt bin. Sozusagen hier jetzt eine Wertung vorzunehmen, ob solche Bewertungen sinnvoll waren – da traue ich mich jetzt keine Aussage zu treffen.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Herr Professor, eine letzte Frage noch zum Punkt: Sie waren durchgängig aber immer der Meinung, dass Lehman der Bestbieter war? Bei Ihnen gab es nicht die Zwischenphase, wo es die CA IB war, die sich dann noch verändert hat?

Dr. Stefan Bogner: Nein, ich war immer der Meinung, dass Lehman der Bestbieter war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nicht sehr viele Fragen. Die erste ist ganz einfach: War laut Ihrer Beurteilung Lehman in der Lage, diesen Auftrag allein, ohne Subunternehmer, zu erfüllen?

Dr. Stefan Bogner: Ja, wir haben nur das Bieterkonsortium beurteilt und nichts anderes. Daher musste aus unserer Sicht dieses Konsortium in der Lage sein, das durchzuführen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie heute erklären, warum Sie hier offensichtlich zu einem falschen Schluss gekommen sind? Sie waren ja offensichtlich nicht in der Lage. Da haben Sie ja offensichtlich eine Fehleinschätzung gemacht. Können Sie heute erklären – damit wir etwas lernen aus der Vergangenheit –, warum Sie hier zu einer Fehleinschätzung gelangt sind?

Dr. Stefan Bogner: Kann ich leider nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber das Faktum der Fehleinschätzung ist Ihnen bekannt? (*Dr. Bogner: Nein!*) – Nicht? – Ich erzähle es Ihnen gern, wenn es notwendig ist:

Lehman war ganz offensichtlich **nicht** in der Lage, das allein zu machen, musste sich bereits während der letzten Kommissionssitzung einen Subauftragnehmer suchen und sucht sich während der Kommissionssitzung den einzigen ernsthaften Konkurrenten als Subunternehmer.

Ich erspare Ihnen die Details, die sind für den Rechtsanwalt Schramm peinlich genug. Den werden wir ja getrennt dazu befragen.

Haben Sie gewusst, dass während laufender Kommissionssitzung, viele Stunden vor der Entscheidung, wer Bestbieter ist, bereits Verhandlungen stattgefunden haben in Richtung CA Immo, dass CA Immo, die noch nicht einmal verloren gehabt haben, Subauftragnehmer von Lehman werden? Haben Sie das gewusst? (*Dr. Bogner: Nein!*) – Dann hat man Sie zumindest über diesen Punkt, der wichtig ist, im Unklaren gelassen und möglicherweise getäuscht. Es kommt aber auch immer darauf an, wie leicht man täuschbar ist, speziell wenn man die Frage, ob die das allein können, offensichtlich falsch eingeschätzt hat. – Das ist einmal der erste Punkt.

War Ihnen bekannt, dass im späteren Vergabeverfahren ausschließlich der Preis eine Rolle spielen wird und deswegen die Verbriefungsvariante niemals ernst genommen wurde? War Ihnen das bekannt? (*Dr. Bogner: Dass es dann ... – oder ...*)

Da hat es ein Scheinangebot von Lehman über eine Verbriefungsvariante gegeben, und wir wissen aus der 5. Kommissionssitzung – ich kann Ihnen gern das Protokoll zeigen, aber das betrifft ja nicht mehr Ihre Tätigkeit –, nämlich der Auswahlkommission BUWOG, dass klar festgestellt worden ist: Ausschließlich der Preis. – Haben Sie das gewusst?

Dr. Stefan Bogner: Das Ziel für uns war eine Investmentbank ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist mir schon klar. Nein, da gibt es jetzt vielleicht ein Missverständnis: Im zweiten Verfahren, also im BUWOG-

Vergabeverfahren, wurde in der 5. Kommissionssitzung festgestellt: Ausschließlich der Preis.

Jetzt hatten wir ein Scheinanbot von Lehman im ersten Vergabeverfahren mit der sogenannten Verbriefungsvariante, weil die eindeutig niemals ins Auge gefasst worden ist, weil die, wenn es nur um den Preis geht, nicht mitspielen kann, weil sie überhaupt nicht diesen Preis und diese Erlöse bringen kann.

Haben Sie das gewusst, dass etwas ganz anderes geplant war?

Dr. Stefan Bogner: Ich habe das nicht gewusst – ich wusste es jetzt noch immer nicht, ich habe es jetzt von Ihnen erfahren –, was in der fünften Sitzung ... – Damals haben wir es sicher nicht gewusst. Woraus ich jetzt zitiert habe, also bei Vergleich der Punkte, war das Lehman-Hauptangebot. Und in diesem Hauptangebot war die Verbriefung ja nicht Teil. Das heißt, wir haben hier nur den Share-Deal bewertet. Und sozusagen das Alternativangebot 1, soweit ich mich richtig erinnere, war dann sozusagen dieses sogenannte flexible Angebot, wo sowohl der Share-Deal als auch ein strukturierter Verkauf angedacht waren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Lassen wir das einfach so stehen. Ich glaube es Ihnen ja.

Aktenvermerk zur Sitzung vom 12. Februar 2002. – Am 12. Februar 2002, waren Sie da schon dabei oder noch nicht?

Dr. Stefan Bogner: Ich war bereits angesprochen, aber noch nicht vom Ministerium, sondern nur vom Dr. Schramm, und war bei dieser Sitzung nicht anwesend.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das weiß ich, da waren Sie nicht dabei, das geht auch aus dem Protokoll hervor.

Sagen Sie: War Ihnen bewusst, dass bei dieser Sitzung Folgendes beschlossen wurde – ich zitiere aus dem Protokoll –:

Man einigt sich schließlich darauf, dass aufgrund eines möglichen Spielraumes für den Beratungsvertrag einige wenige politische Punkte aufzunehmen sein werden. – Zitatende.

Haben Sie das gewusst? (*Dr. Bogner: Nein!*) – Das ist ja beschlossen worden am 12.2. in der Kommission! Das steht im Protokoll. – Haben Sie das Protokoll nicht gelesen? Wie können Sie in eine Kommission gehen und nicht einmal eines der entscheidenden Protokolle lesen?

Dr. Stefan Bogner: Ganz einfach: Weil ich nicht Mitglied der Kommission war, sondern nur *Berater* der Kommission, und man mir diese Protokolle nicht zur Verfügung gestellt hat. Und all meine ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Protokolle haben Sie nicht bekommen?

Dr. Stefan Bogner: Nur bei denen, wo ich anwesend war, partiell.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, diesen Punkt verstehe ich nämlich überhaupt nicht: Da einigt sich die Kommission mit Schramm, mit Plech und so weiter – ich lese es Ihnen noch einmal vor –:

Man einigt sich schließlich darauf, dass aufgrund eines möglichen Spielraums für den Beratungsvertrag einige wenige politische Punkte aufzunehmen sein werden. – Zitatende.

Das wird gemacht, und dann wird ...

Dr. Stefan Bogner: Das gilt dann für die Biiterrunde 1 oder 2?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das geht aus diesem Punkt nicht so hervor.

Dr. Stefan Bogner: Wann ist die Ausschreibung für die erste Runde hinausgegangen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich bin jetzt noch dabei, **Sie** zu befragen. Wenn ich dann eine Auskunftsperson bin, dann tauschen wir einfach Platz. Das geht ganz geschwind.

Dr. Stefan Bogner: Ich wollte das nur für mich verstehen. – Verzeihung!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann Ihnen nur sagen: Zu dem Zeitpunkt, wo Dr. Schramm Sie bereits angesprochen hat, Sie aber noch nicht an Sitzungen teilgenommen haben – Sie haben ja völlig recht, Sie waren Berater, Sie waren nicht Kommissionsmitglied –, ist das beschlossen worden: zur Schaffung eines möglichen Spielraums für den Beratungsvertrag einige wenige politische Punkte

Und da ist davon gesprochen worden, dass es ... – Ich lese Ihnen das Ganze unter „Projektziele“ vor:

Nach diesbezüglicher Anfrage gibt Herr Dr. Trabold an, dass bei der Ausschreibung außer der bestmöglichen Verwertung der Bundeswohnbaugesellschaften keine weiteren Ziele, ökologische beziehungsweise sozialpolitische, berücksichtigt werden müssen. Es komme lediglich auf den Meistbieter an. – Zitatende.

Da steht nicht einmal „Bestbieter“, sondern „Meistbieter“. Es war immer eine Preisorientierung.

Ich zitiere weiter:

Man einigt sich schließlich darauf, dass aufgrund eines möglichen Spielraums für den Beratungsvertrag einige wenige politische Punkte aufzunehmen sein werden. – Zitatende.

Und das ist für mich die seltsame Geschichte. Da waren Sie noch nicht dabei, aber das Protokoll hätte man Ihnen ja eigentlich geben müssen, denn dort sind die Grundlagen und Ziele, die ganzen Projektziele beschlossen worden. Und da steht nicht „Bestbieter“, sondern „Meistbieter“. Und wir wissen, was das normalerweise heißt: Meistbieter ist der, der das höchste Gebot abgibt. – Und das kommt auch später, bei den späteren Vergabekommissionen.

Aber mich interessiert das mit den politischen Punkten: Der Minister und seine Leute wollen sich einen gewissen Spielraum eröffnen, indem sie politische Punkte reinreklamieren. Und ich frage Sie noch einmal – Sie haben ja eine kurze erste Antwort gegeben –: Haben Sie jemals etwas davon erfahren?

Dr. Stefan Bogner: Ich habe davon nichts erfahren. Wie ich schon in der vorigen Frage Herrn Abgeordneten Matznetter gesagt habe: Ich war in der ersten Runde, also in der ersten Bierrunde, ja nur teilweise involviert – darum habe ich auch nachgefragt – und habe also bei der ersten Bierrunde die Ausschreibungsunterlagen erst dann zu Gesicht bekommen, als wir sozusagen die Bieter analysiert haben.

In der zweiten Runde, da war ich sozusagen schon integriert in das Projekt und habe also bei der Entwicklung der Kriterien, Subkriterien mitgearbeitet, und mir wurde klarerweise gesagt, was die Ziele dieses Projekts sein sollen, also sicher die Erlösmaximierung, sprich: Wir suchen eine Investmentbank, die den maximalen Erlös für den Verkäufer eben sicherstellt. Darauf haben wir dann entsprechend unsere Kriterien entwickelt, die selbstverständlich heftigst oder halt intensivst diskutiert wurden, weil – wie wir halt jetzt wieder gesehen haben – es natürlich entscheidend ist, wie man die Kriterien festlegt, wer dann eben als Bestbieter ermittelt wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt müssen Sie – und damit komme ich schon zum Schluss – sich vorstellen, was dann passiert ist: Erstens, Sie sind über die politischen Punkte nicht informiert worden; zweitens, Sie sind nicht informiert worden, dass in laufender letzter Kommissionssitzung bereits der Hauptkonkurrent von Lehman als Subauftragnehmer angeworben wird – was ja wirklich ein außerordentlicher Vorgang ist. Über dieses möglicherweise rückdatierte Schreiben der Lehman Brothers – rückdatiert auf 4. September 2002 – an Schramm & Partner frage ich Sie gar nicht, weil Sie von der Subauftragnehmergeschichte nichts wissen.

So, und dann wird Lehman ausgewählt. Es stellt sich heraus, dass die das überhaupt nicht können. Sie haben es nicht gewusst. Sie haben meiner Meinung nach da eine falsche Beurteilung durchgeführt, dafür sind Sie verantwortlich. Und Lehman leistet nur eines: Es liefert dem Finanzminister und dem Dr. Traumüller in einer kleinen exklusiven Runde, die nichts mit der Vergabekommission zu tun hat, den entscheidenden Hinweis auf die 960 Millionen. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder wird nicht informiert. Eine dritte Bieterunde, die auf jeden Fall hätte stattfinden müssen und wahrscheinlich Hunderte Millionen gebracht hätte, wird nicht durchgeführt.

Und zum Schluss kommen wir alle drauf, welche Aufgabe Lehman Brothers erfüllt hat: nämlich genau diese Informationen zu liefern, denn von der Arbeit selber haben sie keine besondere Ahnung gehabt, waren auch nicht ausreichend qualifiziert, haben vom österreichischen Markt keinen Tau gehabt, mussten sich ein österreichisches Unternehmen praktisch als Blindenhund nehmen, um sich überhaupt durch den Markt durchtasten zu können, haben an Expertise – und wir kennen die Akten jetzt genau – im großen Vergabeverfahren nichts gebracht, aber dem Finanzminister den entscheidenden Hinweis für eine geglückte Schiebung geliefert.

Das konnten Sie vorher nicht wissen. Das möchte ich Ihnen auch überhaupt nicht unterstellen, aber es ist nicht falsch, wenn Sie im Nachhinein wissen, was durch eine – möglicherweise – Fehlbeurteilung alles angerichtet werden kann. Und das ist manchmal wirklich furchtbar. Das wollte ich Ihnen nur abschließend sagen. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Abgesehen von „Fehlbeurteilung“ – unter Anführungszeichen –: Ich meine, das Problem liegt ja in erster Linie darin, dass Sie ein Hauptangebot punktemäßig von Lehman Brothers beurteilten, dem also sozusagen den „ersten Preis“ – unter Anführungszeichen – verliehen, Alternativangebot 1 aber dann von der Runde gewählt wurde; nicht einmal das von Ihnen am besten bepunktete Angebot, sondern das andere. Das ist jetzt wieder spannend. (*Dr. Bogner: Nein, nein, nein!*) – Vielleicht korrigieren Sie das, denn Sie haben gesagt, das Alternativangebot haben Sie gar nicht bewertet.

Dr. Stefan Bogner: Nein, ich habe gesagt, ich habe jetzt aus dem Hauptangebot zitiert und auch beim Hauptangebot war eben Lehman besser als die CA IB. Nimmt man das Alternativangebot 1, dann hat eben Lehman noch zusätzliche fünf Qualitätspunkte mehr bekommen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für die Ergänzung.

Nächster Fragesteller: Herr Abgeordneter Amon. – Bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, Frau Vorsitzende! Herr Professor Bogner, nur ein paar wenige Fragen. Sie haben dieses Bewertungsmodell, das Sie auf die Fragen des Herrn Kollegen Matznetter dargestellt haben, am 14. Jänner 2004 ja auch schon gegenüber dem Rechnungshofausschuss dargelegt, und da gehen Sie auch ein auf die prozentuellen Zuordnungen im Hinblick auf 40 Prozent Preis, 60 Prozent andere Kriterien. Es war Ihnen nicht bekannt, dass politische Spielräume

offenbar in die Punktevergabe miteinbezogen worden sind – in der einen oder anderen Form.

Sie haben wörtlich gesagt, Sie hätten bei den Kriterien mitgearbeitet, die hier erstellt worden sind. Da würde mich jetzt interessieren: Wer hat denn an diesen Kriterien noch mitgearbeitet?

Dr. Stefan Bogner: Jedenfalls Rechtsanwalt Schramm und Kollege Professor Kletecka, der ... – Da haben wir sicher gemeinsam dran gearbeitet und selbstverständlich auch in der Kommission vorgestellt und verteidigt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es dann sozusagen ein Modell, auf das sich die drei Herren – Schramm, Kletecka und Sie – geeinigt haben, und haben Sie dort gesagt, das ist unser Modell?

Dr. Stefan Bogner: Wie genau der Prozess abgelaufen ist, das kann ich mich nicht erinnern, aber selbstverständlich hat es Diskussionen gegeben, und es hat auch während der laufenden Ausschreibung noch Anpassungen gegeben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Welche zum Beispiel?

Dr. Stefan Bogner: Das war sozusagen die – unter Anführungszeichen – „Maastricht-optimale“ Verwertung der Wohnbaugesellschaften. Zunächst war es ein sehr wichtiges Ziel, dass die Verwertung auch noch Maastricht-optimal läuft. Im Zuge des Verfahrens ist man dann aber von diesem Ziel abgekommen, und dadurch musste natürlich auch das Bewertungsschema angepasst werden.

Ob man zwischen den einzelnen Kriterien sozusagen Punkte hin und her geschoben oder verändert hat, kann ich mich im Detail nicht erinnern, wann was passiert ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich Sie noch um Ihre Wahrnehmungen betreffend die Sitzungen vom 5. September und 6. September 2002 fragen? (*Dr. Bogner: Ja!*) – Haben Sie da in einer der Sitzungen oder gar in beiden besondere Hektik feststellen können? Kam es zu größeren Differenzen, Schreiduellen oder Ähnlichem?

Dr. Stefan Bogner: Schreiduelle ... Also es gab ... Es waren sehr dynamische Sitzungen; Schreiduelle würde ich da so nicht ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie eine „dynamische Sitzung“ beschreiben?

Dr. Stefan Bogner: Na ja, es wird in rascher Abfolge etwas lauter werdend diskutiert und Argumente eben ausgetauscht, ohne den Gesprächspartner ausreden zu lassen; das würde ich als dynamisch sehen.

Aber dass es Schreiduelle gegeben hätte, würde ich so nicht sehen; aber wie gesagt ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass aus der Kommission heraus telefonisch mit anderen Experten Kontakt aufgenommen worden ist?

Dr. Stefan Bogner: Also dass hin und wieder telefoniert wurde, hinausgegangen wurde, kann ich mich erinnern, aber ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Keine konkreten Wahrnehmungen?

Dr. Stefan Bogner: Keine konkreten Wahrnehmungen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Herr Professor Bogner, mich würde jetzt schon auch noch interessieren – Sie haben von den Kriterien gesprochen, die Sie mit

zwei weiteren Persönlichkeiten ausgearbeitet haben –: Was waren so die zwei, drei Hauptschwerpunkte? Sie haben davon gesprochen – ich habe mitgeschrieben –, dass bei Ihnen als Investmentbanking-Fachkundiger die Internationalität auch groß geschrieben war. Was waren so die Hauptanker dieser Bewertungskriterien? Das werden Sie sicherlich auch so wissen, ohne jetzt genau in Unterlagen nachlesen zu müssen. (*Dr. Bogner: Na ja, das ...!*)

Was mich konkret interessiert, um das zu präzisieren: Die Preiskomponente ist klar, da werde ich Ihnen dann auch noch kurz etwas vorrechnen; aber die sogenannte Qualitätssäule – weil es um ein Bestbieterverfahren geht (*Dr. Bogner: Ja!*) –, da hätte mich noch einmal interessiert, diese 60 Prozent Gewichtung, was die Hauptschwerpunkte waren.

Dr. Stefan Bogner: Das Entscheidende aus meiner Sicht ist für jede Investmentbank – die ich ja zu Rate ziehe, um sozusagen Investoren zu finden; egal, ob ich jetzt einen „klassischen“ *M & A-Deal* mache oder *IPOs* oder was auch immer –, dass sie mir eine bestmögliche Investorenansprache garantiert. Das ist das wirkliche Spannende. Das heißt, ich brauche sozusagen einen Berater, der eben einen Zugang zu potenziellen Investoren hat. Und das ist das, was man versucht, im Rahmen eines Vergabeverfahrens nach dem Bundesvergabegesetz bestmöglich objektivierbar darzustellen. Und das haben wir versucht.

Dass man, wenn man sich außerhalb des Vergaberechtes bewegen kann, dann flexibler umgehen kann mit der Wertung von Argumenten oder Wertung von Zielerreichung in den einzelnen Kriterien, ist natürlich offensichtlich, aber genau **das** versucht natürlich das Vergaberecht zu verhindern, dass man eben zu viel Flexibilität hat. Man muss für Bieter objektive oder objektivierte Bewertungen und Kriterien nachvollziehbar darstellen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): In Ihrer Aussage, in Ihrer Zeugenvernehmung vom 31. August 2010 gibt es schon eine interessante Aussage, dass Sie sagen, dass Sie diese Vergabekriterien mit Dr. Schramm, Professor Kletecka ausgearbeitet haben, daraufhin folgten sicherlich eine Reihe von Diskussionen, Gegenvorschlägen; Sie haben vorher diese Maastricht-Sache erwähnt.

Können Sie das näher erläutern? Gab es hier Interventionsversuche? Es kommt ja in der ganzen Causa immer vor, der Minister hätte auch seine Wünsche geäußert. Können Sie das präzisieren, auch dahin gehend, dass Dr. Traumüller hier im Untersuchungsausschuss, wo er ja unter Wahrheitspflicht aussagen muss, kundgetan hat, dass da teilweise Ländermatchstimmung und Patriotismus geherrscht hat? – Stichwort: die österreichische oder rein österreichische Variante versus die internationale Variante

Was sind so Ihre Wahrnehmungen zu dieser Aussage?

Dr. Stefan Bogner: Also an eine Ländermatch-Stimmung kann ich mich beim besten Willen nicht erinnern – und war ja auch sozusagen bei der Bestimmung der Kriterien oder Entwicklung der Kriterien nicht wirklich Gegenstand. Wir haben grundsätzlich nicht hineinschreiben können, okay, österreichische Bieter sind zu bevorzugen oder Ähnliches. Das wurde so nie gefordert und hat auch in den Bewertungskatalog keinen Eingang gefunden.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Es gibt eine Frage: Von wem wurde gefordert, dass der Punkt Internationalität der Investmentbank ein Zuschlagskriterium sein soll?

Sie geben hier zu Protokoll: Keine Ahnung; aus meiner Sicht war dies ein wichtiger Punkt, um den möglichen Bieterkreis für die Bundeswohnbaugesellschaften möglichst groß zu halten. – Zitatende.

Und dann kommt ein interessanter Satz: Als Wissenschaftler und Lehrer habe ich damit die Hoffnung verbunden, etwas zu lernen. – Zitatende.

Ist das Thema bei einer so wichtigen Ausschreibung – da ging es um den größten Privatisierungsauftrag –, dass Sie etwas lernen können, oder wie würden Sie auf diese Aussage replizieren?

Dr. Stefan Bogner: Ich kann mich an diese Aussage natürlich gut erinnern, aber da kommt einfach der Wissenschaftler durch, der versuchen sollte, sein ganzes Leben lang zu lernen. Sicher war das sozusagen nie ein Kriterium für die Auswahl des Bieters, und die Hoffnung, die wir hatten, oder die Erwartung, die wir hatten, war eben: je mehr potenzielle Bieter sozusagen angesprochen werden, desto höher der mögliche Erlös. Dass jeder Bieter die lokalen Bieter ansprechen kann, war uns klar, aber es war uns nicht klar, dass jeder der Bieter sozusagen weltweit so vernetzt ist, dass er die Anzahl der – also in weiterer Folge – Investoren breit hält.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Interessant ist, festzuhalten, dass sowohl der Gewinner als auch der Verlierer des Verkaufs dann letztendlich ein österreichisches Konsortium war; das sei nur der Form halber bemerkt. (*Dr. Bogner: Na, na, das war ...!*)

Was mich jetzt noch konkret interessiert: Was war denn die Gesamtpunkteanzahl, sowohl von der Qualität als auch vom Preis? Haben Sie das vielleicht griffbereit? Sie haben nämlich vorher davon gesprochen, dass die CA IB 40 Punkte bekommen hat, was den Preis betroffen hat, und 31 Punkte Lehman Brothers. Ist das korrekt?

Dr. Stefan Bogner: Ich schaue da noch zur Sicherheit nach, ich habe mir das noch ausgedruckt.

(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)

Also ich habe hier eine Aufstellung: Die Gesamtpunkte CA IB waren 77,32; Lehman Haupt 81,64; Lehman Alternativ 1 83,76 und Lehman Alternativ 2 83,14.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Der Abstand ist natürlich sehr gering. Wie gesagt, ich habe mitnotiert: CA Immobilien 40 Punkte was den Preis betroffen hat, 31 Punkte Lehman. (*Dr. Bogner: Nahezu 40 ...!*) – Ja, okay.

Ich habe jetzt versucht, das ein bisschen hochzurechnen: Es waren runde zehn Millionen Lehman, runde sieben Millionen CA Immobilien. Das sind ungefähr 40 Prozent an Mehrkosten, was das Lehman-Angebot gebracht hat; auf der anderen Seite, was die Punkteanzahl betrifft, sind nur ungefähr 25 Prozent weniger Punkte vergeben worden.

Kommt es da Ihrer Meinung nach nicht ein bisschen zu einer Ungleichgewichtung, bei einem so knappen Punkteabstand, wie wir ihn letztendlich dann hatten?

Dr. Stefan Bogner: Wenn ich mich richtig erinnere, dann wurden die Punkte für den angebotenen Preis relativ zum besten Angebot bewertet. Das heißt, man bekam dann um so und so viel weniger Punkte, wenn man relativ schlechter – also mehr – geboten hat. Also wenn man sozusagen um 30 Prozent mehr an Preis geboten hat, dann bekam man auch 30 Prozent weniger an Punkten.

Ich habe vorhin schon gesagt, wir haben in diese Preisformel nicht eingesetzt, mir wurden sie nur übermittelt; wir haben sozusagen nur diese Qualitätspunkte vergeben.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Aber Sie haben vorher davon gesprochen: Lehman Brothers 31 Punkte was Preis betroffen hat, und in etwa 40 Punkte CA Invest ...

Dr. Stefan Bogner: Ja, also 39,17 und 31,46 beim Hauptangebot beziehungsweise 28,58 bei Alternativ 1; das war sozusagen dieses flexible Angebot, das aufgrund dieser flexiblen Lösung eben teurer war als das Hauptangebot. Und der Unterschied ist eben – die neun Punkte bezogen auf 40 – rund 20 Prozent oder etwas mehr als 20 Prozent, und elf Punkte bei Alternativ 1 sind eben 30 Prozent.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ja, genau; aber 10 Millionen zu sieben Millionen von CA Investmentbanking, das sind doch knappe 40 Prozent an Mehrkosten. Also das Verhältnis ist für mich nicht ganz logisch erklärbar.

Dr. Stefan Bogner: Na ja, das ist wenn man einmal auf Hundert und einmal in Hundert rechnet ... also der Kehrwert.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Na gut, ich möchte Sie jetzt mit einer Frage von Dr. Trabold konfrontieren respektive einer Feststellung. Sie wissen das vielleicht auch schon aus den Medien. Es gibt hier ja widersprüchliche Aussagen zu den Sitzungen Ihrer Kommission, also der Vorprüfungskommission, am 5. September, nach der es dann auch eine Sitzung der Auswahlkommission gegeben haben soll, in der sich ein überwiegender Teil, nämlich neun zu null, für die CA IB ausgesprochen haben soll, versus der offiziellen Variante am 6. September 2002, in der es dann eine Sechs-zu-drei-Entscheidung gab, mit Aussagen – und das ist auch durchaus schon zu Protokoll gegeben worden –, dass man auch den Minister in dieses Vergabeprocedere integriert hat.

Was für Wahrnehmungen haben Sie da gemacht? Können Sie hier für Aufklärung sorgen? Wann fand wirklich die offizielle Sitzung statt? Was sagen Sie zu dieser Neun-zu-null-Vorentscheidung für CA IB, die man dann am nächsten Tag, aus welchen Gründen auch immer, umgedreht hat?

Dr. Stefan Bogner: Vorausschickend: Ich war nur an der Sitzung am 5. September anwesend. Am 6. war ich nicht mehr anwesend.

Wir waren sozusagen alle drei Gutachter – oder Vorgutachter – anwesend und haben unser Bewertungsgutachten präsentiert. Es gab dann natürlich Gegenfragen oder Nachfragen zu unseren Bewertungsansätzen, beziehungsweise wie sind wir eben zu den einzelnen Punkten gekommen. Wir haben dann unsere Einschätzung – wie auch in den Protokollen, also in diesen Prüfprotokollen festgehalten – dargelegt.

Zur 9 : 0-Frage kann ich nichts sagen, oder kann ich Ihnen wenig sagen. Es ist mir nicht in Erinnerung, dass man gesagt hat: Okay, jetzt stimmen wir ab, wer ist für Lehman, wer ist für CA IB? – An so eine Abstimmung kann ich mich nicht erinnern.

Ich kann mich an eine Stellungnahme jedes einzelnen Mitgliedes der Vergabekommission erinnern – die ihre Einschätzung dargelegt haben, ob sie mit CA als Berater leben können oder mit Lehman oder mit beiden. Das war ...

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Da gibt es ja dieses Protokoll vom 5. 9. 2002, in dem Dipl.-Ing. Ramprecht resümiert, dass sich seines Erachtens ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CA und Lehman herauskristallisiert hat, sodass er eine Rücksprache mit dem Minister vorschlägt, um politische Argumente ebenfalls in die Entscheidung mit einzubeziehen. Sie haben auf eine weitere Frage geantwortet: Haben Sie Erinnerung daran, dass man versucht hat, den Minister zu erreichen? – Da sagen Sie:

Ich kann mich an Sitzungen erinnern, wo man versucht hat, den Minister zu erreichen, weil es manchmal sehr hitzig zugegangen ist. (*Dr. Bogner: Ja!*)

Was waren das wiederum für Diskussionen? War Minister Grasser irgendwann einmal auch dabei? Was sind da Ihre Wahrnehmungen, vor allem die „hitzigen“ Debatten betreffend?

Dr. Stefan Bogner: Also die letzte Frage kann ich gleich beantworten: Ich habe Minister Grasser *nie* bei solchen Sitzungen gesehen. Auch davor und danach habe ich ihn nie gesehen.

Um hitzige Fragen ging es einfach ... Oder hitzige Diskussionen haben sich eben um solche Fragen möglicherweise herauskristallisiert: Ist die Erlösmaximierung das einzig wichtige Ziel? Wie wichtig ist Maastricht dazu? Oder müssen wir jetzt sozusagen auch auf die Mieter Rücksicht nehmen? – Oder was auch immer, da wurde sehr hitzig diskutiert. Ich war da Außenstehender. Was mich da immer sehr verblüfft hat, war, dass einzelne Personen gesagt haben: Okay, jetzt kommen wir nicht weiter, rufen wir irgendjemand an, oder den Minister an (*Abg. Ing. Höbart: Wer war denn das?*), der soll jetzt entscheiden.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Wer war denn das? – Sie haben von einzelnen Personen gesprochen. Können Sie da Rädelsführer identifizieren?

Dr. Stefan Bogner: Nein, da waren, glaube ich, *alle* sehr bemüht. Ich habe da den Eindruck, dass wirklich jede Person, die direkt dem Finanzministerium zuzuordnen war, einfach auch sozusagen damit geprahlt hat, wer schneller den Minister erreicht, wer seine Privatnummer im Handy abgespeichert hat oder nicht.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Da war man wer? (*Dr. Bogner: Bitte?*) Da war man jemand!

Dr. Stefan Bogner: Na ja, es ist wirklich so gegangen: Rufen wir ihn an, den Minister, er sagt es euch! – Aber das Argument ist von jedem gekommen, der die Nummer hatte. Ich hatte sie nicht. (*Abg. Ing. Höbart: Na gut, keine weiteren Fragen!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Man muss es noch einmal festhalten: Am 6. September waren Sie in der Sitzung nicht dabei, wir reden jetzt immer vom 5.

Ich komme zurück zu dem, was Kollege Matznetter schon gefragt hat, und möchte da einen ganz, ganz deutlichen Widerspruch herausarbeiten, der sich dann logisch ergibt. Ich zitiere aus Ihrer Zeugenvernehmung zur Frage der Internationalität. Da sagen Sie zum Beispiel – Zitat –:

Die Vorprüfungskommission ist davon ausgegangen, dass auch internationale Investmentbanken gesucht werden und dass man den Bieterkreis möglichst groß halten möchte. Und damit war mir klar, dass man bei einem großen Transaktionsvolumen –

die Rede ist von der BUWOG –

auch internationale –

die Betonung liegt auf *internationale* –

Investoren ansprechen möchte. – Zitatende.

Das geht auch aus dem Protokoll der Sitzung vom 5. September hervor, wo Folgendes gesagt wird – ich zitiere –:

Auch Herr Dr. Traumüller –

wahrscheinlich kein Zufall, dass der sich gerade da zu Wort meldet –

ist der Meinung, dass die fehlende Internationalität bei der CA unter Umständen problematisch ist. Diese Bedenken werden von den meisten Teilnehmern der Runde geteilt. Herr Professor Zechner meint, dass bei Lehman gerade der Punkt der Internationalität gut ist. Herr Professor Bogner meint, dass es Lehman durchaus zuzutrauen ist, dass die mangelnde Nationalität durch Freshfields aufgewogen wird beziehungsweise dass bei der CA IB die mangelnde Internationalität durch die HVB und durch KPMG aufgewogen wird. – Zitatende.

Das heißt, das Protokoll zeigt, und auch alle Zeugen haben das bisher ausgesagt: Ein ganz entscheidender Punkt für den Zuschlag an Lehman – und ich habe die entsprechenden Stellen vorgelesen – war die Internationalität und die Hoffnung, dass man damit auch internationale Investoren für den BUWOG-Verkauf gewinnt. Das haben Sie selber in Ihrer Aussage – ich habe es vorgelesen – bestätigt.

Bleiben Sie jetzt bei diesen Angaben, wenn ich Ihnen das alles vorlese? (*Dr. Bogner: Ja!*) – Sie bleiben dabei, gut.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt. Die CA IB war eigentlich viel besser aufgestellt, war auch Best- und Billigstbieter, und der entscheidende Punkt, warum Lehman es bekommen hat, war im Prinzip die Internationalität.

Dem steht eklatant Folgendes entgegen, und da frage ich Sie jetzt, wie Sie sich diesen Widerspruch erklären können und ob Sie das gewusst haben. Ich zitiere aus der Beschuldigtenvernehmung von Hohegger vom 17. 10. 2009. Da geht es um die Informationen, die er von Meischberger bekommen hat. Das waren drei Informationen. Die erste war, eine zweite Bieterunde zu initiieren. Die zweite Information war: über 960 Millionen; da ist diese entscheidende Zahl gefallen. Die dritte Information war schon lang vorher gefallen, und dazu zitiere ich Hohegger:

Meischberger nannte den Betrag von 1 Milliarde ... Ich habe diesen Vorschlag an Petrikovics persönlich übermittelt und fügte hinzu, dass dies die Erwartungshaltung der Regierung sei. Petrikovics fragte nach, woher ich das wisse. Petrikovics meinte, dass dieser Preis nicht darstellbar sei.

Und dann kommt´s:

Ich sagte ihm noch, dass sein Konsortium –

also die Immofinanz, die am Ende auch den Zuschlag erhalten hat –

sehr gut zusammengestellt sei und dass bei einem guten Gebot –

wir reden von der zweiten Bieterunde –

seine Chancen auf einen Zuschlag sehr gut wären.

Und jetzt kommt´s :

Ich fügte noch hinzu, dass die ausländischen Konkurrenten keine Chance hätten. Dies hatte mir Meischberger mitgeteilt und wusste ich aufgrund eigener Recherchen. Ob Meischberger Recherchen betrieben hat, weiß ich nicht. – Zitatende.

Dann geht aus einem anderen Protokoll hervor, dass laut Meischberger – und er hat diese Info auch an Hohegger weitergegeben – die Regierung von Anfang an festgelegt hat:

Wir wollen keine ausländischen Investoren haben. Wir wollen das nicht. Ist auch logisch! Damals war die FPÖ 27-Prozent-Regierungspartei. Warum soll gerade die ausländerfeindliche FPÖ – wie sie von manchen gesehen wird, in Klammer –, warum soll ausgerechnet diese Partei die BUWOG, die damals das größte Immobilien-Privatisierungsprojekt Europas war, einem ausländischen Investor geben?

Meischberger hat diese Information bekommen, hat diese Information an Petrikovics weitergegeben und hat gesagt: Ihr kriegt den Zuschlag, sie werden keine Ausländer nehmen, die wollen das eh nicht.

Und es war so! Es sind am Schluss nur zwei Österreich-Konsortien übrig geblieben, die Österreich-Konsortien Immofinanz plus CA Immo.

Jetzt frage ich Sie: Wenn ohnehin von Anfang an klar war, dass man keine internationalen Investoren will, wenn Meischberger die Info weitergibt, wenn am Schluss auch nur Österreicher übrig bleiben, warum war dann das entscheidende Kriterium für die Auswahl von Lehman der Punkt **Internationalität?** – Obwohl man gewusst hat: Wir brauchen gar nicht international zu sein, das ist völlig wurscht! Das ist das **unwichtigste** und nicht das wichtigste Zuschlagskriterium, weil wir gar keine ausländischen Investoren wollen, weil von der Regierung von Anfang an festgelegt wurde: Wir verkaufen an Österreicher.

Haben Sie gewusst, dass das von Anfang an festgelegt wurde? Und wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Dr. Stefan Bogner: Ich habe es nicht gewusst. Und sehe daher auch keinen Widerspruch. Oder dass man es mir, dass man es uns nicht gesagt hatte, dass sozusagen keine internationalen Bieter gesucht werden. Was wäre jetzt der Widerspruch?

Ich habe es einfach nicht gewusst. Dass ausländische Bieter für den Verkauf der Wohnbaugesellschaften ausgeschlossen sind, habe ich nicht gewusst. Dass ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Widerspruch ist, noch einmal, folgender: Man hat Lehman deswegen genommen, weil man sich die Anziehung von internationalen Investoren erhofft hat. So wurde es zumindest offiziell argumentiert. Daher hat man Lehman gesucht, obwohl das – und darin besteht der Widerspruch – völlig wurscht war, weil man gar keine internationalen Investoren wollte. Gerade das war aber das entscheidende Kriterium für Lehman!

Daher frage ich, wie Sie diesen Widerspruch erklären können.

Dr. Stefan Bogner: Kann ich nicht erklären, weil ich es ja nicht gewusst habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wollte ich nur hören, das passt dann schon. Ich mache Ihnen ohnehin keinen Vorwurf. Sie haben es nicht gewusst, das habe ich auch geglaubt. Herr Grassner und Herr Meischberger hatten es schon lange vorher gewusst und auch Herrn Hochegger so mitgeteilt, dieser dann dem Petrikovics. Und es ist genau so passiert: Es sind nur Österreicher übrig geblieben.

Andere Frage: Von wem ist denn gefordert worden, dass der Punkt Internationalität ein Zuschlagskriterium sein soll?

Dr. Stefan Bogner: Das Kriterium Internationalität ist kein explizites Kriterium.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Oder der Punkt Internationalität?

Dr. Stefan Bogner: Es ist sozusagen in der Zielerreichung der einzelnen Kriterien ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese Ihnen aus Ihrer Zeugeneinvernahme vor, machen wir es einfacher! Da sagen Sie nämlich etwas ganz anderes, und als Zeuge stehen Sie unter Wahrheitspflicht. Da sagen Sie nämlich etwas sehr, sehr Spannendes, die StA fragt das nämlich auch. Frage an Sie:

Von wem wurde gefordert, dass der Punkt Internationalität der Investmentbank ein Zuschlagskriterium sein soll?

Ich habe Ihnen die Protokolle dieser Sitzung am 5. vorgelesen. Traumüller: Internationalität; Zechner: Internationalität; Bogner: Internationalität. Ihr redet nur von der Internationalität in dieser Sitzung: dass das das wichtigste Kriterium ist, warum Lehman so super ist.

Sie sagen dort auf die Frage der StA hin, wer das gefordert hat:

Keine Ahnung.

Punkt; und dann geht es weiter:

Aus meiner Sicht war dies ein wichtiger Punkt.

Also die Internationalität! (*Dr. Bogner: Ja!*) Dann sagen Sie hier nicht nein, wenn Sie in Ihrer Zeugeneinvernahme das Gegenteil sagen! Ich lese weiter vor:

Aus meiner Sicht war dies ein wichtiger Punkt, um den möglichen Bieterkreis für die Bundeswohnbaugesellschaften möglichst groß zu halten.

Da wissen wir: Es war alles wurscht, es war immer klar, dass es nur ein Österreicher werden darf. – Und dann kommt es:

Als Wissenschaftler und Lehrer habe ich damit die Hoffnung verbunden, etwas zu lernen.

Was haben Sie denn da lernen wollen? Wie man es **nicht** macht? Oder wie man es politisch so dreht, dass am Schluss wurscht ist, was die Professoren sagen, weil wir eh machen, was wir wollen? Oder wie haben Sie das gemeint?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage, die Zeit ist abgelaufen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bleiben Sie also dabei, dass Sie keine Ahnung hatten, wer den Punkt Internationalität haben wollte, wie Sie das in Ihrer Zeugeneinvernahme sagen?

Dr. Stefan Bogner: Ich bleibe natürlich weiter bei dieser Zeugenaussage.

Wer das aufgebracht hat, dass wir die Internationalität in der Bewertung der Zielerreichung in den einzelnen Kriterien/Subkriterien berücksichtigen – das war sozusagen so offensichtlich, dass es wahrscheinlich keiner explizit hineinbringen **musste**. Es hat nur jeder bestätigt, dass das so ist.

Ich habe es vorhin schon einmal gesagt: Die Internationalität war kein explizites Kriterium oder Subkriterium, aber für die Zielerreichung innerhalb der Kriterien/Subkriterien spielte natürlich die Internationalität eine Rolle. Auch explizit in der Bewertung war das beim Projektteam sozusagen im Bereich der Qualität. Was die Zielerreichung Prozessstrukturierung, was da die Punkteerreichung betrifft, sehe ich keine Auswirkungen der mangelnden oder mehrheitlichen Internationalität eines der Bieter. Aber die internationalen Erfahrungen spielten bei der Beurteilung des Personals eine Rolle.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir halten also fest: Der Herr Professor war nicht darüber informiert, dass das Finanzministerium und die Regierung gar nie internationale Investoren wollten. Das hat Herr Meischberger – woher auch immer er das weiß – wieder nur dem entscheidenden, millionenschweren Herrn Hochegger und dann Petrikovics gesagt, und dafür haben die dann auch 10 Millionen bekommen.

Gut, es war mir nur wichtig, das herauszuarbeiten: Dieser Widerspruch besteht. Wir werden dann vielleicht Herrn Grasser noch einmal fragen, warum er Lehman aus dem Grund der Internationalität wollte, obwohl Meischberger in seinem Namen oder über

Infos des Finanzministeriums von Anfang an kommuniziert hat: Wir wollen keine internationalen Käufer, wir wollen keine Ausländer! – Logisch: FPÖ damals, ja, gut.

Aber wir kommen noch einmal ganz kurz zur Sitzung vom 5. September. In dieser Sitzung waren Sie ja dabei? (*Dr. Bogner: Ja!*) – Da waren Sie dabei.

Ist es korrekt, dass in dieser Sitzung die Zuschlagsentscheidung hätte erfolgen sollen? Es steht so in der Einladung.

Dr. Stefan Bogner: Ja, ich gehe davon aus. Wir haben unser Gutachten, aus unserer Sicht unser finales Gutachten, dort präsentiert, und die Sache war entscheidungsreif. Ja!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Sache war am 5. September entscheidungsreif?

Dr. Stefan Bogner: Aus unserer Sicht: ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum ist dann am 5. September nicht entschieden worden?

Dr. Stefan Bogner: Weil man sich nicht klargeworden ist? Oder ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Worüber nicht klargeworden ist?

Dr. Stefan Bogner: Ob man den Gutachtern folgt oder nicht folgt, zum Beispiel.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es am 5. September eine Abstimmung?

Dr. Stefan Bogner: Wissentlich: nein. Das habe ich vorhin schon ... Also ich habe gesagt, dass ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich meine, da dreht sich dann die Zusatzfrage im Kreis. Könnten wir das jetzt abschließen? – Abgeordneter Krainer hat noch eine Zusatzfrage. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, es hat irgendwer anderer die Bewertung, die Punktebewertung des Preises gemacht, und Sie haben nur die qualitativen eingefügt. (*Dr. Bogner: Ja!*) Wer hat das gemacht?

Dr. Stefan Bogner: Der Anwalt Schramm.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schramm hat die Preise umgerechnet in Punkte? (*Dr. Bogner: Ja!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich hätte eine schlichte Frage: Trat die Expertenkommission oder traten Sie einmal in Kontakt mit dem Herrn Finanzminister?

Dr. Stefan Bogner: Ich habe es vorhin schon gesagt: Ich habe den Herrn Finanzminister nie getroffen, nie mit ihm telefoniert.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen – der Auskunftsperson **Dr. Bogner**, verabschiedet diese und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

17.19

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Können wir auf Fraktionsführerebene kurz besprechen, wie das weitergehen soll? – Es ist halb sechs, und es sind noch zwei Auskunftspersonen. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich das ausgeht. Können wir das ganz kurz besprechen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wenn nichts dagegenspricht, machen wir – während die nächste Auskunftsperson hereinkommt – eine kurze Runde, um die zeitlichen Dimensionen abzuschätzen.

17.23

Auskunftsperson Dr. Georg Starzer

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl (*den Vorsitz übernehmend*): Wir kommen nun zur **Anhörung** von Herrn **Dr. Georg Starzer** als Auskunftsperson.

Herr Dr. Starzer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Georg Starzer**. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls teilweise öffentlich Bediensteter? (**Dr. Starzer: Nein!**) – Nein, das ist nicht der Fall.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer der Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen gemäß § 8 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses.

Nun zur **Vertrauensperson**.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Franz Mittendorfer**. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Franz Mittendorfer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Herr Dr. Starzer, wollen Sie von der Möglichkeit eines Eingangsstatements von 10 Minuten Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson **bejaht** dies. – Die Obfrau erteilt Dr. Starzer das Wort.*)

Auskunftsperson Dr. Georg Starzer: Grüß Gott, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, zu den wesentlichsten der zahlreichen unrichtigen Behauptungen, die die Auskunftsperson Petrikovics im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bundeswohnungsgesellschaften erhoben hat, Stellung nehmen zu können.

Erstens: Petrikovics behauptet, dass eine ihm über Hohegger zugespielte Information, über 960 Millionen € zu bieten, die auf der angeblichen Limitierung des Finanzierungsrahmens der CA Immo in der Höhe von 960 Millionen € basierte, entscheidend dafür gewesen sei, dass die Bietergemeinschaft, bestehend aus der Immofinanz und dem OÖ-Konsortium, bestehend aus Raiffeisenlandesbank, Wiener Städtischer, Hypo Oberösterreich und Oberösterreichische Versicherung, den Zuschlag erhalten hat.

Weiters behauptet Petrikovics, diese Hohegger-Information an das OÖ-Konsortium weitergegeben zu haben.

Drittens behauptet Petrikovics auch, dass eine anteilige Refundierung der Provisionszahlung an Hohegger über den Weiterverkauf der vom OÖ-Konsortium erworbenen Anteile an der ESG Villach erfolgt sei.

Alle diese Behauptungen sind **unrichtig**.

Erstens: Die CA Immo war **nicht** mit einem Finanzierungsrahmen von 960 Millionen € limitiert, sondern verfügte für das Last and Final-Offer über einen Finanzierungsrahmen von **mehr als 1 Milliarde €**. Dies ergibt sich sowohl aus der Zeugenaussage von Mag. Fromwald bereits aus dem Oktober 2009, Ordnungsnummer 28, Aktenseite 179 als auch aus dem Privatbeteiligtenanschluss der CA Immo vom 19. Dezember 2011, Ordnungsnummer 24.1.8.

Der Finanzierungsrahmen der CA Immo lag laut „Letter of Comfort“ der BA-CA bei etwas mehr als 1 Milliarde €, exakt 1 002 120 000 €. Diesen Finanzierungsrahmen hat die CA Immo im Last and Final Offer offensichtlich **nicht** ausgeschöpft. Jede allfällige Information mit Bezug auf diese angebliche Limitierung des Finanzierungsrahmens der CA Immo für das Last and Final-Offer mit einem Betrag von 960 Millionen € war schlicht **falsch**.

Zweitens: Das Oberösterreich-Konsortium hatte keinerlei Information über die Angebote der CA Immo, weder über das erste verbindliche Angebot noch über das Last and Final Offer, insbesondere auch **nicht** über die angebliche Limitierung mit 960 Millionen €.

Hätte Petrikovics die von ihm und den Empfängern der Provisionszahlung als so wertvoll hervorgehobene Information erteilt, so ist dem entgegenzuhalten, dass eine derartige Information aufgrund des tatsächlich wesentlich höheren Finanzierungsrahmens der CA völlig wertlos gewesen wäre. Vielmehr gibt es eine detaillierte Dokumentation und Herleitung des Kaufpreises für die Angebote der Bietergemeinschaft, die zwischen den Fachabteilungen aller Mitglieder der Bietergemeinschaft abgestimmt wurden. Diese Dokumentation wurde bereits 2009 vollinhaltlich den ermittelnden Behörden zur Verfügung gestellt.

Drittens: Die Preisfestsetzung der CA Immo ist erst zwei Tage **nach** notarieller Beurkundung des Angebotes der Bietergemeinschaft Immofinanz/OÖ-Konsortium erfolgt. Das Angebot der CA Immo ist im Strafakt unter Ordnungsnummer 28, Aktenseite 361 erfasst.

Daraus, genauso wie aus dem ebenfalls im Strafakt befindlichen Protokoll der Aufsichtsratssitzung der CA Immo vom selben Tag, ergibt sich, dass die CA Immo erst am Freitag, dem 11. Juni 2004, somit am **letzten** Tag der Anbotsfrist ihr Angebot beschlossen und notariell beurkundet hat und unmittelbar nachher abgegeben hat und das Angebot der Bietergemeinschaft Immofinanz/OÖ-Konsortium nachweislich **zwei Tage** vorher, bereits am Mittwoch, dem 9. Juni 2004, beschlossen und notariell beurkundet wurde.

Damit steht fest, dass die Bietergemeinschaft Immofinanz/OÖ-Konsortium das Anbot der CA zum Zeitpunkt der notariellen Beurkundung ihres Angebotes gar nicht kennen konnte. Offensichtlich wird seitens Petrikovics sowie von Seiten der Empfänger der Provisionszahlung versucht, hier eine Gegenleistung zu konstruieren, die es nie gegeben hat.

Viertens: Es gab zwischen dem OÖ-Konsortium und dessen Mitgliedern keine wie immer geartete Vereinbarung mit Hohegger oder diesem zuzurechnenden Gesellschaften, weder schriftlich noch mündlich. Hohegger hat in seiner neunten BV vom 10. November 2011 ausdrücklich bestätigt, dass es zu keinem Vertrag mit der RLB OÖ oder dem OÖ-Konsortium gekommen ist. Die RLB OÖ mit einem Minderheitsanteil von 46 Prozent am OÖ-Konsortium hätte aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips auch gar nicht die Möglichkeit gehabt, ohne Zustimmung aller übrigen Mitglieder der Bietergemeinschaft eine derartige Vereinbarung abzuschließen. Für **alle** Verträge mit Beratern, die tatsächlich seitens der Bietergemeinschaft abgeschlossen wurden, liegen **einstimmige** Beschlüsse aller Mitglieder der Bietergemeinschaft vor. Ein allfälliger Vertragsabschluss mit Hohegger war **nie** Diskussionsgegenstand.

Welche Vereinbarungen Petrikovics alleine für die Immofinanz abgeschlossen hat, war ausschließlich Angelegenheit der Immofinanz und nicht Sache der übrigen Mitglieder der Bietergemeinschaft.

Im Übrigen ist auch Immofinanz nach eingehender Prüfung zum Schluss gekommen, dass keine wie immer geartete Zahlungsverpflichtung des OÖ-Konsortiums in Zusammenhang mit der durch die Immofinanz an Hohegger erfolgten Provisionszahlung besteht. Die gesamte Provision in Höhe von mehr als 9,9 Millionen € wurde ausschließlich bei Petrikovics sowie Hohegger und dessen zypriotischer Sondergesellschaft gerichtlich geltend gemacht.

Fünftens: Es gab keine wie immer geartete Gegenverrechnung beim Verkauf der ESG-Anteile des OÖ-Konsortiums an Immofinanz. Die ESG Villach wurde in der Bietergemeinschaft Immofinanz/OÖ-Konsortium mit 104,4 Millionen € **gemeinsam** bewertet und zu diesem Preis erworben.

Der Verkauf an die Immofinanz erfolgte auf einer Preisbasis von 112,4 Millionen € und somit auf Basis eines um 8 Millionen € höheren Gesamtverkaufspreises. Dies unter Berücksichtigung einer Dividendenausschüttung von 8 Millionen.

Im Übrigen ist der Verkauf der ESG-Anteile an die Immofinanz auch zu einem deutlich höheren Preis erfolgt, im Vergleich zu jenem Preis, der nur wenige Wochen vorher an die Stadt Villach im Rahmen einer gemeinsamen Anbotlegung angeboten wurde. Die Stadt Villach und deren Finanzierungspartner waren nicht bereit, den damals von Immofinanz und OÖ-Konsortium gemeinsam geforderten Preis, 104,4 Millionen zuzüglich Verzinsung laut WGG in Höhe von 3,5 Prozent, zu bezahlen.

Bezeichnenderweise hat Petrikovics im anhängigen Zivilverfahren, in dem er von Immofinanz auf Rückzahlung von mehr als 9,9 Millionen € geklagt wurde, diese Behauptung der Gegenverrechnung beim Verkauf der ESG-Anteile nicht mehr aufrechterhalten, weil er offensichtlich in der Zwischenzeit selber davon ausgeht, dass diese Argumentation nicht tragfähig ist. Von einer Provisionsgegenverrechnung kann daher keine Rede sein.

Sechstens: Bereits 2009, als Petrikovics diese Behauptungen erstmals aufgestellt hat, hat das OÖ-Konsortium wegen dieser unrichtigen Behauptungen auch Strafanzeige gegen Petrikovics eingebracht.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, und ich glaube darauf hinweisen zu können, dass damit schon allein aufgrund der **Aktenlage** die Behauptungen von Petrikovics als unrichtig zu qualifizieren sind. – Danke.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Danke für Ihr Einleitungsstatement. Ich appelliere noch einmal an die Kollegen, sich zeitlich kurz und prägnant zu halten.

Als erster Fragesteller kommt Kollege Pilz zu Wort. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur kurze Anmerkung: Der einzige Punkt, der meiner Meinung nach zu klären ist, ist, ob Sie als Person und die RLB Oberösterreich an den Schmiergeldzahlungen über Zypern beteiligt waren. Das müssen wir noch zu klären versuchen. Aber wahrscheinlich wird das erst die Strafjustiz hoffentlich endgültig klären können. Es ist auch nicht im Mittelpunkt unseres Untersuchungsauftrages.

In allen anderen Punkten bin ich der Überzeugung – ich sage das nur, damit das von vornherein klar ist –, dass Sie in keinem einzigen sonstigen Punkt recht haben, sondern dass Petrikovics, Hochegger und andere auch aufgrund der Akten recht haben.

(Obfrau Dr. Gabriela Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich halte Ihnen erstens vor:

Ist Ihnen bekannt, dass Lehman bei der Präsentation am 7. Juni 2004 im Finanzministerium folgendes festgehalten hat: Finanzierungsbestätigung für Kaufpreis ist beigefügt, Gesamtinvestitionsvolumen 960 Millionen inklusive Transaktionskosten? Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Georg Starzer: Ich habe **keine** persönliche Wahrnehmung, was Lehman wo zu diesem Datum präsentiert hat. Ich habe nur Wissen der Medien, diverser Homepages, diverser Liveticker, aber was präsentiert wurde, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sehen Sie, und da bin ich ja in einer wesentlich besseren Position als Sie. Mir liegt das alles schriftlich vor. Wir haben ja all die Leute dazu befragt. 960 Millionen €.

Ist Ihnen bekannt, bei der letzten Sitzung der Auswahlkommission, der siebenten, am 13. Juni 2004, wo der Zuschlag erteilt worden ist, wie hoch die dort referierte Finanzierungsbestätigung für CA Immo war? Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Georg Starzer: Da kann ich nur meine Aussage von vorhin wiederholen. Mir ist nicht bekannt, was zu diesem von Ihnen zitierten Termin wer präsentiert hat. Ich habe da nur Zeitungswissen, aber kein Aktenwissen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen gerne. Lehman wieder 960 Millionen. Diese Milliarde, von der Sie reden, die kommt ja nur dann zustande, wenn man das Zinsänderungsrisiko hinzufügt, das ist überall korrekterweise abgezogen worden. Aber das ist jetzt gar nicht der Punkt. Mich interessiert ja ganz etwas anderes.

Wir wissen ja längst, was im Hintergrund passiert ist. Am 4. Juni steht Dr. Traumüller dort in der Notariatskanzlei und erfährt – Jesus Maria –, das Konsortium schaut nicht gut aus, 85 Millionen hinten, mit 922,7 hat CA Immo eigentlich gewonnen.

Wann haben Sie das erfahren?

(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)

Dr. Georg Starzer: Wir haben vom 4. Juni gar nichts erfahren. Wir haben erfahren, aufgrund eines neuerlichen Prozessbriefes, dass eine zweite Runde, ein Last and Final-Offer, initiiert wird und wir ein Angebot abgeben müssen. Darüber, was vorher wo gelaufen ist, hatten wir keine Information.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das glaube ich auch. Das ist meiner Meinung nach auch richtig. (*Abg. Krainer: Die Vertrauensperson soll nur reden, wenn sie gefragt ist!*) – Das ist schon wichtig, wir sind jetzt da nicht auf der Linzer Landesbühne, wo ein Souffleur arbeitet, sondern wir halten uns an die Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses.

Aber das konnten Sie vorher nicht wissen, weil ich glaube, Sie sind ja zum ersten Mal da.

Am 7. Juni 2004 schickt die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich an die Frau Dr. Postl, die dort beim Herrn Petrikovics sitzt, ein Fax. Und in diesem Fax wird ein Anbot durchgerechnet. Und dieses Anbot, dass bei Ihnen durchgerechnet und erstellt worden ist, beläuft sich nicht auf 961, sondern auf 930 Millionen €. Wie sind Sie auf 930 Millionen € gekommen?

Dr. Georg Starzer: Ich bin auf gar keinen Preis gekommen, weil diese Preisbewertung, diese Preisentwicklung für ein Last and Final-Offer ausschließlich in den Fachabteilungen aller Konsortialmitglieder der fünf Konzerne stattgefunden hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war ein missverständliches „Sie“. Ich habe die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und nicht nur Sie als Person gemeint. Das wird bei Ihnen errechnet und dann Frau Postl und Herrn Simhandl geschickt.

Wie ist Ihr Herr Mag. Schillinger auf 930 Millionen € gekommen für ein Anbot? Wie?

Dr. Georg Starzer: Ich möchte darauf verweisen, dass die genaue Herleitung, Dokumentation, wie man zum Last and Final-Offer gekommen ist, von mir bereits vor drei Jahren an die Staatsanwaltschaft übermittelt wurde. Ich habe das minutiös dargelegt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das interessiert mich jetzt nicht. Ich habe Sie gefragt: Wie sind diese 930 Millionen € zustande gekommen? Das war eine klare Frage.

Dr. Georg Starzer: Darf ich Ihnen das aus meiner damaligen Dokumentation rezitieren ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie Sie die Frage beantworten, ist mir egal; ich möchte nur, dass Sie sie beantworten. Wie sind die 930 Millionen € von Ihrem Mitarbeiter Mag. Schillinger errechnet worden und am 7. Juni 2004 an die Frau Postl und dann auch an den Herrn Simhandl von der Wiener Städtischen gefaxt worden?

Dr. Georg Starzer: Ich darf Ihnen aus meiner damaligen Aussage zitieren, und zwar ist das eine Aussage aus dem operativen Bereich Schillinger, Simhandl. Ich gehe gleich auf die Bezug nehmende Passage ein, das andere lasse ich alles weg. Ich zitiere:

Auf Wunsch von Postl wurde eine Variante gerechnet, die von der Überlegung der Immofinanz ausging, wie denn die Preise auf die einzelnen Gesellschaften aufzuteilen wären, wenn das Konsortium einen Kaufpreis von 930 Millionen anbieten würde. Schillinger fertigte daraufhin am 7. Juni das Tableau T 1, enthalten in Anlage 3, an. Ausgangswert dieses Tableaus T 1 waren die mittleren Werte aus dieser Matrix –

ich gehe jetzt über die Details hinweg –

je Gesellschaft. Diese Werte wurden mit einem Aufschlag von 1,55 Prozent erhöht, wodurch sich inklusive der Bundesdarlehen ein Gesamtkaufpreis von 930 ergab. Am 7. Juni, 12.45 Uhr, wurde von Schillinger ein Fax an Postl und Simhandl geschickt, in dem diese erste Diskussionsgrundlage, Preistableau 1, übermittelt wurde.

Frau Postl hat in der Folge die Tabelle handschriftlich korrigiert und diese Tabelle mit den Korrekturen, in der Folge als T 2 bezeichnet, am 7. Juni, 14.24 Uhr, an Schillinger und Simhandl retourniert – alle Anlagen dabei. Diese Tabelle T 2 enthielt für BUWOG und WAG einen Aufschlag von 15 Prozent auf die im **Offer one** angebotenen Beträge, bei EBS und ESG wurden die Werte der Spalte 3 nahezu unverändert übernommen.

Diese Tabelle wurde nun von Schillinger in die neue Tabelle T 3 übernommen. Die weiteren Varianten sind dann in der Folge aufgrund verschiedener Telefonate zwischen Postl und Schillinger entstanden, wobei Schillinger immer wieder Rücksprache auch mit den anderen Konsortialmitgliedern, insbesondere der Städtische, gehalten hat.

In der Tabelle T 3/2 wurde für BUWOG, WAG und EBS ein Aufschlag von 16,5 Prozent auf die im **Offer one** angebotenen Preise vorgesehen als Szenario-Rechnung für einen möglichen Gesamtkaufpreis von 940 Millionen.

In der weiteren Phase wurde von Schillinger mit Frau Dr. Postl erörtert, wieso nicht die BUWOG zumindest mit dem Best Case laut dieser Matrix 366 angesetzt war; und zwar deswegen, weil bei der BUWOG bei den Wohnungsverkäufen nach wie vor ein zu konservativer Ansatz gegeben war. Schillinger hatte dies in den letzten Wochen vor Angebotsabgabe immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Daraufhin kam die Gegenforderung der Immofinanz, dass auch das Subkonsortium 20 Prozent auf die WAG und EBS aufschlagen musste. In T 3/3 enthielt schließlich für BUWOG einen Wert von 366,84. Das ist 20 Prozent Aufschlag auf den im Offer one angebotenen Preis. Auch bei WAG und EBS wurden in dieser Variante 20 Prozent aufgeschlagen. Der Wert für die ESG wurde aus der Tabelle 3/1 übernommen, weil die ESG kein strategisches Asset für eines der Konsortiummitglieder war. – Zitatende.

Das ist also im Detail die Herleitung, wie es zu dieser Kaufpreisfindung gekommen ist, und ist seit drei Jahren im Akt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, ich wollte an und für sich nicht, dass wir das alles vorlesen, sondern ich wollte es Punkt für Punkt mit Ihnen durchgehen. Das werden wir uns trotzdem nicht ersparen. Aber der erste Hinweis war sehr wertvoll: Wunsch von Frau Postl von der Immofinanz, auf 930 Millionen € zu gehen, am 7. Juni 2004.

Wissen Sie, warum 930 Millionen €, warum sich die Frau Postl das gewünscht hat?

Dr. Georg Starzer: Ich bin nicht der Interpreteur von Frau Postl. Das war einfach ein Faktum, das unser Beteiligungsbereich so dokumentiert hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wird ja später auch für die Provisionen interessant. Wenn Sie von Frau Postl einfach alles übernehmen, ohne nachzufragen, warum, dann merken wir uns das gleich für die Provisionsgeschichte.

Okay, Frau Postl wünscht sich 930 Millionen €, und Ihr Mag. Schillinger rechnet dann die 930 Millionen € zusammen, schickt das an Frau Postl, die bringt Korrekturen an, und das geht so auch an den Herrn Simhandl. War damit ein Anbot über 930 Millionen € durchgerechnet und erstellt? (*Dr. Starzer: Nein!*) – Nicht? Okay.

Gleichzeitig sitzen Mag. Grasser, Dr. Traumüller, Dipl.-Ing. Wieltsch und wer da noch dazugehört, und bekommen den Vortrag von Lehman Brothers, eben am 7. im

Finanzministerium, 960 Millionen € ist das Limit von CA Immo, die dürfen nicht darüber, weil Sie nicht mehr Geld von der Bank Austria bekommen – das ist uns von mehreren Seiten, auch von Dr. Traumüller, bestätigt worden.

Und plötzlich wird ein neues Anbot geschrieben.

Sagen Sie: Wer hat der RLB Oberösterreich, Ihnen oder Herrn Mag. Schillinger den Wunsch mitgeteilt, man möge doch jetzt über 960 Millionen € gehen? Denn das ist am nächsten Tag passiert! (*Dr. Starzer: Niemand!*) – Sie sind von selber darauf gekommen?

Dr. Georg Starzer: Nein, ich habe das gerade im Detail ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn man das rückrechnet, beträgt das eine 1,5, das zweite 15 und das dritte 20 Prozent. Aber es ist ja nicht so, dass Sie dort als Dr. Starzer sitzen und am 7. in der Früh eine Eingebung haben, die 1,5 Prozent lautet, am Nachmittag eine, die 15 Prozent lautet, und am nächsten Tag in der Früh eine, die 20 Prozent lautet.

Jetzt stellen Sie sich das einmal vor, das wäre so weitergegangen – es waren noch ein paar Tage Zeit – und Sie hätten noch ein paar Eingebungen gehabt! Das wäre ein tolles Geschäft für die Republik geworden. Aber mit Ihren Eingebungen war am Vormittag des 8. plötzlich Schluss, bei 961 Millionen €. Warum?

Dr. Georg Starzer: Sie gehen da von völlig falschen Prämissen aus. Es gab keine „Eingebung“ oder Information, das habe ich schon vorhin beim Einleitungsstatement gesagt, sondern:

Die Fachabteilungen der fünf Konsortialpartner haben nach Aufforderung für einen Last and Final Offer einfach versucht, ein entsprechendes kompetitives Gesamtangebot zu machen, das möglichst in die Nähe dieser 1 Milliarde € kam, die ja von der Republik immer als Zielpreis publiziert worden war; und da hat man eben versucht, ein möglichst maximales Angebot zu erreichen. Das war eben letztlich der Kompromiss, der unter allen fünf Konsortialpartnern möglich war.

Ich bin bei Ihnen und ich verrate Ihnen da kein Geheimnis: Wir hätten im Haus auch ein noch höheres Pouvoir gehabt – ähnlich, wie sich nachher herausgestellt hat, auch die CA –, aber dieses Pouvoir wurde eben nicht ausgereizt, weil eben andere Konsortialmitglieder entsprechend gebremst haben.

Das war der einzig mögliche Kompromiss. Aber da hat niemand eine Information gehabt oder eine Informationskette, wie Sie das so schön entwickeln; sondern das war einfach ein Berechnungs- beziehungsweise Bewertungsmodus, der von fünf Konzernfachabteilungen entwickelt wurde und der letztlich zu einem kompetitiven Angebot geführt hat. Mehr war nicht dahinter. Alles andere geheimnissen Sie offenbar hinein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind der Einzige, der das behauptet, aber trotzdem, nehmen wir das ruhig ernst, ist ja kein Problem.

Sie wären bereit gewesen, höher zu gehen. Wer von den Konsortialpartnern hat Sie gebremst? Welcher? Welcher hat gesagt, nein, wir gehen nicht höher?

Dr. Georg Starzer: Meiner Meinung nach war der Hauptbremser die Immofinanz und teilweise auch die Städtische.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo hat sich die Städtische dazu geäußert? Ich finde da überhaupt nichts.

Dr. Georg Starzer: Die waren nicht dauernd in diesen Prozess eingebunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, die haben immer zum Schluss T 1 und T 3 bekommen, die haben überhaupt keine Antworten dazu gegeben.

Dr. Georg Starzer: Nein, Simhandl als damaliger Chef des Beteiligungsbereiches ist mit Schillinger, Postl, Kumpfmüller und Burgstaller, mit den fünf verantwortlichen Managern dieser Beteiligungsbereiche in Kontakt gewesen; und sie haben versucht, hier eine gemeinsame maximale Bewertung herbeizuführen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Simhandl hat ...

Dr. Georg Starzer: Auch Simhandl war da natürlich eingebunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Starzer, Sie haben in einem Punkt recht. Das Ganze ist von der Immofinanz gekommen, weil die über die vitalen Informationen verfügt hat.

Ob die von der Immofinanz Ihnen gesagt haben, wisst ihr was, durch eine Riesengaunerei haben wir uns die internen Informationen besorgt, über Meischberger, Hohegger und so weiter, oder ob sie Ihnen das verschwiegen haben, ist für mich vollkommen belanglos. Das Entscheidende ist etwas ganz anderes.

Das Entscheidende ist: Unter Ihrer Führung hat Ihr Mitarbeiter Mag. Schillinger genau dieses maßgeschneiderte und auf Informationen von Meischberger und wahrscheinlich Grasser beruhende Angebot geschrieben und dieses an Frau Postl geschickt.

Hat es von Herrn Simhandl, nachdem dieses Angebot geschickt worden ist oder zu irgendeinem Zeitpunkt, einen anderen Vorschlag gegeben, ein Angebot zu erstellen? Hat die Wiener Städtische von sich aus irgendeinen konkreten Vorschlag gemacht?

Dr. Georg Starzer: Dazu kann ich Ihnen im Detail überhaupt nichts sagen, weil sich das auf einer Fachbereichsebene abgespielt hat, und zwar zwischen den Beteiligungsbereichen von fünf Konzernen. Da sind Legionen von Fachleuten beschäftigt, die das hin und her korrespondieren und kommunizieren. Wir haben dann in unserer Konsortialsitzung, wo ich dann dazugekommen bin, die Ergebnisse präsentiert bekommen, dass das sozusagen der Konsens zwischen den fünf Partnern ist. Wir haben das sozusagen zur Kenntnis genommen. Wer nun welches Detail wo eingebracht hat, kann ich Ihnen nicht persönlich sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zum Schluss, letzte Frage, waren Sie maßlos überrascht, dass Ihr Konsortium mit 961 Millionen € zu 959 Millionen € gewonnen hat? Schildern Sie uns jetzt noch kurz Ihre maßlose Überraschung, dann sind wir in der ersten Runde durch.

Dr. Georg Starzer: Ja, so war es. Es war eine totale Überraschung, weil wir bis zum Schluss nicht gewusst haben, wie es ausgehen wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke für die Überraschung. *(Dr. Starzer: Na freilich!)*

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende! Herr Dr. Starzer! Also ich denke, da muss ich dem Kollegen Pilz widersprechen. Ich denke, dass es sehr entscheidend ist, woher diese Information möglicherweise kam, dass es hier eine de-facto-Obergrenze für den zweiten Bieter von 960 Millionen € gab. Sie haben darauf verwiesen, dass es sozusagen bei dem Zweitbieter zwei Bankgarantien gab – eine mit 960 Millionen €, eine mit 1,002 Milliarden €, die aber offensichtlich nicht so ernst genommen worden ist.

Mich hätte dazu interessiert: Seit wann, Herr Dr. Starzer, war in Ihrem Unternehmen bekannt, dass es diese zweite Bankgarantie über 1 Milliarde € von der CA Immo gab?

Dr. Georg Starzer: Das haben wir jetzt in der jüngsten Zeit aufgrund der Akteneinsicht im Strafact festgestellt. Da haben wir auch festgestellt, dass Fromwald das schon vor drei Jahren ausgesagt hat.

Und noch einmal: Da werden irgendwelche Verschwörungstheorien inszeniert, und zwar auf einer alten, nicht aktuellen Finanzierungspromesse. Da wird so eine Analogie zwischen 960 Millionen € und 961 Millionen € konstruiert. Die 960 Millionen € waren nicht relevant! Es war beim Last and Final-Offer über eine Milliarde € Promesse im Spiel. Das Alte war ein altes Papier, das nicht mehr Gültigkeit hatte. Und auf einem alten Informationsstand jetzt so eine Verschwörungskette zu inszenieren, ist einfach unsachlich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darum ist es doch relativ interessant. Sie werden doch zugeben, dass die sozusagen Überbietung der CA Immo in einem kleinen Abstand liegt, ich meine, das ist ja erkennbar; und dass natürlich hier ein Interesse besteht, zu erfahren: Ist das reiner Zufall, dass es zwei derart eng nebeneinander liegende Angebote gibt, oder gab es hier möglicherweise eine Information? Darum geht es im Grunde genommen.

Dr. Georg Starzer: Also, wir hatten keine Information über allfällige Inhalte des Mitbewerbers, das habe ich im Eingangsstatement schon klar gesagt; und dass derart knappe Ergebnisse bei einer Versteigerung, wenn Sie so wollen, herauskommen, ist im Wirtschaftsleben tagtägliches Brot.

Im Finanzgeschäft sind das 10 Basispunkte. Das ist eine kleine Welt im Finanzgeschäft. Wir verlieren oder gewinnen oft Ausschreibungen, wo es um einen Basispunkt geht. Wenn zwei Profitruppen dasselbe bewerten, nach monatelanger detaillierter Arbeit, wo Legionen von Fachleuten involviert sind, und dann annähernd an den gleichen Preis kommen, ist so etwas von normal! Da darf man also nichts hineininterpretieren, schon gar nicht auf Grundlage einer falschen Gedankenprämisse, dass man eine alte Prämisse unterstellt!

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Starzer, dass Sie mich nicht falsch verstehen: Ich interpretiere gar nichts. Wenn ich das richtig verstanden habe, wäre das OÖ-Konsortium bereit gewesen, auch höher zu gehen, und die Immofinanz hat eher gebremst. Habe ich das richtig oder falsch verstanden?

Dr. Georg Starzer: Es war so, dass wir im Haus ein Pouvoir hatten von etwa 1,027 Milliarden €. Wenn Sie wollen, könnte man das so in Analogie zu der 1 002 Milliarden € der CA sehen. Das heißt, wir hatten ein entsprechendes Pouvoir.

Dann geht es natürlich darum, dass man in einem Fünferkonsortium, wo jeder andere Interessen verfolgt, auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Das heißt, wir hätten eher noch weiter hinaufgeboten, um sicher den Zuschlag zu bekommen; und die anderen, ich habe es ohnehin schon zitiert, aber jetzt geht Herr Pilz gerade heraus, haben da eher gebremst.

Da muss man dann noch einen Kompromiss finden, und das ist uns auch gelungen, indem wir uns eben bei 961 Millionen € geeinigt haben. Es hätte ohne Weiteres sein können, dass man noch das Alzerl, die eine oder andere Million, auch noch mehr geboten hätte. Aber noch einmal: Das war das Ergebnis einer Bewertung, wo sehr viele Bewertungsparameter und -prämissen eingeflossen sind.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Zu dem Konsortium hätte ich ohnehin einige Fragen, Herr Dr. Starzer.

Die Immofinanz hielt, wenn das richtig ist, 56,7 Prozent an dem Konsortium, die RLB Oberösterreich 19,9 Prozent, die Wiener Städtische 10,8 Prozent, die Hypo

10,8 Prozent und die Oberösterreichische Versicherung 1,8 Prozent. Ist das korrekt? Das heißt, das Oberösterreich-Konsortium hielt in Summe 43,3 Prozent und die Immofinanz 56,7 Prozent?

Dr. Georg Starzer: Also die letzte Zahl kann ich sofort bestätigen. Die 43,3 und die Komplementärmenge auf hundert, das ist klar. Wir haben das OÖ-Konsortium dann immer relativ heruntergerechnet: RLB: 46 Prozent; Städtische: 25 Prozent; Hypo: 25 Prozent; und die Oberösterreichische Versicherung: 4 Prozent.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber es geht ja darum, dass ein Gesamtkonsortium geboten hat. (*Dr. Starzer: Genau!*) – Daher geht es auch um die Frage: Können Sie ein bisschen darstellen, wie dieser Abstimmungsmechanismus innerhalb des Oberösterreich-Konsortiums funktioniert hat? Sie haben früher ein paar Personen genannt. Wie regelmäßig haben Sie die getroffen? Wie regelmäßig gab es da Kontaktaufnahmen? Es beschränkt sich ja sicher nicht nur auf diese E-Mails und Faxe, die da hin- und hergeschickt wurden.

Dr. Georg Starzer: Nein, nein. Die Fachbereiche waren über Monate intensivst in Kontakt. Da gibt es zahlreiche Besprechungen – das ist auch alles protokolliert –, wo man eben die Bewertungen und die Rechtsfragen durchgegangen ist. Letztlich ist das Ganze in eine gemeinsame Bewertungsmatrix gemündet, wo man je nach Worst Case, Base Case, Best Case und gewissen Berechnungsparametern eben einen Rahmen beschlossen hat.

Diesen Rahmen hat dann jeder Konsortialpartner in seinen Organen beschließen lassen, das war sozusagen das Pouvoir, und dann hat man aus diesem Pouvoir heraus in einer gemeinsamen Sitzung den Angebotspreis fixiert. Das war genau so, wie ich es auch schon bei der Behörde ausgesagt habe. Das heißt, im Wesentlichen herrschte das Prinzip der Einstimmigkeit, es musste jeder Partner diesen Bewertungen zustimmen

Da haben wir als Oberösterreich-Konsortium, wo wir ja nur die WAG und EBS wollten, für diesen Bereich einen Subpreis fixiert, und die Immofinanz hatte für die BUWOG ihren Preis fixiert.

Die ESG wollte keiner, die mussten wir sozusagen gemeinsam nehmen, die haben wir dann im Verhältnis 43 : 56 aufgeteilt. Aber diese intensiven Bewertungen und Besprechungen auf operativer Ebene, das war unter Einbeziehung aller fünf Konsortialpartner natürlich eine intensive Beschäftigung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gibt es bei solchen Abstimmungen ein Mehrheitsprinzip oder gilt da das Einstimmigkeitsprinzip?

Dr. Georg Starzer: Das habe ich vorhin schon gesagt: Es herrschte das Einstimmigkeitsprinzip. Das heißt, einer allein konnte da gar nichts beschließen. Einer allein konnte da auch nicht irgendeine Provision vereinbaren. Das ist lächerlich.

Wenn fünf Konzerne involviert sind, dann gibt es ein exaktes Prozedere. Da sind Legionen von Fachleuten beschäftigt und Externe wie Rechtsanwälte, Wirtschaftstreuhänder et cetera. Da kann also keiner mehrheitlich drüberfahren oder für den anderen etwas vereinbaren und abschließen, sondern da herrscht das Einstimmigkeitsprinzip. Das steht auch ganz klar in der Bietervereinbarung und wurde auch so praktiziert. Es ist alles einstimmig über die Bühne gegangen.

Nur: Das eine, das da behauptet wird, hat damit eben überhaupt nichts zu tun, das kam dort nicht vor.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Nun geht aus unseren Akten und den vorangegangenen Befragungen hervor, dass Peter Hohegger seine Dienste, seine

Lobbying-Aktivitäten, der Immofinanz angeboten hat. Petrikovics sagt aus, dass er Herrn Hohegger zu Ihnen geschickt habe. Darf ich hier noch einmal nachfragen: Ist er bei Ihnen aufgetaucht? Hatten Sie Kontakt mit Peter Hohegger?

Dr. Georg Starzer: Nein. Das habe ich ja nicht gewusst. Hohegger meldet sich bei mir telefonisch, sagt, er hätte da Dienste anzubieten. Ich habe mir das angehört und habe sofort gesagt, das brauchen wir nicht. Wozu? Das ist ja kein Mehrwert. Der hat ja nur allgemein herumgeschwafelt. Ich habe gesagt: nein, danke!

Ich habe das natürlich auch kurz mit Schillinger und Scharinger besprochen. Aber dass der Petrikovics den mir geschickt hat, das weiß ich nicht. Erst später habe ich dem Akt entnommen, dass er das so behauptet hat. Ich habe auch nicht gewusst, dass er einen Vertrag mit ihm hatte. Das ist einfach nicht vorgekommen.

Das war offenbar eine reine Immofinanz-Aktivität, hat aber mit dem Konsortium gar nichts zu tun. Normalerweise weiß Petrikovics genauso, dass er das ins Konsortium hineinbringen muss und es da einen einstimmigen Beschluss geben muss. – War nie die Rede.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es jemals nach diesem Gespräch, bei dem Sie Herrn Hohegger mitgeteilt haben, dass Sie an seinen Diensten kein Interesse haben, nochmals einen Versuch einer Kontaktaufnahme mit Ihnen? Oder: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass er mit anderen aus der Spitze des Oberösterreich-Konsortiums Kontakt aufgenommen hat?

Dr. Georg Starzer: Nein, Hohegger war für mich kein Thema. Das war für mich nur ein Keilerversuch. Der wollte eben einen Auftrag haben. Es kommt öfter vor, dass jemand ein Geschäft machen möchte. Das war für uns kein Thema mehr. Erst geraume Zeit nach dem Zuschlag hat sich der Petrikovics gemeldet. Dabei hatte er einmal auch Hohegger dabei und hat von einer erfolgreichen Lobbying-Tätigkeit gesprochen, wo auch wir partizipieren oder profitieren sollten. Das ist ohnehin das, was er ausgesagt hat.

Nun sollten wir das im Konsortium mitzahlen, so eine Art moralische Verpflichtung. Ha! So etwas gibt es im Geschäftsleben nicht. Entweder habe ich einen Vertrag, einen Auftrag und dann habe ich etwas zu zahlen, oder ich habe keinen Vertrag. Und da hat es weder einen Vertrag, noch eine Zahlung, noch eine Verdienstlichkeit gegeben.

Das ist aus unserer Sicht einfach ein Nullthema gewesen und wird erst jetzt ein Thema, nachdem erst jetzt auftaucht, was da behauptet wird, was im Spiel ist. Es war damals überhaupt kein Thema, dass da irgendetwas hinausgesickert sein soll, sondern das war einfach Lobbying-Tätigkeit, Werbeunterstützung, Medienunterstützung, et cetera. Das war damals in keinsten Weise irgendein Thema.

Das wollte er dann haben, so eine Art Mitbezahlung, wir haben das aber immer zurückgewiesen. Wenn man keinen Vertrag hat und keinen Auftrag, zahlen wir nichts.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist es richtig, dass Ihnen Peter Hohegger vorher einen Vertragsentwurf hat zukommen lassen?

Dr. Georg Starzer: Ja, das habe ich auch schon ausgesagt beim Staatsanwalt, dass er unmittelbar nach seinem telefonischen Akquisitionsversuch auch unaufgefordert per Mail einen nichtssagenden Vertragsentwurf geschickt hat, nachdem er ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie darauf irgendwie reagiert?

Dr. Georg Starzer: Ich habe ihm damals schon gesagt, danke, wir brauchen das nicht. Ob er jetzt, nachdem er das geschickt hat, noch einmal angerufen hat und ich gesagt habe, danke, brauchen wir nicht, oder ob ich ihn gleich weggeschmissen habe, dieses Detail kann ich nach acht Jahren nicht mehr sagen. Faktum ist, es hat nie einen

Vertrag gegeben und das ganze Thema ist erst, wie gesagt, wesentlich später nach dem Zuschlag gekommen, wie dann auf einmal behauptet wurde, ja, wir sollten mitzahlen. Aber das haben wir zurückgewiesen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Nach der ersten Angebotsrunde, wie haben Sie erfahren, dass es eine zweite Runde gibt?

Dr. Georg Starzer: Das habe ich Herrn Abgeordnetem Pilz zuerst schon gesagt, ich glaube, das war ein Freitag, der 4. Dann nach dem Wochenende hat es einen neuen Prozessbrief gegeben. Darin wurde uns über den Beteiligungsbereich berichtet, dass eine zweite Runde kommt und dass wir hier ein Last and Final-Offer abzugeben haben, also über diesen Prozessbrief von Lehman haben wir das erfahren. Wobei ich aus dem Beteiligungsbereich gehört habe, dass Lehman das bereits einen Tag vorher telefonisch avisiert hat. Also angeblich ist da bereits am 7. Juni ein telefonisches Aviso von Lehman gekommen, dass da noch eine entsprechende LAFO-Runde kommen wird, und am 8. ist das dann schriftlich bestätigt worden. Das ist auch der Grund, warum am 7. da schon gekurbelt wurde, dass wir jetzt ein LAFO zusammenbringen müssen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Als die Konsortialpartner dann zusammengekommen sind, um gleichsam notariell das letzte Angebot zu unterfertigen, wer war da von der Immofinanz zugegen?

Dr. Georg Starzer: Wer von der Immofinanz zugegen war, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr aussagen. Es hat dann wahrscheinlich entsprechende Vollmachten gegeben, die sind üblicherweise auf die Frau Postl ausgestellt gewesen. Ich nehme an, die Frau Postl wird das gewesen sein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, dass die Frau Postl mit einer Vollmacht ausgestattet nach Oberösterreich fährt, unterschreibt, ohne zu wissen, was der letzte Preis ist?

Dr. Georg Starzer: Nein, nein, das ist ein Missverständnis. Frau Postl war ja wesentlich beteiligt an der Findung des letzten Preises. Ich habe ohnehin zuerst gesagt – aber jetzt ist er dauernd draußen, der Herr Pilz, während ich das sage –, die Postl hat ja das Ganze angestoßen, und dann wurde hin- und hergetüftelt und möglichst den Preis hoch, und letztlich hat man sich dann auf dieses Last and Final Offer geeinigt, das heißt, das ist ja von der Postl gekommen. Natürlich wusste sie, was sie dann unterschreiben wird, wenn sie da maßgeblich mitgearbeitet hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, es ist kein Missverständnis, denn die Frau Dr. Postl hat hier Gegenteiliges ausgesagt. Sie hat ausgesagt, dass sie keinen konkreten Preis wusste, als sie zum Unterschreiben nach Oberösterreich fuhr, und ihr Vorgesetzter ihr mitgeteilt hat, er habe das besprochen und sie soll das einfach unterschreiben.

Dr. Georg Starzer: Also das klingt etwas merkwürdig (*Abg. Amon: Das ist uns auch merkwürdig vorgekommen!*), wenn die operativ Verantwortliche, die über Monate durchaus mit einer gewissen Fachkompetenz und mit einem gewissen Eifer da mitarbeitet, dann auf einmal Kindesweglegung betreibt und sagt, sie weiß von nichts. Das ist schlicht nicht richtig.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie ist sogar noch konkreter geworden. Sie hat auf die Frage, ob sie denn nicht nachgefragt habe, bevor sie nach Oberösterreich geschickt wurde, um zu unterschreiben, gesagt, das hätte sie ihren Chef gar nicht fragen können, sie hätte keine Information bekommen. Es war alles besprochen.

Dr. Georg Starzer: Also das ist ein bisschen eigenartig. Ich muss ja zwischen operativ Verantwortlichen und geschäftspolitischen Managementverantwortlichen solche Dinge abstimmen. Das kann doch nicht sein, dass ich mit einer Blankounterschrift wo hinfahre und nicht weiß, was dann drinnen steht. Das ist leicht merkwürdig, würde ich sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen. Wir suchen das Protokoll noch heraus. Ich würde das ganz gerne noch vielleicht in einer Zusatzfrage gegenüberstellen. Danke.

(Obfrau-Stellvertreterin **Tamandl** übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Starzer, grundsätzlich einmal eine Frage zum Konsortium. Was war im Konsortialvertrag beziehungsweise zwischen den Konsortialpartnern abgesprochen? Was konnten Sie als Konsortialführer allein für die Konsortialpartner machen? Wo mussten Sie sich abstimmen? Wir haben jetzt schon einen Teil gehört, also zum Beispiel diese ganzen Provisionsverträge, das hat jeder für sich gemacht, aber grundsätzlich, was ...

Dr. Georg Starzer: Darf ich mit dem Letzten beginnen. Das ist ein Missverständnis. Nicht die Provisionsgeschichten hat jeder für sich gemacht. Es gab **keine** Provisionsgeschichten, die das Konsortium betroffen haben. Und wenn es Provisionsgeschichten gegeben hätte, hätten die einstimmig im Konsortium beschlossen werden müssen. Nur dann wären sie auf der Welt.

Umkehrschluss: All das, was nicht im Konsortium aufgrund der klaren Bietervereinbarung vereinbart worden ist, Zustimmung und Budgetierung, existiert nicht. Und wenn jemand, was sich herausgestellt hat, dann alleine etwas macht, ist das seine Sache und hat mit dem Konsortium nichts zu tun. Also bitte nicht, dass Provisionen im Konsortium jeder selber gemacht hat, sondern das existierte für das Konsortium nicht.

Und zu Ihrer Frage: **Alles**, alles unterlag der Einstimmigkeit, alles, selbstverständlich die Angebotsfindung, die Angebotsbeschlussfassung, selbstverständlich alle Budgets, selbstverständlich alle Vertragsbestandteile. Alles musste einstimmig beschlossen werden, Umkehrmenge: null.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wie hat man dann im Konsortium beispielsweise das Vorkaufsrecht der Kärntner für den einen Teil des Paketes bewertet? Hat man das im Konsortium bewertet, hat das rein die Immofinanz gemacht? Wer hat dafür einen Wert festgelegt, und wie war die Methode dazu?

Dr. Georg Starzer: Sie meinen das Vorkaufsrecht der ESG? (Abg. Dipl.-Ing. **Deimek:** Ja!) Das Vorkaufsrecht der ESG ist meiner Erinnerung nach überhaupt nicht bewertet worden, weil wir ja nicht gewusst haben, wird es ausgeübt, wird es nicht ausgeübt. Es gab nur eine sehr naheliegende taktische Überlegung, die eigenen Assets, die jeder kaufen wollte – wir, die WAG und EPS beziehungsweise der Petrikovics, die BUWOG –, möglichst günstig in die Bücher zu bringen, und das, was keiner wollte, möglichst teuer zu bepreisen, denn wenn das Vorkaufsrecht ausgeübt worden wäre, was wir ja nicht gewusst haben, hätten wir beide den Vorteil, dass das teure Asset weg ist und wir die günstigen Assets behalten hätten.

Wenn das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt worden wäre, dann hätten wir nur – wie zuerst gesagt worden ist – 43 Prozent der teuren Assets stemmen müssen, aber die eigenen hätten wir trotzdem günstig gehabt. Das heißt, das war aus unserer Sicht erstens unbekannt, ob es ausgenützt wird oder nicht, und taktisch auch egal. Wir haben uns durch diese Preispolitik sozusagen so aufgestellt, dass es für uns eine Win-Win-Situation war. Hätten sie es ausgenützt, wären wir entlastet gewesen – und bitte nicht,

wie auch irgendwo gesagt worden ist, dass das ein prohibitives Angebot war, dass sie es ja nicht ausnützen. Wir wären glücklich gewesen, wenn Kärnten das ausgenützt hätte, weil die ESG keiner wollte. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*)

Ja, aber das haben wir nicht gewusst, bitte! Die Unterstellung, dass wir gewusst hätten, dass es zu einem Bietersturz gekommen ist, ist schlicht unrichtig. Wir hatten keine Information. Und deswegen – wieder Pilz – haben wir wirklich gejubelt und uns gefreut und waren glücklich, wie wir gewonnen haben, weil das bis zur letzten Sekunde nicht klar war.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Es gibt Stellungnahmen, dass man gesagt hat, dieses Vorkaufsrecht ist mangels notarieller Beglaubigung überhaupt ungültig. Haben Sie das auch so bewertet, oder war Ihnen das ...?

Dr. Georg Starzer: Das war uns nicht bekannt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und daher auch egal oder ...?

Dr. Georg Starzer: Wir haben das nicht evaluiert. Wir haben das nicht einfließen lassen, denn erstens haben wir es nicht gewusst und zweitens, selbst wenn wir das gewusst hätten, geht oder geht nicht, dadurch, dass wir eine Variante gewählt haben, die auch Petrikovics in seinen Aussagen vollinhaltlich bestätigt, war es aus unserer Sicht eigentlich egal, was Kärnten entscheidet.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, einfach dadurch, dass Sie es höher bewertet haben, den Rest besser, haben Sie sich ...

Dr. Georg Starzer: Das Eigene günstig, und den Rest teil ich mir und nehme nur 43 Prozent. Und nachher hat sich ja, Gott sei Dank, herausgestellt, dass, obwohl das Asset wesentlich überteuert war, der Petrikovics uns dieses wesentlich überteuerte Asset noch mit einem Gewinnaufschlag abgekauft hat. Also diese Strategie ist voll aufgegangen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich möchte dann noch einmal auf einen Teil Ihres Anfangsstatements zurückkommen, und zwar Petrikovics hat gesagt, er hat am zweiten Bietertag oder konkret vor dem zweiten Bietertag wichtige Informationen erhalten und er muss Ihnen diese Informationen unbedingt zur Verfügung stellen. Welche Informationen waren das oder hätten das gewesen sein sollen, und wie wurde darauf reagiert?

Dr. Georg Starzer: Es gab keine wichtigen Informationen, die Petrikovics mir mitteilen hätte müssen, schon gar nicht die hier inkriminierten. Ich habe auch mit dem Petrikovics weit nicht diesen intensiven Kontakt gehabt, der immer behauptet wird. Die wesentliche Arbeit ist auf den operativen Bereichen gelegen, und die haben uns Gott sei Dank auf der Vorstandsebene derart gute, überzeugende Beschlussvorlagen geliefert, dass wir eigentlich sehr rasch Beschlüsse fassen konnten. Es gab außer dem Austausch von ein paar Höflichkeiten, dass wir uns gegenseitig im Konsortium Mut machen und bei Laune halten, keine wesentlichen inhaltlichen Dinge, die man zwischen Petrikovics und mir oder auch anderen Vorstandsmitgliedern austauschen hätte müssen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, man könnte unterstellen, er hat nicht gemeint, wenn er sagt, er muss unbedingt Starzer anrufen, dass er Sie persönlich anruft, sondern beispielsweise den Herrn Schillinger oder auf jeden Fall die Leute vom Beteiligungsbereich, dass die die Informationen einfließen lassen.

Dr. Georg Starzer: Das glaube ich nicht. Ich glaube nicht, dass Petrikovics Schillinger angerufen hätte. Die Ebene stimmt schon Petrikovics Starzer, das ist korrekt, aber der Inhalt. Es gab hier keine relevanten Informationen. Bitte, dass wir uns gegenseitig

vereinbaren, dass wir möglichst kompetitiv bieten und dass wir schauen, dass wir innerhalb der vorgegebenen Zeitrahmen und Rechtsrahmen zu einem Ergebnis kommen, das waren allgemein gehaltene Selbstverständlichkeiten, aber keine materiell meritorisch deftigen Dinge. Das stimmt einfach nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bei der ÖVP stellt man die freundschaftliche Nähe zu Raiffeisen fest. Daher beginnen wir gleich mit einem schönen Zitat, wo ich Sie fragen möchte, ob das immer so ist, dass die ÖVP bei Raiffeisen bestellt und die Raiffeisen macht. Beschuldigtenvernehmung Scharinger, Februar 2012:

Nachdem zwei sehr bedeutende Wohnbaugesellschaften in Oberösterreich betroffen waren und wir auch vernommen haben, dass sich Ausländer interessieren, möglicherweise sogar ein englisch-amerikanischer Fonds, sind in Oberösterreich alle möglichen Politiker bis zum Landeshauptmann nervös geworden und daher an uns herangetreten, kümmert's euch, dass diese beiden Wohnbaugesellschaften in Oberösterreich nicht in irgendwelche Hände kommen, denn da sind viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die dort wohnen, möglicherweise betroffen.

Ist das immer so, dass die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich politische Aufträge des ÖVP-Landeshauptmannes Pühringer erfüllt und dass man, wenn der Pühringer sagt: Kümmert's euch drum!, dann sofort darangeht und schaut, dass man die Sachen kauft, weil der Herr Pühringer das so will?

Ich habe jetzt nur aus der Beschuldigtenvernehmung vorgelesen und sage das auch deswegen, weil das immer der Hypo Kärnten vorgeworfen wird, aber offensichtlich ist das in Oberösterreich auch an der Tagesordnung.

Dr. Georg Starzer: Ich darf Ihnen versichern, dass es sich hier nicht um die Abarbeitung eines politischen Auftrages gehandelt hat, sondern dass wir durchaus als Unternehmen sehr interessiert waren, diese zwei interessanten Wohnbauträger zu akquirieren. Dass die Politiker rundherum das auch kommentieren und sagen, es wäre ihnen recht, wenn das kein Ausländer kriegt, sondern wenn das ein verantwortungsvoller Inländer oder sogar, was Linzer Gesellschaften betrifft, eine Linzer Bank, ist naheliegend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihr Chef sagt etwas anderes. Ihr Chef sagt nicht, ist uns recht, sondern Ihr Chef Scharinger sagt, der Landeshauptmann habe gesagt, er ist an uns herangetreten: Kümmert's euch! Ich bleibe bei meiner Interpretation, dass dieses Kümmert's euch drum! schon eher ein Auftrag ist. Aber ich wollte nur die politische Nähe zwischen ÖVP und Raiffeisen Oberösterreich noch einmal genauer herausarbeiten und damit vielleicht auch die sehr freundlichen Fragen des sonst sehr geschätzten Kollegen Amon erklären.

Sie haben weiters etwas ganz Interessantes gesagt. Ich habe bewusst kein Konto bei Raiffeisen, ganz bewusst.

Herr Starzer, Sie haben etwas sehr Interessantes in einem Nebensatz gesagt. Am 7. Juni 2004 hat es einen Telefonanruf von Lehman gegeben, und Sie wurden informiert, Sie haben das in einem Nebensatz erwähnt. Können Sie uns das genauer schildern, was da avisiert wurde? Wer hat da angerufen? Welche Information wurde da gegeben? Was wurde Ihnen da gesagt, mit welcher Begründung, und so weiter?

Dr. Georg Starzer: Ich kann das gerne noch einmal wiederholen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben das nur in einem Nebensatz gesagt. Ich bitte Sie, das ausführlichst auszuführen.

Dr. Georg Starzer: Am 8. Juni nach meiner Chronologie ist die Prozessmitteilung gekommen, dass es ein LAFO gibt, aber bereits am 7. Juni ist das Aviso von Lehman gekommen, wurde mir von Schillinger berichtet, und das war letztlich dann auch der Grund, dass die Fachebenen so quasi wieder in Kommunikation getreten sind, weil es hätte ohne Weiteres sein können, dass nach dem ersten Angebot, das etwas länger dauert, aber es ist kurz später bereits das Aviso gekommen, es gibt eine nächste Runde. Das wurde mir so berichtet; relata refero. Lehman hätte sich gerührt, es wird ein neuer Prozessbrief kommen mit einer zweiten Runde, und dann ist halt ein endgültiges Angebot zu geben. Das sei bereits am 7. Juni avisiert worden, und am 8. ist dann der Prozessbrief tatsächlich eingetreten. Aber das war auch der Grund, warum man am 7. Juni bereits aktiv geworden ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Lehman hat am 7. Juni telefonisch an Sie avisiert, es gibt eine zweite Bierrunde. Wissen Sie, ob dieses telefonische Aviso auch an den Konkurrenten gegangen ist?

Dr. Georg Starzer: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich weiß nur, ebenfalls wieder von unseren Fachexperten, dass das nichts Ungewöhnliches war, sondern dass im Prinzip alle ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage Ihnen gleich, was ungewöhnlich war. Ungewöhnlich war ...

Dr. Georg Starzer: Darf ich nur ausführen, dass alle Prozessbriefe im Wesentlichen avisiert wurden, bevor sie eingelangt sind. Das war nichts Besonderes.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage Ihnen, was ungewöhnlich ist, und zitiere auch aus zwei Dokumenten, eines aus dem Finanzministerium, das sich mittlerweile als inhaltliche Fälschung herausgestellt hat, und ein zweites.

Am 7. Juni hat ein informelles Treffen stattgefunden, ein nicht protokolliertes, von einem ausgewählten Kreis im Gelben Salon des Finanzministeriums, wo die Entscheidungen, die wichtig sind, zweite Bierrunde gefallen sind. Und die offizielle Sitzung der amtlich eingesetzten Kommission, die dafür eigentlich zuständig gewesen wäre und wo es ein Protokoll gibt, die hat man einfach abgesagt. Und am gleichen Tag, am 7. Juni, wo die schwarzen Brüder im Finanzministerium zusammensitzen im Gelben Salon, geht der Anruf von Lehman an die Raiffeisen-Partie, es gibt eine zweite Runde. Nur dass wir da auch den zeitlichen Zusammenhang kennen.

Ich führe das auch deswegen aus, wir haben lange nach diesen Mails gesucht, wer das abgesagt hat. Es ist abgesagt worden, sagt der Mantler, und dieser Aktenvermerk ist eine Fälschung, dass diese Sitzung der Vergabekommission für 8. Juni bereits am 4. Juni alle Kommissionsmitglieder darüber verständigt worden seien. Zitat:

„Wieltsch hat mit e-mail vom 4.6.2004 alle Kommissionsmitglieder bereits verständigt.“ – Aktenvermerk Mantler vom 7.6.2004.

Dieses Dokument ist eine inhaltliche Fälschung, denn wir haben lange gesucht und das E-Mail gefunden.

Wissen Sie, wann diese Sitzung am 8. Juni der Kommission erst abgesagt wurde? Die wurde nicht schon am 4. abgesagt, die ist abgesagt worden, wir haben das Mail, am Montag, dem 7. Juni, nach dem geheimen Treffen im Gelben Salon im Finanzministerium. Am 7.! Das heißt, dort sind die Würfel gefallen. Dann hat man euch angerufen, ihr habt Bescheid gewusst, und erst dann hat man den anderen Kommissionsmitgliedern gesagt, ihr braucht gar nicht mehr zu kommen zur offiziellen Sitzung, es ist schon alles geklärt.

Also ob das eine saubere, korrekte Vorgehensweise ist, die eines Raiffeisenkonzerns würdig ist, dass man da mitmacht, lasse ich dahingestellt. Das wollte ich hier nur vorgelesen haben.

Dr. Georg Starzer: Aber was hat das mit Raiffeisen zu tun, was im Finanzministerium ...?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am 7. Juni gibt es ein Geheimgespräch, wo die Würfel fallen.

Dr. Georg Starzer: Von dem wir nichts wissen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am 7. Juni wird dann die offizielle, korrekte, amtlich eingesetzte Kommissionssitzung für den 8. Juni abgesagt, und am gleichen Tag erfährt Raiffeisen telefonisch, wie es ausschaut. Und ob es der Konkurrent auch gewusst hat, das wissen wir gar nicht.

Dr. Georg Starzer: Darf ich nur festhalten, dass das mit uns nichts zu tun hat. Was sich im Ministerium abspielt, das wissen wir nicht, das ist, bitte, keine Raiffeisen-Partie.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit Ihnen hat es deswegen zu tun, weil Sie genau auch an diesem 7. Juni, wo das alles parallel passiert und äußerst unsauber ist, das haben wir mit dem Herrn Traumüller gesprochen, telefonisch das Aviso bekommen, wie es ausschaut.

Dr. Georg Starzer: Nein, Entschuldigung, es hat Lehman einen weiteren Prozessbrief avisiert, sowie dreizehn andere vorher auch. Das ist überhaupt keine unreine Gangart, das ist eine völlig routinemäßige Vorgangsweise gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja, bei euch ist alles Routine, ich weiß.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Kollege Petzner, die Zeit ist an und für sich abgelaufen, und wir haben uns darauf verständigt, dass es kurze, prägnante und zeitökonomische Befragungen gibt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf Ihnen vielleicht kurz vorhalten, was hier Hohegger ausgesagt hat in Hinsicht auf den Vertrag, den er mit Ihnen abschließen wollte.

„Bei meinen Telefonaten mit Starzer ist es darum gegangen, mit der RLB OÖ einen ähnlichen Vertrag zu machen“ wie er den schon mit Petrikovics hatte. „Ein solcher Vertragsentwurf wurde bei der Hausdurchsuchung in meinem Mistkübel zerrissen gefunden.“

Jetzt frage ich Sie: Sie haben den Vertragsentwurf bekommen. Haben Sie gesehen, was da drinsteht? Haben Sie den durchgelesen?

Dr. Georg Starzer: Ich habe bereits auch bei der Behörde ausgesagt, dass ich den dunkel in Erinnerung habe. Er war sehr allgemein gehalten, sehr nichtssagend. Es war jedenfalls keine wie immer geartete Gegenleistung erkennbar. – Punkt eins.

Punkt zwei: Ich kann mich erinnern – natürlich dann auch gestützt durch die Medienberichte –, dass es sich um 1 Prozent des Kaufpreises handelt, so als Gegenleistung. Und beides: kein Inhalt, sozusagen keine Leistung, und viel Geld, ist für uns von der Gleichung her uninteressant gewesen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wir haben einen Entwurf und eine endgültige Vereinbarung, wobei mitgeteilt worden ist, dass das Ganze überhaupt eine mündliche Vereinbarung gewesen wäre, die dann verschriftlicht worden ist, offensichtlich in zwei unterschiedlichen Ausfertigungen, was ja die Qualität dieser mündlichen Vereinbarung jetzt schon einmal hinterfragen lässt.

Da steht drinnen:

Bemessungsgrundlage für den vorgenannten Hundertsatz ist das gesamte Bruttoentgelt, das das Bieterkonsortium zu entrichten hat. – Zitatende.

Also da steht drinnen – und das ist der Vertrag, den er mit der Immofinanz abgeschlossen hat; Hohegger – Immofinanz –: Bemessungsgrundlage ist das gesamte vom Bieterkonsortium zu bezahlende Entgelt.

Und Rechnungsadressat ist, welchem Mitglied des Bieterkonsortiums auch immer ein Zuschlag erteilt wird.

Also wurscht, wenn irgendeiner von diesem Bieterkonsortium einen Zuschlag bekommt, wenn es möglicherweise Teilleistungen gibt: ausschließlich die Auftraggeberin.

Das heißt, das steht drinnen: Ich – Immofinanz – vereinbare mit Hohegger: Egal, was auch immer, wenn dein Erfolg einsteht, dann zahle auf alle Fälle ich!

Jetzt wundert es mich, dass Sie einen Vertrag bekommen haben, wo dann plötzlich offenbar noch einmal etwas verlangt wird. Deshalb frage ich Sie: Was ist da drinnen gestanden?

Dr. Georg Starzer: Noch einmal: Es kam *nie* zu einem Vertrag. Das heißt, der ist schlicht weggeschmissen worden, weil das uninteressant war.

Und was Petrikovics mit ihm ausgemacht hat, kann ich nicht kommentieren, das kenne ich nicht. Es ist für uns kein Thema. Was Petrikovics mündlich oder schriftlich in einem Entwurf oder in einem überarbeiteten Entwurf ausgemacht hat – ich kenne das nicht! Ich kann das nicht kommentieren.

Und: Wir hatten **keinen** Vertrag!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie, wie die beiden Herrschaften zu Ihnen gekommen sind, das war nach dem ...

Dr. Georg Starzer: Ja, lange nachher. Ich habe es so interpretiert: Petrikovics hat sich da eines Lobbyisten bedient, der für uns völlig uninteressant war. Wir brauchen keine Medienunterstützung, das wissen wir selber am besten. Man will halt das Budget schonen und das ... (*Abg. Dr. Jarolim: Wie sind Sie verblieben?*)

Und da haben wir gesagt: Sorry, kein Vertrag, keine Leistung, kein Geld! Das ist für uns überhaupt kein Thema!

Wir haben auch gar nicht lange darüber diskutiert. Wir haben das einfach schlicht quittiert. Aber vorher war uns das völlig unbekannt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben die gesagt: Danke schön!, und sind dann gegangen?

Dr. Georg Starzer: Nein, lästig waren sie. Sie haben das immer wieder angesprochen. Ich habe ja den Petrikovics dann gelegentlich getroffen, denn wenn man so Gesellschaften übernimmt, gibt es ja dann auch Organsitzungen et cetera, und da hat er das „Ceterum censeo“ immer wieder angesprochen, und ich habe ihm ebenso konsequent gesagt: In aller Freundschaft ...!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat er Ihnen etwas angedroht oder irgendetwas in Aussicht gestellt?

Dr. Georg Starzer: Nein, überhaupt nicht! Nein, wir waren völlig unaufgereggt. Es war zwar nicht angenehm, dass man mit einem Geschäftspartner auch über Dinge spricht, die ihm offenbar im Magen liegen, aber wir haben dann immer gesagt: In aller

Freundschaft, nein, das betrifft uns nicht! Aber es war an sich keine Krise oder kein großes Thema. Wir waren dann relativ bald froh, dass er dann irgendwann einmal Ruhe gegeben hat und das nicht mehr besprochen hat.

Und wie ich den Akten entnehme, hat er es dann daheim so verkauft, dass er gesagt hat: Jetzt habe ich mir die ESG günstig geschnappt, und damit ist das Thema erledigt!

Wenn er das daheim so verkauft hat, ja, okay, das muss er sich mit seinem Aufsichtsrat ausmachen. Wir sehen das natürlich aufgrund der Fakten ganz anders.

Aber das ist ein anderes Thema, darüber haben wir eh zuvor schon geredet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hohegger sagt in seiner Einvernahme, befragt, warum die Immofinanz im Vertrag vom 2. Juni eine Provisionszahlungspflicht auch für die anderen Konsortialpartner und sogar für den Fall übernahm, dass nur ein Konsortialpartner die BUWOG erwerben würde, er wollte abgesichert sein, dass er etwas bekommt. – Das sagt Petrikovics.

Und Petrikovics weiter:

Ich habe es so verstanden, dass Hohegger für unseren Teil etwas bekommt für den Fall, dass nur wir die BUWOG erwerben. – Zitatende.

Also er spielt es auch offensichtlich runter.

Ich habe noch eine letzte Frage, und zwar sagen Sie in Ihrer Einvernahme:

Vor dem Zuschlag kann ich mich nicht erinnern, dass ich mit den übrigen konsortialen Mitgliedern über das Hohegger-Angebot gesprochen hätte – weil er ja vorher im Zuschlag schon aufgekreuzt ist –, weil sonst wären mir die abstrusen Motive von Petrikovics, die ich oben zitiert habe, noch in Erinnerung. Mit den übrigen Konsorten habe ich das nicht besprochen, weil es schon aus unserer Sicht keinerlei Relevanz hatte. – Zitatende.

Ich nehme an, dem haben Sie nichts mehr hinzuzufügen.

Dr. Georg Starzer: Nein. Ich kann es nur bestätigen: Es war für uns kein Thema!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, es war kein Konsortialthema mangels Bedeutung?

Dr. Georg Starzer: Nein, nie! Es war nie ein Thema.

Und wenn ich mir jetzt aufgrund der Akteneinsicht anschau, wie der seinen Auftrag begründet hat, dann habe ich mir gedacht, das wäre mir doch aufgefallen, wenn das damals schon ein Thema gewesen wäre, dass der ihm erzählt, dass der Bund eine Milliarde will. Das ist in jeder Zeitung gestanden. Wer die Mitbewerber sind, ist in jeder Zeitung gestanden.

Keine Erfahrung bei öffentlichen Bieterverfahren. – Das betrifft vielleicht ihn, uns in keinster Weise. Wir sind laufend in öffentlichen Bieterverfahren.

Dann hat er bei der BIG irgendwie einen Misserfolg gehabt, steht drinnen, und deswegen wollte er sich hineinkaufen, und dann wollte er sich in der Society irgendwelche Klatschheurigenpartien da irgendwie ...– Also lauter Sachen, bitte, die für uns keine Relevanz haben. Und deswegen habe ich umkehrig geschlossen, wenn er damals schon argumentiert hätte, dann hätte ich mich daran erinnert, dass wir darüber geredet haben. Aber es war keine Relevanz da. Das ist schlicht an uns vorbeigelaufen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also unabhängig davon, wie der Preis zustande gekommen ist, Vereinbarungen mit ihm hat es keine gegeben?

Dr. Georg Starzer: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Eine Frage dazu, wie er dann immer wieder gefragt hat. Sie haben gesagt, lange Zeit später. – Heißt das, lange Zeit später nach dem Zuschlag?

Dr. Georg Starzer: Ich habe das jetzt auch nicht mehr zeitlich exakt im Kopf, aber es hat einmal einen Termin, hat mir der Schillinger erzählt, im November 2004 gegeben, da ist es um diese ominöse Schlossimmobilie gegangen, wo er behauptet, das ist ein Provisionsangebot. – Völliger Schwachsinn! Das war ein Immobiliendeal. Den kann jeder von Ihnen heute noch abschließen. Das hat mit Provision überhaupt nichts zu tun.

Dann hat es einen Termin in einer größeren Konsortialsitzung gegeben, aber wann das war – sicherlich Wochen, Monate nach dem Zuschlag. Und das einfach, wie ich zuerst schon ausgeführt habe, offensichtlich in der Bemühung, den von ihm getätigten Aufwand weiter zu verrechnen oder aus heutiger Sicht auch ein bisschen die Schuld, die er halt möglicherweise gegenüber seinem Aufsichtsrat oder seiner Gesellschaft hatte, wenn ich mir diese ganzen Falschverrechnungen anschau, zu halbieren. Es ist ein Unterschied, ob ich auf 9,9 geklagt werde oder nur auf die Hälfte. Das sind vielleicht ein paar Monate beziehungsweise ein paar Millionen Unterschied.

Insofern ist es aus heutiger Sicht auch schlüssig, warum er das versucht hat. Aber noch einmal: Das haben wir immer klar quittiert, dass uns das nicht ...!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer ist „wir“?

Dr. Georg Starzer: Unser Haus! Wenn wir uns getroffen haben, denn er wollte ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ein Haus kann ja nicht reden. Welche Personen waren das? Haben Sie das intern nachgefragt?

Dr. Georg Starzer: Er hat mir gegenüber das artikuliert, und ich habe gesagt: Da brauchen wir keinen Konsortialbeschluss, das weiß ich selber! Wenn wir keinen Vertrag haben, zahlen wir nichts!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja. – Haben Sie das im Haus kommuniziert?

Dr. Georg Starzer: Ja, im Haus habe ich natürlich mit Scharinger geredet, auch mit Schillinger. Aber ganz am Beginn, wie es noch darum gegangen ist: Macht das irgendeinen Sinn? – Nein, natürlich macht es keinen Sinn.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann, wie er mit dem Wunsch gekommen ist, haben Sie das nicht mehr intern kommuniziert?

Dr. Georg Starzer: Nein. Es hat keine Relevanz gehabt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie das gegenüber Konsortialmitgliedern kommuniziert?

Dr. Georg Starzer: Nein, weil es, wie gesagt, keine Relevanz gehabt hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie Wahrnehmungen, dass der Herr Hohegger oder der Herr Petrikovics sich in dieser Frage an andere Konsortialmitglieder gewandt haben?

Dr. Georg Starzer: Habe ich nicht. Mich hat das auch schon der Staatsanwalt gefragt, aber habe ich nicht. Ich habe *nie* ein Signal gekriegt.

Noch einmal: Das war für uns ein derartiges **Randthema**, wo halt irgendeiner Kosten optimieren wollte, und das haben wir quittiert: Geht uns nichts an!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube schon, dass es sich ausgezahlt hätte, denn stellen Sie sich nur vor, Sie hätten nicht 961 geboten.

Dr. Georg Starzer: Gut, das ist jetzt eine Hypothese: Was wäre wenn?

Noch einmal: Wir hatten ein hohes Pouvoir und hatten entsprechende Bewertungen, und wir hatten **nicht**, wie Herr Pilz meint, eine vertrauliche Information aufgrund einer **völlig falschen** Prämisse.

Das ist eben der große Unterschied, dass die **Prämissen** falsch sind!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Schauen Sie, ob die Prämisse richtig oder falsch ist, ich meine, das ist die Zahl, die jedenfalls im Ministerium am Montag, den 7. Juni, genannt wurde, das ist der Deckel: Weiter können die nicht!

Tatsache war: Weiter gingen sie auch nicht!

Das ist ja offensichtlich. 960 steht auch in den handschriftlichen Protokollen drinnen. Das saugt sich ja niemand aus den Fingern, das ist schriftlich festgehalten. Quasi: Das Finanzierungslimit von CA Immo sind 960! Sie haben 961 Millionen € geboten und die CA Immo 960 Millionen. Also ich meine, es ist auch genau das passiert. Wenn Sie auf 1 020 gegangen wären, dann hätte es Sie aber mehr gekostet als die Provision, sage ich einmal. Insofern hat es sich auf jeden Fall einmal ganz schön ausgezahlt.

Das war nur eine Feststellung, keine Frage.

Dr. Georg Starzer: Uns hat es **keine** Provision gekostet, weil wir ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, das ist überhaupt das Beste! Ja, das ist schon klar. (*Zwischenruf.*)

Dr. Georg Starzer: War das jetzt eine Frage oder nur eine Feststellung?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Nein, das war keine Frage!

(*Abg. Krainer: Das war eine glatte Information!*)

Herr Kollege Krainer, ich würde doch bitten, Fragen zu stellen und das nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Herr Kollege Matznetter, Sie haben jetzt noch eine halbe Minute von Ihrer Fraktion. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Herr Dr. Starzer, eine kurze Frage noch: Sie wurden angesprochen auf diese Provision von Leuten, die mit einem Konsortialpartner bereits gesprochen und Vereinbarungen hatten.

Ist das mit den Compliance-Regeln kompatibel, dass man ein Konsortium eingeht mit einer Firma, die dort offensichtlich Zustände hat wie zwischen Petrikovics und Hohegger?

Dr. Georg Starzer: Bitte, Sie sprechen post festum: Nachdem wir ein Konsortium **hatten** und einen Kaufvertrag abgeschlossen **hatten**, kommt der hinein und sagt: Ich möchte gerne Spesen weiter verrechnen!

Bitte, post festum können Sie sich da den Gegner nicht mehr aussuchen. Aus heutiger Sicht hätte man den auch nicht ins Konsortium genommen, denn wenn ich mir anschau, was dort sonst noch alles passiert ist, ist das kein Wunschpartner mehr aus heutiger Sicht. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Na, um Gottes willen, natürlich nicht! Aber damals war das alles mit anderen Vorzeichen versehen, nicht bekannt, und er hat sich auch im Konsortium unauffällig verhalten. Was da jetzt auftaucht, ist ja für uns auch ein riesiges Aha-Erlebnis.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Die entscheidende Bremse – das ist, glaube ich, klar – kam von der Immofinanz bei 961 Millionen. Das haben wir heute schon herausgearbeitet.

Dr. Georg Starzer: Ja, die waren die stärksten Bremser. Aber wir wussten nicht, warum.

Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter (SPÖ): Ja, das ist eh klar, aber jetzt wissen Sie, warum. Weil Sie die Info hatten und Lehman richtig herausgerechnet hat. Aus 1,002 Milliarden, Comfort Letter, ergibt sich richtigerweise eine Nettoanbotssumme von maximal 960 Millionen. Das haben die Burschen bei Lehman ja richtig gerechnet. Insofern ist es ungerecht, dass wir heute so darauf losgegangen sind, und daher ist natürlich das, was Pilz gesagt hat, richtig – aber auch **das** richtig, was Sie gesagt haben. Aber mehr Luft hätte die CA Immo nicht gehabt – das nur zu Klarstellung! –, denn bei 1 002 000 000 können es nicht mehr als 960 Millionen sein.

Dr. Georg Starzer: 960 Millionen sind die gleiche Qualität, wenn ich den Akt heute richtig interpretiere, wie die 1 002 000 000. Die hätten locker um 40 Millionen aufgehen können. Das ist mein Wissensstand. Aber sie haben das aus gewissen Gründen nicht gemacht. Die haben das auch bewertet.

(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Starzer, Sie haben erklärt, dass man die Ernsthaftigkeit der Bieter daran sieht – die Heerscharen der Berater, wie Sie es genannt haben (*Dr. Starzer: Nicht Berater! Mitarbeiter!*); Mitarbeiter; noch besser! –, dass die so knapp zusammenliegen.

Eine Woche vorher waren die 85 Millionen auseinander. – Sagen Sie: Was war da mit den Heerscharen von Beratern und mit der Ernsthaftigkeit?

Dr. Georg Starzer: Entschuldigung! Erstens waren es 85 und nicht 95! Und zweitens kann ich ... (*Abg. Dr. Pilz: Ich habe gesagt: 85!*) Ich habe das akustisch anders verstanden. Entschuldigung! Ich habe es phonetisch anders verstanden.

Ich kann das jetzt nicht herleiten, weil ich überhaupt keine Information habe, was in der CA bewertungsmäßig vor sich gegangen ist. Ich kann nur das Gleiche sagen, was unsere Experten auch Lehman gegenüber beim ersten Angebot signalisiert haben, dass aufgrund der relativ langen Zuschlagsfrist von einem Monat das Zinsänderungsrisiko doch ein Thema ist, das einen gewissen Betrag ausmacht. Die CA, habe ich gesehen, hat das mit 60 Millionen bewertet. Man könnte das durchaus mit 100, 150 Millionen bewerten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Starzer, ich habe Sie etwas ganz anderes gefragt.

Dr. Georg Starzer: Ich habe nur die Erklärung gesagt, warum damals eine Differenz war und nachher nicht mehr. Das war der Versuch einer Erklärung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Starzer, ich möchte Sie ersuchen – wir haben ein Zeitproblem –, nicht in der Art des Finanzministers a.D. zu antworten. Das bringt uns gar nichts.

Also noch einmal: Wir haben nämlich folgendes Phänomen: Die RLB und das Konsortium behaupten, sie hätten nichts gewusst, und tun etwas sehr Eigenartiges, nämlich: Die CA Immo steigert ihr Angebot um 36 Millionen, und das Konsortium steigert sein Angebot um 121 Millionen.

Das ist ein ökonomisch sehr, sehr eigenartiges Verhalten. Das heißt, das Konsortium – und Sie waren Konsortialführer – geht her und sagt: Ohne dass wir über den anderen

eine Information haben, steigern wir gegenüber der CA Immo um 336 Prozent! – Das können Sie nachrechnen.

Das ist **nicht** erklärbar ohne Insiderinformation! Wenn Sie ein bisschen ökonomisch denken, dann wissen Sie ganz genau, da ist etwas passiert. Ich lasse mir von Ihnen auch keine Geschichten erzählen.

Die zweite Geschichte ist – wir werden uns dann eh selbst ein Bild machen – ein Telefonüberwachungsprotokoll vom 20.1.2010. Sprecher: Hohegger; anderer Sprecher: Bernhard. Es geht nur um den Hohegger.

Es wird über Selbstanzeige beim Finanzamt gesprochen, wo Hohegger glaubt, dass sie rechtzeitig war und er sich daher keine großen Sorgen machen muss.

Hohegger sagt:

„Du und dann das Härteste war eigentlich Untreue in der Immofinanz.“

Bernhard sagt: „ja“.

Dann sagt Hohegger – und nur darum geht es –:

„Weil man ist ja davon ausgegangen, ich hätte mit Petrikovics irgendeinen Deal gemacht. Aber der hat sich ja das vom Aufsichtsrat absegnen lassen, das waren die Konsortialpartner. Raiffeisen OÖ war immer mit involviert, also das ist vom Tisch.“

Das ist nicht irgendeine Aussage, sondern das ist eine Telefonüberwachung, wo man davon ausgehen muss, dass da offen und ehrlich gesprochen wird. Und Hohegger sagt auch da, Konsortialpartner Raiffeisen war immer informiert.

Das sagt Hohegger, das sagt Petrikovics, das sagt die Frau Postl, das sagen eigentlich alle bis auf Sie. Den Herrn Simhandl von der Wiener Städtischen haben wir noch nicht gefragt.

Da werden wir uns später beim Versuch eines Endberichtes genau überlegen müssen, wie wir damit umgehen, dass das, was Sie sagen, von niemanden sonst gestützt wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zusatzfrage? – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt keine einzige Aussage, die das stützt, sondern alles, was wir bis jetzt dazu haben, widerspricht Ihrer Darstellung.

Eine ganz einfache abschließende Frage: Warum haben Sie sich nicht auf die Position zurückgezogen – ich verstehe es nämlich wirklich nicht –: Die Immofinanz hat alles gemacht, hat alles gerechnet, hatte die ganzen Kontakte, wir sind davon ausgegangen, dass die Immofinanz über alle notwendigen Informationen verfügt, wir haben einfach die Berechnungen der Immofinanz übernommen und dann an die anderen Konsortialpartner weitergegeben!?

Das wäre eine durchaus plausible Erklärung aufgrund der Aktenlage gewesen, der wir relativ wenig hätten entgegensetzen können, zumindest meiner Meinung nach. Weil Sie aber so steif und fest behaupten: Nein, nein, das alles ist mit den Konsortialpartnern erarbeitet worden – ich sage: Da gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, da ist **nie** etwas erarbeitet worden! –, das ist alles nur zwischen Postl und Schillinger gelaufen und da war niemals ein Dritter involviert!, frage ich mich: Warum wählen Sie eine Verantwortung hier und eine Erklärung, die dermaßen der Aktenlage und allen bisher durchaus glaubwürdigen Aussagen widerspricht?

Da werden Sie mir jetzt sicherlich eine zielführende Antwort geben.

Dr. Georg Starzer: Wieso unterstellen Sie mir das?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gar nichts! Ich stelle das einfach fest. Das sind die Fakten.

Dr. Georg Starzer: Ich bin nicht in der Politik so wie Sie.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das sind die Fakten!

Dr. Georg Starzer: Darf ich auf die Fragen der Reihe nach eingehen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war eine Frage. Sie können es auch wie der Finanzminister machen und viele Fragen daraus machen, aber es war eine Frage.

Warum haben Sie diese schwer begründbare Erklärungsstrategie gewählt? Ich verstehe es wirklich nicht!

Dr. Georg Starzer: Entschuldigung, das waren drei Punkte, und alle drei stimmen einfach nicht! Es stimmt einfach nicht, was Sie da entwickeln. Das ist eine Verschwörungstheorie, die ist für einen Kriminalroman geeignet, ist aber völlig unsachlich.

Erstens: Diese 85 Millionen Differenz im ersten Fall und dann dieses Ansteigen auf das LAFO. – Noch einmal: Das erste Thema war die eklatante Reduzierung des Zinsänderungsrisikos, wenn man von einem Monat auf vier Tage zurückgegangen ist. Das Zinsänderungsrisiko, bitte, das müssen Sie sich anschauen, das hat einen gigantischen Hebel. Wenn ich da ein halbes Prozent in dieser Phase auf die gesamte Laufzeit bei einer Milliarde ansetze, komme ich allein aufgrund dieses Zinsänderungsrisikos – und diese Volatilität ist nicht eine Erfindung, sondern die erleben wir auf dem Markt – auf 100 Millionen, die man einschätzen muss oder nicht. Das heißt, die CA mit ihren 60 Millionen war da eher am unteren Level. Wir haben das wesentlich höher eingeschätzt, zwischen 100 und 150 Millionen.

Zweitens sind wir – und das haben wir auch ausgesagt – schon davon ausgegangen, dass es **nicht nur** ein Angebot gibt, sondern dass es mindestens noch ein weiteres, wenn nicht ein drittes gibt, denn es wird doch ein Verkäufer, der so ein Paket auf den Markt werfen möchte, das nicht mit einer einzigen Runde machen – das ist ja international völlig unüblich –, sondern der will ja irgendwo lizitieren.

Das heißt, dass eine zweite oder dritte Runde kommt, ist klar. Was wiederum den Umkehrschluss nach sich zieht, dass ich beim ersten Angebot nicht die Hosen runterlasse, mir nicht sozusagen alles Pulver nehmen lasse, sondern dass ich dann beim zweiten Angebot schon wesentlich mehr an die Grenze gehe.

Wir haben ja das auch beim Staatsanwalt exakt dargelegt, haben da eine Bewertungsmatrix, sind beim ersten Angebot eher in der Mitte und beim zweiten Angebot eher an den oberen Rand gegangen. Und auf Grundlage dieser Fakten und nicht einer obskuren Information, die nicht stimmt, haben wir dann letztlich das LAFO in diese Richtung gemeinsam beschlossen.

Zweites Thema: Wenn Sie sagen, dass ein Herr Petrikovics mit dieser Fülle von offenen Problemen, die er derzeit zu bewältigen hat, und einer Ihrer Lieblingsgesprächspartner, Herr Hohegger, eine gewisse Glaubwürdigkeit in Ihren Aussagen aufweisen, muss ich mir schon die Differenz Ihrer Einwertungen anschauen, was Sie üblicherweise von solchen Herrschaften halten und was Sie da jetzt artikulieren.

Sie haben gesagt, das sind glaubhafte Zeugen, Petrikovics, Hohegger, die diese Riesenprobleme haben. Und dass Sie sagen, Sie glauben denen jedes Wort, indem Sie uns da mit hineinziehen wollen, ist schlicht eigenartig und einfach nicht wahr.

Und das Dritte, dass wir generell die Verantwortung der Immofinanz übernehmen hätten sollen: Bitte nein, wir bleiben bei der Wahrheit, und die Wahrheit ist, dass das ein gemeinsames Erarbeiten von Bewertungen war, mit einem Ergebnis, das uns glücklicherweise knapp vorne gesehen hat. Wir haben schon andere Themen gehabt, wo wir knapp verloren haben. Wir hatten überhaupt keine Veranlassung, da irgendeine Variante oder eine Rechtfertigung einer Immofinanz zu übernehmen, wenn die Fakten andere waren.

Die Fakten sind nicht, die Ihnen eine Frau Postl erzählt oder ein Herr Petrikovics, sondern die das **Konsortium** in Summe aufgeführt hat. Deswegen war es für uns nie ein Thema, dass wir da irgendeine Variante übernehmen, die es uns vielleicht leichter machen würde, Ihr Vertrauen zu gewinnen. Es ist schon klar, dass das bei Ihnen schwierig ist, aber wir müssen trotzdem bei der Wahrheit bleiben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Alle Konsortialpartner genießen nach dem, was passiert ist, bei mir persönlich dasselbe Vertrauen. Aber eines können Sie nicht erklären, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zusatzfragen-Runde ist eigentlich zu Ende für Sie! (Abg. Dr. **Pilz:** Warum vom 7. auf den 8. noch einmal um 30 Millionen erhöht worden ist, das können Sie nicht erklären!)

Dr. Georg Starzer: Doch, ich habe ja versucht, es zu erklären: Das Thema war LAFO. Und beim LAFO mussten wir, nachdem wir nicht mehr davon ausgehen konnten, dass vielleicht noch ein drittes kommt – wäre auch möglich gewesen, dann wäre das Spiel von vorne losgegangen –, aus der Bewertungsmatrix – schauen Sie sich das an! – möglichst an den extremen rechten oberen Rand gehen. Da hätte man auf über eine Milliarde kommen können, und da haben die anderen gebremst. Sie haben gesagt, setzen wir einmal das an. Dann haben die dagegegehalten, nein, wir müssen weiter hinauf, geben wir 15 Prozent, geben wir 20 Prozent drauf, geben wir die ESG hoch. Dann wurde das so „ausoptimiert“ und letztlich ... (Abg. Dr. **Matznetter:** Bis es die richtige Zahl war!) – Bitte? (Abg. Dr. **Matznetter:** Bis es die richtige Zahl war ...!) – Nein, bitte, das ist nicht richtig! Bis eben eine Zahl da war, die die Zustimmung aller fünf Konsorten gefunden hat. Und so ist das durch Bewertung und Berechnung zustande gekommen und nicht aufgrund einer **falschen** Finanzpromise, die da immer zitiert wird.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich denke auch, dass das Bild relativ klar wird. Ich meine, die Immofinanz hatte in der Person des Petrikovics ganz offensichtlich eine Vereinbarung mit Hohegger, und wenn, so wie Sie das dargestellt haben, Frau Dr. Postl da maßgeblich an der Entwicklung des letzten Angebots beteiligt war, dann müssen wir uns, glaube ich – und da bitte ich dann um Unterstützung aller hier im Ausschuss, insbesondere auch des von mir sonst sehr geschätzten Herrn Abgeordneten Petzner –, diese Aussagen von Frau Dr. Postl noch einmal sehr genau anschauen.

Ich habe mir das herausgesucht und darf auszugsweise, nicht vollständig, aus ihrer Befragung zitieren.

Ich, also Amon, frage Frau Dr. Postl: „Wenn Sie gerade auf die Frage des Kollegen Pilz ausgesagt haben, dass der Preis oder das Angebot, das zu legen war, zwischen Herrn Petrikovics und der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich schon fixiert war, dann sind Sie sozusagen schon mit dem Wissen dort hingefahren, welcher Betrag es am Ende sein wird?“

Dr. Martina Postl: Nein.“

Amon: „Haben Sie, bevor Sie unterschrieben haben, noch einmal Rücksprache gehalten? (Dr. Postl: Nein!)“

Und dann weiter unten: „Ich stelle mir das jetzt nur im praktischen Ablauf relativ schwer vor: Sie bekommen einen Auftrag, nach Linz zu fahren und dort in Vertretung eines Konsortialpartners zu unterschreiben, ein Angebot mitzutragen gleichsam, ohne aber mit Ihrem unmittelbaren Vorgesetzten eine Absprache treffen zu können, ob der Preis, den man einsetzt, in Ordnung geht. Ist das nicht eine relativ schwierige Situation? Oder stelle ich mir das einfach falsch vor.“

Dr. Martina Postl: Ich konnte davon ausgehen, dass Petrikovics mit dem Konsortialführer gesprochen hat, denn sonst hätte er mich nicht fahren lassen. Sonst hätte er mir nicht die Vollmacht gegeben, und sonst wäre ich nicht um 7.30 Uhr im Auto gesessen. Sonst hätten mich dort die anderen Konsortialpartner auch nicht unterschreiben lassen.“

Sie sagt also ständig aus, dass sie keine Ahnung vom letzten Preis hatte. Für mich schaut das so aus, als spiele man in der Immofinanz „Rette sich, wer kann!“.

Ich habe eigentlich keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das war jetzt eine Darstellung, aber keine Frage. Gibt es Fragen auch?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe mir Dr. Pilz als Vorbild genommen (*Obfrau Dr. Moser: Ja freilich, gibt es auch!*) und habe mir auch einmal erlaubt, eine Darstellung zu machen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, es gibt gegenseitige Lernprozesse. Ich wollte Ihnen nur noch die Möglichkeit einer Fragestellung einräumen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Dr. Starzer, eine kurze Frage: Sie haben laut eigenen Protokollen mit einer möglicherweise dritten Bierrunde gerechnet, wenn die zweite Runde mit 960 Millionen, 961 Millionen, was immer, es nicht geworden wäre. Wohin hätten Sie sich gelegt? Zur Milliarde?

Dr. Georg Starzer: Das ist eine ganz hypothetische Frage. Das kann ich nicht beantworten: Was wäre, wenn?

Schauen Sie, wenn – unabhängig davon, wer in der ersten Runde gewinnt; das hat keiner gewusst – eine zweite Runde eingeladen wird, dann muss man natürlich die Situation neu bewerten. Und diese eine Milliarde war ja immer ein medial publikes Ziel der Republik. Wir hatten intern ein Pouvoir, bis 1,027 Milliarden zu gehen.

Das heißt, wenn Sie mich fragen – aber ich bin jetzt nicht befugt, sozusagen für das Konsortium zu sprechen; ich möchte da jetzt nicht sozusagen den gleichen Fehler begehen, wie manche andere behaupten –, dann hätte ich in der dritten Runde möglicherweise die 1,027 Milliarden vorgeschlagen; aber da gehören halt immer die vier anderen dazu. Die müssen mitziehen, und wenn die sagen, nein, das ist uns zu teuer und da ist uns der Cashflow zu wenig und da ist uns der und der und der Parameter zu wenig, dann hätten die wahrscheinlich gesagt, nein, da stimmen wir nicht zu, wir gehen – möglicherweise – nur um ein paar Kleinigkeiten hinauf. Aber das ist eine hypothetische Frage, die kann ich Ihnen nicht beantworten.

Es war schon für uns glücklich, im Nachhinein betrachtet, dass wir uns so weit hinaufgewagt haben, dass wir knapp gewonnen haben, aber nicht aufgrund einer Verschwörung oder einer falschen Information, sondern ausschließlich aufgrund einer internen Bewertung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Also 1,027 Milliarden waren bei Ihnen vorab einmal Ende der Fahnenstange. Haben Sie im Nachhinein noch Informationen gehabt, wo die CA Immo am Schluss gestanden wäre? Außer die 1,00 minus ...

Dr. Georg Starzer: Nein, ich habe das ja nur analog zitiert. Laut diesem „Letter of Comfort“, der später im Akt ersichtlich war, hätten die bis 1,002 Milliarden € gehen können. Sie haben es halt nicht ausgeschöpft, weil sie auch gesagt haben, das ist uns zu teuer, bieten wir weniger. Und letztlich war es eine Glückssache – auch wenn Herr Pilz das Glück nicht wirklich akzeptieren möchte –, dass wir knapp davor waren, aber wir hätten genauso knapp verlieren können.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zwei, drei kurze Zusatzfragen.

Erste Frage, auch wenn es jetzt wiederholend ist: Hohegger sagt ja in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 3.11.2009, dass er Petrikovics die Zahl genannt hat und Petrikovics dann in seiner Anwesenheit telefoniert habe und diese Zahl weitergegeben hat und dass er davon ausgegangen ist, dass die Person auf der anderen Leitung Sie, Dr. Starzer, waren.

Zitat Hohegger: Er hat über die Information gesprochen, die ich ihm gegeben habe, er hat „nicht unter 960 Millionen“ weitergegeben.

Waren Sie dieser Telefongesprächspartner des Herrn Petrikovics an jenem Tag? (Dr. **Starzer: Nein!**) – Waren Sie nicht.

Wie können Sie sich das erklären, hat Herr Hohegger das irgendwie erfunden, oder wie können Sie sich erklären, dass Herr Hohegger zu diesen Feststellungen kommt und Herr Petrikovics auch?

Dr. Georg Starzer: Was Hohegger und Herr Petrikovics in diesem ganzen Akt von sich geben, ist für mich nicht wirklich relevant.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Also Sie sagen immer – ich fasse das noch einmal zusammen –, vorher haben wir mit dem Hohegger, von Provision haben wir nie etwas gewusst vorher, erst nachher haben wir das erfahren, und 961 Millionen haben wir auch nicht gewusst. Dann gibt es aber ein sehr, sehr spannendes Zitat, wieder Ihres Vorgesetzten Scharinger, der in seiner Beschuldigtenvernehmung in einem Nebensatz etwas ganz, ganz Spannendes sagt, wobei die Protokollierung auch ein bisschen komisch ist, die ist nämlich nicht ganz Deutsch, und daher darf ich Sie bitten, mir zu helfen, damit wir gemeinsam klären, was Ihr Vorgesetzter denn da gemeint hat, dem Sie ja glauben, was er sagt. Ich gehe davon aus, Raiffeisen hat ja eine sehr strenge Hierarchie von oben nach unten – ich denke da nur an den Herrn Konrad. Gut.

Zitat Scharinger – genau zuhören! –:

„Dann wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert, 961 Mio. zu bieten“.

Das ist einmal der Hauptteil dieses Satzes.

Wer hat diesen Vorschlag gemacht und was meint Scharinger damit: „Es ist nun akkordiert“?

Ich halte fest, im Satz vorher ist es um Folgendes gegangen:

„Lehman hat wissen lassen, wenn nicht mehr bezahlt wird, besteht die Gefahr, dass die Republik nicht verkauft, denn die Republik hatte eine sehr hohe Erwartungshaltung. Unsere Verantwortlichen haben Lehman aufmerksam gemacht, dann brauchen wir

einen sehr kurzen Zeitraum zwischen Abgabe und Entscheidung, damit wir den Risikopolster volatile Zinsen wegbringen und diesen Risikoabschlag in eine Preiserhöhung einbauen können. Das musste wieder mit den Konsortialpartnern einerseits abgestimmt werden und mit der Immofinanz koordiniert werden.“ – Punkt.

Also da ist das abgeschlossen, man hat das geklärt mit den Konsortialpartnern und mit der Immofinanz. Und dann geht es so weiter:

„Dann“ – also danach: nach der Abstimmung mit den Konsortialpartnern! – „wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert“.

Also frage ich mich: Mit wem ist es akkordiert? Was wurde mit wem akkordiert, wenn man sich sowieso schon mit den Konsortialpartnern abgestimmt hat? – Und dann kommt genau die Zahl, genau diese eine Zahl:

„Es ist nun akkordiert, 961 Mio. zu bieten“.

Dr. Georg Starzer: Das ist nichts anderes als die Beschlussvorlage an den Vorstand: dass sich die Konsortialpartner in ihrer Konsortialsitzung auf dieses Angebot geeinigt haben. Darüber ist natürlich der Vorstandsvorsitzende informiert worden, damit er weiß, was unter den fünf Konsortialpartnern akkordiert ist, unter Berücksichtigung des reduzierten Zinsänderungsrisiko. Also es war eine rein interne Information und nicht schon wieder ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Daher habe ich Ihnen auch den ganzen Teil vorgelesen, denn Scharinger sagt ja, dass diese Abstimmung schon stattgefunden hat, das, wovon Sie reden, mit diesen Zinsen, dem Risikopolster und so weiter. Das musste wieder mit den Konsortialpartnern einerseits abgestimmt werden und mit der Immofinanz koordiniert werden, Punkt.

Also das ist dann schon abgeschlossen. Und dann kommt:

„Dann wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert, 961 Mio. zu bieten“.

Das heißt, Scharinger redet da, wenn man es genau liest, von zwei verschiedenen Ereignissen: Er berichtet zuerst über die Abstimmung mit der Immofinanz und mit den anderen Konsortialpartnern, was das Anbot in der zweiten Bieterunde betrifft, und dann ist ein Bruch drinnen. Und dann kommt:

„Dann wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert worden, 961 Mio. zu bieten“. – Also das sind zwei völlig verschiedene Bereiche!

Und da frage ich Sie: Von wem ist dieser Vorschlag gekommen? Wer hat vorgeschlagen: Bieten wir genau 961?! Warum nicht 960, hätte ich gesagt, warum nicht 963, warum nicht 965, warum nicht, ich weiß nicht was? Warum genau 961, warum ganz genau diese Zahl? Wer hat das vorgeschlagen?

Dr. Georg Starzer: Noch einmal: Das war der Vorschlag der Experten aller fünf Konsortialmitglieder. Die haben sich unter Berücksichtigung ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben nie gefragt, warum das genau **961** sein müssen?

Dr. Georg Starzer: Ich habe es ja zuerst im Detail vorgelesen und ausgeführt (*Abg. Petzner: Ja, aber sehr unglaubwürdig, daher ...!*), wie die Experten zu diesem Wert gekommen sind.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Jetzt ist Herr Dr. Starzer am Wort.

Dr. Georg Starzer: Wie die Experten zu dem gekommen sind: Man hat diese Bewertungsmatrix gehabt, hat dann die Zinsänderungsrisiken eingepreist (*Abg.*

Petzner: Ja, ja, das haben Sie schon alles erklärt!) und hat sich dann letztlich zu fünf auf das geeinigt. Und das wurde dann wieder Scharinger berichtet, und das meint er. Das ist ein integrierter Gesamtprozess und bitte kein externer Zuruf – darauf wollen Sie ja offenbar hinaus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, gut, aber das ist äußerst unglaubwürdig, was Sie da angeben, sage ich gleich noch einmal. Wenn man sich das insgesamt anschaut, muss man doch eher in eine andere Interpretationsrichtung gehen.

Zweiter Teil meiner Frage: dann kommt diese Geschichte mit der Provision. – Sie sagen, vorher haben Sie nichts gewusst, haben mit Hohegger nie zu tun gehabt, blablabla, haben ihn sogar weggeschickt, und Sie haben gesagt, der hat Ihnen sogar Verträge geschickt, wie die Befragung des Kollegen Amon hervorgebracht hat, und Sie haben mit dem Scharinger geredet: Wir brauchen das nicht! Hohegger, wir wollen nichts von dir!

Und dann plötzlich, nach diesem Zuschlag, finden zwei, drei Treffen statt, wo Sie immer mit dabei sind und wo darüber gesprochen wird und wo Sie Petrikovics – laut Ihren Angaben – erst dann, nach dem Zuschlag, darüber informiert hat, dass ja er für die Immofinanz-Gruppe mit dem Hohegger einen Lobbyingvertrag ausgemacht hat und dieser jetzt eine Provision bekommt und Sie jetzt mitzahlen sollen.

Da frage ich Sie: Warum haben Sie zwei-, dreimal an diesen Treffen teilgenommen? Warum haben Sie da verhandelt? Warum haben Sie nicht einfach gesagt – die Raiffeisen-Bank ist sonst ja auch immer sehr hart –: Petrikovics, das ist dein Kaffee, ich rede mit euch nicht einmal darüber!? – Sie haben sich zwei-, drei-, viermal wegen dieser Causa getroffen.

Warum haben Sie nicht gesagt: Wir haben nichts mit Hohegger zu tun, wir haben das sogar abgelehnt; was deine Immofinanz als eigenständiges Unternehmen mit dem Herrn Hohegger ausmacht, ist mir völlig wurscht!? Warum haben Sie sich dann immer auf diese Treffen eingelassen, wenn Sie das in Wahrheit überhaupt nichts angeht, wie Sie das darstellen? – Das ist mir nicht erklärlich.

Wenn ich der Herr Starzer wäre, hätte ich gesagt: Ich treffe mich nicht mit euch! Das ist euer Kaffee, das interessiert mich nicht. – Warum waren Sie bei diesen Treffen dabei?

Schlusspunkt – und jetzt wird es ja besonders lustig –: Warum waren Sie bei diesen Treffen immer dabei, haben da hin und her verhandelt, obwohl Sie das alles gar nichts angeht und haben dann dem Herrn Hohegger sogar irgendein Schloss angeboten, nämlich das Schloss Leopoldstein im steirischen Leoben? Zitat dazu aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung: Sie sagen,

„dass es sein könnte, dass HOHEGGER“ (*Zwischenruf bei der ÖVP*) –

ja, aber dieses Zitat hat noch keiner gebracht, weil das ist wieder besonders lustig –

„nicht als Provision, sondern als Akquisition eines weiteren Geschäftes die Vermittlung des besagten Schlosses in der Steiermark angeboten wurde“ –

und dann kommt es –

„, vor allem um ihn ruhig zu stellen, weil er immer wieder wegen der Provision vorstellig wurde.“

Das heißt, wenn auch ich tausendmal bei euch anrufe und sage: Ich will eine Provision!, kann ich dann auch ein Schloss günstig haben!? – Gut zu wissen!

Aber da frage ich mich wieder: Warum machen Sie das? Warum sagen Sie nicht der Immofinanz: Ich habe nichts damit zu tun, habe Hohegger weggeschickt, keinen

Vertrag unterschrieben, obwohl er einen geschickt hat!? Warum machen Sie bei diesen Treffen mit und warum bieten Sie am Ende des Tages dem Hohegger sogar ein Schloss zum billigen Kauf an, nur – Zitat – „um ihn ruhig zu stellen“? Warum machen Sie das alles, obwohl Sie angeblich mit dem Herrn Hohegger überhaupt nichts zu tun haben? – Erklären Sie mir das!

Dr. Georg Starzer: Vom Inhalt her habe ich es genauso rübergebracht wie Sie jetzt, nur mit ein paar höflicheren Worten, weil ich als Bankkaufmann natürlich ein bisschen aufpassen muss auf die Kundenrelationen. Das heißt, wenn der Petrikovics auf mich zugeht, dann knalle ich nicht den Hörer auf die Gabel, dann stelle ich mich einem Gespräch; wenn der Hohegger, der damals noch unbescholten war und immerhin doch ein bekannter Lobbyist war, ein Begehr hat, dann leihe ich ihm mein Ohr und rede und haue ihn nicht einfach hinaus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben ihm drei-, viermal das Ohr geliehen! (*Dr. Starzer: Ja, natürlich!*) – Ja, eben! Sie haben, ...

Dr. Georg Starzer: Na, ein-, zweimal, nicht drei-, viermal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Als Sie das erfahren haben, warum haben Sie dann nicht gleich ...? – Gut, Sie sagen, ich bin ein höflicher Mensch, ich habe mir das einmal angehört.

Ja, gut, dann haben Sie sich das angehört. Und warum sind Sie dann nicht sofort aufgestanden und haben gesagt: Das geht mich nichts an!, und sind einfach gegangen? – Nein, Sie haben sich weiter mit diesem Fall beschäftigt, haben sich noch einmal getroffen und haben dem Herrn Hohegger dann sogar dieses Schlösschen in meiner steirischen Heimat angeboten – ich bin nämlich gebürtiger Murauer, falls Sie das interessiert –, und sagen dann noch, wir haben das gemacht, „vor allem um ihn ruhig zu stellen“.

Warum müssen Sie den Herrn Hohegger mit einem Schloss in der Steiermark ruhigstellen, wenn Sie eh nichts damit zu tun haben, Herr Doktor?

Dr. Georg Starzer: Ganz einfach. (*Abg. Amon: ... wie viele Fragen wir noch stellen dürfen?*) – Na, darf ich kurz darauf antworten?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: An sich ist eine Zusatzfrage zulässig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dafür habe ich Fragen gestellt, während der Kollege Amon nur Darstellungen gemacht hat. Also das gleicht das wieder aus.

Dr. Georg Starzer: Darf ich noch einmal sagen, das Ansinnen ist ja primär von Petrikovics gekommen, den habe ich immer wieder getroffen bei Organsitzungen der ESG und so weiter, und da hat er es halt als „ceterum censeo“ angesprochen.

Hohegger war nur ein-, zweimal ein Treffen, und nach meiner Information – das hat auch Schillinger bestätigt –, hat **er** ihn auf die Immobilie angesprochen. Hohegger ist ein bekannter Immobilienspezialist, ist auch viel in Immobilien veranlagt, und dass die WAG entsprechend attraktive Immobilien hat, weiß ein jeder. Und noch einmal: Das hat mit der Provision überhaupt nichts zu tun, weil die 3 Millionen €, um die es da gegangen ist, die gelten immer und für jeden! Das können Sie heute auch noch kaufen. Das ist eine Interpretation.

Und wenn er sagt, ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sagen selber – Entschuldigung; Schlusssatz, Frau Moser – etwas anderes in Ihrer Einvernahme. Sie sagen, dieses Angebot sei deswegen gekommen – Zitat –, „vor allem um ihn ruhig zu stellen, weil er immer wieder wegen der Provision vorstellig wurde.“

Nämlich wegen der Provision mit Petrikovics, weil Sie nicht zahlen wollten.

Dr. Georg Starzer: Nein! Nach dem Motto, Provision gibt es keine, da haben wir keinen Vertrag und keine Zahlung, aber wenn Sie Interesse an einer Immobilie haben – und die Aussagen sind ja, dass das von ihm artikuliert wurde und nicht von uns –, dann können Sie selbstverständlich interessante Immobilien kaufen, so wie jedermann. Das ist eine ganz normale Immobilie, aber bitte keine Provision, und das ist nach Jahren immer noch zum selben Preis zu haben.

Aber noch einmal, bitte – da wird jetzt einiges wieder hineininterpretiert –, das ist ein Immobiliengeschäft, wie es andere auch gibt, und ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo Sie selber den Zusammenhang zur BUWOG hergestellt haben in Ihren Einvernahmen.

Gut, ich werde das in Zukunft auch so machen. Dann können Sie mich auch ruhigstellen – und dann kriege ich vielleicht auch ein Schloss von Ihnen.

Dr. Georg Starzer: Sie können das Schloss heute noch kaufen, Herr Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut zu wissen!

Obfrau Dr. Gabriela Moser schließt, da es keine Zusatzfragen mehr gibt, die Befragung, dankt der Auskunftsperson ***Dr. Starzer*** und verabschiedet diese.

19.00

Obfrau Dr. Gabriela Moser ersucht nun darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

19.02

Auskunftsperson Dr. Martin Simhandl

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Simhandl, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Martin Simhandl**. Ihre weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie ja bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Nun zu Ihrer **Vertrauensperson**: Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Georg Riedl**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Georg Riedl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafandrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung der Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten.

Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können aber auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es während der Befragung zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an

den Verfahrensanwalt zu wenden, und dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Nun können wir mit der Befragung beginnen.

Wie jeder anderen Auskunftsperson steht es auch Ihnen, Herr Dr. Simhandl, frei, dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge oder eine Sachverhaltsdarstellung mitzuteilen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass wir gleich mit der Befragung beginnen – da wäre als Erster der Herr Abgeordnete Amon am Wort. Was bevorzugen Sie?

Auskunftsperson Dr. Martin Simhandl: Ich denke, wir können mit der Befragung beginnen. Ich bin bereit dazu.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Simhandl, danke, dass Sie uns heute als Auskunftsperson zur Verfügung stehen. Ich hätte einleitend gerne von Ihnen gewusst, ob Sie uns beschreiben können, wie innerhalb des sogenannten Oberösterreich-Konsortiums die Entscheidungen gefallen sind betreffend Angebote, respektive dann betreffend das letzte Angebot. (*Ruf bei der SPÖ: Österreich-Konsortium! Du hast „Oberösterreich“ gesagt!*) – Ja, weil es sozusagen innerhalb des Österreich-Konsortiums die Gruppe des sogenannten Oberösterreich-Konsortiums gab.

Dr. Martin Simhandl: Grundlage für unsere Angebote war eine Bewertung, die durchgeführt wurde, die ist über einen Zeitraum von mehreren Monaten erstellt worden. Das war ein hochkomplexer Vorgang, der von zwei Wirtschaftsprüfungskanzleien begleitet worden ist. Im Zuge dieses Prozesses haben natürlich alle immer versucht, alle sachlichen Argumente einzubringen. Es sind in dieser Phase auch von der Verkäuferseite über den Datenraum immer wieder neue Unterlagen zur Verfügung gestellt worden.

Auf Basis dessen hat es dann eine Bewertungsmatrix gegeben, die im Kern sozusagen mehrere unterschiedliche Linien hatte: einen **Worst Case**, einen **Base Case**, einen **Best Case** – und dort wieder Abstufungen untereinander.

Als das erste verbindliche Anbot abzugeben war – das war Anfang Juni –, hat es vorher eine Sitzung gegeben, in der abgestimmt wurde, wie abzugeben war. Und es ist damals entschieden worden, ein Angebot im unteren Bereich des Base Case abzugeben. – Das war das erste verbindliche Anbot.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie oder von wem haben Sie dann erfahren, dass es eine zweite Bieterrunde geben wird?

Dr. Martin Simhandl: Von wem ich das konkret erfahren habe, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Es könnte sein, dass das Herr Schillinger war. Ich weiß es nicht mehr genau. Wir haben dann in der Zeit danach irgendwann mitbekommen, es wird eine weitere Bieterrunde geben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das zweite Angebot, das das Österreich-Konsortium gelegt hat, betrug dann diese berühmten 961 Millionen €.

Können Sie beschreiben, wie es zu diesem Betrag gekommen ist?

Dr. Martin Simhandl: Es hat dazu Vorschläge verschiedener Art gegeben, die auch wieder aufgesetzt haben auf den ursprünglichen Bewertungen, wo dann einfach Parameter verändert wurden, und diese Vorschläge sind den Konsorten übermittelt worden und darüber ist gesprochen worden. Letztendlich war dann das Letzte, das

vorlag, eine Bewertungsmatrix, wo als maximaler Betrag diese letztendlich als Anbot abgegebene Summe drinnen war.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, dass sich da alle Konsortialpartner eingebracht haben oder war Ihr Eindruck eher der, dass sich einige stärker und einige weniger stark sozusagen in die Preisbildung oder in die Angebotsbildung eingebracht haben?

Dr. Martin Simhandl: Nach meinem Eindruck war es so, dass sich natürlich die, die am stärksten materiell involviert waren, am stärksten eingebracht haben.

Ich meine, von dem ganzen Volumen hat über 50 Prozent die Immofinanz gehabt, dann kam Raiffeisen Oberösterreich, wir und dann kamen noch die beiden anderen oberösterreichischen Partner.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wer war Ihr Hauptansprechpartner bei der ... (*Dr. Simhandl: Für mich persönlich?*) – Für Sie persönlich beziehungsweise für die Wiener Städtische, etwa bei der Immofinanz. Mit wem wurden diese Preisbildungen, diese Angebotsbildungen verhandelt?

Dr. Martin Simhandl: Gesprochen habe ich praktisch normal mit dem Herrn Mag. Schillinger von der RLB Oberösterreich, der, so mein Eindruck, die Koordination hatte – und diese auch auf der Immofinanz-Seite hatte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass in Bezugnahme auf das letzte Angebot, die 961 Millionen €, irgendjemand gezielt in der Erstellung des Angebots auf genau diese Summe kommen wollte?

Dr. Martin Simhandl: Diesen Eindruck hatte ich nicht. Vielleicht, wenn man sozusagen diese Vorgeschichte ... Man muss sich im Klaren sein, das waren ja zeitlich relativ knappe Abstände. Es ist meines Wissens und meiner Erinnerung nach relativ knapp vor der Abgabe der letzte Prozessbrief von Lehman gekommen, wo strukturell noch Dinge drinnen waren, wie man dieses Anbot abzugeben hatte. Und dann gab es einen Vorschlag am Tisch. Ich kann dazu nur sagen: Aus unserer Sicht war das schon sehr hoch.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie je eine Information darüber, dass sich die Immofinanz der Lobbying-Tätigkeiten des Herrn Hochegger oder des Herrn Meischberger bedient hat?

Dr. Martin Simhandl: Nein. Jedenfalls nicht in irgendeinem zeitlichen Zusammenhang mit dem damaligen Angebotsverfahren. Ich habe natürlich jetzt aus den Medien davon erfahren.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist in diesem zeitlichen Zusammenhang jemals einer der beiden genannten Herren an Sie oder an einen anderen Vertreter der Wiener Städtischen herangetreten, um einen Auftrag zu erhalten?

Dr. Martin Simhandl: Also an mich nicht und ich wüsste auch sonst nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass der Herr Hochegger an die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich herangetreten ist und versucht hat, in dem Zusammenhang ins Geschäft zu kommen?

Dr. Martin Simhandl: Im zeitlichen Umfeld mit dieser Transaktion: nein. Sonst gibt es Meldungen in den Medien dazu.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hätten Sie als Konsortialpartner Wert darauf gelegt, dass Sie eine solche Information erhalten?

Dr. Martin Simhandl: Darf ich die Frage noch einmal wissen: Wenn **was** wäre?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Angenommen der Herr Hohegger wäre an die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich als Konsortialführer herangetreten und hätte gesagt, wir wollen für euch als Lobbyisten im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bundeswohnungen tätig werden – Raiffeisen hat das nach eigenen Angaben abgelehnt –, hätten Sie Wert darauf gelegt, diese Information zu erhalten?

Dr. Martin Simhandl: Wenn das auch für uns gewesen wäre, also für das Konsortium, dann hätten wir auf jeden Fall Wert darauf gelegt, und wir hätten das auch nicht gewollt und sicher auch abgelehnt. Wozu hätten wir denn den Herrn Hohegger gebraucht?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Galt innerhalb des Konsortiums Einstimmigkeitsprinzip? (*Dr. Simhandl: Ja!*) – Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Keine Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner. – Keine Fragen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auch wenn es schon 19.12 Uhr ist: Ich bin noch voll motiviert.

Da gibt es eine Zeugenvernehmung der Frau Postl, die sagt dort bezüglich des Provisionsthemas, sie habe Thornton mitgeteilt, dass es vielleicht auch mehrere Treffen im engsten Konsortialkreis gab und dabei Gespräche über das Provisionsthema geführt wurden, die Konsortialbieter sich auch mit dem Thema Hohegger-Provision beschäftigt haben. Und sie sagt dann – Zitat –:

Ich glaube, dass ich folgende Namen genannt habe: Petrikovics, Starzer, Schillinger. Ob ich Simandl genannt habe, weiß ich nicht mehr.

Daher meine Frage: Waren Sie bei so einem Treffen im Konsortialkreis irgendwann einmal dabei, wo man das Provisionsthema Hohegger angesprochen hat? (*Dr. Simhandl: Nein!*) – Haben Sie keine Wahrnehmung dazu?

Dr. Martin Simhandl: Ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schillinger sagt in seiner Zeugenvernehmung vom 19. Oktober 2009, dass er in Sachen Kaufpreis mit Petrikovics nicht telefoniert hat, aber mit Postl, Simandl und Kumpfmüller schon. Da geht es um die Erstellung der Tabelle und um den Betrag 961 Millionen €.

Haben Sie zu dieser Zeugenaussage irgendwelche Wahrnehmungen?

Dr. Martin Simhandl: Dazu kann ich sagen: Diese Unterlage, wo die 961 drinnen waren, ist mir zugegangen. Ich habe, soweit ich mich erinnere, darüber auch telefonisch mit dem Herrn Schillinger gesprochen, und habe ihm, soweit ich mich erinnere, ziemlich deutlich gesagt, dass ich das schon für sehr, sehr hoch halte. Ich habe dann auch intern Rücksprache genommen und wir haben gesagt, bei dieser Höhe machen wir noch mit. Wenn noch einmal erhöht werden sollte – damals wussten wir ja nicht, ob das das Ende war –, dann würden wir nicht mehr mitmachen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, das ist deswegen ganz spannend, weil ja Schillinger in seiner Zeugenvernehmung, befragt zu dieser Hohegger-Zahl 960, die er an Petrikovics übermittelt hat, sagt, dass er sich das nicht erklären kann. Und dann sagt er aber, dass er sich vorstellen kann, dass er bei seiner Tabellenerstellung und seiner Arbeit in diesem Zusammenhang – Zitat –

auf diesen Betrag von über 960 Millionen gelenkt worden sei. – Also hingelenkt worden ist.

Dr. Martin Simhandl: Sicher nicht von mir.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie können Sie sich das erklären, dass der Herr Schillinger den Eindruck hat, dass er vielleicht genau auf diese Zahl hingelenkt wurde und dass er in diesem Zusammenhang, wie er hier auch sagt, mit Ihnen telefoniert hat?

Dr. Martin Simhandl: Ich kann mir das nicht vorstellen, aber Sie können den Herrn Schillinger dazu befragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der kommt ohnehin noch. Daher frage ich Sie heute, weil wir somit Ihre Zeugenaussage unter Wahrheitspflicht im Protokoll haben und dann werden wir genau schauen, was der Herr Schillinger dazu aussagen wird.

Anderes Thema: Der Herr Grasser hat ja ein Penthouse. Ist es korrekt, dass dieses Gebäude, wo der Herr Grasser oben sein Penthouse draufgebaut hat, der Wiener Städtischen gehört?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir müssen noch den Zusammenhang zum Beweisthema 2 herstellen, sonst ist das eine ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den stellen wir gleich her, wenn die Auskunftsperson die Frage beantwortet hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie müssen den Zusammenhang zum Beweisthema 2 herstellen, dann lässt sich das fragen. Sonst geht das nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Zusammenhang ist ganz konkret, dass wir Informationen von Personen, auch aus der Wiener Städtischen, haben, die auf uns zugekommen sind, schon vor einigen Monaten, dass ein Zusammenhang zwischen dem Grasser-Penthouse, das er dort äußerst günstig mit einem äußerst großzügigen Mietrecht bekommen hat, und der Wiener Städtischen und dem Thema BUWOG besteht.

Daher beginne ich meine Frage damit, ob es korrekt ist, dass sich jenes Penthouse, das der Herr Grasser errichtet hat, das Gebäude in diesem Zusammenhang im Eigentum der Wiener Städtischen befindet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich habe für alle Fragen breites Verständnis, auch wenn die Zusammenhänge nicht so offenkundig sind. Ich glaube, die Eigentumsverhältnisse sind offenkundig. Ich würde dich nur ersuchen, dass du das ein bisschen präzisierst, was das für ein Zusammenhang ist. Der Herr Grasser hat mit dem irgendeinen Zusammenhang und das ist es dann – wie soll man das beantworten?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe eingangs nur die simple Frage gestellt, ob das Gebäude der Wiener Städtischen gehört oder nicht. Ich stelle die Frage trotzdem, es ist eine ganz normale Frage. Und den Zusammenhang habe ich bereits erklärt: dass Personen von der Wiener Städtischen auf uns zugekommen sind, uns genau diese Hinweise gegeben und gebeten haben, das heute zu thematisieren, weil hier ein Zusammenhang bestehen soll. Darum klären wir das eben jetzt. Kein Grund zur Aufregung.

Also: Gehört das Gebäude der Wiener Städtischen?

Dr. Martin Simhandl: Ich sage dazu zwei Dinge. Ich hoffe, damit habe ich das dann auch gut beantwortet. Erstens: Es gibt einen Mietvertrag in einem Haus der Vienna Insurance Group. Zweitens: Dieser hat mit der Vergabe der Bundeswohnungsgesellschaften mit Sicherheit nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe den Auszug da, Sie können ihn gerne sehen: Jenes Haus gehört der Wiener Städtischen, ist auch dort so eingetragen.

Sie haben das Mietrecht schon genannt. Wie schaut denn dieses Mietrecht, diese Vereinbarung mit Grasser, der dort sein Penthouse hat, genau aus? Für wie viele Jahre hat Grasser dort Mietrecht, beziehungsweise wie schaut diese Vereinbarung mit Grasser bezüglich dieses Penthouses genau aus?

Dr. Martin Simhandl: Dazu kann ich Ihnen sagen: Diese Vereinbarung kann ich Ihnen im Detail heute nicht wiedergeben, ich habe mich darauf auch nicht vorbereitet. Zweitens: Es ist eine Vereinbarung, die für unser Unternehmen jedenfalls eine günstige ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da gibt es ganz viele Medienberichte, die das ein bisschen anders sehen, und wo andere Sachen drinnen stehen. Da wird zum Beispiel unter anderem berichtet: Die Mietkosten sollen sich auf monatlich 30 000 € belaufen. – „Vorarlberger Nachrichten“ vom 11. Oktober 2008.

Stimmt diese Zahl?

Dr. Martin Simhandl: Das kann ich Ihnen weder bestätigen noch widersprechen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese nur vor, was die „Vorarlberger Nachrichten“ schreiben und frage Sie, ob das stimmt. Das sind Journalisten-Recherchen.

Können Sie dazu etwas sagen? Können Sie es bestätigen oder nicht?

Dr. Martin Simhandl: Ich kann es weder bestätigen noch dementieren, ich habe mich auf dieses Thema **nicht vorbereitet**. Ich glaube auch, dass das ein Thema ist, das im heutigen Zusammenhang **nicht** relevant ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Dann stelle ich Ihnen folgende Frage: Wenn das nicht relevant ist, warum schickt dann die Wiener Städtische einen namentlich bekannten Lobbyisten zum BZÖ mit dem Ersuchen, dieses Thema **nicht** zu thematisieren? Ich war bei diesem Treffen persönlich dabei.

Dr. Martin Simhandl: Ich war nicht dabei. Fragen Sie den, der dabei war! Ich habe keine Ahnung!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist ein Lobbyist der Wiener Städtischen zu uns gekommen und hat ersucht, dass wir diese Informationen, die wir bekommen haben, politisch nicht zum Thema machen. Wenn das alles ohnehin völlig irrelevant ist, dann frage ich Sie: Warum schickt die Wiener Städtische einen bezahlten Lobbyisten zu uns? Ich war bei diesem Gespräch dabei, habe auch in einem Aktenvermerk protokolliert, was das Ersuchen war. Und das Ersuchen war, dieses Thema Wiener Städtische/BUWOG/Grasser **nicht** zum Thema zu machen. Aber wir halten uns nicht daran, damit ist auch der Lobbying-Versuch gescheitert. Aber wenn das ohnehin alles so sauber ist, Herr Simhandl, warum schicken Sie uns dann einen Lobbyisten vorbei?!

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde es schon für sehr sinnvoll halten, wenn dieser Vorhalt gemacht und diese Frage gestellt wird, auch den Namen des Lobbyisten zu nennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist ein sehr bekannter österreichischer Lobbyist, der auch medienbekannt ist, aber ich will den Namen wirklich nicht nennen. Ich habe dazu meine Aufzeichnungen, die kann ich ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist jetzt sehr schwierig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Tut mir leid, so geht das mit Sicherheit nicht. Wenn ein Name bekannt ist, wenn ein Lobbyist auf diese Art interveniert hat – und das ist keine Privatangelegenheit des BZÖ –, wenn hier die Behauptung aufgestellt wird, ein bekannter Lobbyist habe in die Arbeit des Ausschusses auf Rechnung und Anweisung der Wiener Städtischen Versicherung sozusagen interveniert, dann hat dieser Untersuchungsausschuss ein **Recht** darauf, zu erfahren, wer dieser Lobbyist ist.

Ich bestehe auf die Beantwortung dieser Frage, verlange sonst eine Sitzungsunterbrechung, eine sofortige Besprechung der Fraktionsführer, denn das ist keine Privatangelegenheit des BZÖ. Das betrifft den gesamten Ausschuss.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Pilz muss mir genau zuhören. Ich habe gesagt, es ist vor längerer Zeit diesbezüglich ein Lobbyist zu uns gekommen und hat darum gebeten, genau diesen Themenbereich nicht zu thematisieren. Das hat mit diesem U-Ausschuss in diesem Sinne konkret jetzt nichts zu tun, weil wir damals parlamentarische Anfragen zu diesem Thema vorbereitet und das zum politischen Thema gemacht haben. Daraufhin ist dieser Lobbyist zu uns geschickt worden und hat mit allen möglichen Argumentationen gesagt, diese Informanten seien nicht seriös, das sei alles falsch, das sei irgendwie aus der Luft gegriffen, man ersuche darum, das nicht weiter zum Thema zu machen.

Da hat man noch nicht gewusst, dass es dazu einmal einen U-Ausschuss geben wird, aber mir war damals klar, da muss irgendetwas dahinterstecken, sonst schickt uns die Wiener Städtische keinen Lobbyisten vorbei. Darum mache ich es auch heute hier zum Thema, weil da irgendetwas dahinterstecken muss. Daher stelle ich auch jetzt diese Frage betreffend Penthouse Grasser, Wiener Städtische, weil das genau jene Informationen waren, auf die sich dieser Lobbyist damals bezogen hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Problem liegt schon darin, wenn Sie es jetzt im Untersuchungsausschuss thematisieren, dann ist auch der Lobbyist zu nennen, auch falls das fünf Jahre vorher der Fall war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es waren nicht fünf Jahre, es waren ein paar Monate, das war ein halbes Jahr ungefähr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich sage **falls**, und wenn es ein halbes Jahr vorher war, wenn Sie es zum Thema machen, dann soll man das auch benennen, denn dann ist es kontrollierbar und nachvollziehbar. Das ist meine Meinung als Vorsitzende.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das muss man natürlich sehr ernst nehmen, das ist im Grunde genommen ein schwerwiegender Vorwurf. Ich glaube, mich nicht verhört zu haben, dass der Kollege Petzner in seiner ersten Wortmeldung gesagt hat, dass dieser Lobbyist darum ersucht hat, das im Ausschuss nicht zum Thema zu machen. Das werden wir im Protokoll nachlesen können, aber das habe ich gehört.

Und ich bestehe daher natürlich auch darauf, zu wissen, wer das war. Das ist auch gegenüber der Wiener Städtischen ein doch heftiger Vorwurf. Das möchte ich schon sagen, und das gehört natürlich aufgeklärt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Um da Unklarheiten zu vermeiden, habe ich jetzt noch einmal genau die zeitliche Abfolge geschildert und das klargestellt. Ich glaube, das ist jetzt klar geworden. Es ist schon einige Monate her, fünf, sechs Monate. Ich muss auch sagen, das ist ja Lobbying. Es wurde nicht, um das auch gleich klarzustellen, irgendeine Gegenleistung angeboten, so wie wir das bei Hochegger haben, sondern es war ein korrekter, auch zulässiger Lobbying-Versuch bei einer politischen Partei durch einen sehr bekannten Lobbyisten. Er hat halt nicht funktioniert.

Aber noch einmal: Sonst lassen wir dieses Thema, aber ich finde, es wäre unfair, diesen Lobbyisten-Namen jetzt zu nennen. Ich sage noch einmal: Bei diesem Treffen waren mehrere Personen anwesend, das heißt, es wissen auch mehrere Personen darüber Bescheid, die das im Falle des Falles auch gerne bezeugen können. Es gibt dazu auch schriftliche Aufzeichnungen, dass das so stattgefunden hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich halte einmal fest: Sie haben vor dem Ausschuss jetzt behauptet oder festgehalten oder dokumentiert, dass die Wiener Städtische einen Lobbyisten zu Ihnen geschickt hätte. Das ist ein gravierender Vorwurf, den muss man entweder untermauern oder man nimmt ihn wieder zurück.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich bin mir jetzt auch nicht ganz im Klaren, weil die zweite Wortmeldung war eigentlich, dass das mit dem Ausschuss nichts zu tun hat, wiewohl wir eingangs diskutiert haben, ob es etwas damit zu tun hat. Ich würde nur unabhängig davon, weil von einer Miete von 30 000 € im Monat gesprochen worden ist (*Abg. Petzner: Zeitungsbericht!*), was aus meiner Sicht nicht wahnsinnig wenig ist, im Lichte dessen sagen, dass es sich zumindest nach meiner Information um einen Rohdachboden, der dann ausgebaut worden ist, handelt. Ich würde darum ersuchen, dass man nicht durch irgendwelche Gerüchte oder irgendwelche Sätze jetzt quasi einen Turbo in die Informationen hineinbringt, der wirklich unzweckmäßig ist.

Es ist ein Unternehmen, das mehr oder weniger mit derartigen Ideen und Vorstellungen und Erklärungen in Zusammenhang gebracht wird und ich glaube, es ist wichtig, dass wir das hier, so weit wie möglich, aufklären. Ich würde daher vorschlagen, Herr Vorstandsdirektor – ich weiß nicht, ob Sie das wissen –, dass Sie uns sagen: Vermieten Sie für diese 30 000 € ein fix und fertiges Penthouse, oder handelt es sich um einen Rohdachboden?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, jetzt bin aber schon ich mit der Befragung dran.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: An sich sind wir jetzt in einer Geschäftsordnungsrunde, die sowieso schon zu lange dauert. Es war ausgemacht, wenn es Geschäftsordnungsrunden in einer öffentlichen Sitzung gibt, dann jede Fraktion nur einmal. Jetzt sind wir schon bei der zweiten Runde. Ich möchte jetzt lieber die Sitzung unterbrechen, damit wir das bilateral, trilateral klären, und dann ordnungsgemäß fortfahren, denn weitere Schleifen in den Geschäftsordnungsmeldungen sind an sich nicht die Abmachung.

Ich **unterbreche** kurz die Sitzung zur Klärung der Vorgangsweise. Machen wir eine Stehkonferenz!

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 19.29 Uhr **unterbrochen** und um 19.36 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir **setzen** die unterbrochene Sitzung **wieder fort**. Die aufgeworfene Thematik wird in anderer Form weiterverfolgt.

Herr Abgeordneter Petzner kann eine weitere Frage an die Auskunftsperson richten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da wir uns darauf verständigt haben, das jetzt **nicht** weiter zu thematisieren, habe ich derzeit keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur ein paar ganz einfache Fragen.

Zum Ersten: Sie haben die Medien offensichtlich genau verfolgt, haben also gehört, dass Abgeordnete wie ich behaupten, dass es da eine Kette von Meischberger über Hochegger, über Petrikovics bis hin zu Starzer gäbe. Herr Dr. Starzer bestreitet das, er will nicht Teil einer Kette sein, er möchte eine völlig eigenständige Position vertreten.

Er behauptet Folgendes: Die RLB Oberösterreich wäre bereit gewesen, in viel weitere Höhen hinauf zu bieten, 1 Milliarde, vielleicht sogar drüber (**Abg. Hornek: 1,027 Milliarden!**) – 1,027 Milliarden, richtig –, sie sei aber von konsortialen Mitgliedern daran gehindert worden. – Können Sie uns etwas berichten über das Hindern der Konsortialmitglieder einer RLB Oberösterreich, die wild entschlossen war, weit mehr als 1 Milliarde € zu zahlen. Wie ist das passiert?

Dr. Martin Simhandl: Weit mehr als 1 Milliarde zu zahlen, wären wir sicher nicht bereit gewesen. Wir hätten dazu auch intern keine Genehmigung gehabt. Mit dem Angebot über die 961 waren wir, sowohl was unsere interne Genehmigung anlangt, relativ weit oben als auch in der Bewertungsmatrix eher am oberen Rand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie zu Herrn Dr. Starzer gesagt: Herr Dr. Starzer, jetzt reicht's, die Wiener Städtische stimmt maximal 961 Millionen zu, aber keinen Euro mehr!? – Haben Sie irgendetwas in diese Richtung gesagt?

Dr. Martin Simhandl: Nein, so etwas habe ich nicht gesagt, aber es war ein Vorschlag mit 961 am Tisch. (**Abg. Dr. Pilz: Zu dem kommen wir noch!**) Was ich sicher gesagt habe, ist: Wenn noch einmal erhöht wird, wenn noch eine Runde kommt, wollen wir das nicht mehr!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das wollte auch Mag. Grasser nicht, aber aus vollkommen anderen Gründen.

Haben Sie irgendeinen dieser Vorschläge selbst erarbeitet? (**Dr. Simhandl: Nein!**) – Haben Sie wesentlich mitgewirkt an der Erarbeitung eines Vorschlages?

Dr. Martin Simhandl: Ich habe mitgewirkt, wie viele andere auch, daran, wie die Bewertung als solche entstanden ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das schon, aber wer hat denn die Vorschläge gemacht?

Dr. Martin Simhandl: Zu mir gekommen sind sie normalerweise von Mag. Schillinger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Mag. Schillinger sie erstellt – oder hat jemand anderer sie erstellt? Wissen Sie etwas darüber?

Dr. Martin Simhandl: Das kann ich nicht genau sagen. Nach meinem Dafürhalten war Herr Mag. Schillinger gut mit der Immofinanz abgestimmt. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Immofinanz als größter Teilhaber dieses Konsortiums in die Preisfindung eher eingebunden war als wir, die wir dann doch ein kleinerer waren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Diesen Eindruck habe ich auch, das ist ganz offensichtlich so gewesen. Zwischen Immofinanz und RLB Oberösterreich sind diese Angebote hin- und hergegangen – das sehen wir ja auch –, und es ist dann zu zumindest zwei relevanten Fassungen gekommen.

Es hat ein Angebot gegeben, und das ist ein Punkt, der für uns wichtig ist. Bei der Anbotseröffnung am 4. Juni liegt Ihr Konsortium um 85 Millionen hinten. Die CA Immo bietet 922,7 Millionen. Am 7. Juni 2004 bekommen Sie ein Anbot über 930 Millionen € von der Constantia Privatbank gefaxt, das gleichzeitig an Herrn Mag. Schillinger gegangen ist.

Können Sie sich an dieses Anbot über 930 Millionen € erinnern?

Dr. Martin Simhandl: In der Phase, als klar war, dass es eine weitere Biiterrunde gibt, hat es Vorschläge gegeben. Die 930 Millionen waren wohl so ein Vorschlag. Ich habe mir diesen damals sicher in diese Richtung angesehen, wo er in der Bewertungsmatrix liegt. Er war tendenziell eher noch mehr mittig. Ich habe ihn wahrscheinlich schon damals nicht als endgültig empfunden, weil ich ihn sonst intern als endgültigen abgestimmt hätte. Es war ein Vorschlag, der vorlag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Endgültig konnte ja noch keiner abgestimmt werden, weil die Konsortialsitzung in Linz etliche Tage später war; da war noch Zeit.

Sie bekommen den Vorschlag von 930 von Frau Postl, gleichzeitig bekommt ihn Herr Mag. Schillinger, der in die ganze Geschichte eng eingebunden war – da haben Sie vollkommen recht –, im Gegensatz zu Ihnen. – Haben Sie dann irgendeinen Gegenvorschlag gemacht?

Dr. Martin Simhandl: Keinen Gegenvorschlag, ich habe mich bei solchen Vorschlägen darauf beschränkt, für uns zu beurteilen, ob sie vertretbar und noch vertretbar sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Genau. Sie haben ihn also zur Kenntnis genommen, haben ihn beurteilt (*Dr. Simhandl: Ja!*) im Interesse Ihres eigenen Unternehmens – und das war's auch schon.

Zu welcher Beurteilung sind Sie bei dem 930-Millionen-Vorschlag gekommen?

Dr. Martin Simhandl: Der 930-Millionen-Vorschlag war gut gedeckt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, war gut, passt. – Warum ist es dann nicht zu einem 930-Millionen-Anbot gekommen?

Dr. Martin Simhandl: Ich kann Ihnen das im Detail nicht sagen, aber man sollte vielleicht berücksichtigen, dass ja erst ganz knapp vor der Anbotsabgabe der Prozessbrief von Lehman gekommen ist. In dem Prozessbrief war unter anderem vorgesehen, dass man für eine nochmalige Verkürzung des Anbots noch einmal 3 Prozent drauflegen muss. Da waren mehrere Dinge, da waren einfach Dinge im Fluss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber es ist ja etwas anderes passiert. Der Prozessbrief gilt ja für beide. (*Dr. Simhandl: Entschuldigen Sie, für welche beide?*) – Für die CA Immo und für das Konsortium. (*Dr. Simhandl: Wir wussten damals nicht,*

für wie viele er gilt!) Ja, er hätte auch, da haben Sie recht, für drei gelten können, aber er hat, sagen wir, für alle gleich gegolten.

In der Zeit vom 4., von der Anbotsöffnung, bis zur Abgabe der Anbote erhöht die CA Immo um 36 Millionen und Ihr Konsortium zuerst um 85 Millionen und insgesamt um 121 Millionen.

Wie erklären Sie sich, dass Ihr Konsortium um das Dreifache im Vergleich mit der CA Immo erhöht hat, wenn Sie das Anbot der CA Immo nicht gekannt haben?

Dr. Martin Simhandl: Ich kann Ihnen nicht erklären, warum die CA Immo um so viel erhöht hat, ich kann nur sagen, was bei uns Thema war: Wir haben eine Bewertungsmatrix gehabt, und wir sind in dieser Bewertungsmatrix mit dem Anbot Anfang Juni – ich glaube, das war am 2. Juni – im Base Case an der unteren Grenze gelegen. Sehr wesentlich dafür war, das war ein Angebot mit einer relativ langen Bindungsfrist, die da gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Simhandl, das gilt immer für beide. (*Dr. Simhandl: Natürlich!*) Das Wesentliche ist, dass sich beide vollkommen unterschiedlich verhalten und am Ende Sie mit Ihren Freunden um etwas über eine Million vorne liegen.

Ich sage Ihnen eines: Die Bewertungsmatrix hat einen Namen gehabt, und dieser Name war: Mag. Karl-Heinz Grasser. Das war die ganze Bewertungsmatrix mit den 960 Millionen.

Am 7. haben Sie das Angebot 930 Millionen von Frau Postl bekommen und es für gut befunden. – Warum ist das dann bis zum nächsten Tag von Postl und Schillinger um 31 Millionen € erhöht worden? Haben die beiden Ihnen irgendetwas gesagt?

Dr. Martin Simhandl: Die Kernfrage damals war: Was bietet man in einer weiteren Runde an?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Simhandl, vom 7. auf den 8. hat sich exakt **überhaupt nichts** geändert. Überhaupt nichts!

Dr. Martin Simhandl: Was es noch gegeben hat, war ein Prozessbrief. In diesem Prozessbrief ist immerhin gestanden, dass man 3 Prozent drauflegen muss, wenn man eine verkürzte Anbotsfrist haben will.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber das ist nicht zwischen 7. und 8. passiert. (*Dr. Simhandl: Das ist am 8. gewesen!*) Ja, aber das hat am 8. die CA Immo genauso bekommen.

Dr. Martin Simhandl: Ich weiß nicht, warum die CA Immo etwas gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Simhandl, was ich herauszubekommen versuche, ist, warum am 7. Ihr Konsortium so anbietet, dass mit Sicherheit die 922,7 Millionen von CA Immo übertroffen werden. Am gleichen Tag – das konnten Sie nicht wissen, ich halte Sie da überhaupt nicht für den Hauptbetreiber, ich glaube wirklich, Sie haben das im Interesse des Unternehmens beurteilt und sonst nicht viel gemacht –, am gleichen Tag erfahren der Finanzminister und Herr Dr. Traumüller: Jessas Maria, die CA Immo hat ein Limit, über 960 kann sie nicht drüber, aber sie kann sehr wohl auf 959 Komma irgendwas oder auf 960 gehen. – Und bums, am selben Tag heißt es, 30 Millionen rauf, und am nächsten Tag gibt es schon ein Anbot um 31 Millionen höher.

Das ist das, was viele von uns stutzig gemacht hat, weil es dazu keine wirtschaftliche Erklärung gibt, weil sich bei der CA im selben Zeitraum überhaupt nichts gerührt hat. Prozessbrief hin und her, dieser hat ja für alle gegolten.

Betrieben worden ist das durch Schillinger und Postl und nicht durch Sie, das ist mir schon aus allen Unterlagen klar. Meine Hoffnung war, dass Sie irgendwelche Wahrnehmungen haben, warum sich in dieser Phase Schillinger und Postl so völlig anders als die Vertreter und Vertreterinnen von CA Immo verhalten haben.

Dr. Martin Simhandl: Es tut mir leid, dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Aus unserer Sicht war es so: Es war klar, wenn es eine weitere Runde gibt, muss man mehr anbieten, wobei man immer das Risiko hat, dass der Verkäufer womöglich gar keinen höheren Bieter hat. Dann zahlt man für nichts und wieder nichts mehr. Dann ist die Frage: Wie weit kann man gehen?

Für uns waren zwei Dinge maßgeblich: Wie weit haben wir eine Genehmigung? Wie weit hat das in der Bewertung, die immerhin zwei renommierte Wirtschaftsprüfungskanzleien über Monate erarbeitet haben, Platz?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Postl und Schillinger haben sich das Ganze ausgemacht, und sie hatten – das ist zumindest das, was wir uns anschauen – offensichtlich Hinweise.

Mir reicht Ihre Antwort, dass Sie keine Hinweise darauf haben (*Dr. Simhandl: Wir haben sicher keine Hinweise gehabt!*), warum sich Postl und Schillinger dermaßen zielorientiert und präzise verhalten haben, vollkommen. Sie haben keine Hinweise auf irgendwelche zusätzlichen Informationen aus dieser Kette, die ich vorhin genannt habe. Das reicht mir an Information, danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich frage jetzt, ob noch jemand eine Zusatzfrage stellen möchte? – Bitte, Herr Abgeordneter Mag. Maier.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Simhandl, es liegt eine Zeugenvernehmung von Ihnen vom 25.10.2011 vor. Meine Frage dazu wäre: Halten Sie Ihre Aussagen, die in dieser Zeugenvernehmung niedergeschrieben wurden, weiterhin aufrecht? (*Dr. Simhandl: Selbstverständlich!*) – In erster Linie geht es uns auch um die Frage: Es gab dieses Konsortium. Welche Aufgaben hatte dabei die RLB Oberösterreich gegenüber der Wiener Städtischen?

Dr. Martin Simhandl: Also, so wie ich das real wahrgenommen habe, hat die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich neben einer generellen Koordinierungsfunktion vor allen Dingen den Oberösterreich-Teil des Konsortiums koordiniert, also diese vier Anbieter, die sich um die beiden oberösterreichischen Gesellschaften bemüht haben. Das war ...

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und beim Gesamtpaket: Gab es da eine Koordination von der RLB Oberösterreich mit der Immofinanz, mit Frau Postl?

Dr. Martin Simhandl: Die Immofinanz hat ja mehr als die Hälfte des Gesamtvolumens gekauft. Das war ja der Hauptkäufer.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Daher ergibt sich für mich die Frage: Wurde jemals im Oberösterreich-Konsortium ein Beschluss gefasst, dem Herrn Hohegger eine Provision zu zahlen? (*Dr. Simhandl: Nein!*) – Gab es jemals eine Aufforderung von Petrikovics an Sie, an Ihr Unternehmen, sich an einer Provisionszahlung zu beteiligen? (*Dr. Simhandl: Nein!*) – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser bedankt sich – da keine Zusatzfragen vorliegen – bei der Auskunftsperson ***Dr. Martin Simhandl***, verabschiedet diese und erklärt die 26. Sitzung für ***geschlossen***.

Schluss der Sitzung 19.52 Uhr

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 9. Oktober 2012 als zulässig beschlossen:

Hinweis: Aus technischen Gründen stimmen die angegebenen Seitenzahlen nicht immer exakt mit dem Protokoll überein.

**Einwendungen der Auskunftsperson o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan BOGNER
gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zum Wortprotokoll der 26. Sitzung des Untersuchungsausschusses
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 2. Mai 2012**

- Auf Seite 72, vor dem letzten Absatz "Abgeordneter Dr. Christoph Matznetter .." fehlt:
"Dr. Bogner erklärt, dass er hier in seiner Funktion als Berater des Finanzministeriums und nicht als Mitarbeiter der Wirtschaftsuniversität Wien Auskunft gibt."

Anmerkung:

Die Einwendung wurde entsprechend der Tonaufnahme korrigiert.

Wörtlich heißt es auf der Tonaufnahme: „Ich möchte meine Sicht der Dinge nicht darlegen, möchte nur noch einmal betonen, dass ich hier sozusagen als Privatperson hier stehe. Ich habe also einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Finanzministerium abgeschlossen, das ist sozusagen in einer Nebentätigkeit zu meinem Hauptberuf als Professor an der Wirtschaftsuniversität ausgeübt habe. Das heißt ich vertrete hier nicht die Wirtschaftsuniversität, sondern einzig und allein mich persönlich. Selbstverständlich war das eine meldepflichtige Nebentätigkeit, die ich gemeldet habe.“